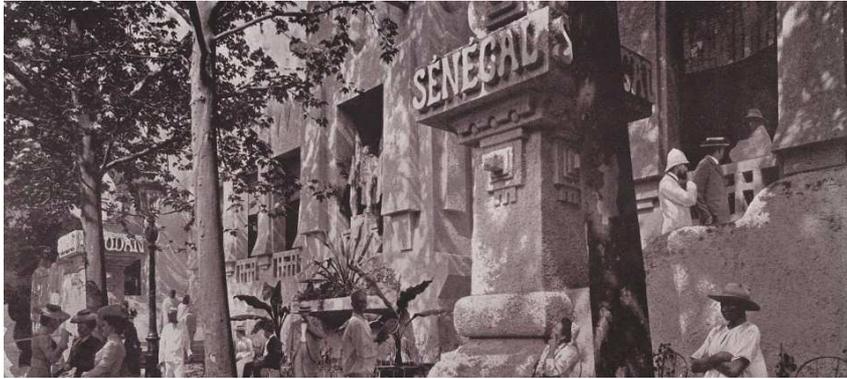


KOLONIALISMUS-FORSCHUNG:

# Was weiß der Postkolonialismus vom Kolonialismus?

- VON MICHAEL PESEK
- -AKTUALISIERT AM 11.05.2020-09:17



Die historische Forschung hat sich von der Vorstellung verabschiedet, dass der koloniale Staat ein totalitäres Regime gewesen sei. In den postkolonialen Studien kehren die Träume der Kolonialherren von absoluter Macht zurück.

Der französische Spielfilm „**Noirs et Blancs en couleur**“ („Sehnsucht nach Afrika“) des Regisseurs Jean-Jacques Annaud aus dem Jahr 1976 beginnt mit einer langsamen Kamerafahrt durch einen abgelegenen Kolonialposten in Französisch-Westafrika. Die Soldaten nicken im Schatten eines Affenbrotbaums, die Dorfbewohner erledigen ihre Alltagspflichten. Der Anthropologe schreibt wehmütige Briefe in die Heimat, der Chef des Postens trinkt seinen Absinth. Sein Diener preist ihm die Verlockungen einer jungen Verwandten an. Was immer der hohe Herr sich an Narrheiten ausdenken mag, er wird sie in den Armen seiner afrikanischen Konkubinen vergessen. Missionare versuchen den Dorfbewohnern ihre katholischen Devotionalien im Tausch gegen deren Masken und Figuren aufzuschwatzen. Jeder Tausch ein neuer Gläubiger für die Statistik, und die schönen Stücke kommen ins Museum. Doch die Afrikaner sind harte Verhandlungspartner. Dann beginnt der **Erste Weltkrieg** und macht aus dem verschlafenen Posten ein Tollhaus. Die Afrikaner beteiligen sich teils widerwillig, teils amüsiert an dem Tohuwabohu, das die plötzlich aus der Lethargie erwachten Patrioten in diesem entfernten Winkel ihres Empires aufführen. Der seltsame Krieg wird am Ende durch die Ankunft eines britischen Bataillons unter dem Kommando eines indischen Offiziers beendet.

## Der Staat wird beneidet um seinen dicken Bauch

Der Film ist eines der besten künstlerischen Porträts über das, was Kolonialismus in dieser Zeit bedeutete. Indem Annaud die Lethargie und die Absurdität des Kolonialismus so treffend herausarbeitet, leugnet und verharmlost er nicht dessen Brutalität. Es gibt Szenen alltäglichen Gewalt, der Demütigung der Dorfbewohner durch die Franzosen. Afrikaner sterben in diesem sinnlosen Krieg am Ende der Welt. Annauds Porträt des französischen Kolonialreiches hat indes wenig mit dem zu tun, was viele postkoloniale Theoretiker unter Kolonialismus verstehen.

Achille Mbembe, dessen Buch „Politik der Feindschaft“ in Deutschland nun eine heftige Debatte ausgelöst hat, zeichnet den kolonialen Staat als ein totalitäres Regime mit einer nahezu absoluten Macht über die Afrikaner. Er stellt den kolonialen Staat in eine Linie mit den Konzentrationslagern der Deutschen. Das ist keine neue Sicht. Der Historiker Jürgen Zimmerer und andere haben diese Kontinuität immer wieder herzustellen versucht. Tatsächlich waren Konzentrationslager zunächst in den Kolonien zu finden. Man kann diese Linien durchaus ziehen, kann vergleichen, wie in kolonialen Kriegen und im Vernichtungskrieg des nationalsozialistischen Deutschen Reiches der **Rassismus** zu einer Radikalisierung von Gewalt führte.

Dennoch taugt das Konzentrationslager nicht als Synonym für den kolonialen Staat. Annauds Porträt trifft es weitaus besser.

Mbembe ist einer der wichtigsten Vertreter postkolonialer Theorien. Sein im Jahr 2000 erstmals veröffentlichtes Werk über den postkolonialen Staat war ein Meilenstein nicht nur der Theorie, sondern auch der Betrachtungen über den heutigen Staat in Afrika. Die Mächtigen des heutigen Afrikas gleichen darin einem brutalen, aber auch lächerlichen Behemoth. Herrschende und Beherrschte sind in einem grotesken Wechselspiel verbunden. Der Bauch des postkolonialen Behemoth – Zeichen seiner Gier, Korruption und Brutalität – ist gleichzeitig Gegenstand von Bewunderung wie von Witzen. Die „Politik des Bauches“ nannte dies rund zehn Jahre vorher der französische Politikwissenschaftler Jean-François Bayart.

Im Jahr 2000 veröffentlichte auch der amerikanische Politikwissenschaftler Jeffrey Herbst sein Buch über den Staat in Afrika. Seine Einschätzungen über den postkolonialen Staat gleichen denen Mbembes, wengleich hier das spielerische Moment der französischen Postmoderne fehlt. Herbst sieht viele Kontinuitäten der kolonialen zu vorkolonialen Staaten. Die Europäer standen vor ähnlichen Problemen wie ihre afrikanischen Vorgänger: kaum Mittel, Macht über einige Zentren hinaus wirksam werden zu lassen, eine Bevölkerung, die den Staat als Eindringling in die lokalen Gefüge betrachtete und daher ihm wenig Legitimität zusprach. Nur gelegentlich, unter Mobilisierung all seiner Ressourcen und oft mit großer Brutalität konnte der koloniale Staat den Afrikanern seine Präsenz in Erinnerung rufen.

Dieser Sichtweise auf den kolonialen Staat folgten in den nächsten Jahren viele Historiker. Für den Gegensatz von absoluter Macht, die der koloniale Staat für sich beanspruchte, und den geringen Ressourcen für die Umsetzung dieses Anspruchs hat der Historiker Frederick Cooper das Bild der Insel geprägt. Nur an einigen Orten konnten die Europäer eine wirklich effektive Kontrolle über die Afrikaner etablieren: in kolonialen Ballungszentren, in Minen und Plantagen und in der Kaserne.

Andere Historiker haben bestimmte Bereiche des kolonialen Staates untersucht. Koloniale Gesundheitspolitik war ein wichtiges Feld. Viele dieser Studien gingen von [Michel Foucaults](#) Idee der Disziplinierung durch biopolitische Governmentalität aus. Doch auch hier erwies sich: Das vom kolonialen Staat errichtete Regime der Disziplin reichte kaum in den Alltag einer Mehrzahl der Afrikaner hinein.

In den letzten Jahren hat die Kolonialismus-Forschung eine kulturelle Wende vollzogen. Im Vordergrund stand die Frage, wie Rassismus sich in Diskursen und Repräsentation (von der Postkarte bis zur Weltausstellung) niederschlug. Inspiriert war diese Forschung von Foucault sowie Edward Said. Mit dieser Wende löste sich die Kolonialismus-Forschung allmählich vom Ort des Verbrechens, um sich dem Haus des Täters zuzuwenden. Die Spuren kolonialer Muster in europäischen Kulturen sind dabei minutiös rekonstruiert worden. Mit jedem Mosaikstein, den postkoloniale Untersuchungen zu dieser Rekonstruktion hinzufügten, schien die kulturelle Macht des Kolonialismus zu wachsen. Doch was sagt dies über Kolonialismus als Herrschaft über Afrikaner? Nur eine kleine Minderheit der Afrikaner las die Bücher der Europäer, noch weniger sahen Weltausstellungen oder Postkarten.

## Vielleicht sind sie irgendwo in eine Missionsschule gegangen

Die von Foucault inspirierte Vorstellung von der Macht der Diskurse hat für das koloniale Afrika wenig Erklärungskraft. Der brutale und fragile Behemoth konnte zwar laut schreien und wild um sich schlagen, stand aber auf tönernen Füßen. Das koloniale Bildungssystem, das die Grundlage für eine Disziplinargesellschaft nach Foucaults Modell bilden konnte, verdient nicht einmal die Bezeichnung System. Es war ein Flickenteppich von Missions- und staatlichen Schulen, die hoffnungslos unterfinanziert waren. Im Jahr 1950, in einer Zeit, als der koloniale Staat sich noch einmal aufbäumte und bis dahin nicht mögliche Ressourcen für die Entwicklung der Kolonien mobilisierte, besuchten ganze 24 Prozent der Kinder in britischen Kolonien die Schule. In den französischen Kolonien waren es 9,4 Prozent, in den portugiesischen Kolonien 8,5 Prozent. Nur im belgischen Kongo gingen etwa die Hälfte der Kinder in die Schule. Die Köpfe der Afrikaner waren den Kolonialherren einfach nicht wichtig genug. Knapp ein Pfund gaben die Briten pro Jahr für die Erziehung der afrikanischen Kinder zu kolonialen Untertanen aus. Frankreich war die Indoktrination der französischen Zivilisation ganze 64 Cent mehr wert.

Dass Rassismus eine prägende Komponente kolonialer Diskurse war, betonen die postkolonialen Theoretiker mit Recht. Aber war er auch ein prägender Teil des kolonialen Alltags? Für jene Afrikaner, die in den kolonialen Ballungszentren und der kolonialen Ökonomie lebten und arbeiteten, sicherlich. Doch das war bei weitem nicht die Mehrzahl. Die meisten Afrikaner bekamen nur selten den sich als weißen Herren aufspielenden Europäer zu Gesicht. Auf 54.000 Afrikaner kam in Nigeria ein Kolonialbeamter, im belgischen Kongo waren es immerhin 34.000 und in Französisch-Westafrika 27.000 Afrikaner. Wenn der koloniale Staat in das Leben der Afrikaner eintrat, dann meist in Gestalt eines seiner afrikanischen Vertreter, und diese hatten andere Sorgen als die Überlegenheitsphantasien ihrer weißen Vorgesetzten.

## Wozu der Kolonialismus fähig sein konnte, aber nur selten fähig war

Mbembe nennt vor allem Frantz Fanon als Kronzeugen für die Totalität des kolonialen Staates und für die Gewalt, die aus Rassismus entsteht. Fanons Erfahrungen mit dem französischen Kolonialismus waren durch den Kampf um die Unabhängigkeit Algeriens geprägt. Dieser Krieg war zweifellos eine der brutalsten Episoden kolonialer Herrschaft in Afrika. Algerien war eine Siedlungskolonie mit einer beträchtlichen Zahl von Franzosen. Hier war Rassismus für die Afrikaner weitaus alltäglicher und spürbarer. Hier führte Rassismus auch zu jener radikalen Gewalt, von der Mbembe spricht. Nur Kenia, Südafrika und Südrhodesien hatten eine vergleichbare Zahl von europäischen Siedlern, und auch dort war die Dekolonisierung weitaus gewalttätiger als anderswo in Afrika.

Ein Großteil der Afrikaner aber kam in diesen Jahren auf friedlicheren Wegen in den Genuss der Unabhängigkeit, wengleich der koloniale Staat zunächst überall versuchte, mit Repressionen den Lauf der Zeit aufzuhalten. Die politischen Köpfe der meisten Unabhängigkeitsbewegungen hatten eine andere Meinung vom Kolonialismus als Fanon. Der erste Präsident der Elfenbeinküste, Félix Houphouët-Boigny, wurde nicht müde, die Segnungen des französischen Kolonialismus zu preisen. Abubakar Tafawa Balewa, Nigerias erster Staatsführer, wusste ähnlich Gutes vom britischen Empire zu sagen. Die Dekolonisierung war nicht die große Befreiung vom Kolonialismus, wie sie Fanon verstand, sie war – dass zeigte sich schon sehr bald – nur ein Wechsel der Herren.

Algeriens Dekolonisierung ist ein Extremfall: ein Beispiel, wozu Kolonialismus fähig sein konnte, aber nur selten fähig war. Fanon und Mbembe verallgemeinern das späte französische Algerien zum Paradebeispiel der totalitären Macht des kolonialen Staates. In den meisten anderen Kolonien und zu anderen Zeiten war dies nur eine Wunschvorstellung der Kolonialherren. Diese Sicht auf den Kolonialismus negiert die afrikanischen Erfolge bei seiner Zählung. Es war der anhaltende, nur selten offene, aber umso geduldigere Widerstand der Afrikaner, der erreichte, dass die europäischen Träume von einer radikalen Transformation Afrikas Träume blieben.

HANNAH ARENDT IM DHM:

## Bewegend, verstörend, kantig

- VON [HANNAH BETHKE](#)
- -AKTUALISIERT AM 10.05.2020-21:31



Mit allen Sinnen erlebbar: In Berlin eröffnet das Deutsche Historische Museum eine große Ausstellung über Hannah Arendt.

Nach mehr als sechs Wochen Verzögerung darf das Deutsche Historische Museum (DHM) in Berlin wieder öffnen und zeigt seine lang angekündigte große Ausstellung über [Hannah Arendt](#). Ausschnitte waren vorab schon digital zu sehen, und über die Anlage und inhaltliche Ausrichtung [ließ sich auch dank des facettenreichen Begleitbandes bereits diskutieren](#) – aber keine noch so gute digitale und schriftliche Vermittlung ersetzt den Gang durch die Ausstellung, die nun, vom obligatorischen Mundschutz abgesehen, mit allen Sinnen zu erleben ist.

Die Ausstellungsfläche ist verwinkelt und wirkt zunächst unverbunden, weil in jedem Winkel ein anderes Thema präsentiert wird – etwa Zionismus, Migration, Antisemitismus. Doch je weiter man in die von Monika Boll kuratierten Räume vordringt, desto klarer wird das Bild von Hannah Arendt als ebenso umstrittene wie vielfach gerühmte und bewunderte politische Denkerin des zwanzigsten Jahrhunderts.

Die Kombination von Video, Audio und analogen Formaten ist ausgesprochen gelungen. In einzelnen Sitzcken der Ausstellung gibt es Hörcollagen aus Arendts Texten, einige Wände zeigen großformatige Videoausschnitte aus dem berühmten Fernsehinterview mit Günter Gaus von 1964. In Vitrinen sind historische Dokumente wie die Protokolle aus dem Eichmann-Prozess, Hannah Arendts Wiedergutmachungsantrag, Briefe oder Gegenstände aus ihrem Privatbesitz zu sehen. Besonders beeindruckend ist die Präsentation der Eichmann-Kontroverse, die hinter dem tief verstörenden Modell des Krematoriums II Auschwitz-Birkenau des polnischen Bildhauers Mieczyslaw Stobierski zu sehen ist. Ton- und Bildaufnahmen aus dem Prozess führen unmittelbar ins Geschehen und wecken großes Interesse für die heftigen Debatten über Arendts Prozessanalyse.

### Eine Ehrung, ohne Kanten zu glätten

Ohne die Verstörung je ganz aufzuheben, hat der Aufgang zur oberen Etage der Ausstellung dennoch etwas Beruhigendes. Transparente am Treppengeländer dokumentieren das Kriegsende und führen in ein neues Kapitel der Geschichte, das von Arendts Zeit in den Vereinigten Staaten, ihren Besuchen in Deutschland und dem umkämpften Thema der westdeutschen Vergangenheitsaufarbeitung handelt.

Hin und wieder ist das Bemühen um Anschlussfähigkeit zur Gegenwart etwas gewollt. So hätte Arendt mit der überflüssigen Kategorisierung als „weiblich-intellektuell“ gewiss nicht viel anfangen können. Noch weniger überzeugt die postkoloniale Aneignung ihres Werks. Ja, sie hat über Imperialismus geschrieben und

bewegt sich damit für heutige Leser sicher nicht auf der Höhe der Zeit. Man muss aber auch nicht bei jedem Thema mit Entlarvungsintention kolonialistisches Erbe aufspüren.

Insgesamt aber ist diese von Museumsdirektor und Stiftungspräsident Raphael Gross präsentierte Schau ein großer Gewinn für die Stadt. Sie dokumentiert in bewegender Weise deutsche Zeitgeschichte, ehrt eine große Denkerin, ohne ihre Kanten zu glätten, und macht unbändige Lust, ihre Bücher und Aufsätze neu oder wieder zu lesen. Eine Empfehlung für jeden – und ein Pflichtbesuch für alle Schulklassen ab der Mittelstufe.

[https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/autoren/neue-studien-und-erinnerungen-an-den-dichter-paul-celan-16747514.html?printPage&Article=true#pageIndex\\_3](https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/autoren/neue-studien-und-erinnerungen-an-den-dichter-paul-celan-16747514.html?printPage&Article=true#pageIndex_3)

LYRIKER PAUL CELAN:

## Im Grunde ein Gefühlsanarchist

- VON JOCHEN HIEBER
- -AKTUALISIERT AM 10.05.2020-22:19



Der Dichter Paul Celan in Sefad in Israel. Bild: Foto Jan und Lisa Alpan

Was können wir verstehen? Im doppelten Gedenkjahr mit hundertstem Geburts- und fünfzigstem Todestag erscheinen zahlreiche neue Studien und Erinnerungen an den Dichter Paul Celan.

Fast hundert Jahre nach seiner Geburt am 23. November 1920 im bukowinischen Czernowitz und fünfzig Jahre nach seinem Freitod um den 20. April 1970 in Paris gehört [Paul Celan](#) zu den bestens edierten und erforschten Autoren der deutschen Literatur. Fraglos ist er ein Großklassiker der modernen Poesie. Unlängst hat die Germanistin Barbara Wiedemann sämtliche zwischen 1938 und 1970 entstandenen Gedichte aufs Neue in einer Gesamtausgabe versammelt und kommentiert (F.A.Z. vom 23. August 2018). Es sind nahezu tausend. Und damit sind wir schon mitten im Celan-Paradox.

Für Fachleute aller Art bildet seine Dichtung – einem klugem Kalauer zufolge die „Eiger-Wortwand“ der Literatur – den Traumgipfel der Exegese. Ruhm wie Nachruhm aber verdankt Celan weitgehend einem einzigen, recht frühen Gesang, der „Todesfuge“ von 1945. Drei, vier weitere Gedichte finden sich zuverlässig in den Lyrik-Anthologien. Beim enormen Rest aber blicken keineswegs nur naive Lyrikleser oft in einen Abgrund des Unverständlichen. Etwa: „die näher- / segelnde / Eiterzacke der Krone / in eines Schief- / geborenen Aug / dichtet dänisch“.

Der Erste, der diese Zeilen – sie bilden den Schluss des Poems „Frihed“ – zu lesen bekam, war im Frühjahr 1967 der junge Klaus Reichert. Seit drei Jahren Lektor in den Frankfurter Verlagen Insel und Suhrkamp, betreute er nun „Atemwende“, Celans sechsten Gedichtband, den ersten allerdings unter der Ägide des Verlegers [Siegfried Unseld](#). „Ich fühlte mich überfordert. Ich verstand die Gedichte nicht“, notiert der jetzt 82 Jahre alte Reichert rückblickend im Band „Paul Celan – Erinnerungen und Briefe“. Wie sollte unter solchen Auspizien Zusammenarbeit gedeihen?

Anschaulich schildert Reichert die produktive Spannung zwischen Distanz und Vertrauen, zwischen seiner verehrenden Scheu vor dem Dichter und dessen hochempfindlicher, aber belastbarer Professionalität. Die dänisch dichtende Eiterzacke aus der „Atemwende“ kann der emeritierte Philologe Reichert auch heute so wenig entschlüsseln wie Barbara Wiedemanns Kommentar, der ansonsten über Celans Besuch im „Frihed“, dem Kopenhagener Freiheits-Museum, vom Oktober 1964 alles weiß und mitteilt. Desto plausibler erhellt Reichert, dass es vor einem halben Jahrhundert noch so etwas wie Ehrfurcht vor dem Genie gab.

## Unzugängliche und verschlossene Lyrik

Das Celan-Lektorat fiel damals mit den in Frankfurt am Main besonders heftigen Studentenprotesten zusammen. Kein Mensch interessierte sich für dunkle, hermetische **Lyrik** – und Celans Lyrik wurde von „Atemwende“ über „Fadensonnen“ (1968) bis zu „Lichtzwang“ (1970) immer unzugänglicher, programmatisch verschlossener. Gleichwohl füllte seine Lesung im Sommer 1968 den berühmten Hörsaal VI der Universität. Stecknadelstille. „Die jungen Leute müssen gespürt haben, dass hier etwas ganz anderes zur Sprache kam als das, wogegen sie rebellierten“, notiert Reichert und fügt hinzu: „Sein Lesen hatte immer eine eigene ‚Evidenz‘ – ich finde kein anderes Wort dafür –, bei der man nicht fragte, ob man die Verse ‚verstand‘.“

Das war nicht immer so. In „Celans Zerrissenheit“, seinem neuen, mittlerweile vierten Buch über den Dichter, erzählt der Literaturkritiker Helmut Böttiger noch einmal die unglückliche Geschichte vom ersten und einzigen Auftritt bei der **Gruppe 47**, 1952 in Niendorf an der Ostsee. Damals fielen die sechs vorgetragenen Gedichte, darunter die „Todesfuge“, glatt durch. Hans Werner Richter, der Chef der Gruppe, posaunte beim nachfolgenden Mittagessen, Celans Vortragsweise erinnere ihn „an Goebbels“. Wahr ist, was Reinhart Meyer-Kalkus zuerst in dieser Zeitung (F.A.Z. vom 12. Februar 2014) beschrieb und Böttiger, leider ohne Quellenangabe, nun wiederholt: Celan adaptierte bei seinen frühen Rezitationen das hochpathetische, sprechmusizierende Timbre von Alexander Moissi, dem Theaterstar seiner Jugend. Spätere Auftritte, auch jene im Frankfurter Hörsaal, wählten dann einen eher lakonischen, wortkantigen Ton, der den Gedichten die adäquate Aura verlieh.

Verdienstlich an Böttigers neuem Versuch sind die Hinweise auf Celans intellektuelle Ambivalenzen. Im Grunde ein Gefühlsanarchist mit Sympathien für die politische Linke, fühlte er sich zeitweise zu rechten oder von der Rechten reklamierten Reiz- und Schlüsselfiguren hingezogen, zumal zu **Ernst Jünger** und Martin Heidegger (F.A.Z. vom 17. April). Böttiger erklärt dies zu Recht mit einem „elitären Gestus“, der Celan selbst nicht fremd war. Zugleich warnt er davor, jede zeitgenössische Aversion gegenüber Person und Werk „automatisch mit Antisemitismus“ zu assoziieren. Wiederum zu Recht aber kreidet er der einstigen Literaturkritik an, sie habe aus werkimmanenter Verblendung die Spuren übersehen, gar übersehen wollen, die der Holocaust in Celans Versen gezeigt hat.

### Wurde sein Judesein tabulisiert?

Hinzuzufügen ist: Alle führenden Feuilletons der frühen Bundesrepublik haben von „Mohn und Gedächtnis“ (1952) an bis zu Celans Tod zwar jeden neuen Gedichtband vorgestellt, aber es waren nahezu ausschließlich Dichterkollegen, die sie mit den Rezensionen beauftragten. Die maßgeblichen Kulturredakteure und Literaturkritiker äußerten sich allesamt nicht. Weil sie Celan ablehnten oder sein Judesein tabuierten? Keineswegs. Sie schwiegen – Joachim Kaiser und **Marcel Reich-Ranicki** inklusive –, weil sie nicht riskieren wollten, mit ihren Urteilen am Ende völlig falsch zu liegen: eine so singuläre wie signifikante Leerstelle. Im Rückblick von Klaus Reichert heißt es: „Celan hatte keine Aussicht, seinem Rang entsprechend wahrgenommen zu werden... Die literarische Öffentlichkeit nahm von ihm wenig Notiz.“

Wie anders heute. **Durs Grünbein**, 1962 geboren, konnte Celan nicht mehr selbst erleben. Als bekanntester Lyriker seiner Generation ist er durchaus kein Celan-Epigone. Wie intensiv er gleichwohl den „inneren Dialog“ mit dem Vorgänger führt, wird im Gesprächsband „Schwerer werden. Leichter sein“ offenbar, den der Literaturwissenschaftler Michael Eskin zum diesjährigen Doppelgedenken herausgegeben hat. Für Grünbein ist Celan, dem Spätwerk Benns und Brechts zum Trotz, „der größte Dichter der Nachkriegszeit“. Dass er dabei keine Gloriole windet, beweist er durch profunde Werkkenntnis.

Celans Weg, so Grünbein, führe von „den lyrischen, liedhaften Strophen“ der Frühzeit „in den offenen, epischen Vers der mittleren Phase“, also bis zum Band „Die Niemandrose“ von 1963, und ende „im Fragmentarischen, in den enigmatisch-konkreten Wortkonstellationen der letzten Sammlungen“. Stimmt. Aber warum das so ist, scheint Grünbein selbst nicht zu wissen. Eskins Gesprächen mit drei weiteren Autoren, mit Gerhard Falkner, Aris Fioretos und Ulrike Draesner, fehlt zwar die Wucht von Grünbeins Analysen und Bekenntnissen, sie zeigen in ihrer sensiblen wie gelehrten Verspieltheit allerdings auch, wie lebendig Celan ist und wie produktiv der Umgang mit seinem Werk.

Thomas Sparrs Studie „Todesfuge – Biographie eines Gedichts“ beeindruckt durch die Souveränität, mit der sie eine gewaltige Stofffülle meistert. Daten und Orte waren für Celan zentral. Von Czernowitz im Jahr 1944 also spannt Sparr den Bogen in den Bonner Bundestag vom November 1988, als die Schauspielerin Ida Ehre den singulären Gesang bei der Gedenksitzung zum fünfzigsten Jahrestag der Pogromnacht vortrug. Die Weltkarriere der deutschen Verse aber begann, ironisch genug, auf Rumänisch: Als „Tangoul Morții“, Todestango, erschienen sie erstmals 1947, übersetzt vom Freund Petre Solomon, in der Zeitschrift der Kommunistischen Partei Rumäniens.

## Plagiatsvorwürfe und Büchner-Preis

„Das Ineinander von Erfolg und Anfechtung, Anerkennung und Verleumdung“: Auf diese prägnante Formel bringt Sparr zunächst das Jahr 1960, als sich Celan haltlos, deshalb nicht minder quälenden Plagiatsvorwürfen ausgesetzt sah, zugleich aber mit dem Büchner-Preis ausgezeichnet wurde. Die Formel stimmt auch im umfassenden Sinn, sie gilt für große Teile von Celans Leben wie für die „Todesfuge“ selbst, für ihr Entstehen und ihre Wirkung. „Schwarze Milch der Frühe“, das Initialbild, der anaphorisch akzentuierte Rhythmus, der Refrain der Häftlinge – „wir schaufeln ein Grab in den Lüften da liegt man nicht eng“: Es wird nie bloß Literaturgeschichte sein.

So verschieden die Phasen von Celans Œuvre sind: Auf nahezu alle, selbst die dunkelsten Gedichte trifft zu, dass sie dialogisch strukturiert sind, das Gespräch mit einem Du suchen. Auch die vergleichsweise helle, melodiose „Todesfuge“ ist formal ein Zwiegespräch: vom KZ-Aufseher („der Tod ist ein Meister aus Deutschland“) hin zu den Opfern und wieder zurück. Sparr zitiert aus dem Tagebuch des späteren Literaturnobelpreisträgers [Imre Kertész](#) vom Mai 1990: „Gestern die ‚Todesfuge‘ abgetippt. Während des Tippens ist dieser wundervolle Text immer wundervoller geworden.“

Celan, resümiert Sparr, werde stets „etwas Inkommensurables, Geheimnisvolles“ behalten. Gewiss. Gleichwohl lohnt es sich, Imre Kertész noch etwas weiter zu folgen. Im Essay „Die exilierte Sprache“, ebenfalls 1990 entstanden, entwickelt er eine These, die sich für ein erweitertes Verständnis von Celans dichterischem Weg fruchtbar machen lässt. Die These lautet: Solange vom Holocaust in einer „Vor-Auschwitz-Sprache“ die Rede sei, erliege man der Illusion, das Grauen in humane Wörter und Sätze fassen zu können. Aber einzig eine „Nach-Auschwitz-Sprache“ sei dazu in der Lage. Kertész nennt diese Sprache explizit: „atonal“.

Was bedeutet das für Celan? 1966 schreibt er in einem Brief: „Auch musiziere ich nicht mehr, wie zur Zeit der vielbeschworenen ‚Todesfuge‘... Jetzt scheidet sich streng zwischen Lyrik und Tonkunst.“ Im gleichzeitig entstehenden Band „Atemwende“, an dem der Lektor Reichert schier verzweifelte, finden sich auch die Verse von „Keine Sandkunst mehr“. Die vier letzten lauten: „Dein Gesang, was weiß er? // Tiefim Schnee, / Iefimnee / I – i – e.“ Mit Kertész gesagt: Die Sprache wird atonal, Ende der Melodie.

Darauf wird Celan fortan setzen. Er hat Reichert – und beileibe nicht nur ihn – immer wieder resignieren lassen, ihn und uns aber immer auch aufs Neue in seinen Bann gezogen. Weshalb das wahre Celan-Paradox tatsächlich „Todesfuge“ heißt: Sie ist der Gesang des Grauens, geschrieben in einer betörenden „Vor-Auschwitz-Sprache“. Mit Kertész, dies aber ist nun sein und unser Paradox, können wir diesen Gesang nur „immer wundervoller“ finden.

## Deutschland und der Euro

# Nach dem Virus die Inflation?

Eine Kolumne von **Henrik Müller**

Während am Horizont die Gefahr steigender Inflationsraten aufzieht, beschädigt das Bundesverfassungsgericht die EZB. Eine absurde Entwicklung – Europa befindet sich auf Crashkurs.  
10.05.2020, 16.57 Uhr

Bevor der Euro gegründet wurde, stellte Deutschland zwei zentrale Bedingungen: Die neue Zentralbank müsste unabhängig sein. Und sie müsste auf das Ziel der Preisstabilität festgelegt werden. Nur unter diesen Voraussetzungen komme eine Aufgabe der D-Mark in Betracht.



Zum Autor

Institut für Journalistik, TU Dortmund

**Henrik Müller** ist Professor für wirtschaftspolitischen Journalismus an der Technischen Universität Dortmund. Zuvor arbeitete der promovierte Volkswirt als Vizechefredakteur des manager magazin. Außerdem ist Müller Autor zahlreicher Bücher zu wirtschafts- und währungspolitischen Themen. Für den SPIEGEL gibt er jede Woche einen pointierten Ausblick auf die wichtigsten Wirtschaftsereignisse der Woche.

So geschah es. 1992 unterzeichneten Europas Staats- und Regierungschefs den Maastricht-Vertrag, dem sie eine Satzung für die neue Zentralbank hinzufügten, die beide Bedingungen detailliert ausführt.

Doch nun passiert etwas Bemerkenswertes: Ein deutsches Staatsorgan, das Bundesverfassungsgericht, greift die Unabhängigkeit der **Europäischen Zentralbank** (EZB) an. Gleichzeitig zieht am Horizont hinter der **Coronakrise** die Gefahr einer ausgedehnten Inflation auf. Das Zusammentreffen dieser beiden Entwicklungen ist besorgniserregend, um es vorsichtig auszudrücken.

**Einmal Globalisierung und zurück**

Beginnen wir mit den Inflationsgefahren. Momentan mag das Szenario steigender Preisniveaus abwegig erscheinen. Die gemessenen Inflationsraten sind niedrig (**Dienstag** und **Donnerstag** gibt's neue Zahlen dazu aus China und aus Deutschland). Öl ist so billig wie seit Jahrzehnten nicht. Überhaupt, die Weltwirtschaft durchleidet die schwerste Rezession seit Ende des Zweiten Weltkriegs (**Freitag** kommen neue Daten zur Wirtschaftsleistung). Steigende Arbeitslosenzahlen, Firmenpleiten und große allgemeine Verunsicherung drücken auf die Nachfrage. All das spricht eher für einen allgemeinen Preisverfall (Deflation) als für Inflation.

Doch zugleich verändern sich die Strukturen der Weltwirtschaft. Der Trend zur De-Globalisierung ist unübersehbar. Angesichts der neuen Risikosensibilität werden internationale Lieferketten gelöst: Konzerne wägen längerfristige Versorgungssicherheit gegen Kostenvorteile ab. Regierungen agieren zunehmend protektionistisch. Das Verhältnis der beiden Supermächte **USA** und **China** verschlechtert sich gravierend: Die Gefahr eines ausgewachsenen Handelskriegs ist längst nicht vom Tisch, sondern wird durch die Coronakrise noch verschärft. Die internationale Mobilität von Personen ist massiv eingeschränkt, und so könnte es für lange Zeit bleiben.

Insgesamt wird der Austausch von Waren, Menschen und Kapital absehbar schwieriger. Die **Globalisierung** wird zurückgedreht, zumindest ein Stück weit.

Derart veränderte Marktbedingungen haben Auswirkungen auf die Preisdynamik. Die Globalisierung brachte ein schier unerschöpfliches weltweites Angebot mit sich. Eine De-Globalisierung lässt den Zugriff auf dieses Angebot schrumpfen. Und das kann unangenehme makroökonomische Folgen haben.

Als **mahnendes Beispiel gelten** die Ölschocks der Siebzigerjahre. Auch damals bemühten sich Notenbanken und Regierungen, mit reichlicher Geldversorgung und allerlei Ausgabenprogrammen die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Doch statt der erhofften Wohlstandszuwächse produzierten sie Preissteigerungen, weil die staatlich geschürte Nachfrage auf eingeschränkte Bedingungen auf der Angebotsseite stieß. Die Ära der großen Inflation begann, die in einigen Ländern bis in die Neunzigerjahre andauerte.

Dass Inflation seit Jahren kein Thema mehr ist, liegt insbesondere an der Globalisierung. Ein schier endloses weltweites Angebot hält die Güterpreise niedrig. Eine De-Globalisierung hätte den gegenteiligen Effekt.

### **Party like it's 1974**

Dazu kommen zwei weitere potenziell preissteigernde Entwicklungen: Durch die aktuelle Rezession und die bevorstehende Pleitewelle werden größere Unternehmen absehbar noch größer, auch weil staatliche Hilfsprogramme zuvörderst **großen Firmen zugutekommen**. Eine Folge: Die Wettbewerbsintensität nimmt ab, die Konzentration zu - und damit die Preissetzungsmacht der überlebenden Konzerne.

Auch die Demografie wirkt sich auf die Angebotsseite der Volkswirtschaft aus: Die Alterung der westlichen Gesellschaften wird in diesem Jahrzehnt zu einem Schrumpfen

der Bevölkerungen im erwerbsfähigen Alter führen. Wenn auf Dauer weniger Zuwanderer aus dem Ausland die Lücken schließen, verschärft sich der Trend zur chronischen Arbeitskräfteknappheit zusätzlich. Die Ära der Billiglöhne wäre dann endgültig vorbei.

Zusammengenommen wirken De-Globalisierung, Konzentration und Demografie in dieselbe Richtung: Sie dämpfen die Zuwächse des gesamtwirtschaftlichen Angebots und eröffnen damit Spielräume für Preis-, Lohn- und Kostensteigerungen. Treffen diese veränderten Bedingungen auf eine künstlich angefachte Nachfrage, dann kann daraus eine Inflationsdynamik erwachsen, ähnlich wie in den Siebzigerjahren.

In der Zeit nach der Coronakrise wird es deshalb darauf ankommen, etwaigen Inflationsgefahren entschieden zu begegnen. Die Geldschwemme, die sich momentan berechtigterweise über die Märkte ergießt, um ein Abgleiten in eine schlimme Depression zu verhindern, kann in der neuen Normalität der Nach-Corona-Welt einen bislang kaum vorstellbaren Preisdruck auslösen. Gerade dann braucht es unabhängige und respektierte Notenbanken, die einer inflationären Eigendynamik glaubwürdig entgegentreten können.

Damit sind wir beim Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Ausgerechnet das oberste deutsche Gericht stellt nun die Unabhängigkeit der EZB faktisch in Frage. Eine historische Paradoxie sondergleichen.

### **Die Sache mit der Unabhängigkeit**

Auf deutschen Druck hin einigten sich einst die Euro-Mitgliedstaaten darauf, dass die Europäische Zentralbank (EZB) keinerlei "Weisungen von Organen, Einrichtungen oder sonstigen Stellen der Union, Regierungen der Mitgliedstaaten oder anderen Stellen einholen oder entgegennehmen" darf. Gleiches gilt für die nationalen Notenbanken, darunter die Deutsche Bundesbank, die seit Beginn des Euro-Zeitalters mit der EZB unter einem Dach zusammenarbeiten. So steht es in [Artikel 7 der Satzung](#) der Zentralbank. An gleicher Stelle verpflichten sich die EU und die Mitgliedstaaten übrigens auch darauf, die EZB und die nationalen Euro-Notenbanken ungestört ihre Arbeit tun zu lassen.

Die Satzung schreibt für die EZB ein einziges "vorrangiges Ziel" fest, nämlich die "Preisstabilität zu gewährleisten" (Artikel 2). Bei niedriger Inflation soll sie nebenher auch noch "die allgemeine Wirtschaftspolitik der Union" unterstützen, das "reibungslose Funktionieren der Zahlungssysteme fördern" und dazu beitragen, die "Stabilität des Finanzsystems" zu gewährleisten.

Das klingt alles glasklar. Kaum eine Notenbank auf der Welt genießt ein so großes Maß an verbriefter Unabhängigkeit. Formal ist die EZB frei von politischen Weisungen, frei in der Wahl ihrer geldpolitischen Instrumente. Sie darf sogar selbst festlegen, was genau unter dem Ziel der "Preisstabilität" zu verstehen ist. Explizit verboten ist ihr lediglich die direkte Finanzierung von Staaten.

Kommt es zu juristischen Streitigkeiten, sind keineswegs Gerichte einzelner Mitgliedstaaten für EZB-Sachen zuständig, sondern der Europäische Gerichtshof (Artikel 35). Auch das trägt zur Unabhängigkeit der Notenbank bei.

Doch nun stellt ein deutsches Staatsorgan diese umfassende Unabhängigkeit in Frage.

### **Ein abenteuerliches Urteil**

Das Bundesverfassungsgericht hat in der abgelaufenen Woche geurteilt, das seit 2015 laufende Anleihekaufprogramm sei teilweise verfassungswidrig. Und zwar nicht etwa weil es sich um unerlaubte Staatsfinanzierung handle, sondern weil die EZB aus Sicht des Gerichts die Nebenwirkungen ihrer Anleihekäufe (etwa: niedrige Sparzinsen, schwierige Altersvorsorge, steigende Immobilienpreise) nicht ausreichend abgewogen und dargelegt hat.

Damit, sagen die Karlsruher Richter, überschreite die EZB ihre vertraglich eingegrenzten Kompetenzen. Bundesregierung und Bundestag müssen nun von der EZB eine "Verhältnismäßigkeitsprüfung" verlangen "oder auf sonstige Weise für die Wiederherstellung vertragskonformer Zustände sorgen". Im Zweifel müsste sich die Bundesbank aus dem EZB-Programm zurückziehen und womöglich gar ihre bisher aufgekauften Anleihen wieder abstoßen, wie die Richter ganz am Ende der Urteilsbegründung auf Seite 109 darlegen. Das System europäischer Zentralbanken, das seit mehr als zwei Jahrzehnten das Geld im Euroraum unter Führung der EZB managt, würde gesprengt.

Es ist ein abenteuerliches Urteil. Zum einen legt es die Axt an die europäische Rechtsordnung. Das Verfassungsgericht setzt sich über eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in der gleichen Sache hinweg und watscht die Luxemburger Richter auch noch brüsk ab ("nicht mehr nachvollziehbar", "objektiv willkürlich"). Damit liefert das oberste deutsche Gericht eine Vorlage für andere Länder, EuGH-Urteile mit Verweis auf die jeweilige nationale Verfassung zu missachten. Erste Reaktionen aus Polen und Ungarn, die mit der EU in Fragen demokratischer Grundwerte im Clinch liegen, fielen entsprechend positiv aus. Der Bielefelder Europarechtler Franz Mayer warnt bereits vor einem "Richterfaustrecht". Sogar der EuGH, ungewöhnlich genug, wehrt sich öffentlich gegen die Übergriffe aus Karlsruhe.

Zum anderen stellt der Spruch des Verfassungsgerichts einen massiven Angriff auf die Unabhängigkeit der EZB dar. Der Job der Notenbanker war bislang schon schwierig genug. Ob Finanz-, Euro- und Coronakrise - stets stand die Zentralbank als Retter der ersten Zuflucht bereit, wenn die Regierungen sich wieder mal nicht einigen konnten.

Natürlich hat die EZB unter ihrem früheren Präsidenten Mario Draghi nicht unbedingt alles richtig gemacht. Wie auch? Notenbanken, gerade wenn sie in Situationen großer Unsicherheit entscheiden müssen, machen Fehler. Das ist unausweichlich. Dafür müssen sie sich rechtfertigen. Wissenschaftler, Politiker, Journalisten, die Bürger insgesamt, können und dürfen kritisieren – Unabhängigkeit heißt nicht Unfehlbarkeit.

Aber dass die EZB leichtfertig gehandelt und die Folgen ihres Handelns nicht abgewogen haben soll, ist, um die Worte des Urteils gegen das Gericht selbst zu wenden, "nicht mehr nachvollziehbar" und "objektiv willkürlich". Ein Blick in die lange Reihe der Zentralbank-Publikationen inklusive der Berichte zur Finanzstabilität im Euroraum genügt.

### **Ein Drahtseilakt ohne Sicherheitsnetz**

Schlimmer noch: Bundesregierung und Bundestag werden vom Verfassungsgericht nicht nur ermächtigt, sondern geradezu gezwungen, der EZB Vorgaben zu machen. Ich bin kein Jurist, aber nach meinem Verständnis ist das Urteil eine Aufforderung zum Bruch europäischer Verträge. Wie gesagt, in Artikel 7 der Satzung hat sich die Bundesrepublik mit ihren Staatsorganen verpflichtet, der Notenbank keine "Weisungen" zu erteilen. Wenn Deutschland sich nun dieses Recht herausnimmt, warum sollten andere Mitgliedstaaten dann künftig nicht ähnlich handeln, und zwar womöglich aus ganz anderen Motiven?

Sollte Inflation nach der Krise wieder ein Thema werden – wofür die Faktoren De-Globalisierung, Konzentration und Demografie sprechen (siehe oben) –, gerät die EZB in eine extrem ungemütliche Position. Dann haben es die Notenbanker nämlich mit widerstreitenden Zielen zu tun: Einerseits sollen sie "vorrangig" die Inflationsraten unter 2 Prozent halten. Andererseits sind viele Euro-Länder hochverschuldet, nicht zuletzt wegen der Coronakrise. Steigende Zinsen und eine Rückführung der Anleihekaufprogramme könnten diese Volkswirtschaften an den Rand der Pleite bringen – und damit das (untergeordnete) Ziel der "Stabilität des Finanzsystems" gefährden.

Seit Bestehen des Euro wurde die Inflation im Euroraum durch die Globalisierung im Zaum gehalten. Selbst wenn die EZB viel Geld in die Wirtschaft pumpte, stiegen Preise und Löhne kaum auf breiter Front. Nun beginnt eine neue Phase, die viel schwieriger wird. Notenbanking unter den Post-Corona-Bedingungen wird ein Drahtseilakt ohne Sicherheitsnetz.

Der politische Druck auf die EZB wird immens sein. Nach dem Motto: Lasst die Inflation laufen und helft uns dadurch beim Schuldenabbau! Eine unabhängige Notenbank kann solche Angriffe abwehren. Die EZB aber, die nun durch das Verfassungsgericht des größten Mitgliedsstaates kompromittiert ist, wird es schwerer haben, sich durchzusetzen.

## „Nordeuropa ist unerträglich!“

Stand: 09:37 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten

Von **Martina Meister**



Hält die Öffnung der Schulen für eine neoliberale Taktik: Jean-Luc Mélenchon, 68, Parlamentsabgeordneter

Quelle: AFP

Der französische Linkspopulist Jean-Luc Mélenchon wirft Deutschland „jämmerlichen Egoismus“ vor, in den nordeuropäischen Regierungen säßen nur Gauner. Die Deutschen seien in der Corona-Krise kein Vorbild – und die guten Zahlen irreführend.

**WELT:** Monsieur Mélenchon, was sind die politischen Konsequenzen der Corona-Krise in Frankreich?

**Jean-Luc Mélenchon:** In Frankreich ist der Zerfall des politischen Felds nach der letzten Präsidentschaftswahl bereits weit vorangeschritten. Die Corona-Krise hat es nun endgültig in einen Trümmerhaufen verwandelt. In Krisen wie diesen zeichnen sich die Dinge klarer ab. Im Angesicht von Covid-19 gibt es diejenigen, die nach einer Gemeinschaftslösung suchen und andere, die der Meinung sind, jeder muss sehen, wo er bleibt.

**WELT:** Warum sind Sie entgegen Ihrer Art so außergewöhnlich zahn im Umgang mit der Regierung?

**Mélenchon:** Angesichts der gemeinsamen Gefahr kam es für mich nicht infrage, die Regierung in dieser Situation zu attackieren. Politische Graben- und Machtkämpfe sind jetzt einfach fehl am Platz. Bislang waren wir auf Konfrontationskurs, in allen Fragen, um die Wähler wachzurütteln. Aber diese Krise verlangt einem anderen Stil. Wir haben die Strategie unserer Partei, der „Unbeugsamen“, angepasst. Jetzt ist Solidarität gefragt.

**WELT:** Emmanuel Macron spricht von einem Krieg gegen das Virus. Sind Sie mit dieser Wortwahl einverstanden?

**Mélenchon:** Ich lehne dieses Vokabular ab. Er lenkt damit von den Problemen ab. Hier geht es nicht darum, an der Front zu sterben, sondern die medizinischen Kräfte und die Bevölkerung vor einer Krankheit zu schützen. Eine Epidemie ist ein handfester Fakt. Wir wissen, was nötig ist, um sie zu bekämpfen.

**WELT:** Trotzdem haben Sie die Krise selbst mit dem Ersten Weltkrieg verglichen. Warum?

**Mélenchon:** Weil wir es auch dieses Mal mit einem Ereignis zu tun haben, über das die Regierungen keine Kontrolle haben. Die Ideen und Mittel der Liberalen sind obsolet. Unsere französische Elite hat versagt. Sie hat aufgegeben. Und wie 1940 ist sie fasziniert vom konservativen deutschen Modell. Durch ihr Versagen wurde Frankreich gedemütigt: Wir mussten um Masken in China betteln! Die Regierenden sind ungeniert, inkonsequent und überheblich. Macron hat Italien Lektionen erteilt. Das ist von unerträglicher Arroganz.

**WELT:** Was die Aufhebung der Ausgangssperre am 11. Mai betrifft, haben Sie immerhin gesagt, dass Premierminister Edouard Philippe sein Bestes gibt. Warum?

**Mélenchon:** Wir wissen doch alle, dass Frankreich eine präsidentielle Monarchie ist. Der Präsident hat das Datum des 11. Mai ausgewählt, allein und gegen alle. Der andere, der gehorcht nur.

**WELT:** Warum sind Sie gegen die Schulöffnung?

**Mélenchon:** Die Gründe, warum die Schulen wieder öffnen, sind rein wirtschaftlich. Alle sanitären Argumente sprechen dagegen. Deswegen müssen die Kleinsten anfangen, die noch nicht selbst auf sich aufpassen können, damit Macron die Eltern wieder zur Arbeit schicken kann. Aber sie können die Hygieneregeln gar nicht einhalten. Sie werden als Versuchskaninchen missbraucht.

**WELT:** Wie beurteilen Sie die Rolle der Europäischen Union in dieser Krise?

**Mélenchon:** Die EU führt eine Komödie auf, angesichts der wir uns alle schämen müssen. Dass sie Liberale sind, die den Markt schnell wieder ankurbeln wollen, ist eine Sache. Aber sie wissen nicht wie, das ist beängstigend. Sie kommen dreimal zusammen, aber zu keinem Ergebnis. Nicht mal über ein gemeinsames Datum der Ausgangssperre konnte sie sich einigen. Ein Armutszeugnis!

Dafür werden Freihandelsverträge mit Mexiko und Vietnam unterzeichnet und der Beitrittsprozess von Madzedonien und Albanien beschleunigt. Selbst diejenigen, die noch an die EU geglaubt haben, begreifen jetzt, dass es vorbei ist.

**WELT:** Wie erklären Sie sich, dass Deutschland diese Krise so viel besser meistert?

**Melenchon:** Ich glaube nicht an die Buchhaltung der Toten. Erst, wenn wir die Zahlen zur Übersterblichkeit übers Jahr haben, können wir beurteilen, wie viele Menschen an der Epidemie gestorben sind. In dieser Hinsicht funktioniert das französische Zählsystem besser, weil es zentralistisch organisiert ist und alle Toten gezählt werden.

Die Anbetung der Deutschen ist blind. Deutschland ist ein Land, dass in Sachen Kinderbetreuung und öffentliche Einrichtungen weit hinterherhinkt. Eine Volkswirtschaft, die zu 20 Prozent auf dem Autoverkauf beruht kann jetzt, da unsere Zivilisation am Auto krankt, die sich mit ihrem jämmerlichen europäischen Egoismus brüstet und eine primitive Missachtung gegenüber Südeuropa zeigt, kein Modell sein.

Mit 13 Millionen Armen fordere ich die Deutschen auf, weniger arrogant zu sein. Die Obsession der deutschen Regierung in Sachen Währungsstabilität wird uns am Ende alle umbringen, die deutschen Arbeitnehmer inklusive.

**WELT:** Ist Frankreich in dieser Krise näher an Italien und Spanien herangerückt?

**Mélenchon:** Davon bin ich überzeugt. Nordeuropa ist unerträglich! Die wahren Gauner sitzen dort in den Regierungen. Die aufrichtigen Europäer sind im Süden. Sie sollten endlich mal ihre Zähne zeigen. Denn Deutschland häuft Handelsüberschüsse an und niemand wagt das zu kritisieren, obwohl es nach den Verträgen verboten ist. Und Deutschland blockiert die einfachen, kollektiven Lösungen, um die Schulden für alle zu erlassen.

Es hat uns Unsummen gekostet, als Helmut Kohl nach dem Mauerfall beschlossen hat, eine Ostmark gegen eine Westmark einzutauschen. Um den Deutschen zu folgen, mussten wir die Zinsen auf zehn Prozent anziehen. Wir haben aus Fetischismus angesichts der „europäischen Währungsschlange“ gehorcht.

Diese Ergebnislosigkeit hat uns 100 Milliarden gekostet, durch den Schneeballeffekt sind es heute 500 Milliarden Euro, ein Viertel der französischen Schulden. Ludwig Erhard hat schon damals richtig erkannt, dass die Franzosen bei der Gründung der Europäischen Union von Anfang an Romantiker waren.

**WELT:** Sie schlagen vor, die Schulden am Ende der Corona-Krise einfach zu erlassen. Wie soll das gehen?

**Mélenchon:** Alle Staatsschulden, die die Europäische Zentralbank hält, werden eingefroren und in zinslose, dauerhafte Schulden verwandelt. Das ist nichts Neues, das gibt es bereits. Aber es würde allen Mitgliedstaaten einen enormen Handlungsspielraum geben. 45 Prozent des Guthabens der EZB sind Staatsschulden. Für Frankreich sind es 20 Prozent.

Ich habe ausgerechnet, dass dies genau der Neuverschuldung durch die Corona-Krise entspricht. Wir stellen den Zähler einfach auf null. In einem zweiten Schritt bitten wir die EZB, alle Schulden der Privatbanken aufzukaufen und sie ebenfalls einzufrieren.

Auf diese Weise beseitigen wir die Staatsschulden des alten europäischen Kontinents. In den USA hat die Zentralbank genau dasselbe gemacht, sie hat sogar die privaten Schulden aufgekauft. Das ist nicht unrealistisch. Das ist sehr rational.

**WELT:** Was sagen Sie den Kritikern des Schuldenerlasses?

**Mélenchon:** Nennen Sie es, wie Sie's wollen, mir ist das egal. Aber das Wort Schuldenerlass macht unnötig Angst. Diese Lösung treibt die EZB nicht in den Ruin und gibt den öffentlichen Haushalten eine gigantische Interventionskapazität. Wenn Frankreich in Zukunft die Maastricht-Kriterien respektieren würde, könnten wir 1380 Milliarden Euro Kredit bekommen.

Die Deutschen machen sich mal wieder nicht klar, dass alle Staaten, die ihre Schulden finanzieren müssen, im selben Augenblick am Markt auftauchen und die Zinsen einen riesigen Sprung in die Höhe machen werden. Die deutsche Position ist nicht rational. Wollen Sie einer ganzen Generation junger Europäer sagen, so sieht eure Zukunft aus: Ihr müsst Hundert Jahre lang Schulden abzahlen?

- [ALLEMAGNE](#)

## Après l'ultimatum de sa justice à la BCE, l'Allemagne face aux institutions européennes

La Commission de Bruxelles menace Berlin de poursuites après l'arrêt de la Cour de Karlsruhe contre la BCE et la CJUE.

Par [Thomas Wieder](#) et [Virginie Malingre](#) Publié aujourd'hui à 10h59, mis à jour à 11h04



La présidente de la Commission européenne, Ursula von der Leyen, à Bruxelles, le 23 avril. POOL / REUTERS

La Commission européenne, a fait savoir sa présidente, Ursula von der Leyen, pourrait lancer une procédure d'infraction contre l'Allemagne. Et c'est à un eurodéputé allemand, l'écologiste Sven Giegold, que celle qui fut pendant quatorze ans la ministre d'Angela Merkel a d'abord choisi de le faire savoir, avant de confirmer dans un communiqué, dimanche 10 mai, que « *l'option d'une procédure d'infraction* » était bien sur la table. « *La Commission fera ce qu'elle doit faire en tant que gardienne des traités* », avait, en fin de semaine, déclaré Paolo Gentiloni, le commissaire à l'économie.

A l'origine de cette menace, le retentissant arrêt de la Cour constitutionnelle allemande qui, le 5 mai, a à la fois critiqué la politique d'aide de la Banque centrale européenne (BCE) à la zone euro et contesté un jugement de la Cour de justice de l'Union européenne (CJUE) validant l'action de l'institut monétaire. Ce faisant, les juges de Karlsruhe se sont attaqués à l'indépendance de la BCE et à la primauté du droit européen sur les droits nationaux.

Fait extrêmement rare, la CJUE a, dès le lendemain, publié un communiqué de presse rappelant qu'elle est « *seule compétente* » pour constater qu'un acte d'une institution de l'UE est – ou pas – contraire au droit européen. « *Des divergences entre les juridictions des Etats membres quant à la validité de tels actes seraient susceptibles de compromettre l'unité de l'ordre juridique de l'Union et de porter atteinte à la sécurité juridique* », a ajouté la Cour du Luxembourg.

### « **Quelque chose de très philosophique** »

Au sein des Vingt-Sept, plusieurs cours constitutionnelles ont déjà été tentées de ne pas mettre en œuvre une décision de la CJUE – en République tchèque ou au Danemark, par exemple. Mais la pression politique a suffi, et la Commission n'a pas lancé de procédure d'infraction contre ces deux pays. Une seule fois, l'exécutif européen a lancé une telle procédure contre un Etat membre : en 2018, contre la France, après une

décision du Conseil d'Etat sur un sujet fiscal. Paris a finalement dû se résoudre à appliquer la décision de la Cour de Luxembourg.

« *Les juges constitutionnels allemands ne sont pas des nationalistes. Mais ils ont une conception très stricte de l'articulation entre le droit national et le droit européen. Il s'agit là de quelque chose de très philosophique, qui tient à ce qu'est la République fédérale d'Allemagne* », explique un diplomate. Déjà amenés à émettre des réserves sur le traité de Maastricht, en 1993, ou sur celui de Lisbonne, en 2009, les juges de Karlsruhe n'étaient cependant jamais allés aussi loin dans leur mise en cause de la primauté du droit européen. Outre-Rhin, jamais la critique d'un arrêt de la CJUE n'avait été aussi sévère.

La matière – la politique monétaire de la BCE – est incontestablement un sujet très sensible en Allemagne. Gros épargnants, les citoyens allemands se jugent lésés par cette politique qui, depuis dix ans, est responsable du bas niveau des taux d'intérêt. « *Il est également vrai que, ces dernières années, la CJUE est allée de plus en plus loin dans l'interprétation des traités, ce qui crée des débats juridiques dans plusieurs pays, dont Karlsruhe s'est fait ici la voix* », commente un spécialiste du sujet.

## **Institutions « pas contrôlées ni légitimées sur le plan démocratique »**

Pour M<sup>me</sup> von der Leyen, l'affaire est complexe. D'un côté, il lui faut montrer que l'Allemagne ne bénéficie pas d'un traitement de faveur, alors que plusieurs membres de l'UE, comme la Pologne, sont tentés de contester la primauté du droit européen. De l'autre, elle doit à tout prix éviter de braquer les juges allemands, car cela risquerait de les mettre dans de mauvaises dispositions pour trouver une solution au sujet de la BCE, à laquelle ils ont accordé trois mois pour s'expliquer sur sa politique, avant de décider quoi faire. Et, dans les conditions actuelles, où l'Europe traverse la pire récession de son histoire en raison de la pandémie de Covid-19, ce serait malvenu. « *La présidente de la Commission doit maîtriser les Etats membres et laisser à la BCE une chance de trouver une solution. Pas facile* », commente un diplomate.

Côté allemand, les premières réactions aux menaces de M<sup>me</sup> von der Leyen montrent que celles-ci sont plutôt une bonne nouvelle pour Angela Merkel. Au sein de l'Union chrétienne démocrate (CDU), le parti de la chancelière, l'arrêt de la Cour de Karlsruhe avait surtout permis d'entendre les contempteurs habituels de la BCE et de son programme d'achat de dettes, lancé en 2015 – à l'instar de Wolfgang Schäuble, alors ministre des finances et aujourd'hui président du Bundestag. « *Les institutions indépendantes, qui ne sont pas contrôlées ni légitimées sur le plan démocratique, doivent agir dans le strict cadre de leur mandat et ne pas essayer d'étendre leurs prérogatives. De ce point de vue, le jugement de la Cour constitutionnelle est difficilement contestable* », a déclaré M. Schäuble, vendredi, à la *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*.

Pour M<sup>me</sup> Merkel et son gouvernement, l'intervention de M<sup>me</sup> von der Leyen peut permettre de recentrer le débat autour de la question de l'articulation entre droit national et droit européen, et ainsi d'éviter qu'il ne se polarise sur le rôle de la BCE, qui divise la grande coalition de la chancelière allemande, non seulement entre sociaux-démocrates (SPD) et conservateurs (CDU-CSU), mais au sein même de ces derniers. Un débat, en somme, plus juridique que politique, et donc potentiellement plus consensuel.

## **L'AfD s'engouffre dans la brèche**

Les commentaires suscités, dimanche, à la suite de la sortie de M<sup>me</sup> von der Leyen vont dans ce sens. « *Ce qui est ici en jeu, c'est l'unité du droit communautaire. Or, celui-ci ne saurait être mis en cause par aucune décision d'une cour nationale, que celle-ci soit à Rome, Budapest ou Karlsruhe* », a déclaré la députée CDU Katja Leikert, lundi, à la *FAZ*.

Les sociaux-démocrates ne disent pas autre chose. « *La primauté du droit européen sur le droit national fait de l'UE une vraie communauté de droit et pas une simple association d'Etats. C'est un bien précieux qui ne doit pas être mis en péril* », a, lui aussi, expliqué le député SPD Achim Post, lundi, au quotidien de Francfort.

Saluée par les Verts, pour qui M<sup>me</sup> von der Leyer est allée « *aussi loin qu'elle pouvait* » en évoquant une possible procédure d'infraction, selon l'expression de l'eurodéputé Sven Giegold, l'initiative de la présidente de la Commission pourrait ainsi contribuer à resserrer les rangs de la majorité de M<sup>me</sup> Merkel, ce qui n'est pas sans importance alors que l'Allemagne s'apprête, le 1<sup>er</sup> juillet, à occuper la présidence tournante de l'UE.

En pleine crise du coronavirus, dans un contexte d'instabilité propre à réveiller les égoïsmes nationaux, un tel débat comporte néanmoins des risques. A commencer par celui d'une surenchère populiste, et pas seulement dans les démocraties « illibérales » d'Europe centrale. Peu audible depuis le début de l'épidémie, le parti d'extrême droite Alternative pour l'Allemagne (AfD) a ainsi très vite compris le profit qu'il pouvait tirer de l'arrêt de la Cour de Karlsruhe, qui lui permet de revenir à ce qu'il était au moment de sa création en 2013, à savoir un parti anti-euro opposé au sauvetage budgétaire des Etats en faillite, avant tout obsédé par la défense de l'orthodoxie libérale allemande. Un créneau que tente aujourd'hui d'incarner l'eurodéputé Jörg Meuthen, le coprésident de l'AfD, qui, dimanche, a accusé M<sup>me</sup> von der Leyen de ne « *pas respecter la Constitution allemande* », expliquant que la présidente de la Commission devrait « *avoir honte d'imaginer de pouvoir lancer une procédure d'infraction contre son propre pays* ».

**Thomas Wieder** (Berlin, correspondant) et **Virginie Malingre** (Bruxelles, bureau européen)

**Le Figaro (site web)**

lundi 11 mai 2020 - 19:01 UTC +02:00 865 mots

**Renaud Girard:****« Attention, l'Allemagne ne paiera pas! »****CHRONIQUE - Les Allemands ont accepté que la Banque centrale européenne de Francfort consente un effort exceptionnel face à cette pandémie exceptionnelle venue de Chine.**

«*L'Allemagne paiera!*» C'est sur ce slogan que le Bloc national a fondé sa campagne pour les législatives du 16 novembre 1919. Après sa large victoire électorale, cette coalition, croyant en sa propre propagande, comptant sur un paiement prochain par l'Allemagne de ses réparations de guerre, se mit à multiplier les dépenses publiques, financées davantage par l'emprunt que par l'impôt.

Mais sur les 85 milliards de francs-or qu'elle devait à la France, l'Allemagne, soutenue diplomatiquement par les États-Unis, ne paiera finalement que 5 milliards. En France, l'accroissement de la dette publique et de la monnaie en circulation engendrera une inflation considérable. Le franc Poincaré soldera cette affaire: le 25 juin 1928, le gouvernement français dévaluera le franc Germinal des quatre cinquièmes de sa valeur.

Aujourd'hui, la pagaille règne à nouveau dans nos finances publiques. Mais l'Allemagne n'en est absolument plus responsable. Elle ne nous a pas agressés militairement comme en août 1914 ; elle ne nous a pas forcés à un gigantesque sacrifice humain, à un effort industriel d'armement sans précédent. Au début des années 1990, nous avons supplié les Allemands de faire monnaie commune avec nous. Ils étaient réticents, car attachés à un principe économique simple: les dépenses de l'État doivent être financées par ses recettes.

Ils étaient (et sont toujours) allergiques aux déficits publics. Profitant du fait qu'ils avaient à absorber les territoires à moitié ruinés de l'ex-Allemagne de l'Est, nous leur avons fait admettre que, pour financer les infrastructures, certains déficits publics pouvaient être passagèrement tolérés. Mais nous avons promis qu'en tout état de cause, ils ne devraient jamais excéder une limite de 3 % du PIB annuel et que la dette publique ne devrait jamais dépasser les 60 %. Ce sont les critères du traité de Maastricht (7 février 1992).

Avant la crise du coronavirus, l'Allemagne et la France enregistraient déjà un grand écart financier: celle-ci n'arrivait toujours pas à revenir en dessous des 3 % de déficit budgétaire pour l'année 2019, tandis que celle-là connaissait un excédent de 1,5 %. La dette allemande était passée en dessous des 60 %, tandis que la nôtre dépassait les 100 %. Au cours des deux dernières décennies, l'Allemagne a consacré son endettement à transformer ses Länder de l'Est et à investir dans ses infrastructures publiques. Son système sanitaire est visiblement bien supérieur au nôtre puisque les Allemands ont eu, proportionnellement, quatre fois moins de morts que nous dans la pandémie.

Chez nous, l'endettement public a surtout été utilisé par les gouvernements successifs pour financer la «paix sociale». Après avoir rêvé d'une France sans usine où les horaires des loisirs l'emporteraient sur ceux du travail, nous nous sommes retrouvés avec moins de richesses produites, davantage de chômage, un État-nounou de plus en plus dépensier (de surcroît mal géré). Il a suffi que quelques voyous vandalisent l'Arc de triomphe en décembre 2018 pour qu'on distribue aux «gilets jaunes», malheureuses victimes de la désindustrialisation du pays, plus de dix milliards d'euros, comme si on pouvait jeter de l'argent d'un hélicoptère.

Depuis que Milton Friedman a inventé l'expression en 1969, l'hélicoptère monétaire est un concept économique magique, où la Banque centrale achète systématiquement les bons du Trésor émis par l'État, quitte à rayer ensuite cette créance de ses comptes. Le problème est que les Allemands croient toujours à la

magie en musique, mais pas en économie. Ils ont accepté que la Banque centrale européenne de Francfort consente un effort exceptionnel face à cette pandémie exceptionnelle venue de Chine. La BCE s'est dotée d'un programme dérogatoire de rachat de dette publique et privé à hauteur de 750 milliards d'euros. Mais ils n'accepteront jamais que les États du sud de la zone euro (qu'ils qualifient du joli nom français de «Club Méditerranée») continuent à financer par la dette ou par la création monétaire les déficits de leur État-providence.

Aux États-Unis, les riches de Californie acceptent de payer pour les pauvres de Pennsylvanie. L'Europe est différente. Elle est confédérale, pas fédérale. Les États du Nord estiment que les États du Sud doivent se prendre en charge et veiller à ne pas vivre au-dessus de leurs moyens.

Se répand en France l'idée que le carnet de chèques de l'État est inépuisable. Qu'il peut indéfiniment payer pour les émeutes, les grèves, les confinements et autres interruptions d'activité. C'est faux! La France est confrontée aujourd'hui à un choix clair: retrouver le sens du devoir, du travail et de la responsabilité qui a fait sa prospérité des années 1945-1980, ou bien divorcer de l'Europe du Nord, pour disparaître gentiment à l'ombre des palmiers du Club Méditerranée.

# Europäische Souveränität? Gibt es nicht!

Stand: 20:08 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten

Von **Henryk M. Broder**

Ursula von der Leyen denkt über ein „Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland“ nach. Sie sieht die „Souveränität“ Europas berührt. Doch da irrt sich die EU-Präsidentin. Und zwar gleich mehrfach.

Wie dpa vor zwei Tagen gemeldet hat, steht der EU neues Ungemach bevor. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, denkt über „ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland“ nach. Sie sagt: „Ich nehme die Sache sehr ernst.“ „Die Sache“ ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, das sich gegen eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg zu den Ankäufen von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank in Frankfurt positioniert hat. Das Urteil werfe Fragen auf, die „den Kern der europäischen Souveränität“ berühren.

Frau von der Leyen ist von Beruf Ärztin, von Geburt Deutsche und seit dem 1. Dezember letzten Jahres Präsidentin der EU-Kommission. Deren Aufgabe ist es, „Hüterin der Verträge“ zu sein, die das Fundament der EU bilden, das ist „im Kern“ der „Vertrag von Lissabon“, der am 1. Dezember 2009 in Kraft trat, vier Jahre nachdem der „Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa“ gescheitert war.

Wenn Frau von der Leyen, die in Brüssel geboren wurde und sich deswegen als „Europäerin“ versteht, nun von einer „europäischen Souveränität“ spricht, dann irrt sie sich gleich mehrfach. Die EU ist kein Staat, kein Bundesstaat, nicht einmal ein Staatenbund. Sie ist eine Interessengemeinschaft souveräner Staaten, man könnte sie mit der ARD vergleichen, der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands.

Es gibt keine europäische Nation, keine europäische Verfassung und keine europäische Souveränität. Es gibt eine EU-Fahne und eine EU-Hymne. Die Kommission, der Frau von der Leyen vorsitzt, geriert sich gerne wie eine Regierung, ist aber keine. Und das EU-Parlament nennt sich zwar das „direkt gewählte Legislativorgan der Europäischen Union“, aber auch das stimmt nur sehr bedingt.

Es hat kein „Initiativrecht“, das heißt, kein Recht, „Gesetzesvorschläge auszuarbeiten und in den Gesetzgebungsprozess einzubringen“, wie es die Bundeszentrale für politische Bildung definiert. Es wird

alle fünf Jahre in allgemeinen, unmittelbaren, freien, geheimen, *aber nicht gleichen* Wahlen gewählt. Es gilt die „degressiv proportionale Repräsentation“.

Ein luxemburgischer MdEP vertritt etwa 83.000 Einwohner seines Landes, ein französischer zehnmal so viele. Unter solchen Bedingungen von einer „europäischen Souveränität“ zu sprechen, ist schon sehr gewagt. Vielleicht hat die Präsidentin „Identität“ gemeint. Die gibt es auch nicht, aber das ist eine andere Baustelle.

# « Donnons une place plus large à une représentation moins inquiétante de l'épidémie »

## TRIBUNE

### Collectif

Face aux craintes que suscite le déconfinement, quatre médecins du CHU Henri-Mondor rappelle, dans une tribune au « Monde », qu'au-delà du décompte morbide quotidien, il existe également d'autres réalités, relatives à la pandémie, plus rassurantes.

Publié aujourd'hui à 06h00 Temps de Lecture 3 min.

**Tribune.** Aux premiers jours du déconfinement, des questions, réticences et inquiétudes qu'il soulève, sans doute est-il nécessaire de se pencher sur les différentes représentations que nous avons aujourd'hui de la pandémie liée au Covid-19.

Après huit semaines de confinement et plus de 26 000 morts, les réticences exprimées à l'annonce de la réouverture des écoles par nombre de parents d'élèves et d'enseignants traduisent la crainte que soulèvent cette épidémie et les risques de recrudescence.

Ces inquiétudes largement partagées au-delà de la question de l'école répondent en partie aux représentations de l'épidémie par nos concitoyens, fortement étayées par le décompte morbide quotidien énoncé par le directeur de la santé, les images de services de réanimations surchargés ou encore des établissements médico-sociaux où meurent dans l'isolement le plus total des milliers des personnes âgées.

## Des données épidémiologiques incontestables

Ces représentations s'appuient sur des données épidémiologiques incontestables et sont issues en grande partie de leur traitement médiatique ainsi que des expertises qui les ont accompagnés. De telles représentations ont en partie favorisé le respect des décisions politiques durant cette étape de la crise et notamment celui des mesures de confinement généralisées de la population.

**« L'AP-HP déplore à ce jour 7 passages en réanimation et 3 décès rapportés au Covid-19, soit un taux de mortalité inférieur à 0,1 % »**

D'autres représentations attenantes à d'autres réalités sont néanmoins possibles. Il existe non pas en Suède, au Japon ou en Allemagne, mais au sein de notre pays, une communauté de femmes et d'hommes, actifs, résidant dans un environnement urbain, ayant continué à exercer leur activité professionnelle notamment dans des lieux surexposés au virus, sans par ailleurs s'isoler de leur famille proche, conjoints ou enfants (souvent accueillis dans les établissements scolaires) et pour lesquels nous disposons de données épidémiologiques fiables. La diffusion de ces données pourrait s'avérer utile à l'heure du déconfinement pour atténuer les inquiétudes de nombre de femmes et d'hommes susceptibles de reprendre une vie professionnelle et de scolariser leurs enfants.

Ces données existent et ne proviennent pas d'un environnement particulier comme celui du port-avions *Charles-de-Gaulle* et de sa population peu représentative, mais du personnel de l'Assistance publique-Hôpitaux de Paris (AP-HP), soit plus de 100 000 personnes dont près de 70 % de personnels soignant, hommes et femmes de tous âges et de toutes conditions physiques, ayant pour nombre d'entre eux interagi quasi quotidiennement avec des patients atteints du Covid-19. Avec un peu plus de 4 300 personnes contaminées, chiffre probablement sous-estimé par le fait que seuls les cas symptomatiques ont été dépistés, l'AP-HP déplore à ce jour 7 passages en réanimation et 3 décès rapportés au Covid-19, soit un taux de mortalité inférieur à 0,1 %.

## L'autre grande victoire des soignants

Si ces données ne représentent en aucun cas la létalité du virus estimée par l'OMS en dessous de 3 % au sein de la population générale (même si des incertitudes demeurent encore sur ce chiffre), elles permettent d'entrevoir une autre réalité de cette pandémie : celle observée au sein d'une population active, informée, respectueuse des mesures barrières, équipée de masques et dépistée précocement pour laquelle le taux de contamination serait proche de celui observé dans la population générale confinée de la région Ile-de-France, en dépit d'une exposition paroxystique au virus.

Ces chiffres nous indiquent qu'en s'organisant de manière responsable et en protégeant de manière renforcée et ciblée les plus âgés et les plus vulnérables, le nombre de décès et de formes graves a été limité drastiquement.

Si ces décès restent bien entendu à jamais intolérables, ils attestent néanmoins de l'efficacité d'une organisation humaine qui d'une part a eu accès aux mesures de protection et de dépistage, et d'autre part a bénéficié d'une grande autonomie locale dans la gestion des risques encourus par son personnel. C'est ce qui constitue sans doute, au-delà d'avoir fait front face à la pandémie, l'autre grande victoire de la communauté des soignants.

Plus que jamais, il convient désormais de donner une place plus large à une représentation collective moins inquiétante de l'épidémie, issue des données factuelles observées au sein d'une population active, avertie et sans doute plus armée que l'ensemble de la population française, mais faisant émerger un autre visage de cette pandémie.

**José Cohen**, immunologiste ; **Philippe Grimbert**, chef du service néphrologie et transplantation ; **Jean-Daniel Lelièvre**, chef du service maladies infectieuses ; **Marie Matignon**, médecin dans le service néphrologie et transplantation. Tous sont médecins au CHU Henri-Mondor.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/heinrich-august-winkler-ueber-spd-und-nukleare-teilhabe-16765310.html>

HEINRICH AUGUST WINKLER:

## Die Rückkehr der SPD ins Wunschreich des Traums

Die SPD ist dabei, sich verteidigungspolitisch zu isolieren. Reden ihr Mützenich und Walter-Borjans die Westbindung aus, blieben ihr nur noch Koalitionen mit den Nationalpazifisten der Linken. **Gastbeitrag eines langjährigen Mitglieds.**



- VON HEINRICH AUGUST WINKLER
- -AKTUALISIERT AM 12.05.2020-13:30

Ein Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Deutschen Bundestag, Rolf Mützenich, das der Berliner „Tagesspiegel“ am 4. Mai veröffentlicht hat, könnte in die Geschichtsbücher eingehen: als Dokument einer dramatischen Revision des sozialdemokratischen Verständnisses von deutscher Sicherheitspolitik, ja einer Abkehr von der Westbindung der Bundesrepublik.

Mützenich nennt die Idee der nuklearen Teilhabe Deutschlands ein „Konstrukt des Kalten Krieges“. Die auf diese Idee gestützte Stationierung amerikanischer Atombomben in Deutschland, die im Verteidigungsfall von Flugzeugen der Bundeswehr transportiert und abgeworfen werden könnten, will er für die Zukunft ausschließen. Auf den Einwand seines Interviewpartners, des Redakteurs Hans Monath, für diese Forderung werde er bei der Nato keine Unterstützung finden, antwortete er: „Ich brauche nicht die Unterstützung der Nato, ich möchte die Unterstützung der Bevölkerung.“



Der Historiker Heinrich-August Winkler ist seit 1962 Mitglied der SPD. Im August erscheint sein Buch „Wie wir wurden, was wir sind. Eine kurze Geschichte der Deutschen“ im Verlag C.H. Beck. :Bild: dpa

Mit dem Ko-Vorsitzenden der SPD, [Norbert Walter-Borjans](#), weiß sich Mützenich in Fragen der nuklearen Teilhabe einig. [Walter-Borjans ließ nahezu zeitgleich die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung wissen, er sei „gegen Stationierung, Verfügungsgewalt und erst recht gegen den Einsatz von Nuklearwaffen“](#). Teilhabe klinge nach „harmloser Geselligkeit“. In Wahrheit diene sie aber dem Einsatz einer „mensenverachtenden Waffengattung“ in einer Zeit, in der ein unberechenbarer US-Präsident das vorbehaltlose Vertrauen der wichtigsten Bündnispartner sehr in Frage stelle und den Einsatz „kleiner Atomwaffen“ als Option ansehe.

Nimmt man hinzu, dass die sozialdemokratische Bundestagsfraktion sich in diesen Wochen gegen die Wiederwahl eines über Fraktionsgrenzen hinweg angesehenen, bei den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr beliebten, dezidiert proatlantischen Parteifreundes, des früheren Abgeordneten Hans-Peter Bartels, zum Wehrbeauftragten des [Bundestags](#) entschieden hat, verstärkt sich der Eindruck einer einschneidenden Kursänderung der ältesten deutschen Partei auf dem Feld der Verteidigungspolitik. Klar ist freilich nur, dass die Führungen von Partei und Fraktion die bisherige enge Bindung Deutschlands an die Vereinigten Staaten von Amerika und das atlantische Bündnis hinter sich lassen wollen. Was ihnen stattdessen vorschwebt, bleibt einstweilen vage.

## Statt Putin und Xi wird nur Trump beschuldigt

Mützenich und Walter-Borjans streben eine Welt ohne Nuklearwaffen an: ein Ziel, dem zumindest in der westlichen Welt nur Wenige widersprechen werden. Sie wollen, dass Deutschland dazu eine einseitige Vorleistung erbringt, indem es sich zur atomwaffenfreien Zone erklärt. Ihre Kritik richtet sich, was nukleare Strategien und nukleare Bewaffnung angeht, ausschließlich gegen das Amerika [Donald Trumps](#). Von Putins Russland ist ebenso wenig die Rede wie vom China Xi Jinpings.

Eine Bedrohung Deutschlands scheint nur von der Weltmacht auf der Westseite des Atlantiks auszugehen. Kein Wort davon, dass [Putin](#) 2014 mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und dem hybriden Krieg in der Ostukraine faktisch die Unterschrift Gorbatschows unter die Charta von Paris vom November 1990 zurückgezogen hat: jenes Dokument, durch das sich nach dem Ende des Kalten Krieges alle Mitgliedstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zur friedlichen Beilegung von Konflikten und zur wechselseitigen Achtung ihrer nationalen Souveränität und territorialen Integrität verpflichtet haben.

Mützenich behauptet, die Sozialdemokraten orientierten sich viel stärker als andere Parteien nicht nur am eigenen, nationalen Interesse. Sie beachteten vielmehr auch die Interessen anderer Länder, weil sie wüssten, „dass wir nur gemeinsam stark sind“. Dass es im östlichen Mitteleuropa, zumal in den baltischen Staaten und in Polen, ein nicht nur historisch, sondern auch durch jüngere Erfahrungen begründetes Gefühl der Bedrohung durch Russland gibt, räumen Sozialdemokraten, die der Linie Walter-Borjans' und Mützenichs folgen, nur ungern ein.

[Als der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder kürzlich ebenfalls in einem Interview mit dem „Tagesspiegel“](#) auf dieses Thema angesprochen wurde, antwortete er: „Eine militärische Bedrohung durch Russland sehe ich nicht. Russland eine solche Absicht zu unterstellen dient nur dazu, Feindbilder des Kalten Krieges zu wecken.“

## Die Sowjetunion war berechenbarer als Putins Russland

Tatsächlich war die Sowjetunion seit der Ära Breschnew, also seit Mitte der sechziger Jahre, berechenbarer als das Russland Putins heute. Gewaltsame Grenzänderungen kann man ihr, anders dem derzeitigen Kremlherrn, jedenfalls nicht vorwerfen. Ihren weltpolitischen Einfluss suchte sie durch Hochrüstung, Aktivitäten in der „Dritten Welt“ und dadurch zu vergrößern, dass sie es, wo immer möglich, darauf anlegte, einen Keil zwischen die Amerikaner und ihre westeuropäischen Verbündeten zu treiben. In dieser Hinsicht ist Putin ein gelehriger Schüler Breschnews. Was das Handwerk der inneren Zersetzung westlicher Staaten, Staatenvereinigungen und Allianzen betrifft, ist der ehemalige KGB-Agent seinen sowjetischen Vorgängern sogar weit überlegen. Die digitale Revolution verschafft ihm Möglichkeiten, die es im [Kalten Krieg](#) noch nicht gab.

Mützenich, Walter-Borjans und ihre Unterstützer scheinen zu glauben, dass Deutschland die Sache der weltweiten atomaren Abrüstung und des Weltfriedens dadurch fördern würde, dass es sein Territorium durch den Abzug der hier stationierten amerikanischen Atombomben einseitig entnuklearisiert. Das Gegenteil dürfte der Fall sein. Eine Vertiefung der Kluft, die sich seit dem Amtsantritt Trumps zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa aufgetan hat, wäre die sichere Folge eines deutschen Alleingangs.

Da die Führung der SPD auch die vor allem von Frankreich geforderte militärische Stärkung der EU ablehnt, würde eine strategische Selbstisolierung der Bundesrepublik auch das deutsch-französische Verhältnis stark belasten. Die Europäische Union müsste ihre Hoffnung, in weltpolitischen Fragen künftig ein entscheidendes Wort mitreden zu können, endgültig aufgeben. Das Ergebnis wäre jene Renationalisierung Europas, die die SPD zu bekämpfen glaubt. Den Nutzen hätten die autoritären Weltmächte, deren aggressive Tendenzen der Westen bisher nur eindämmen konnte, weil er selbst über militärische Stärke verfügt, zu der auch ein glaubwürdiges nukleares Abschreckungspotenzial gehört.

## Es geht allein um innenpolitische Bündnisse

Einen nachvollziehbaren Sinn ergibt der angestrebte neue sicherheitspolitische Kurs der SPD nur, wenn man ihn unter dem Gesichtspunkt einer innenpolitischen Bündnisstrategie betrachtet. Würde die Sozialdemokratie sich auf jenen Teilausstieg aus dem westlichen Bündnis festlegen, auf den der von Mützenich und Walter-Borjans geforderte Politikwechsel allen Dementis zum Trotz hinausläuft, würde sie sich den nationalpazifistischen Positionen der Anti-Nato-Partei Die Linke annähern, ja selbst zur nationalpazifistischen Partei werden und damit strukturell unfähig, auf Bundesebene andere Regierungskoalitionen einzugehen als Rot-rot-grün oder Grün-rot-rot. Den Kampf um die politische Mitte müssten die Sozialdemokraten aufgeben. Es gehört ein hohes Maß an Wunschdenken dazu, mit solchen Perspektiven politische Mehrheiten erobern zu wollen.

Wunschdenken ist eine alte deutsche Versuchung. Das wusste schon [Heinrich Heine](#), als er 1844 in „Deutschland. Ein Wintermärchen“ die Zeilen niederschrieb: „Franzosen und Russen gehört das Land./ Das Meer gehört den Briten./ Wir aber besitzen im Luftreich des Traums/ Die Herrschaft unbestritten.“ Im November 1983, gut ein Jahr nach seinem, von der eigenen Partei mit verursachten Sturz als Bundeskanzler, zitierte Helmut Schmidt auf dem Kölner „Raketenparteitag“ der SPD diese Worte.“ Er tat es, nachdem die Delegierten mit überwältigender Mehrheit sich von seiner Politik des nuklearen Gleichgewichts verabschiedet und auf eine Linie des unilateralen Nachrüstungsverzichts festgelegt hatten, die die Hinnahme eines eklatanten Übergewichts sowjetischer Mittelstreckenraketen in Mitteleuropa in sich schloss.

Es ist durchaus nicht so, dass der neue Rückfall in das Wunschdenken, wie es sich in den jüngsten Einlassungen von Mützenich und Walter-Borjans manifestiert, in der SPD unumstritten wäre. So wandte der frühere Wehrbeauftragte Reinhold Robbe ein, bevor über eine so weitreichende Kursänderung wie die von der Partei- und Fraktionsführung geforderte entschieden werde, sei eine intensive Debatte innerhalb und außerhalb der Partei notwendig. Im übrigen eigne sich das Thema „nicht für einen populistischen Überbietungswettbewerb auf dem Höhepunkt der Corona-Krise“.

Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Fritz Felgentreu, warnte: „Wenn Deutschland sich aus der Abschreckung durch nukleare Teilhabe zurückzieht, dann verlieren wir Einfluss auf die Nuklearstrategie der Nato.“ Doch es ist ungewiss, ob sich die verbliebenen Realisten mit ihren Mahnungen Gehör verschaffen können. Die Versuchung, so zu agieren, als lebe man bereits in der idealen Welt, die man errichten möchte, ist groß – und das wohl nicht nur in den Führungen von Partei und Fraktion der SPD.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/barenboim-israel-muss-verhaeltnis-zu-palaestinensern-ueberdenken-16764977.html?premium>

ISRAEL UND DIE PALÄSTINENSER:

## Nur Verstehen führt zur Freiheit

- VON DANIEL BARENBOIM
- -AKTUALISIERT AM 12.05.2020-13:37



Israels neue Regierung will über die Annexion von Teilen des Westjordanlands abstimmen lassen. Dahinter steckt eine fehlerhafte Ethik: Die Regierung muss ihr Verhältnis zu den Palästinensern überdenken. Ein Gastbeitrag.

Am 13. Mai wird die fünfunddreißigste Regierung des Staates Israel vereidigt, fünfundsiebzig Jahre nach Ende des Holocausts. In ihrem Koalitionsvertrag plant die neue Regierung eine Abstimmung der Regierung und/oder der **Knesset** über die Annexion von Teilen des Westjordanlandes (Jordantal und Siedlungen) auf der Grundlage des „Friedensplans“ der Trump-Administration. Dieser Plan ist ein weiterer Schritt weg von einem Friedensabkommen mit den Palästinensern. Er ist durch und durch katastrophal.

Historisch gesehen, war die Tatsache, dass Israel eine funktionierende liberale Demokratie ist – oft als die einzige Demokratie im Nahen Osten bezeichnet –, sein wichtigstes Kapital, ein Kapital, das auch auf einem Anspruch auf beispielhafte Moral beruht, welche die Wurzel der jüdischen Existenz im Laufe der Geschichte war. Eine der zentralen Erklärungen der Tora, die in vielen Instruktionen aufgegriffen wird, lautet: „Gerechtigkeit, Gerechtigkeit sollst du verfolgen.“ Das Streben nach Gerechtigkeit ist in der Tat ein fundamentaler Grundsatz des Judentums seit seinen Anfängen. Die universellen Lehren der jüdischen Tradition über die Verantwortung gegenüber allen Menschen und der ganzen Welt spiegeln ein tiefes Bekenntnis zu den ethischen Prinzipien von Gerechtigkeit und Rechtschaffenheit wider. Aber Israel gibt dieses historische Kapital aus zwei miteinander verknüpften Gründen mit höchster Geschwindigkeit aus: der Ethik seiner Erinnerung an den **Holocaust** und seiner fortgesetzten Behandlung der Palästinenser.

Am Ende des neunzehnten Jahrhunderts hatte Theodor Herzl einen schönen Traum von der jüdischen Heimat, aber leider schlich sich nur wenige Jahre später eine Lüge in die Erzählung ein: Palästina als „ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“. Das stimmte einfach nicht: 1914 betrug der Anteil des jüdischen Volkes an der Gesamtbevölkerung Palästinas nur zwölf Prozent. Niemand kann ehrlich behaupten, dass Palästina damals ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land war, und diese Tatsache ist der Kern der historischen Unfähigkeit der Palästinenser, die Existenz des Staates Israel zu akzeptieren. Dennoch ist es inakzeptabel, die Palästinenser als Antisemiten zu beschuldigen. Erstens, weil sie selbst ein semitisches Volk sind, aber auch, weil ihre Weigerung, die jüdische Präsenz in dem heutigen Staat Israel zu akzeptieren, eine klare historische Grundlage hat, aber überhaupt nichts mit dem weitverbreiteten europäischen Antisemitismus gemein hat, der seinen schrecklichsten Ausdruck im Holocaust fand.

## Wissen und Verstehen sind verschieden

Israel erinnert sich an die Vergangenheit des jüdischen Volkes, es hat aber seine Fähigkeit zu einer konstruktiven Erinnerung verloren. Die völlig richtige Notwendigkeit, „nie wieder“ zu sagen, wenn man über den Holocaust spricht, darf nicht die einzige Form der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sein. Mit dem Erinnern muss ein zusätzlicher konstruktiver Aspekt verbunden sein, es muss ein aktives Erinnern stattfinden.



Wechsel vom Dirigenten- ans Rednerpult: Daniel Barenboim dankt für den Konrad-Adenauer-Preis im Oktober 2019 in Köln. :Bild: dpa

Natürlich muss der Holocaust jedoch von der ganzen Welt einschließlich der Palästinenser anerkannt werden, er muss studiert und verstanden werden, damit er sich nicht wiederholt. Zu keiner Zeit und nirgendwo. Edward Said hat dies perfekt verstanden und gegen die Dummheit und Grausamkeit der Holocaust-Leugner gekämpft. Ihm war klar, dass ein mangelndes Verständnis der menschlichen Verwüstung des Holocausts und seiner rassistischen Leugnung einer Wiederholung Tür und Tor öffnen und grausam sein würde, sowohl für die Erinnerung an diejenigen, die umgekommen sind, als auch für die Realität derer, die überlebt haben. Doch Verständnis im Sinne Spinozas hat noch eine andere, tiefere Bedeutung: Wissen und Verstehen sind verschieden. Wissen ist etwas, das man anhäuft, aber Verstehen kommt aus einem tiefgreifenden Denkprozess und führt zur Freiheit.

### Nie eine einzige Erzählung

Übertragen auf die Erinnerung an den Holocaust, bedeutet dies, dass der Erwerb von Wissen durch das Verstehen seines eigentlichen Wesens es uns ermöglicht, nicht Sklave einer Erinnerung zu sein, die wir nicht vergessen dürfen. Andernfalls wird es eine Rechtfertigung für undemokratische und militaristische Tendenzen bieten, welche Gegenwart und Zukunft sowohl der israelischen als auch der palästinensischen Gesellschaft ernsthaft gefährden.

Das Grauen der Unmenschlichkeit des Holocausts und seiner Tragödie gehört zur Menschheit als Ganzer. Ich bin davon überzeugt, dass nur die Fähigkeit, es als solches zu sehen, uns die notwendige gedankliche Klarheit und emotionale Fähigkeit zur Bewältigung des Konflikts mit den Palästinensern geben wird. Wenn es wahr ist, dass die Palästinenser nicht in der Lage sein werden, Israel zu akzeptieren, ohne auch seine Geschichte einschließlich des Holocausts zu akzeptieren, dann ist es ebenso wahr, dass Israel nicht in der Lage sein wird, die Palästinenser zu akzeptieren, solange der Holocaust sein einziges moralisches Kriterium für seine Existenz ist.

Was nun also mit Israel und seiner neuen Regierung? Nicht nur seine Ethik der Erinnerung ist fehlerhaft, sondern die Aufrechterhaltung der Besatzung und die Schaffung neuer Siedlungen und nun sogar die Planung der Annexion weiterer Gebiete hat die Palästinenser moralisch überlegen gemacht. Israelis und Palästinenser sind und werden dauerhaft miteinander verbunden sein. Israelis sind nicht nur die Besatzer, und Palästinenser sind nicht nur die Opfer. Jeder ist ein „anderer“, aber erst zusammengenommen bilden sie eine vollständige Einheit. Deshalb ist es für jeden von ihnen wichtig, nicht nur seine eigene Erzählung, sondern auch die menschliche Erfahrung des anderen zu verstehen. Das können wir aus der Musik lernen: Musik erzählt nie eine einzige Erzählung, es gibt immer einen Dialog oder Kontrapunkt. Wenn es nur eine Stimme gibt, dann ist das eine Ideologie, und das könnte in der Musik nie passieren.

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/peter-huber-im-gespraech-das-etz-urteil-war-zwingend-16766682-p2.html>

VERFASSUNGSRICHTER HUBER IM GESPRÄCH:

## „Das EZB-Urteil war zwingend“

- VON REINHARD MÜLLER
- -AKTUALISIERT AM 12.05.2020-18:59



Verfassungsrichter Peter M. Huber war Berichterstatter im EZB-Verfahren. Im Gespräch verteidigt er das Urteil, spricht über die Krise der europäischen Rechtsgemeinschaft und eine drohende Vertragsverletzungsklage der EU-Kommission.

Die Haltung des Bundesverfassungsgerichts zum Europarecht ist Kritikern schon länger ein Dorn im Auge. Nach dem Urteil zur Europäischen Zentralbank (EZB) ist von „schlimm“ bis „gefährlich“ die Rede. Hat Sie das überrascht?

Ich habe natürlich mit Kritik gerechnet. Was mich erstaunt, ist die Einseitigkeit und der eifernde Ton, der hier von manchen angeschlagen wird. Klar ist doch, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) zwar seit 50 Jahren einen schrankenlosen Vorrang des Europarechts reklamiert, fast alle nationalen Verfassungs- und Höchstgerichte dem jedoch genauso lange widersprochen haben. Solange wir nicht in einem europäischen Staat leben, richtet sich die Mitgliedschaft eines Landes nach seinem Verfassungsrecht. Dieses muss zwar offen sein für den Anwendungsvorrang des Europarechts, kann aber auch Grenzen vorsehen, wie das bei uns in Art. 23 des Grundgesetzes der Fall ist. Im Übrigen haben, was die Empörung noch fragwürdiger macht, andere Gerichte wie das oberste Gericht Dänemarks oder das Tschechische Verfassungsgericht Entscheidungen des EuGH schon für „Ultra vires“, also offensichtlich kompetenzwidrig, gehalten. Das alles lassen die Kritiker einfach unter den Tisch fallen.

Warum haben Sie dem EuGH ausgerechnet in dieser für die europäische Rechtsgemeinschaft kritischen Phase eine „schlechterdings nicht mehr nachvollziehbare“ und „willkürliche“ Entscheidung vorgeworfen?

Die Phase haben wir uns nicht ausgesucht. Auch darf ein Gericht nicht nach politischen Kriterien darüber entscheiden, wann es seine Entscheidung fällt. Die Begriffe „schlechterdings nicht mehr nachvollziehbar“ und „willkürlich“ klingen hart. Sie sind es aber nicht, weil sie es dem Bundesverfassungsgericht überhaupt erst ermöglichen, in eine „Ultra vires“-Kontrolle einzutreten. In der Sache dienen sie dazu, die Auslegung des Europarechts dem EuGH so lange zu überlassen, wie die Grenze des schlechterdings nicht mehr Nachvollziehbaren nicht überschritten wird. Erst wenn diese Grenze überschritten wird, liegt im Verstoß gegen das Unionsrecht auch ein Verstoß gegen das Grundgesetz. Deshalb haben wir etwa mit Blick auf das Verbot der monetären Staatsfinanzierung eine willkürliche Beurteilung nicht feststellen können und seine Auslegung akzeptiert, obwohl wir einige Bedenken hatten. Mit denselben Kriterien grenzt man im Übrigen die Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts auch von jener des Bundesgerichtshofs oder des Bundesverwaltungsgerichts ab, die für Zivil- und Straf- beziehungsweise Verwaltungsrecht zuständig sind. Nur wenn deren Entscheidungen willkürlich sind, verstoßen sie zugleich gegen das Grundgesetz.

Inwiefern war dieses Urteil zwingend?

Das Programm zum Ankauf von Staatsanleihen PSPP hat erhebliche wirtschaftspolitische Nebeneffekte – für die Haushalte der Mitgliedstaaten, den Immobilien- und Aktienmarkt, Lebensversicherungen und anderes mehr – und betrifft insoweit auch Bereiche, für deren Ordnung die Mitgliedstaaten zuständig sind. Mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit soll sichergestellt werden, dass diese Übergriffe nicht außer Verhältnis zum angestrebten Erfolg stehen. Das erfordert eine Abwägung. Nur so kann etwa ein flagranter Missbrauch verhindert werden. Eine solche Abwägung gab es aber nicht einmal im Ansatz, und der EuGH hielt sie in seiner Vorabentscheidung auch nicht für erforderlich. Insofern war das Urteil meines Erachtens zwingend.

War das Handeln der EZB in diesem Punkt wirklich diesen Streit wert?

Die Frage stellt sich so nicht. Wenn ein Gericht angerufen wird, muss es auch entscheiden. Im Übrigen ist das PSPP ja schon einmal runtergefahren und mittlerweile durch ein neues Programm ergänzt worden. Ob das zulässig ist und wo die Grenzen der Währungspolitik verlaufen, wissen wir bislang aber nicht.

Die EZB soll in Karlsruhe Augen keine Wirtschaftspolitik betreiben; nun wirft ihr Karlsruhe aber vor, sie habe wirtschaftspolitische Auswirkungen zu wenig berücksichtigt?

Es macht einen Unterschied, ob man die wirtschaftspolitischen Auswirkungen des PSPP zur Kenntnis nimmt und sie gewichtet oder ob man sie mit dem PSPP mehr oder weniger anstrebt. Das darf die EZB natürlich nicht, und das verlangt aber auch das Urteil nicht.

Die [EU-Kommission](#) prüft ein Vertragsverletzungsverfahren. Ist das nicht unausweichlich?

Unausweichlich ist das keineswegs. Vielmehr hat die Kommission insoweit einen politischen Ermessensspielraum. Dabei sollte sie zur Kenntnis nehmen, dass Deutschland und die meisten anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union gar nicht hätten beitreten dürfen, wenn es den vom EuGH angenommenen schrankenlosen Anwendungsvorrang des Europarechts vor dem Grundgesetz gäbe. Das haben wir auch in der Entscheidung zum Einheitlichen Patentgericht im Januar noch einmal deutlich gemacht.

Am Ende müsste der EuGH darüber entscheiden – und es ist wohl kaum zu erwarten, dass er zu dem Schluss kommt, Deutschland habe sich europarechtskonform verhalten, oder?

Ich würde es mir wünschen, aber es ist wohl nicht sehr realistisch.

Wie würde es nach einem solchen Urteil weitergehen?

Schwer zu sagen. An unserem Urteil würde es jedenfalls nichts ändern. Ein Vertragsverletzungsverfahren brächte aber eine erhebliche Eskalation, die Deutschland und andere Mitgliedstaaten in einen schwer auflösbaren Verfassungskonflikt stürzen könnte. Denn der schrankenlose Vorrang des Unionsrechts ist mit der Ewigkeitsgarantie des Grundgesetzes und vielen anderen Verfassungen nicht vereinbar. Auf lange Sicht würde das die Europäische Union schwächen oder gefährden. Das würde jedenfalls unserem Ziel zuwiderlaufen, die europäische Rechtsordnung zu stärken und für alle Seiten verlässlicher zu machen.

Bundesverfassungsgericht und EuGH betonen stets, dass sie sich, trotz aller Differenzen, in einem Kooperationsverhältnis sehen. Wie könnte das jetzt mit Leben gefüllt werden?

Wenn ich die Reaktionen des EuGH und die damit im Raum stehende Forderung nach einem Vertragsverletzungsverfahren sehe, dann hatten wir bislang vielleicht unterschiedliche Vorstellungen vom Inhalt dieses Kooperationsverhältnisses. Für mich ist es ein dialektischer Prozess, bei dem jeder den anderen ernst nimmt, sich auf die Argumente des anderen einlässt, bereit ist, zu lernen und sich zu korrigieren. Der EuGH scheint dagegen eher hierarchische Vorstellungen zu haben, bei denen die Dialektik keine so zentrale Rolle spielt.

Besteht nicht die Gefahr, dass am Ende Karlsruhe als Verlierer dasteht? Ohne Rückhalt in der Politik, die sogar versucht sein könnte, Kompetenzen des Bundesverfassungsgerichts zu beschneiden?

Es geht meines Erachtens nicht um Gewinner oder Verlierer, sondern um eine verlässliche und ausgewogene Rechtsordnung in Europa. Im Übrigen sehe ich, dass das Urteil sehr viele Fürsprecher in der Politik hat. Als Sanktion die Kompetenzen des Bundesverfassungsgerichts zu beschneiden geht so einfach nicht, weil die Entscheidung ja auf der Ewigkeitsgarantie des Grundgesetzes gründet. Ein solcher Schritt brächte unser Land zudem in die Nähe der Vorgänge in Polen oder Ungarn.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/ezb-konflikt-landet-deutschland-auf-der-anlagebank-16766691.html?premium>

NACH DEM EZB-URTEIL: Landet Deutschland auf der Anklagebank?

- VON MARLENE GRUNERT UND THOMAS GUTSCHKER, BRÜSSEL
- -AKTUALISIERT AM 12.05.2020-18:26



Bildbeschreibung einblenden

Die EU-Kommission erwägt ein Vertragsverletzungsverfahren wegen des Karlsruher EZB-Urteils. Aus Brüsseler Sicht hat das Bundesverfassungsgericht europäisches Recht gebrochen. Aber was könnte Deutschland überhaupt tun?

- MERKEN
  - 1
  - 
  - 
  -

- 
- 
- 
- 

3 Min.

Noch prüft die EU-Kommission, ob sie wegen des Karlsruher Urteils zum Staatsanleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank (EZB) ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland einleitet. In den Grundzügen hat sich der Juristische Dienst aber schon eine Meinung gebildet. Das Urteil berühre den „Kern der europäischen Souveränität“, ließ Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Wochenende wissen. „Ich nehme diese Sache sehr ernst.“ Das entsprach der Einschätzung ihres Juristischen Dienstes. Der sieht einen Konflikt, wie er grundsätzlicher nicht sein könnte. „Das Bundesverfassungsgericht hat das grundlegende Prinzip des Gemeinschaftsrechts, den Vorrang des europäischen Rechts und europäischer Rechtsprechung, in Frage gestellt“, sagt ein EU-Beamter.



[Marlene Grunert](#)

Redakteurin in der Politik.

- F.A.Z.



[Thomas Gutschker](#)

Politischer Korrespondent für die Europäische Union, die Nato und die Benelux-Länder mit Sitz in Brüssel.

- F.A.Z.

Dieser Vorrang ist nicht in den europäischen Verträgen festgelegt, der Europäische Gerichtshof (EuGH) manifestierte ihn 1964 in der Rechtssache „Costa gegen Enel“. Damals befanden die Luxemburger Richter, dass das von den europäischen Organen verabschiedete Recht in die Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten übergeht und von den Staaten zu beachten ist. Steht eine nationale Rechtsvorschrift im Widerspruch zu einer europäischen, müssen die Mitgliedstaaten die EU-Vorschrift anwenden. Kommt es darüber zum Konflikt, entscheidet allein der EuGH. Das steht ausdrücklich im EU-Vertrag. Nationale Gerichte sind in solchen Fällen verpflichtet, die Luxemburger Richter um eine Auslegung des einschlägigen Europarechts zu bitten. Im EZB-Verfahren hat Karlsruhe das im Juli 2017 getan. Die Antwort des EuGH von Dezember 2018 erklärten die [Verfassungsrichter](#) nun aber für „objektiv willkürlich“.

### „Das Verfassungsgericht hat den Dialog abgebrochen“

Aus Sicht der [EU-Kommission](#) hat sich das Bundesverfassungsgericht damit ins Unrecht gesetzt – nicht nur materiell, sondern auch prozedural. „Wenn ein höchstes nationales Gericht weitere Fragen zu einer Rechtssache hat, muss es sich abermals an den EuGH wenden“, erläutert der EU-Beamte. Das folge aus dem Prinzip der loyalen Zusammenarbeit. Mit seiner eigenmächtigen Entscheidung habe Karlsruhe den Dialog abgebrochen. Nun müssten alle Anstrengungen darauf gerichtet sein, ihn wiederaufzunehmen. Das könne durch rechtliche Schritte oder politische Initiativen geschehen.

Als rechtlicher Schritt kommt ein Vertragsverletzungsverfahren in Betracht. Die Kommission würde sich damit gegen Deutschland als EU-Mitgliedstaat richten, nicht etwa gegen das Bundesverfassungsgericht. Sie könnte nicht nur darauf pochen, dass allein der [EuGH](#) für die Auslegung und Wahrung europäischen Rechts zuständig ist. Die Kommission könnte auch die europäischen Vorschriften zur Sicherung der Unabhängigkeit der EZB anführen; schließlich appelliert das Bundesverfassungsgericht an die Bundesregierung und den Bundestag, auf die EZB einzuwirken.

Die Kommission würde Deutschland vorhalten, dass das Bundesverfassungsgericht europäisches Recht gebrochen hat – ganz unabhängig davon, ob sich [Bundesbank](#) und Europäische Zentralbank noch über das Anleihekaufprogramm einigen. Sollte sich die Bundesbank daraus zurückziehen, könnte dagegen auch der Rat der EZB selbst klagen, denn die Bundesbank ist verpflichtet, gemeinsame Beschlüsse in der Währungspolitik auszuführen.

### Kann man Karlsruhe die Rechtsprechung über die EZB untersagen?

Gegenstand von Vertragsverletzungsverfahren sind üblicherweise Akte der Exekutive oder Legislative, die polnischen Regeln zur Justizreform etwa. Bei Gerichtsentscheidungen war die Kommission lange zögerlich.

Seit einigen Jahren erhebt sie aber auch in solchen Fällen Vertragsverletzungsverfahren. So wurde Frankreich 2018 wegen eines Urteils des Staatsrats verklagt.

MEHR ZUM THEMA



EINSPRUCH EXKLUSIV: Das Bundesverfassungsgericht hätte vorlegen müssen

- HANS-JÜRGEN HELDWIG



GELDPOLITIK IN DER PANDEMIE: Rekord-Anleihekäufe der EZB

- CHRISTIAN SIEDENBIEDEL

- Kommentare:10,Empfehlungen:18



FOLGE DES EZB-URTEILS: Die Bundesbank steckt in einer Zwickmühle

- CORINNA BUDRAS

- Kommentare:3,Empfehlungen:2

Sollte die Kommission aufgrund des Karlsruher Urteils ein Verfahren gegen Deutschland eröffnen, würde sich eine weitere Frage stellen: Was könnte die Bundesregierung überhaupt tun, um diese Form des Rechtsverstößes zu heilen? Der Europarechtler Franz Mayer schlägt vor, im Bundesverfassungsgerichts- oder im Grundgesetz klarzustellen, dass Karlsruhe eine Rechtsprechung über die EZB untersagt ist. Allgemeiner könne man auch die „an sich selbstverständliche Pflicht“ zur Befolgung von EuGH-Urteilen ausdrücklich im deutschen Recht verankern, schreibt Mayer im „Verfassungsblog“.

Doch wäre das nicht vor allem Symbolik? Die Klarstellungen könnten schließlich nicht über die seit Jahrzehnten fortentwickelte „Ultra vires“ – Kontrolle des Bundesverfassungsgerichts hinweghelfen, die ihrerseits auf dem nicht abzuschaffenden Demokratieprinzip beruht. Die Kontrolle soll sicherstellen, dass EU-Organen sich an die Ermächtigungen halten, die ihnen von den Mitgliedstaaten übertragen wurden.

## Vertragsverletzungsverfahren laufen fein abgestuft ab

Mayer hält ein Vertragsverletzungsverfahren für richtig, selbst wenn es auch um Symbolik gehe. „Ein derartiges Verfahren besteht aus ganz vielen unterschiedlichen Diskursstufen, Symbolisches hat da durchaus auch seinen Platz“, sagt er im Gespräch mit der F.A.Z. Der Mehrwert liege im Dialog, den man nun dringend aufnehmen müsse. Tatsächlich laufen Vertragsverletzungsverfahren fein abgestuft ab. Sie beginnen damit, dass die Kommission den betreffenden Mitgliedstaat um Auskunft über den etwaigen Rechtsbruch bittet. Bestätigt sich der Verdacht, fordert die Kommission die nationalen Regierungen auf, den Verstoß abzustellen. Erst wenn sich die Regierung weigert, wendet sich die Kommission an den EuGH, der hier freilich in eigener Sache urteilen würde. Bestätigen die Luxemburger Richter den Rechtsbruch, muss der Mitgliedstaat entsprechende Maßnahmen treffen, ansonsten droht ein Zwangsgeld.

Ob die EU-Kommission tatsächlich ein Vertragsverletzungsverfahren eröffnet, muss das Kollegium der Kommissare entscheiden. Das könnte schon in einer der nächsten Sitzungen der Fall sein, sagt der EU-Beamte. Das Kollegium muss dann neben den rechtlichen auch die politischen Folgen abwägen. Dazu gehört, dass die Behörde ein hohes Gut, die richterliche Unabhängigkeit, in einem Mitgliedstaat in Frage stellen würde. Dazu gehört aber auch die Wirkung auf andere Staaten, wenn sie es nicht täte.

**Le Figaro (site web)**

mardi 12 mai 2020 - 18:35 UTC +02:00 791 mots

# Les effets pervers du «très généreux» chômage partiel français

Plummer, William

**DÉCRYPTAGE - 12,2 millions de Français bénéficient aujourd'hui de ce dispositif massif de sauvegarde de l'emploi.**

8,5 milliards, puis 11 milliards et enfin 26 milliards d'euros... En l'espace de deux mois de confinement et de mise entre parenthèses de la vie économique, l'estimation de la facture du chômage partiel n'a cessé d'augmenter. Et pour cause, près de 6 salariés sur 10 du privé, soit plus de 12,2 millions de Français, bénéficient aujourd'hui de ce dispositif massif de sauvegarde de l'emploi. Une stratégie qui a permis d'éviter une vague de licenciements, avance l'exécutif, mais qui pèse très lourd financièrement.

Dès le 1er juin le gouvernement va donc diminuer sa voilure. « *Aujourd'hui, les conditions de la reprise sont là. Donc il n'y a pas tellement de raison que ce soit l'État qui continue à payer l'intégralité des salaires de 12 millions de salariés en France* », a déclaré la ministre du Travail lundi sur LCI. Des négociations sont en cours pour fixer le montant que les entreprises devront bientôt prendre à leur charge. « *Ce sera modeste dans un premier temps mais progressif* », a néanmoins promis Muriel Pénicaud. Une façon d'alléger la facture mais aussi, et peut-être surtout, d'inciter les entreprises à reprendre leur activité.

«Le système le plus protecteur d'Europe»

Car force est de constater que l'exécutif a bâti, comme il aime le rappeler, « *le système le plus protecteur d'Europe sur le front de l'emploi* ». Les salariés du privé mis au chômage partiel par leur entreprise bénéficient actuellement d'une garantie de 84% du salaire net, portée à 100% au niveau du smic, que l'État et l'assurance-chômage remboursent intégralement aux employeurs dans la limite de 4,5 smics. Un système protecteur, certes, mais aussi très - voire trop - généreux au vu de nos voisins européens. Et les chiffres parlent d'eux-mêmes.

En Allemagne, les salariés sont indemnisés par l'État à hauteur de 60% à 67% de leur rémunération nette pendant les quatre premiers mois de baisse d'activité. La couverture est ensuite réévaluée au bout du 4e et 7e mois si la situation perdure. Au Royaume-Uni, le «Coronavirus Job Retention Scheme» couvre 80% du salaire brut avec un plafond de 2831 euros, quand, en Espagne, « *l'ERTE* » indemnise à hauteur de 70% du salaire brut avec des limites allant de 1098 à 1411 euros. Soit des montants sans commune mesure avec le plafond français qui dépasse les 6000 euros.

« *Notre système est extrêmement généreux et de manière assez logique, plus un dispositif est incitatif plus on y a recours facilement et massivement. Il y a fort à parier qu'il y a eu un effet d'aubaine du fait de la générosité du chômage partiel français* », explique l'économiste Sandra Nevoux, auteur d'une thèse sur le sujet.

Freiner la reprise

Et cela se traduit notamment par le nombre de recours au dispositif. Plus de 12 millions de salariés bénéficient du dispositif en France quand, en Allemagne, 10,1 millions de salariés étaient placés en «Kurzarbeit» au 30 avril. Et ce, alors même que la population en activité est plus importante outre-Rhin. « *En proportion de l'emploi, 50 % des salariés français ont été placés en chômage partiel, contre un tiers en*

*Allemagne* », analyse l'économiste. De la même manière, on décompte 7,5 millions de personnes en chômage partiel au Royaume-Uni et autour de 4,1 millions en Espagne.

*« Le choc du confinement était tellement violent et imprévisible qu'il était bienvenu d'avoir un système très généreux et large pour les entreprises »,* juge Stéphane Carcillo, chef de la division emploi et revenus à l'OCDE. Mais à l'heure du déconfinement, un chômage partiel trop large pourrait avoir des effets pervers sur l'économie et freiner la reprise. *« Aujourd'hui, certaines entreprises en capacité de réouverture pourraient se dire que la situation n'est pas encore assez profitable pour redémarrer. Comme le chômage partiel est très généreux, elles préféreront continuer à en bénéficier en attendant un moment plus clément. Mais ce raisonnement pris isolément par une entreprise pourrait devenir catastrophique pour l'économie dans son ensemble car il n'y aurait pas de redémarrage »,* estime Stéphane Carcillo. D'où la nécessité bien comprise par l'exécutif de revoir le périmètre du dispositif pour commencer à panser les plaies du tissu économique français...

# A Karlsruhe, en Allemagne, des juges au-dessus de tout

La Cour constitutionnelle germanique est considérée, depuis 1951, comme la garante de la démocratie du pays.

Par [Thomas Wieder](#) Publié aujourd'hui à 14h46, mis à jour à 19h53



*La chancelière Angela Merkel, le président du Bundestag, Wolfgang Schäuble, le président de la République, Frank-Walter Steinmeier, le président du Bundesrat, Dietmar Woidke et le président de la Cour constitutionnelle de Karlsruhe, Andreas Vosskuhle, lors de la cérémonie commémorant le 75<sup>e</sup> anniversaire de la seconde guerre mondiale, à Berlin le 8 mai. HANNIBAL HANSCHKE / AFP*

Berlin, vendredi 8 mai. A l'intérieur de la Neue Wache (« nouvelle garde »), le Mémorial des victimes des guerres et de la tyrannie, cinq gerbes de fleurs sont posées au sol à l'occasion du 75<sup>e</sup> anniversaire de la fin de la seconde guerre mondiale. Devant chacune, le représentant d'un des cinq « organes constitutionnels » de la République fédérale d'Allemagne : la chancelière Angela Merkel, pour le gouvernement, le président du Bundestag, Wolfgang Schäuble, Frank-Walter Steinmeier, le président de la République, Dietmar Woidke, le président du Bundesrat, et Andreas Vosskuhle, le président de la Cour constitutionnelle de Karlsruhe.

Le contraste est saisissant avec la chorégraphie qui a lieu au même moment, à Paris, pour la commémoration de la victoire du 8 mai 1945. Sous l'Arc de triomphe, les représentants des corps constitués sont là également, mais ils sont placés autour d'Emmanuel Macron. Seul à raviver la flamme du Soldat inconnu, c'est le président de la République qui, en France, est le seul maître de cérémonie.

Trois jours après l'ultimatum lancé par la Cour de Karlsruhe à la Banque centrale européenne (BCE), la présence de son président aux commémorations du 8-Mai, sur un pied d'égalité avec les représentants des autres « organes constitutionnels », est venue rappeler l'importance d'une institution dont le poids est d'autant plus difficile à percevoir, vu de France, qu'il reflète deux conceptions radicalement différentes des rapports entre la politique et le droit de chaque côté du Rhin. « *En tant que français, il semble évident que la politique construit le droit, autrement dit que le droit sert avant tout à garantir une vie apaisée dans un cadre général défini par la politique. En Allemagne, on pense volontiers que le droit est au-dessus de tout* », explique l'historien Etienne François, professeur émérite de l'Université libre de Berlin.

# Consécration de l'Etat de droit

Cette primauté du droit dans la culture allemande remonte à la Bulle d'or de 1356, considéré comme le premier document constitutionnel du Saint-Empire romain germanique. Jusqu'à la chute de celui-ci, en 1806, « *le droit fut le langage commun du Saint-Empire : c'est lui qui permettait de trancher les conflits entre les dizaines d'entités qui le composaient, ainsi qu'entre celles-ci et l'empereur* », rappelle Etienne François. Ce fut le cas lors des guerres de religion. En définissant les règles de coexistence des catholiques et des protestants, la paix d'Augsbourg (1555) et les traités de Westphalie (1648) ont durablement sauvé le Saint-Empire de ses déchirements. Que l'unité de ce dernier ait été préservée grâce au travail des juristes aide à comprendre pourquoi le droit a toujours joui d'une place éminente en Allemagne.

## La Cour de Karlsruhe est régulièrement consacrée dans les sondages comme l'institution la plus respectée du pays

Le XIX<sup>e</sup> siècle n'a rien changé à la donne. Née sur les ruines du Saint-Empire après la chute de Napoléon I<sup>er</sup>, la Confédération germanique (1815-1870) voit l'affirmation d'un nouveau principe, celui de « l'Etat de droit » (*Rechtsstaat*), dont le sens est parfois mal compris en France. « *Pour les Français, aujourd'hui, l'Etat de droit ne se conçoit pas indépendamment de la démocratie. En Allemagne, quand la notion a été forgée, c'était le contraire*, explique Yoan Vilain, maître de conférences à l'université Humboldt, à Berlin. *Dans l'Allemagne non démocratique du XIX<sup>e</sup> siècle, le Rechtsstaat était ce qui garantissait l'autonomie de l'individu. D'où la figure centrale du juge dans l'Etat de droit : en l'absence de démocratie, c'est lui qui protège les droits des citoyens face à l'Etat.* »

Après 1945, le traumatisme laissé par le nazisme parachève cette consécration de l'Etat de droit. Tirant les leçons de la République de Weimar (1919-1933), qui n'avait pu empêcher l'arrivée au pouvoir d'Hitler, les fondateurs de la République fédérale décident de doter celle-ci d'une juridiction suprême afin de garantir la constitutionnalité des lois autant que les droits fondamentaux : c'est la mission de la Cour constitutionnelle, créée en 1951 et basée à Karlsruhe, à 300 kilomètres de Bonn, le centre du pouvoir politique.

Soixante-dix ans plus tard, l'institution jouit d'un prestige considérable. A la différence du Conseil constitutionnel français, dont les neuf membres sont nommés par les présidents de la République, de l'Assemblée nationale et du Sénat, les seize juges de Karlsruhe sont élus pour moitié par le Bundestag et le Bundesrat à la majorité des deux tiers, ce qui les expose beaucoup moins aux soupçons de collusions partisans.

## Des juges figures familières

D'autres raisons expliquent la popularité dont jouit la Cour de Karlsruhe, régulièrement consacrée dans les sondages comme l'institution la plus respectée du pays. L'une tient à sa visibilité médiatique, liée à la publicité de ses décisions, rendues par ses juges en robe rouge devenus des figures familières des journaux télévisés. L'autre à la qualité de ses arrêts, dont les motivations dépassent parfois une centaine de pages.

Dans une Allemagne où le droit est « *quasiment sacralisé* », selon l'expression d'Etienne François, les jugements de la Cour de Karlsruhe sont rarement contestés. Il en fut ainsi en 2017, quand elle a exigé la légalisation d'un « troisième sexe » sur les registres de naissance, à côté des mentions « masculin » et « féminin ». Ou encore en février dernier, quand elle a censuré une loi interdisant le suicide assisté. Saluées par le camp progressiste, ces deux décisions ont été accueillies par un silence gêné par les conservateurs. Comme si l'intervention des juges de Karlsruhe avait suffi à mettre fin à des années de débats souvent houleux.

« *On ne mesure pas la légitimité qu'ont, aux yeux des Allemands, les décisions prises à Karlsruhe, même quand elles touchent directement la vie politique* », observe Yoan Vilain, qui cite notamment l'interdiction du Parti communiste allemand, en 1956. Fondée sur l'article 21 de la Loi fondamentale, qui permet d'interdire les partis qui « *tendent à porter atteinte à l'ordre constitutionnel libéral et démocratique (...)* ou

à mettre en péril l'existence de la République fédérale », une telle décision « *serait inimaginable de la part des juges constitutionnels français* », insiste l'universitaire.

**Yoan Vilain : « On ne mesure pas la légitimité qu'ont, aux yeux des Allemands, les décisions prises à Karlsruhe. »**

Dans un pays qui, par son histoire, a appris à considérer le droit comme le garant de la démocratie ou, au contraire, comme le garde-fou des excès de celle-ci, peu de responsables politiques osent monter au front pour contester les décisions de la Cour de Karlsruhe. C'est ce qui explique les commentaires prudents que suscite son jugement sur la BCE chez ceux qui ont pourtant toutes les raisons de s'inquiéter de ses conséquences sur l'avenir de l'euro. Une prudence qui n'est guère étonnante dans un pays où le débat sur le « gouvernement des juges » ne se pose pas, au point que l'expression elle-même, rappelle Yoan Vilain, n'a « *pas d'équivalent en allemand* ».

**Thomas Wieder**(Berlin, correspondant)

## Coronavirus : les paradoxes du déconfinement en Allemagne

Angela Merkel s'inquiète du relâchement des comportements, alors que de nouveaux cas apparaissent et que des manifestants réclament un retour plus rapide à la normale.

Par [Thomas Wieder](#) Publié aujourd'hui à 10h56, mis à jour à 19h38



La chancelière allemande, Angela Merkel, le 11 mai à Berlin. BPA / via Reuters

Angela Merkel est inquiète. Trois semaines après le début du déconfinement outre-Rhin, la chancelière allemande craint de voir ses concitoyens gagnés par un excès d'insouciance. Elle s'en est confiée, lundi 11 mai, lors de la réunion hebdomadaire de l'état-major de l'Union chrétienne-démocrate (CDU), s'alarmant en particulier du non-respect systématique du port du masque dans les magasins, bien que celui-ci y soit obligatoire depuis fin avril. Une « *prise de risque* » préoccupante, selon M<sup>me</sup> Merkel, qui, un peu plus tard dans la journée, devant quelques journalistes, a rappelé que « *l'assouplissement* » des mesures de confinement ne devait surtout pas conduire à l'oubli des « *règles de base* » : « *Porter un masque, garder ses distances, se respecter les uns les autres.* »

C'est l'immense défi du déconfinement à l'allemande. Dans un pays où l'épidémie de Covid-19 n'a fait « que » 7 533 morts, selon les chiffres publiés, mardi, par l'Institut de santé Robert-Koch, les appels à la prudence ont de moins en moins de prise sur l'opinion publique. D'après un sondage YouGov publié le 3 mai, 56 % des personnes interrogées affirmaient ainsi ne pas avoir peur d'être contaminées par le virus, soit 8 points de plus que le 30 mars. Selon la même enquête, 72 % des Allemands se disaient confiants dans la capacité de leur système de santé à réagir en cas de reprise de l'épidémie, soit 20 points de plus qu'à la mi-mars.

Ces derniers jours, certains indicateurs sont pourtant venus rappeler que la situation était loin d'être totalement maîtrisée. En Bavière, en Rhénanie-du-Nord-Westphalie, en Thuringe et dans le Schleswig-Holstein, quatre cantons ont enregistré plus de 50 nouveaux cas pour 100 000 habitants en l'espace d'une semaine, seuil à partir duquel les autorités ont décidé qu'un retour du confinement au niveau local s'imposait.

Autre mauvaise nouvelle : le taux de reproduction du virus ( $R_0$ ), qui renseigne sur le nombre de personnes qu'un individu risque de contaminer.

Depuis le 9 mai, il est repassé au-dessus de 1 pendant trois jours consécutifs. Cela n'était pas arrivé depuis mi-avril. Or, c'est justement parce qu'il s'était stabilisé durablement sous ce seuil considéré comme déterminant que M<sup>me</sup> Merkel a consenti, le 6 mai, sous la pression des Länder, à accélérer le rythme du déconfinement...

### Fronde composite

Cela signifie-t-il pour autant que la « deuxième vague » tant redoutée est en train d'arriver en Allemagne ? A vrai dire, nul ne semble en mesure de le dire, pas même l'Institut Robert-Koch, qui, tout en attirant l'attention sur la remontée rapide du  $R_0$ , a précisé qu'il était encore trop tôt pour dire « *si la baisse du nombre de nouveaux cas observée ces dernières semaines était en train de se confirmer, ou s'il fallait s'attendre à une nouvelle remontée du nombre de contaminations* ». Cet aveu rend d'autant plus complexe la gestion du déconfinement outre-Rhin, l'incertitude des experts accroissant le fossé entre ceux qui y voient une justification de leurs appels à la vigilance et ceux qui, à l'inverse, se sentent confortés dans leur impatience.

Depuis quelques jours, ces derniers se montrent de plus en plus bruyants. Samedi, plusieurs milliers de personnes ont ainsi manifesté dans des grandes villes, notamment Stuttgart, Francfort, Munich, Cologne et Berlin, pour protester contre le port du masque dans les commerces et les transports, ainsi que pour réclamer la levée de l'interdiction des grands rassemblements.

De telles revendications s'étaient déjà exprimées lors des week-ends précédents. Mais le mouvement, dominé au début par l'extrême droite et notamment par le parti Alternative pour l'Allemagne (AfD), est en train de changer de nature pour se transformer en une fronde composite, où se croisent groupuscules d'extrême gauche, anarchistes, hippies, supporters de foot, militants anti-vaccins, défenseurs des libertés publiques, mais aussi quelques représentants des Eglises. Une nébuleuse aux contours idéologiques flous et dont l'ambivalence est résumée dans le slogan martelé lors des rassemblements de samedi : « *Nous sommes le peuple* » (« *Wir sind das Volk* »), ce cri de ralliement des Allemands de l'Est qui manifestaient contre la dictature communiste à l'automne 1989 et qui, ces dernières années, avait été récupéré par l'AfD.

Les autorités elles-mêmes admettent être surprises par l'ampleur du phénomène. « *La police n'était pas préparée à faire face à un si grand nombre de manifestants* », a reconnu le ministre de l'intérieur bavarois, Joachim Herrmann, lundi, devant la presse, évoquant les 3 000 personnes rassemblées, deux jours plus tôt, devant l'hôtel de ville de Munich, où les organisateurs n'avaient inscrit que 80 participants. « *La protestation gagne en intensité et en violence* », s'est également inquiété le porte-parole de la police de Berlin, Thilo Cablitz, après le rassemblement qui a réuni environ 1 200 personnes, samedi, sur l'Alexanderplatz. Dans la capitale allemande, seuls les rassemblements de moins de 50 personnes sont officiellement autorisés.

## **Crainte de nouveaux clusters**

Sécuritaire, le défi est aussi sanitaire, les autorités ne cachant pas leur crainte de voir ces rassemblements devenir de nouveaux clusters de contamination. A cela s'ajoute un enjeu fondamentalement politique, la contestation gagnant du terrain au moment même où les mesures de confinement se lèvent les unes après les autres, ce que réclament précisément les manifestants. Un paradoxe pointé notamment par le porte-parole du ministère de l'intérieur du Land de Berlin, Martin Pallgen, pour qui l'accélération du déconfinement – qui doit notamment conduire à la réouverture des restaurants, le 15 mai, dans la capitale allemande – « *donne de moins en moins de raisons de protester contre les mesures de restriction* ».

Pour le gouvernement fédéral, la situation est d'autant plus délicate que le *Spiegel* a révélé, dimanche, qu'un fonctionnaire du ministère de l'intérieur a rédigé un rapport de 80 pages, dans lequel il explique que le Covid-19 n'est « *pas plus grave que beaucoup d'autres virus* », parle de « *fausse alerte* », et accuse l'Etat d'être « *un des plus grands propagateurs de "fake news"* ».

Ce fonctionnaire, qui a envoyé ce rapport à plusieurs responsables d'administration au cours du week-end, a été mis à pied, a indiqué, lundi, un porte-parole du ministère de l'intérieur, qui a pris soin de préciser :

« *Le problème n'est pas qu'un collaborateur exprime une opinion critique, mais qu'il le fasse sur papier à en-tête du ministère de l'intérieur, et que, ce faisant, il donne l'impression qu'il s'agit là de la position officielle de l'administration.* »

<https://www.faz.net/aktuell/sport/mehr-sport/corona-krise-perikles-simon-fordert-mehr-bewegungsfreiheit-16763296.html?premium>

SPORTMEDIZINER PERIKLES SIMON:

## „Der Sport weiß mehr als die Virologie“

- VON ANNO HECKER
- -AKTUALISIERT AM 13.05.2020-06:46



Sportmediziner Perikles Simon über Bewegung als „mikrobenschleudernden Höhepunkt der Menschlichkeit“ – und darüber, wie besonders Kinder in der Corona-Krise unter fehlender körperlicher Interaktion leiden.

*Professor Perikles Simon leitet die Abteilung für Sportmedizin an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Er promovierte in Humanmedizin sowie in Verhaltens- und Neurobiologie. Eines seiner Spezialgebiete ist die Dunkelfeldforschung in der Epidemiologie, in der man nur noch mit mathematischen und kriminologischen Modellen genauere Ergebnisse erhält. Der 47 Jahre alte Freiburger weist darauf hin, dass er mit Hilfe der Bioinformatik und der angewandten Statistik in der Lage ist, die Daten komplexer Testverfahren zu verrechnen. Seine Forschungsergebnisse zum Thema Doping belegten, dass die Dunkelziffer wesentlich höher sein muss, als es die Ergebnisse des Kontrollsystems suggerieren.*

*Simon hat das erste Verfahren zum Nachweis von Gendoping entwickelt, zu den Technikfolgen der Gentherapie geforscht und Politiker der Europäischen Union jahrelang beraten. Praktische Erfahrungen im Sport sammelte er als leistungsstarker Langläufer. Heute sieht er sich mit Blick auf seine Arbeit als „Zehnkämpfer“ im Vergleich zu den Spezialisten aus der Virologie und der Epidemiologie. Simon will als interdisziplinärer Forscher nicht nur eine Perspektive, sondern möglichst viele wahrnehmen, um das Gesamtbild erfassen zu können.*

Was fällt Ihnen auf, wenn Sie an den deutschen Sport und den Spitzensport in diesen Tagen denken?

Dass Sport gerade nur in den Köpfen der Virologen stattfindet. Da gratuliere ich dem Sport zum selbstgewählten Schicksal.

Warum so ironisch?

Der Sport übt sich noch in vornehmer Zurückhaltung. Bewegungsmangel ist weltweit für rund neun Prozent der Todesfälle die Hauptursache. Mit mehr als fünf Millionen Toten jedes Jahr ist Bewegungsmangel der Sarg und Covid-19 ein kleiner, spitzer Sargnagel. Diesen wollen wir jetzt mit einer beherzten Aufhebung des Lockdowns mächtig lockern. Sport war einmal ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft, der unter anderem auch die Interessen der Kinder und Jugendlichen mitvertreten hat. Kinder und Jugendliche, die jetzt auch durch den Sport nicht mehr aus dem Umfeld häuslicher Gewalt, die es – geschätzt – in jedem siebten Haushalt in Deutschland gibt, vorübergehend entfliehen können, die seit langem auch fast keine körperliche Interaktion und kein adäquates Bildungsangebot mit Gleichaltrigen mehr hatten.

Die Politik versucht, das Beste unter anderem für den Sport zu tun. Gelingt ihr das?

Es ist klar, dass die Politik das Beste für die Situation der Pandemie tun will. Sie wird dies weiterhin mit Nachdruck tun müssen, denn wir alle haben die Politik weltweit für ihre schnellen und weitsichtigen Entscheidungen gelobt. Das baut eine Erwartungshaltung auf. Die Kurve (der Ansteckungen/d. Red.) muss flach bleiben, der R0-Wert (die Zahl der Personen, die von einem Infizierten durchschnittlich angesteckt werden/d. Red.) muss gesenkt werden, es muss mehr getestet werden, Anstiege müssen reportiert werden.

Sie sind nicht überzeugt von diesem Vorgehen?

Wir mögen das Beste wollen, wenn wir uns neuerdings für virologische Messgrößen begeistern, nur haben wir auch die anderen Menschen noch ausreichend im Blick? Die liberalen Schweden leben noch, und zwar ohne den prognostizierten Zusammenbruch ihres Gesundheitssystems. Verstehen zu wollen, warum dies der Fall ist, mag bessere Handlungshinweise generieren, als auf Spekulation von Virologen und Epidemiologen einzugehen. Zurzeit werden von der Fachwelt nicht überprüfte Zwischenergebnisse und viele Zahlen zutage gebracht, an denen wir mehr oder weniger die Einschränkung unserer Grundrechte orientieren. Vorrangig die Regierungen demokratischer Länder haben aus dem Meer an Zahlen schnell diejenigen gefischt, die als Handlungsgrundlage für Ausnahmezustände herhalten. Das will ich hier nicht kritisieren, denn es mag für die wenigen Menschen, die entscheiden mussten, alternativlos gewesen sein. Weit wichtiger ist, dass wir alle bei dieser Vorgehensweise bleiben möchten. Das ist aber eben nicht mehr alternativlos, und das ist nicht nur für den Sport eine einseitige Politik und aus meiner Sicht eine existentielle Bedrohung. Dass Kinder nun sieben Wochen auf dieser ungesicherten Basis als Grundlage nicht mehr miteinander toben dürfen, ist ein großes Problem. Man muss schon sehr weit weg von der Realität dessen sein, was in unserer Gesellschaft Zukunft bedeutet, und weit weg davon, die Fakten rund um unser Versterben überhaupt zur Kenntnis nehmen zu wollen, wenn man das nicht auch gerade jetzt einmal ausführlich zum Hauptthema der Politik machen kann und machen will.

Sie fürchten, die Politik erdrossle gerade den Sport?

Die Politik wird von uns als Solidargemeinschaft darin bestärkt, genau darauf zu schauen, was der Mensch an viraler Last mit sich bringt und wie er deshalb zur Bedrohung für andere Menschen werden könnte. Diese einseitige Auffassung von Humanität bedroht den Sport und die Bewegung als Begegnung zwischen Menschen. Das wird die Art und Weise, wie wir einander körperlich begegnen, beeinflussen.



„Der Sport ist in der Lage, die menschliche und gesellschaftliche Dimension der Krise zu erfassen“: Professor Perikles Simon plädiert für den Sport für eine differenzierte Sichtweise auf die Corona-Krise. :Bild: dpa

Abstandhalten kann aber Leben erhalten, nicht wahr? Ist das im Moment nicht wichtiger, als herumzuturnen?

Bevor irgendjemand diese Frage beantworten könnte, müsste geklärt sein, wie gefährlich dieses [Virus](#) ist. Die weltweit führenden Spezialisten schwanken zwischen normaler Grippesterblichkeit – im Schnitt 368000 Tote pro Jahr – und der schlimmsten je dagewesenen Pandemie.

Der Profifußball muss, weil ein Kontaktsport, Auflagen erfüllen wie kaum ein anderes Unternehmen. Halten Sie das für ein Problem?

Ja, weil manche Unternehmen maximale Hygienepläne erfüllen können, während sich hierdurch unter anderem kleine Sportverbände nicht mehr entfalten können. Das Worst-Case-Szenario entschieden verfolgen zu müssen bedroht zuerst die Schwachen in unserer Gesellschaft und dann auch diejenigen, die nicht flexibel reagieren können – existentiell und gesundheitlich.

Was halten Sie von dem Hygienekonzept des Profifußballs?

Es entspringt der exponentiell spekulativen Denkweise unserer Zeit. Wir wissen zu wenig über das Virus, dennoch werden einige wichtige Kenngrößen wie der finale Durchseuchungsgrad der Bevölkerung, maximal veranschlagt. Man hat sich in vielen Ländern der Welt sehr schnell gemeinsam entschieden, ein Horrorszenario anzunehmen und entschlossen zu handeln. Diese vermeintliche Sicherheit hat, wenn man auch nur weiter annehmen sollte, dass sie bislang richtig und berechtigt war, ihren nachhaltigen Preis unter anderem in den dann sehr lange in Kraft bleibenden Lockdown- und Hygienekonzepten mit all ihren Folgen.

Dann halten Sie den geplanten Wiedereinstieg des Profifußballs mit Spielen ohne Publikum am kommenden Wochenende für nicht zu früh?

Ja, nur darf man nicht den eigenen Beruf zu Lasten anderer Bereiche unserer Gesellschaft voranstellen. Das ausufernde Testen im DFL-Vorschlag gereicht zum viralen Ablasshandel. Das gesundheitliche Risiko der Berufsgruppe, die hier berechtigt arbeiten möchte, ist als extrem gering zu bewerten. Das haben unsere Politiker prüfen lassen. Auch dieses Fazit sollte uns allen zu denken geben. Man rechnet trotz der Tests damit, dass sich die Spieler gegenseitig anstecken. Deshalb musste man nach dem derzeitigen Verständnis von der Gefährlichkeit der Pandemie auch belegen, wie man mit diesem Aspekt umgeht. Eine komplexe Quadratur des Kreises, welche ich mit Verwunderung betrachte und die unsere Kindertagesstätten und die Bildung nach wie vor lähmt. Nach der Logik des Lockdowns, die wir gemeinschaftlich verantworten, werden auch weiterhin nur frisch aus dem Lockdown entlassene oder später dann gut getestete oder mit einem Pass versehene Kinder in isolierten Bereichen nach den Hygieneregeln miteinander wohl sortiert verkehren. Händeabklatschen und Scherze gibt es noch hinter den getönten Scheiben des Familien-SUVs, und wir alle hoffen, dass die Bluetooth-Funktion an den Handykameras ausgeschaltet ist.

Der übrige Sport muss, wie er das jetzt mehr oder weniger offensiv versucht, aus seiner Komfortzone heraus und selbst smarte Ideen zumindest anbieten?

Der Sport ist ein Abbild der Gesellschaft und weiß mehr über diese „Krise“ als die Virologie oder Epidemiologie. Der Sport darf den Menschen im Auge behalten und kann sich zu gegebener Zeit reflektierter und durchdachter zu Wort melden. Ich behaupte, wenn man das maximale Horrorszenario weiter stehen lässt und sich voll auf die Hygienepläne konzentriert, hat der Sport sich selbst nicht verstanden. Sport, das Spielen unserer Kinder, Kunst, Kultur und die Sexualität sind rein prinzipiell mikrobenschleudernde Höhepunkte der Menschlichkeit, und genau das ist in aller Regel gut so. Und nur sehr, sehr seltene Ausnahmen, die letzte gab es vor fast genau 100 Jahren mit der Spanischen Grippe, berechtigten Gesellschaften dazu, diese Abhärtungsmaßnahmen, die gesunde Langlebigkeit und das Überleben der Menschheit möglich machen, einzuschränken.

Es gibt meines Wissens kaum einen führenden Sportfunktionär, der sich mit Virologie oder Epidemiologie auskennt ...

Der Sport ist in der Lage, die menschliche und gesellschaftliche Dimension der Krise zu erfassen und uns allen vor Augen zu führen. Der Sport ist gut beraten, sich nicht durch viralen Ablasshandel zum Hobbyvirologen herunterwirtschaften zu lassen. Es geht menschlich betrachtet nicht um Zahlen wie den R0-Wert an sich, es geht darum, unser Gesundheitssystem nicht zu überlasten und Menschen vor einer möglicherweise fatalen Infektion zu schützen. Hierzu muss der Sport fragen dürfen: Wie groß ist dieses Problem? Was kann ich tun, um hier kein noch größeres Problem zu provozieren? Und auch: Gibt es schon seitens der Politik geeignete Maßnahmen, genau dieses Problem und nicht nur das R0-Problem zu lösen?

Es braucht jetzt weitsichtige Menschen, vor allem auch ältere weitsichtige Menschen, die uns klarmachen, was es außer einem eventuell auch bei uns kurzfristig überlasteten Gesundheitssystem noch für existentielle und gesundheitlich bedrohliche Probleme in einer Gesellschaft gibt.

Sie denken an Bundestagspräsident [Wolfgang Schäuble](#), der es ablehnt, eine Lebensrettung absolut zu setzen?

Mehr noch, denn es wird auch Gesundheit und Leben durch unser implizit an die Politik herangetragenem Verlangen nach einem längeren Lockdown bedroht.

Warum?

Wir wissen im Fall von [Corona](#), dass die Krankenhausaufnahmen für sehr schwere, akute, lebensbedrohliche Erkrankungen wie Schlaganfälle oder Herzinfarkte ein paar Wochen um 30 bis 40 Prozent unter der Norm lagen. Aus Angst, sich in Krankeneinrichtungen mit dem Coronavirus zu infizieren, lassen sich immer noch weit weniger jüngere und ältere Menschen mit akuten und chronischen Erkrankungen behandeln. Damit reduzieren wir aus Angst unsere bis vor dem Lockdown noch sehr gute medizinische Grundversorgung. Durch eine schlechtere medizinische Grundversorgung steigt dann mittel- bis langfristig auch bei uns die relative Gefährlichkeit des Virus für dann einen erweiterten Personenkreis.

Was bedeuten die von Virologen genannten Daten und Prognosen für die Freiheit des Sports in den nächsten Monaten?

Bis Mitte 2022 wäre, wenn man das maximale Horrorszenario annimmt, jede Form des Sports – und nicht nur der Wettkampfsport – in gesellschaftlicher, physischer Begegnung und körperlicher Interaktion unvernünftig. Andere, rein individuelle Formen der „Bewegung“ sind hingegen unbedenklich und sie sind für den Erhalt der Gesundheit wichtig. Die Regierung in Spanien schränkte, gestützt vom Verfassungsgericht, auch das ein.

Sie fordern die volle Freiheit für den Sportbetrieb?

Zuerst sollte man schon die richtigen Fragen stellen, um unserem Verfassungsgericht die Arbeit zu ermöglichen. Sie müssen geeignet sein, das „virale Risiko“ aus der abstrakten Welt der spekulativen R0-Werte und flachen Kurven in die Lebenswirklichkeit der Menschen zurückzuholen. Sie müssen aber auch mit Fakten beantwortbar sein. Alle Bereiche der Gesellschaft müssen diese Fragen formulieren, auch der Sport.

Wie lautet so eine Frage?

Wir wollen verhindern, dass „italienische Verhältnisse bei uns entstehen“. Um dem nachzugehen, könnte man konkret fragen: Wie viele Menschenlebensjahre sind in Italien verlorengegangen, weil nicht mehr alle Patienten intensivmedizinisch versorgt werden konnten? Eine ganz aktuelle Top-Publikation norditalienischer Intensivmediziner berichtet hierzu, dass alle im Einzugsraum eingewiesenen mehr als 1500 Personen in genau der Phase der Pandemie, als uns die Medien die Bilder von Militärkonvois mit Leichen und Patienten auf Fluren in Norditalien gezeigt haben, perfekt intensivmedizinisch versorgt worden seien. Wenn man das liest, dann erfährt man, wie genau technisch vorgegangen werden musste und wie perfekt man dadurch Leben retten konnte. Keine Rede von Engpässen, die es in Norditalien in jedem Winter, bei fast jeder Grippewelle angeblich geben soll. Leider vergisst man auch zu oft, die Privatkliniken der Mediziner mit in Betracht zu ziehen, die es im Sinne eines Doppelsystems in Italien gibt. Keine Rede von verlorenen Lebensjahren von Patienten, die nicht behandelt werden konnten. Die Wissenschaft mag die oben gestellte Frage vielleicht aus Zurückhaltung nicht gestellt haben. Aber eine sofortige, möglichst präzise Antwort dürfen wir inzwischen alle erwarten, wenn unsere Rechte aufgrund „möglicher italienischer Verhältnisse“ weiter eingeschränkt werden.

Wenn man nicht weiß, wer diesen Herausforderungen gerecht werden kann und ob etwa eine Impfung durchschlagend hilft, wie Sie sagen, dann leuchtet es nicht ein, Lockerungen zuzulassen.

Bislang sind in Deutschland zwei Jugendliche unter 18 Jahren möglicherweise an Covid-19 gestorben. An der Spanischen Grippe waren 1919 relativ gesehen mehr Jugendliche als über 60-Jährige gestorben. Man hielt damals das Virus für extrem aggressiv. Jedes Jahr sterben 200 bis 400 Jugendliche allein in Deutschland an der Grippe, und zwar trotz einer Impfung. Wird ein über Fünfundsechzigjähriger erstmalig geimpft, so senkt dies im Schnitt seine Grippesterblichkeit um zehn Prozent und nach weiteren Impffahren um 25 Prozent. Was genau könnten wir von einer Corona-Impfung erwarten? Ein Impfwunder? Warum lassen wir hingegen jedes Jahr 200 Jugendliche allein in Deutschland an der Grippe sterben, ohne einen präventiven Lockdown herbeizuführen? Ich lehne im Normalfall solche rhetorischen Gegenfragen als Antwort ab, aber im Fall offensichtlich kognitiver Dissonanzen in unserer Gesellschaft müssen genau diese Fragen gestellt und sofort beantwortet werden. Wir müssen wichtige Fakten präzise vergleichen können, unter anderem mit der Mortalität durch Bewegungsmangel. Virologen kennen sich damit nicht aus.

Und der Sport kann dabei helfen?

Ja, unbedingt. Wir alle können Menschen, die ein höheres Risiko haben an Covid-19 oder der Grippe zu sterben, bei der Wahrung ihrer Rechte und auch ihrer Wünsche unterstützen. Ebenso können wir diejenigen unterstützen und schützen, die diese Maßnahmen umsetzen. Der Sport kann wesentliche Fragen stellen: Wer will die Enkel in den Arm nehmen und ins Fußballstadion gehen? Wer will maximal geschützt sein? Wer will nur bis zu einem gewissen Grad medizinisch behandelt werden und lieber zum Beispiel eine Beatmung für sich von vornherein ausschließen? Viele Wünsche könnten unter professioneller Beratung und Unterstützung flexibel, passgenau und ethisch korrekt erfüllt werden, wenn wir mit ihnen vor der nächsten Pandemie besser planen dürften und wenn wir jetzt unsere Lebensfelder so einrichten würden, dass wir das ohne Einschränkung unser Rechte realisiert bekommen.

Warum sollte der organisierte Sport eine besondere Rolle einnehmen können?

Er begreift sich nicht nur als Organisator von Bewegung und Wettkämpfen, sondern über sein Vereinswesen mit 27 Millionen Mitgliedschaften auch als Gestalter des Zusammenlebens. Deshalb könnte er extrem wirkmächtig werden. Meine Kernaussage ist, dass, bevor es wieder mit Sport losgehen kann, der Sport helfen muss, die richtigen, kritischen Fragen zu stellen, und er helfen könnte, unser Zusammenleben besser mit zu strukturieren, quasi als konstruktive Alternative zum dauerhaften Lockdown, der unserer ganzen Gesellschaft droht. Bis dahin aber halten wir uns an die bestehenden Regeln, so schwer es uns fallen mag.

# Die Welt ist kleiner geworden

- EIN KOMMENTAR VON JULIA LÖHR
- -AKTUALISIERT AM 13.05.2020-08:16



In der Corona-Pandemie ist Wirtschaftspatriotismus derzeit das Schlagwort: Weiter eifrig exportieren, aber weniger importieren – doch diese Strategie wird nicht aufgehen.

Wenn es um die Stärken der deutschen Wirtschaft ging, dann fiel in den vergangenen Jahren oft das Wort Weltmeister. Deutschland war der Exportweltmeister, der Reiseweltmeister, engstens wirtschaftlich verwoben mit Ländern rund um den Globus. Auch die Summen, die ausländische Unternehmen in Deutschland investierten, kannten jahrelang nur eine Richtung: immer weiter nach oben.

Doch in der Corona-Pandemie ist die Welt kleiner geworden. Um die Abhängigkeit von Ländern wie China zu verringern, will Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) nun mit staatlicher Förderung eine Schutzmasken-Produktion in Deutschland aufbauen. Zudem will er Investoren von außerhalb der EU Zukäufe erschweren, in der Medizinbranche, aber auch in der Robotik. Während physische Grenzkontrollen langsam wieder fallen, werden neue, unsichtbare Barrieren errichtet. Wirtschaftspatriotismus lautet das Schlagwort, das die politische Agenda bestimmt.

Dieses Phänomen lässt sich nicht nur in Deutschland beobachten. In den Vereinigten Staaten propagiert Präsident Donald Trump schon seit geraumer Zeit das Credo „Buy American“. In Frankreich stellt Präsident Emmanuel Macron den Nutzen der internationalen Arbeitsteilung offen in Frage. Auch die Österreicher sollen auf Geheiß von Kanzler Sebastian Kurz bevorzugt Waren aus dem Inland kaufen. In Polen prangert das Landwirtschaftsministerium im Internet Betriebe an, die Milchprodukte importieren. Und Japan und Indien locken Unternehmen mit Geld und Land, wenn diese ihre Produktion aus China abziehen.

## Ein Imageproblem

Keine Frage, die Globalisierung hatte schon vor Corona ein Imageproblem. Anfang des Jahres sorgte auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos eine Umfrage für Aufsehen, wonach mehr als jeder zweite Bürger auf der Welt die Ansicht vertritt, dass der Kapitalismus in seiner heutigen Form mehr schadet als nutzt. Es macht sich, vor allem in hochentwickelten Ländern, eine Sehnsucht nach den vermeintlich guten alten Zeiten breit. War die Welt nicht Anfang der achtziger Jahre, vor der Hochphase der Globalisierung, eine bessere?

Dass sich der Retrotrend in Teilen der Bevölkerung großer Beliebtheit erfreut, ist wenig überraschend. Mit Sorge muss aber erfüllen, dass diese Stimmungslage zunehmend auch die Politik erfasst. Dies gilt besonders in einem Land wie Deutschland, das zu den größten Profiteuren der Globalisierung zählt und mit nur einem Prozent der Weltbevölkerung zur viertgrößten Volkswirtschaft der Erde aufgestiegen ist. Jeder vierte Arbeitsplatz hängt am Export, in der Industrie sogar jeder zweite. Umso befremdlicher wirkt der wirtschaftspolitische Kurs der Bundesregierung, der – auch wenn der Wirtschaftsminister das bestreitet – zunehmend protektionistische Züge trägt.

Schon vor der Corona-Krise verfolgte [Altmaier](#) das Ziel, Teile der Wertschöpfungskette zurück nach Deutschland zu holen. Mehr als eine Milliarde Euro Steuergeld hat er ausgelobt, damit Autohersteller Batteriezellen für Elektroautos nicht länger aus Asien beziehen, sondern eine Fertigung in Europa aufbauen. Zudem sollen Unternehmen ihre Daten künftig statt auf den Servern von Amazon, Google und Microsoft in den Vereinigten Staaten in der in Berlin erdachten Cloud Gaia-X speichern.

## Mehr schaden als nutzen

Es wird derzeit viel über Unabhängigkeit gesprochen, aber wenig darüber, welchen Preis diese hat. Weiter munter zu exportieren, aber nur noch das Allernötigste zu importieren – bei dieser Politik werden Deutschlands Handelspartner kaum mitspielen. Hinzu kommt: Würden Produkte und Dienstleistungen auf politischen Wunsch hin wieder verstärkt in Deutschland hergestellt, würden diese wegen der hohen Lohn- und Energiekosten wohl deutlich teurer.

Der massenhafte Einsatz von Robotern könnte das verhindern, liefe aber dem Ziel zuwider, Arbeitsplätze zu sichern. Auch die Versorgungssicherheit taugt nicht als Argument für eine nationalistische Wirtschaftspolitik. Dass ein Hochlohnland wie Deutschland jetzt ein Cent-Produkt wie Masken herstellen soll, lässt sich nur psychologisch, nicht aber ökonomisch erklären. Ein besserer Weg, um Engpässe zu vermeiden, wären mehr Vorratshaltung und ein Netz von Lieferanten in unterschiedlichen Ländern.

Die strengere Kontrolle ausländischer Investoren zeugt ebenfalls nicht von politischer Weitsicht. Mehr als die Hälfte der internationalen Direktinvestitionen fließt schon heute in Schwellen- und Entwicklungsländer – Kapital, das die Grundlage für Wachstum und künftigen Wohlstand bildet. Im gesellschaftlichen Interesse wäre es, nicht weniger, sondern mehr davon nach Deutschland zu lenken. Wirtschaftspatriotische Töne mögen zwar den Corona-Zeitgeist treffen. Langfristig aber könnten sie Deutschland mehr schaden als nutzen.

170,54

<https://www.lefigaro.fr/vox/economie/agnes-verdier-molinie-le-surendettement-perpetuel-de-la-france-enchaîne-les-generations-futures-20200512>

**Le Figaro, no. 23557**

Le Figaro, mercredi 13 mai 2020 1001 mots, p. 15

Débats

# Le surendettement perpétuel de la France enchaîne les générations futures

**Verdier-Molinié, Agnès**

L'État français trouve une excuse en or à son laxisme budgétaire permanent dans la crise actuelle, si grave soit-elle en elle-même, explique la directrice

de l'Ifrap (think-tank libéral) \*. À croire certains commentateurs, la dette publique ne serait désormais plus un problème. Le gouvernement assume d'ailleurs cette position. La France vogue ainsi vers une dette publique représentant 115 % du PIB cette année si on en croit la nouvelle loi de finances rectificative 2020. Ce sera sans doute beaucoup plus.

Certes, dans cette période de crise d'une extrême gravité, tout doit être fait pour sauver nos entreprises et nos emplois. Devoir s'endetter davantage est un choix qui ne se discute pas.

Mais le gouvernement est-il fondé à soutenir que cet endettement exponentiel ne pose aucune difficulté ? Le problème tient à la dette publique déjà énorme emmagasinée ces dernières années, ainsi qu'à ses implications demain, qui ne doivent pas être mésestimées. Indépendamment de la crise actuelle, 599 milliards de dette publique arriveront à échéance d'ici à 2023.

Si l'on en croit les prévisions du FMI, à la fin de l'année, en Allemagne, la dette publique ne représentera pas 115 ou 120 % du PIB comme en France, mais seulement 68 % du PIB. Et ce en raison des efforts de gestion publique réalisés ces dernières années outre-Rhin : réforme du modèle social, report de l'âge de départ à la retraite à 67 ans, équilibre de leurs comptes publics et sociaux avec le fameux « schwarz Null » (objectif zéro déficit).

Grâce à ce zéro déficit, les Allemands ont pu, pour répondre à la crise née du Covid-19, dégainer un « bazooka », selon leur propre expression : un plan de soutien à l'économie équivalant à 4,9 % du PIB, soit 160 milliards. Le nôtre, en coût évalué pour l'État, ne représentera « que » 2,3 % du PIB, soit 52 milliards. Le plan de soutien français risque aussi d'être moins efficace : la garantie de l'État n'est pas à 100 % pour les crédits aux PME comme en Allemagne ; des charges et impôts aujourd'hui reportés pourront être annulés en Allemagne si c'est nécessaire. Sans doute beaucoup moins en France.

Pendant que les Pays-Bas diminuaient leur ratio d'endettement public de 20 points de PIB entre 2014 et 2019, l'Allemagne de 16 points et l'Autriche de 15, la France augmentait le sien de 3 points de PIB. La conséquence est évidente : notre pays affronte aujourd'hui la crise avec plus de difficultés que nos partenaires du nord de la zone euro.

De surcroît, l'incapacité passée des gouvernements français à contenir l'accroissement permanent de l'endettement public fait douter de notre capacité à inverser la tendance en période de sortie de crise. Les impôts en France sont les plus élevés du monde. Augmenter les impôts en 2021 ne sera donc pas une option. En outre, le rendement fiscal ne serait pas au rendez-vous. Mais à défaut d'une baisse rapide du taux d'endettement public, la dette deviendra un non-choix structurel, le synonyme de notre incapacité à réduire les dépenses, de notre perte définitive de souveraineté financière.

Certains commentateurs avancent que grâce à la politique de la BCE, la dette n'est plus un problème car elle rachète les dettes publiques et donc finance à l'infini nos déficits. L'argument ressemble à la méthode Coué. Si on n'a pas de masques, c'est qu'ils ne servent à rien. Si on a trop de dette publique, ce n'est pas un risque. Un peu comme le bon cholestérol... C'est oublier que la BCE ne conduira pas des achats de dette souveraine pour l'éternité. Nos partenaires européens ne le permettront pas, pas plus que les traités européens que nous avons nous-mêmes signés.

La France va devoir lever sur les marchés plus de 300 milliards d'euros cette année, soit près de 15 % de son PIB qui est le seuil utilisé par le FMI pour identifier la zone à risque pour le refinancement des États. Le timide désendettement de 2019 (-0,3 point de PIB) semble maintenant bien ridicule. Cette nouvelle dette publique se traduira par une augmentation de 40 milliards d'euros des émissions de dettes à moyen-long terme, mais aussi par une augmentation des encours à très court terme (un an), pour plus de 50 milliards d'euros. Ce qui expose l'État à un risque de refinancement plus rapproché, et à une situation très tendue si les taux augmentent dans les mois et années qui viennent.

Il faut donc réfuter le sophisme qui voudrait qu'une dette perpétuelle soit anodine, car cela reviendrait à enchaîner encore plus les générations futures à notre incurie.

En premier lieu, il nous faut allonger la maturité de la dette française, pour ne pas aggraver la charge de la dette. La proportion des titres à 30 ans et plus représente environ 10 % des encours. Il faudra augmenter cette proportion et aller encore plus loin dans la politique d'émission à très long terme, jusqu'à des maturités de 50 voire 80 ans ou plus.

En second lieu, il faudra endiguer la création de dette à l'avenir en adoptant le mécanisme de frein à l'endettement en vigueur en Allemagne, et qui lui permet de mieux gérer la crise aujourd'hui.

Nous ne couperons pas au concours Lépine des dépenses de relance dans les mois qui viennent. On va nous promettre des mesures exceptionnelles d'investissements d'avenir qui se transformeront inmanquablement en dépenses pérennes de fonctionnement. En 2022, lors de l'élection présidentielle, lorsque l'alarme des comptes aura sonné, nous assisterons à la saison 2 du concours : le festival des idées les plus folles pour augmenter les impôts.

Cette voie nous conduirait au piège du surendettement perpétuel et à l'impasse d'une charge toujours plus pesante des intérêts de la dette sur notre budget. C'est la voie du déclin irrémédiable. Une autre voie sera possible, celle qu'ont adoptée les pays du Nord : désendettement en période de croissance, bonne gestion des finances publiques, allongement de la durée de travail, baisse des impôts sur le capital et sur les entreprises pour de la croissance bénéficiant à tous.

\* *Dernier ouvrage paru : « En marche vers l'immobilisme » (Albin Michel, 2018).*

# Europe : « Seul un contrôle crédible et approfondi des faits fondant la politique de la BCE peut engendrer la confiance »

## **TRIBUNE**

**Matthias Ruffert**

Professeur de droit de l'Union européenne à l'Université Humboldt de Berlin.

Le juriste Matthias Ruffert estime, dans une tribune au « Monde », que le conflit entre la Banque centrale européenne et la Cour constitutionnelle allemande peut déboucher sur une amélioration des règles de droit européen.

Publié aujourd'hui à 07h30, mis à jour à 08h08 Temps de Lecture 4 min.

**Tribune.** L'arrêt de la Cour constitutionnelle fédérale allemande du 5 mai a causé de fortes perturbations dans le monde politique et juridique européen. La Cour constitutionnelle d'un Etat membre déclare inapplicable une décision prise en droit européen par la Banque centrale européenne (BCE) et explicitement approuvée par la Cour de justice de l'Union européenne (CJUE).

Pis, il ne s'agit pas de n'importe quel tribunal, mais du *Bundesverfassungsgericht* (BVerfG – la Cour constitutionnelle fédérale) qui, fort de sa réputation mondiale, lance à la tête de la CJUE que son opinion est incompréhensible et objectivement arbitraire.

A première vue, c'est l'échec total de la communauté de droit telle qu'elle était conçue par Walter Hallstein, le premier président de la Commission européenne (« *La majesté du droit est appelée à créer ce que le fer et le sang ont manqué de créer pendant des siècles* »). Ne s'agit-il pas d'une invitation aux tribunaux d'Etats membres dont les fondements dans l'Etat de droit sont peu à peu démolis par leurs gouvernements de droite nationaliste, de s'opposer eux-mêmes à la Cour ?

## **Des conséquences pas neutres**

N'est-ce pas une grave erreur, sur le fondement d'un douteux « droit à la démocratie », de faire triompher toujours les mêmes plaignants, qui n'hésitent pas à nous ennuyer avec leur litanie perpétuelle sur l'expropriation des bons épargnants allemands au profit des Méditerranéens paresseux ?

Ce sont ces critiques inconfortables qui ont été adressées au deuxième Sénat de Karlsruhe ; critiques qui ne sont pas, bien sûr, dénuées de fondement. Les conséquences de cette décision ne sont pas neutres puisqu'elle font peser sur l'Allemagne un risque réel de procédure d'infraction que lancerait la Commission européenne, comme vient d'ailleurs de l'annoncer la présidente de la Commission, Ursula von der Leyen. Certains craignent en outre la déstabilisation de la zone euro en pleine crise sanitaire.

En plus de la critique adressée à la cour allemande sur le plan politique, les juristes de droit européen ont mis en évidence certains déficits dans l'argumentation de l'arrêt, critiquant cette vision périmée d'une construction européenne qui émanerait des Etats membres – les « maîtres des traités » –, une conception trop nationale du principe de proportionnalité et, enfin, des conséquences pratiques contradictoires.

# La légitimité démocratique

La cour impose, en effet, au gouvernement fédéral allemand d'inciter la BCE à une analyse de proportionnalité plus rigoureuse, alors même que les traités interdisent toute influence d'un gouvernement sur la banque ! Le président du Bundestag, Wolfgang Schäuble, a résumé sa position sur l'arrêt par cette formule : cet arrêt est à la fois inévitable et dangereux.

Mais qu'est-ce qui justifie cette prise de position de la cour ? Pourquoi les huit juges (dont un seulement a voté contre le jugement de la majorité sans donner cependant ses raisons, mais nous ne connaissons ni son identité ni sa motivation) ont-ils voté dans ce sens ? Essayons d'expliquer cette position afin de reprendre le dialogue dans une perspective de résolution du conflit.

D'abord, quant au ton abrupt de l'arrêt qui a pu choquer, il s'explique par le fait que la Cour constitutionnelle fédérale ne fait ici que reprendre une jurisprudence bien établie. Mais l'aspect le plus important de la décision est le contrôle qu'opère la cour. Il est établi que la BCE ne jouit pas d'une légitimité démocratique.

Elle tire sa légitimité de son mandat de politique monétaire, qui la cantonne au respect de la stabilité des prix, et rien d'autre. Elle peut apporter son soutien aux politiques économiques générales des Etats de l'Union, mais elle ne peut mener elle-même une politique économique car elle ne dispose pas de la légitimation démocratique pour cela.

## La recherche de la confiance

Comme il est difficile en pratique, et même presque impossible, de séparer la politique monétaire de la politique économique, l'avocat général espagnol Pedro Cruz Villalón a introduit, dans un litige précédent sur un autre programme d'achats, le contrôle de proportionnalité pour restreindre le risque d'extension du mandat de la BCE.

C'est donc la CJUE qui est revêtue de la tâche de contrôler la BCE. Or, dans l'arrêt Weiss, issu du renvoi préjudiciel de Karlsruhe, la Cour de Luxembourg s'est largement dispensée d'une analyse profonde, et surtout de l'appréciation des faits qui fondent les décisions de la BCE. Cela est en réalité le problème central.

Seul un contrôle crédible et approfondi des faits fondant la politique de la BCE peut engendrer la confiance. Le souvenir est encore cuisant en Allemagne de la « chute originelle » d'août 2011, quand la BCE appuya le gouvernement Berlusconi par un achat d'emprunts considérable accompagné de conditions clandestines, d'ailleurs peu commentées en France.

## Un renforcement de notre communauté de droit

Depuis 2016, la BCE a bien maîtrisé le cadre de l'économie européenne, en procédant à l'achat d'emprunts des Etats membres – environ 2,3 milliards d'euros jusqu'à aujourd'hui – dans un contexte favorable (il n'y avait ni choc externe, ni pandémie, ni confinement). Cette politique devait être temporaire.

Une fois l'Europe sortie de la déflation, ce qui s'est passé au moins une fois dans les quatre ans, pourquoi la BCE n'a-t-elle pas mis fin à sa politique de rachat ? Faut-il rappeler que l'article 123 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne interdit explicitement à la BCE le financement monétaire des Etats ? Or, peu d'analyses juridiques ont appelé la BCE au respect de cet article.

Dans un tel contexte, la décision de la Cour constitutionnelle fédérale de demander à la BCE de fonder ses décisions sur un contrôle de proportionnalité plus poussé serait susceptible de permettre une exécution plus solide du mandat de la BCE. Il faut donc lire cette décision comme un appel à un renforcement de notre communauté de droit.

# « L'Allemagne se serait mieux portée si elle avait conservé son deutschemark »

## TRIBUNE

### Philippe Simonnot

Ancien professeur d'économie du droit Paris-X

L'économiste Philippe Simonnot justifie, dans une tribune au « Monde », le jugement de la Cour constitutionnelle allemande contre la politique monétaire de la Banque centrale européenne (BCE)

Publié aujourd'hui à 07h00, mis à jour à 08h09 Temps de Lecture 4 min.

**Tribune.** Le tollé quasi unanime qui a accueilli en France l'arrêt rendu le 5 mai par la Cour constitutionnelle allemande, sise à Karlsruhe, est une démonstration supplémentaire du malentendu qui règne depuis plusieurs années entre la France et l'Allemagne. Ce couple, qui passait pour le « moteur » de l'Europe, est aujourd'hui au bord du divorce.

L'avis des juges suprêmes allemands tombe au plus mal. Le temps long de la justice vient télescoper le temps très court de la pandémie. L'histoire est faite de ces rencontres fracassantes. Les juges allemands n'ont même pas eu le temps de prendre en compte la dernière prouesse de la Banque centrale européenne (BCE), ou ce qui est salué comme telle par la presse, à savoir le Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP), évalué pour le moment à 750 milliards d'euros, mais qui pourrait bien monter encore jusqu'à 1 500 milliards.

Les juges allemands n'en ont pas moins lancé une sorte d'ultimatum : la BCE doit justifier d'ici trois mois le bien-fondé de ses rachats de dette publique pratiqués depuis 2015. À défaut, les juges de Karlsruhe menacent d'interdire à la Bundesbank, la banque centrale allemande, de participer aux programmes d'aide de la BCE. Ce qui signifierait une hausse immédiate des taux d'intérêt en Italie, Espagne, Grèce et même en France. L'euro n'y survivrait pas.

## La tragédie semble écrite d'avance

Christine Lagarde pouvait difficilement faire autrement que d'affirmer qu'elle continuerait « *sans se laisser décourager* » à « *faire tout le nécessaire pour remplir son mandat* », en affirmant que la BCE est « *une institution européenne, responsable devant le Parlement européen et sous la juridiction de la Cour de justice de l'UE* », et qu'elle n'avait pas de comptes à rendre à une juridiction nationale, quelle qu'elle soit. La tragédie maintenant semble écrite d'avance.

Pour comprendre la fatalité de ce drame, il faut d'abord rappeler qu'avant la naissance de l'euro, les Allemands avaient développé une sorte de « patriotisme du deutschemark » - le seul que le vaincu de 1945 pouvait se permettre, et qui les mettait à l'abri d'un retour à l'hyper-inflation des années 1922-1923, nourricière du nazisme. Aussi n'avaient-ils accepté d'abandonner leur monnaie nationale pour l'euro qu'à la condition qu'il fût au moins aussi bon que le deutschemark.

Il en est résulté que la BCE a dans sa charte fondamentale un seul mandat : la stabilité des prix (le système de réserve des Etats-Unis, quant à lui, en a deux : la stabilité des prix et le plein emploi). Aussi pouvait-on

escompter que la BCE renoncât aux vaines tentations d'inspiration keynésienne de lutter contre le chômage par l'inflation. Cette rigueur n'a duré que quelques mois.

## L'objectif d'une inflation à 2 %

Sous l'influence de ses présidents successifs Jean-Claude Trichet, puis Mario Draghi, la BCE s'est aligné sur le nouveau standard international, à savoir l'objectif d'une inflation à 2 %, qui, on ne le répétera jamais assez, n'a aucun fondement, ni théorique ni pratique. Ce fut une première entorse à la charte fondamentale.

A la faveur de la crise financière de 2008, la BCE, s'est engagée dans une politique d'abondance monétaire qui n'a même pas abouti à atteindre son douteux objectif (un rythme annuel d'inflation proche de 2 %), politique qu'elle est en train d'amplifier encore – alors que l'on croyait avoir atteint le bout du bout. Il est certes difficile de s'arrêter sur une pente aussi savonneuse. D'une certaine manière, c'est pourtant ce que tente de faire l'arrêt de la Cour de Karlsruhe, au moins pour l'Allemagne.

En France et dans d'autres pays du sud de l'eurozone, les cigales ont tôt fait une fois encore d'accuser d'égoïsme la laborieuse fourmi allemande. N'a-t-elle pas profité de l'euro pour accumuler d'énormes excédents dans sa balance des paiements courants, lesquels viennent gonfler ses réserves de change, et peut-elle se soustraire, dans ces conditions, à un minimum de solidarité avec les pays de l'eurozone les plus touchés par la pandémie ?

## La logique économique

Voilà un raisonnement qui fait fi de la logique économique. Il est vrai que vis-à-vis des autres monnaies, et notamment du dollar, le deutschemark eût été à un taux de change plus élevé que ne l'a été l'euro ces dernières années. Mais croit-on vraiment qu'une monnaie sous-évaluée est bénéfique pour le pays qui l'émet ?

D'abord, ce pays gagne moins par unité vendue à l'export qu'il ne gagnerait avec une devise plus forte.

Ensuite, un taux de change trop bas effectue une sorte de torsion sur l'économie concernée, encourageant des surinvestissements dans les branches exportatrices au détriment d'autres secteurs de l'économie, et par conséquent augmentant la dépendance de cette économie par rapport aux marchés extérieurs – ce qui peut être tout à fait dramatique en cas de récession sur ces marchés, comme on le voit bien aujourd'hui.

Enfin, l'excédent de la balance des paiements courants est forcément équilibré par un déficit dans la balance des mouvements de capitaux, qui peut être fort gênant, soit qu'il oblige à accumuler des réserves trop élevées, soit qu'il force à exporter plus de capitaux que la rentabilité de ces investissements ne le justifierait.

## Un plan d'urgence d'Etat à Etat

Donc arrêtons de dire que l'Allemagne a profité indûment de l'euro. Elle se serait mieux portée si elle avait conservé son deutschemark, et elle le retrouvera si sa voix n'est pas entendue.

En fait, l'euro, tel qu'il est dévoyé aujourd'hui par la BCE, est un obstacle à la solidarité entre l'Europe du Nord et l'Europe du Sud, tellement nécessaire en ces temps de pandémie, parce que ces obscurs mécanismes bancaires et financiers où les milliards annoncés par Mme Lagarde valsent à un rythme toujours plus rapide consistent en réalité à faire en douce les poches des épargnants ou/et des contribuables du Nord, et qu'ils suscitent méfiance et scepticisme.

Mieux vaudrait lancer démocratiquement des plans d'urgence d'Etat à Etat qui auraient le mérite de la transparence et donc, peut-on l'espérer, de l'efficacité.

**Philippe Simonnot** est l'auteur de *Nouvelles leçons d'économie contemporaine* (Folio, 2018).  
**Philippe Simonnot**(Ancien professeur d'économie du droit Paris-X)

UMGANG MIT CORONA-KRISE:

# Wer zahlt den Preis für Schwedens Sonderweg?

- VON MATTHIAS WYSSUWA, HAMBURG
- -AKTUALISIERT AM 13.05.2020-13:36



Alles wie immer? In Schweden sind Restaurants wie dieses in Stockholm auch in Pandemie-Zeiten geöffnet.

Mehr Vertrauen, weniger Regeln: Schweden hat in der Corona-Krise einen Sonderweg eingeschlagen. Doch die Totenzahlen sind schon jetzt hoch, vor allem bei Älteren. Ist dieser Weg auf lange Sicht trotzdem besser?

Es ist nicht so, dass sich gar nichts verändert hätte. Natürlich komme jetzt nicht mehr so viel Besuch, sagt Margareta Lundin, und ihr Sohn kauft für sie und ihren Mann ein. Aber man muss ja nicht ständig raus und etwas einkaufen, erzählt sie am Telefon. Manchmal trifft sie sich mit Freunden, sie sitzen im Garten und reden über dieses und jenes, immer schön auf Abstand. „Vieles ist doch so, wie es immer war“, sagt Margareta. Nur ihr Mann Owe, seit Jahrzehnten Lokalpolitiker in ihrer kleinen schwedischen Gemeinde, muss nun alle Besprechungen digital führen, und natürlich geht es da immer um das Coronavirus. So etwas habe er auch noch nicht erlebt.

Margareta und Owe Lundin, 1940 und 1943 geboren, gehören zur Risikogruppe. Die schwedischen Behörden empfehlen Menschen über 70 Jahren, zu Hause zu bleiben und die sozialen Kontakte zu unterbinden, soweit es möglich ist. Das fällt den beiden nicht schwer. Sie leben mitten in Schweden, in einem Haus in einem winzigen Ort, Svenljunga, hinter ihrer Straße beginnt der Wald. „Wir haben viel Platz und kommen uns auch sonst nicht zu nah, wenn wir es nicht wollen“, sagt sie. Das Coronavirus scheint weit weg, auch wenn es in der Gemeinde schon Infektionen gegeben haben soll. Margareta sagt, sie vertraue auf die Behörden, darauf, dass sie den richtigen Weg durch die Corona-Krise finden. Nur wenn sie Bilder aus Stockholm sieht, auf denen Menschen dicht an dicht durch die Straßen ziehen oder die Sonne genießen, ärgert sie das. „Man kann doch nicht nur an sich selbst denken.“

## Die Dringlichkeit verschlafen?

In der Corona-Krise haben viele Länder in Europa einen ähnlichen Weg eingeschlagen, um das Virus zu bekämpfen: Lockdown, Shutdown, das Leben heruntergefahren. Nur bei den Schweden wirkte es fast so, als hätte das Land die Dringlichkeit verschlafen. Dabei hatten die Schweden nur einen anderen Weg gewählt. Auch sie wollten die Ausbreitung bremsen, um die medizinischen Kapazitäten nicht zu überlasten. Aber sie wollten das öffentliche und wirtschaftliche Leben dafür nur so weit herunterfahren, wie sie es für dringend nötig hielten.

Und sie setzen dabei viel mehr auf die Eigenverantwortung der Bürger, viel mehr auf Informationen und Empfehlungen als auf Verbote. Die Schweden wurden dazu aufgerufen, Abstand zu halten. Wer sich nur ein wenig krank fühlt, sollte zu Hause bleiben. Verboten wurden Treffen von mehr als 50 Menschen und Besuche in Alten- und Pflegeheimen. Für Restaurants und Cafés gibt es zwar Auflagen, aber geschlossen

wurden sie nicht. Auch Fitnessclubs und Geschäfte durften offen bleiben, Schulen bis zur neunten Klasse und Kitas ebenso.

Durch diese verhältnismäßig lockeren Corona-Regeln erfährt das Land so viel internationale Aufmerksamkeit wie lange nicht. Bilder von vollen Restaurants und Cafés werden verbreitet, von dichtbevölkerten Plätzen in der Hauptstadt Stockholm. Der schwedische Weg wird bestaunt, kritisiert – und auch gelobt. Zuletzt sogar von der [Weltgesundheitsorganisation](#), von einer „Partnerschaft mit den Bürgern“ war die Rede, von einem Modell auf dem Weg in die neue Normalität. Für manche scheint Schweden mit seinen Freiheiten inmitten der Pandemie fast ein Sehnsuchtsort zu sein, für andere schlicht Wahnsinn. Sonderlich beeindruckt zeigen sich die Politik und die zuständige Gesundheitsbehörde aber nicht. Sie justieren nach, sie mahnen, aber sie ändern den Weg nicht. Auch wenn die Todeszahlen schon jetzt sehr hoch sind. Und auch wenn immer deutlicher wird, dass bislang vor allem Alte und Schwache einen hohen Preis zahlen.

Schweden ist kein Bullerbü-Märchenwunderland, sondern eine moderne Demokratie. Ein Staat, der nicht etwa von einem Populisten zu einer solchen Corona-Politik verführt worden ist, sondern der von einem spröden Sozialdemokraten geführt wird. Ministerpräsident Stefan Löfven mahnt immer wieder und erklärt, was man warum macht. Schweden geht diesen Weg also ganz bewusst, und fast jeden Tag berichtet der Staatsepidemiologe Anders Tegnell bei den Pressekonferenzen der zuständigen Gesundheitsbehörde, die mit ihren Empfehlungen diesen Weg absteckt, wie es vorangeht. Tegnell klickt sich dabei ohne erkennbare Regung mit der Fernbedienung in der Hand durch die Statistiken und trägt die Zahlen vor.

## Kritik an den vorhandenen Daten

Er ist längst eine Berühmtheit im Land, wird verehrt, gelobt, kritisiert. Auch bei Familie Lundin in Svenljunga vergeht kaum ein Tag, ohne dass sie Tegnells aktuelle Lagebeschreibung im Fernsehen schauen. Kurz nach dem Telefonat mit Margareta Lundin wird der Staatsepidemiologe verkünden, dass Schweden die Grenze von 3000 Toten überschritten hat. Am Mittwoch waren es 3313. Schweden hat 10,2 Millionen Einwohner, und im Verhältnis dazu ist die Todeszahl mehr als dreimal so hoch wie in Deutschland.

Als die Pandemie ausbrach, wurde in allen Ländern viel gerechnet. Wie schnell kann sich das Virus verbreiten, wie viele Menschen treffen, und wie viel hält das Gesundheitssystem aus? Auch Paul Franks hat gerechnet, er ist Epidemiologe an der Universität Lund, ganz im Süden des Landes. Am Telefon erzählt er von all den Unsicherheiten und Annahmen und wie dringend es besserer Daten bedürfe. Er spricht bei den Berechnungen von begründeten Vermutungen.

## Stockholm ist am schwersten betroffen

Franks lebt in Helsingborg, einer Stadt am Meer, und da sei in den vergangenen Tagen schon wieder einiges los auf den Straßen. „Vor ein paar Wochen war es definitiv ruhiger“, sagt er. Franks hat mit einem Kollegen einen Aufsatz veröffentlicht über die wissenschaftlichen Grundlagen für den schwedischen Weg. Auch da hatte er schon auf die schlechten Daten verwiesen, die den Berechnungen zugrunde liegen, und dass sich in den Ländern die Demographie unterscheidet und die Muster der sozialen Interaktion.

Schweden ist sehr dünn besiedelt, es gibt vor allem eine große Metropolregion rund um die Hauptstadt Stockholm, dann deutlich kleiner noch die Region um Malmö und Göteborg. Und dann viel Leere. Stockholm war bislang auch am schwersten betroffen. Das Virus verbreite sich aber sehr ungleichmäßig im Land, sagt Franks, er spricht von einem „Cluster-Spread“. Man müsse sich die Gemeinden wie Schachteln vorstellen, unterschiedlich eng mit Streichhölzern bepackt. Und in der Stockholmer Schachtel brannten schnell ganz viele Streichhölzer.

Franks hat sich mit den Modellrechnungen und Simulationen der Gesundheitsbehörde beschäftigt, auch mit denen der anderen Länder. In London hat eine Modellrechnung des Imperial College die Politik offensichtlich auf einen strikten Kurs geführt. Die Berechnungen der schwedischen Gesundheitsbehörde aber gingen von viel weniger Menschen aus, die mit Covid-19 im Krankenhaus behandelt werden müssen.

Angaben zu den befürchteten Todeszahlen haben sie nicht gemacht, aber wenn man versuche, sie aus diesem Modell heraus zu kalkulieren, komme man wohl auf bis zu 7000, erklärt Franks.

## „Die Zahlen werden noch höher“

Er selbst sei auf höhere Zahlen gekommen, aber hätte man das Modell des Imperial College auf Schweden zu übertragen versucht, läge die Zahl der erwarteten Toten sogar zwischen 40.000 und 80.000. Davon ist Schweden weit entfernt. „Ich hoffe, dass wir solche Zahlen nicht erreichen werden“, sagt Franks. „Ich glaube aber, sie werden noch viel höher, als sie heute sind.“ War der schwedische Weg also der falsche? Das sei noch nicht klar. Das hänge davon ab, was nun in den anderen Ländern passiere, wenn die sich langsam wieder öffnen, sagt Franks. Wie werden ihre Todeszahlen steigen?

So gehen die Schweden ihren Weg zwar bewusst weiter, aber auch Kritik daran ist deutlich zu hören. Besonders viel Aufsehen hat ein Text von 22 Wissenschaftlern Mitte April erregt, veröffentlicht in der „Dagens Nyheter“. Der Ton war harsch, die Kritik an dem schwedischen Weg und der Gesundheitsbehörde fundamental. Von Beamten ohne Talent wurde geschrieben und mit Blick auf die strikten Maßnahmen bei den nordischen Nachbarn ebenfalls schnell klare Einschnitte und Schließungen in Schweden gefordert. Die Gesundheitsbehörde wies die Anschuldigungen zurück, es gab Diskussionen um die verwendeten Zahlen im Text. Jetzt, gut einen Monat später, hat Schweden etwa dreimal so viele Tote vermeldet wie Dänemark, Norwegen und Finnland zusammen. Allerdings öffnen diese Länder sich nun auch wieder.

## Kann eine andere Strategie Leben retten?

Ende April erschien dann in derselben Zeitung wieder ein Text von diesmal fünf Wissenschaftlern, die einen Kurswechsel forderten. „Eine andere Corona-Strategie für Schweden kann Leben retten“, war er überschrieben. Die Wissenschaftler kritisierten, dass Schweden eine „Bremsstrategie“ gewählt habe und nicht den „Hammer und Tanz“ wie andere Länder: die Ausbreitung also mit strikten Maßnahmen so weit wie möglich zu drücken, um sich dann vorsichtig zu öffnen und wieder zu schließen, wenn nötig. So, wie es viele andere Länder in Europa gerade tun.



Verteidigt den Sonderweg: Gesundheitsministerin Hallengren :Bild: AP

In dem Text wird argumentiert, dass man so flexibler bliebe und vor allem Zeit gewönne. Zeit für eine bessere Behandlung der Kranken, Zeit bis zum Impfstoff. Der schwedische Weg habe diese Flexibilität nicht, denn „in kurzer Zeit entstehen hohe irreparable Kosten für Leben und Gesundheit.“ Oder zugespitzt: Wer jetzt tot ist, dem kann man nicht mehr helfen.

Ein Wissenschaftler war bei beiden Texten beteiligt, Joacim Rocklöv. Er ist Epidemiologe an der Universität in Umeå. „Ich glaube nicht, dass der Ton angemessen war im ersten Artikel“, sagt er heute. „Aber es ist wichtig zu diskutieren, warum wir diesen Weg gewählt haben.“ Ein bisschen was habe sich nun schon getan, auch lehne er den liberalen Ansatz gar nicht grundsätzlich ab. Und doch würde er sich noch immer eine

offenere Diskussion über den schwedischen Weg wünschen. Eine weniger voreingenommene Diskussion über die Alternativen.

## Trotz allem steigen die Zustimmungsraten

In Schweden aber passiert, was auch in anderen Ländern zu beobachten ist, trotz der hohen Todeszahlen: Die Zustimmungsraten für die Verantwortlichen steigen, Löfven und seine Sozialdemokraten erfahren so viel Unterstützung wie lange nicht, und gerade erst hat in einer Umfrage wieder eine Mehrheit der Befragten angegeben, mit den Maßnahmen und dem schwedischen Weg einverstanden zu sein. Proteste auf den Straßen gibt es nicht. Bei dem schwedischen Weg, sagt Lars Trägårdh, gehe es auch nicht allein um Zahlen, es gehe um eine breite Perspektive auf die Gesellschaft, es gehe um Geschlechtergleichheit, Kinderrechte, um Wirtschaft und soziales Leben. Und es gehe um Vertrauen und Nachhaltigkeit.

Trägårdh ist ein bekannter Historiker in Schweden, mit einem Kollegen hat er ein erfolgreiches Buch geschrieben, das ergründet, warum der Schwede so ist, wie er ist. „Es wird immer nur über die zwei Extreme gesprochen, als ob es nur einen Lockdown gibt oder einen entspannten Ansatz“, sagt er. „Die schwedische Realität liegt dazwischen.“

Der Weg des Landes sei auf die lange Sicht ausgelegt. Er bewahre einige Elemente der Normalität. Und wenn man auf die offenen Schulen schaue, sagt Trägårdh, liege die schwedische Strategie wohl richtig. So sei es für viele Eltern möglich geblieben zu arbeiten und teilweise ihr normales Leben weiterzuführen. Bislang scheint es keine Hinweise zu geben, dass dies einen großen Einfluss auf das Infektionsgeschehen gehabt hätte.

## Wurden die Alten vergessen?

Der Staatsepidemiologe Tegnell hat in einem Interview gerade wieder gesagt, dass die Schulen kein Motor in dieser Epidemie zu sein scheinen. Bei dem Schutz der Alten ist Trägårdh hingegen viel kritischer, es war eines der zentralen Ziele der schwedischen Strategie. „Hier hätte Schweden strikter vorgehen müssen“, sagt er. „Vielleicht haben wir den Älteren und der Altenpflege nicht genug Beachtung geschenkt.“

Die Debatte darüber hat in den vergangenen Tagen begonnen, zu dramatisch sind die Zahlen: Ein großer Anteil der Toten in der Corona-Krise ist entweder in Alten- und Pflegeheimen gestorben oder wurden zu Hause betreut, vor allem in der Region Stockholm. Es gibt Berichte über die angespannte Situation in Wohnheimen, über fehlende Schutzkleidung, über empörte Angehörige und schlecht ausgebildetes und schlechtbezahltes Personal, das womöglich noch zur Arbeit kommt, auch wenn es schon Symptome einer Erkrankung verspürt. Auch im schwedischen Wohlfahrtsstaat ist es in den vergangenen Jahren zu Einsparungen und Privatisierungen gekommen, der Druck ist gestiegen.

Die hohen Todeszahlen hätten ihn überrascht, hat Tegnell gesagt. Man habe gehofft, dass die Altenheime die Krise besser bewältigen könnten. „So etwas haben wir natürlich nicht einkalkuliert“, sagt Lena Hallengren, Ministerin für Gesundheit und Soziales. Es habe diese Verbreitung in Alten- und Pflegeheimen gegeben, wo Menschen lebten, die nicht nur alt seien, sondern oft auch krank. Deshalb sei es wichtig, sie zu schützen. Und deshalb sei es jetzt auch wichtig, die Situation besser zu verstehen, damit man so etwas in anderen Teilen des Landes verhindern könne. Am Dienstag stellte die Regierung ein Paket über 2,2 Milliarden Kronen vor, um die Altenpflege zu verbessern.

## „Haben die gleichen Herausforderungen“

Hallengren ist Sozialdemokratin und hat wie ihre Kollegen nicht nur viel zu tun, um Schweden durch die Krise zu führen, sondern auch, weil sie immer wieder erklären muss, warum das Land diesen Weg gewählt hat. Am Anfang sei die internationale Aufmerksamkeit überraschend gewesen, sagt sie, nun habe sie sich daran gewöhnt. „Wir tun unser Bestes, um Leben zu schützen“, sagt sie. „Wir haben die gleichen Herausforderungen.“ Und wenn es darum gehe, dass es nur Empfehlungen gebe, dürfe nicht vergessen werden, „dass wir den gleichen Wandel im Verhalten der Menschen erreicht haben“.

Die Menschen hielten Abstand, die Bewegung innerhalb der Gesellschaft habe abgenommen, viele Menschen würden von zu Hause arbeiten. „Wir haben auch etwas erzielt, das vergleichbar mit dem ist, was die anderen Länder erreichen wollen.“ Freilich gibt es auch Daten, die zeigen, dass die Bewegung weniger nachgelassen hat als in anderen Ländern. Die Regierung hat sich im Parlament schon die Möglichkeit gesichert, härter durchzugreifen, wenn es nötig wird. Und weil es einige Restaurants mit den Empfehlungen nicht ganz so ernst genommen haben, wurden sie geschlossen.

Hallengren sagt, es sei wichtig, dass Schweden seine Regeln und Empfehlungen über eine lange Zeit aufrechterhalten könne. „Die Menschen müssen ihre Art zu leben ändern, nicht nur für ein paar Wochen.“ Sie versuchten „immer die richtigen Entscheidungen zur richtigen Zeit zu treffen, und wenn wir strikter sein müssen, werden wir das tun“. Berichte darüber, dass Alte oder kranke Menschen womöglich nicht immer die nötige Intensivbehandlung im Krankenhaus bekommen haben, dass hart priorisiert oder gar aussortiert werde, weist sie zurück, das sei nicht wahr.

## Vertrauen in den schwedischen Weg

Sie verweist vielmehr darauf, dass 30 Prozent der Betten auf den Intensivstationen frei sind. Wenn man auf die Intensivstation komme, müsse man aber in der Lage und dem Zustand sein, dies überstehen zu können. „Es gibt immer eine professionelle medizinische Einschätzung, welche Art von Behandlung für einen Patienten angemessen ist.“ Hallengren sagt, das Gesundheitssystem habe die Situation im Griff. Und von Vergleichen mit anderen Ländern hält sie ohnehin nicht viel. „Es ist schwer zu sagen, ob es die richtige Zeit ist, zu vergleichen“, sagt sie. „Wir sind am Beginn einer Pandemie, sie ist noch nicht vorbei.“

Margareta Lundin in Svenljunga weiß genau, dass es in anderen Ländern anders läuft. Sie hat eine Enkelin in Spanien, eine in Österreich, und eine Tochter lebt in Deutschland. Sie telefonieren jede Woche. Sie sagt, sie sei froh, dass es so in Schweden nicht zugehe. Im Königreich steigt die Infektionskurve nicht mehr steil an, in den vergangenen Tagen war die Zahl der neu gemeldeten Todesfälle und der neuen Patienten auf den Intensivstationen meist schon niedriger. Der Druck in Stockholm lässt etwas nach, nie ist es zu dramatischen Szenen gekommen, wie man sie in Spanien oder Italien gesehen hat. In der Hauptstadt, so sagt es Tegnell, könnten womöglich bis zu 25 Prozent der Bevölkerung bald immun sein. Margareta Lundin sagt, sie vertraut auf den schwedischen Weg. Sie hoffe, dass es so richtig ist. „Aber man weiß es ja auch nicht.“

## «La France doit déclencher un état d'urgence économique»

FIGAROVOX/TRIBUNE - Avant même la crise, la situation de l'économie française était très mauvaise en comparaison des autres pays européens, rappelle l'économiste Claude Sicard. Le ralentissement de l'économie ne va faire selon lui qu'aggraver nos maux. Des mesures d'exception s'imposent.

Par Claude Sicard

Publié il y a 2 heures, mis à jour il y a 2 heures

Conférence de presse du ministre de l'Économie Bruno Le Maire. Paris, 7 mai 2020 *CHRISTOPHE ARCHAMBAULT/AFP*

*Docteur en économie, Claude Sicard a enseigné à l'Université Paris Dauphine et dans plusieurs écoles de commerce.*

Les mesures de confinement général de la population qui ont été prises par le gouvernement pour lutter contre la pandémie du coronavirus ont mis toute l'économie du pays à l'arrêt. Notre Président, dès l'arrivée du Covid-19 sur notre territoire, n'a pas hésité à donner le cap: sauver des vies quoi qu'il en coûte, empruntant à Mario Draghi sa formule lapidaire: «*whatever it costs*». On en est, actuellement, à 27.000 décès, et, la courbe commençant à s'infléchir, on entreprend de procéder à une levée du confinement, mais avec d'innombrables précautions, ce que l'on peut comprendre.

La situation de l'économie française, déjà avant la crise du coronavirus, était loin d'être florissante.

Les dégâts causés à l'économie de notre pays par le coronavirus vont se révéler, à mesure que l'on va avancer, considérablement plus importants qu'on ne l'imagine aujourd'hui, et il faut bien comprendre que la situation de l'économie française, déjà avant la crise du coronavirus, était loin d'être florissante.

Une analyse rapide de l'économie française indique que, parmi les quatre principaux secteurs d'activité, des secteurs structurants que le gouvernement hollandais dans sa politique d'intervention dans l'économie appelle des «*tops-sectors*», deux se trouvaient déjà en difficulté.

L'industrie automobile, tout d'abord: ce secteur est important (210.000 personnes), mais il est quatre fois moins puissant que son homologue outre-Rhin, et il a manifesté ces dernières années quelques signes de faiblesse. Sa production, en effet, décline: on est passé de 3,5 millions de véhicules en 2000 à 2 millions en 2018. Second problème: la mutation vers le véhicule électrique, ce qui va nécessiter une profonde restructuration des chaînes de production, et cela se traduira inévitablement par une forte réduction des effectifs.

Second secteur: l'agroalimentaire. Ce secteur, traditionnellement important dans notre économie, est depuis quelques années fortement concurrencé par les Hollandais et les Allemands qui sont, globalement, plus compétitifs. Ainsi, sur les marchés internationaux les producteurs français sont-ils passés de la seconde place à la quatrième, battus par les Hollandais et les Allemands. En 2018, nos exportations sont montées à 44 milliards d'euros, contre 72 milliards dans le cas de l'Allemagne et

94 milliards dans celui des Pays-Bas. Un économiste réputé pour ses analyses sectorielles, Alexandre Milicourtis, du groupe Xerfi, a même parlé dans un de ses articles d'une «Berezina»! Notre industrie agroalimentaire a besoin d'être restructurée, nous dit cet expert, car elle est constituée de beaucoup trop de petites entreprises.

Le secteur du luxe mérite le qualificatif de « top-sector », bien que sa contribution à la formation du PIB reste insuffisante.

Le troisième secteur, celui de la construction aéronautique et spatiale, était avant la crise en plein essor, le carnet de commandes d'Airbus étant bien rempli au point que ce grand constructeur européen était parvenu à se hisser au niveau de son concurrent américain, la firme Boeing. C'est bien un secteur clé de notre économie, un secteur de surcroît de haute technologie, qui représente avec tous ses sous-traitants 350.000 personnes (chiffres du GIFAS). Malheureusement, de par la structure même du groupe Airbus, ce secteur est très fortement importateur de composants et de sous-ensembles provenant de l'étranger, en sorte qu'une bonne partie des emplois et de la valeur ajoutée nous échappent

Dernier secteur: l'industrie du luxe. Ce secteur représente 165.000 emplois, avec un chiffre d'affaires de 90 milliards d'euros en 2018, dont 76 milliards réalisés à l'exportation. Plusieurs grandes firmes du secteur sont, aujourd'hui, des leaders mondiaux: LVMH, KIRING, l'OREAL, HERMES. Ces entreprises dominent complètement le marché. Ce secteur mérite réellement le qualificatif de «top-sector», bien que sa contribution à la formation du PIB reste encore insuffisante.

Pour compléter ce rapide tour d'horizon, il faut ajouter le tourisme, une activité de services qui représente un chiffre d'affaires de l'ordre de 170 milliards d'euros, avec la ventilation suivante: 60 % pour les visiteurs nationaux, et 40% pour les visiteurs étrangers.

La France est à présent le pays qui est en Europe le plus désindustrialisé, la Grèce mise à part.

Il faut donc comprendre que la France, avant même la crise actuelle, était un pays dont l'économie, d'une façon générale, ne fonctionnait pas bien, et ce depuis la fin des Trente Glorieuses. Le mal qui mine notre économie est constitué par la très grave désindustrialisation du pays. Notre secteur industriel n'intervient plus que pour 10 % seulement, aujourd'hui, dans la formation du PIB, alors que sa participation normale devrait se situer aux alentours de 20 %. La France est à présent le pays qui est en Europe le plus désindustrialisé, la Grèce mise à part. Toutes les difficultés que rencontre l'économie de notre pays viennent de là: un taux de chômage bien plus élevé que partout ailleurs malgré tous les efforts faits par les gouvernements successifs pour le réduire, une croissance du PIB qui est en moyenne inférieure à celle des autres pays européens, un budget de l'État chaque année en déficit, une balance du commerce extérieur toujours négative, et un endettement de l'État qui a crû régulièrement, d'année en année, pour en arriver à se situer aujourd'hui au niveau du PIB du pays. L'État, en fait, recourt chaque année à l'endettement pour alimenter la croissance.

Tout cela résulte de la propension de l'État à par trop intervenir dans la vie économique du pays, un travers, diront beaucoup d'observateurs, bien français, ce qui empêche les ajustements du marché de s'opérer naturellement. Les réglementations sont trop nombreuses et trop pointilleuses, et elles brident le dynamisme des acteurs, la fiscalité, trop lourde, empêche les entreprises d'être compétitives, et le Code du travail, bien plus astreignant que dans les autres pays, modère par trop le dynamisme des chefs d'entreprise. Il faut ajouter à cette description un facteur aggravant: un dialogue social qui, dans notre pays, ne fonctionne pas, à la différence de ce qui se passe en Allemagne ou en Suisse: la culture des syndicats reste par trop marquée par l'esprit de la Charte d'Amiens qui date de 1906, une chartre qui prône la lutte des classes.

Compte tenu de la situation du pays, il va falloir très vite remettre la machine économique en route.

Tout cela se traduit par un niveau de PIB/capita qui situe notre pays au onzième rang seulement, en Europe. Notre PIB par tête est inférieur de 32 % à celui de la Suède, de 48 % à celui du Danemark et il est tout simplement la moitié de celui de la Suisse. Les Français paraissent ignorer totalement la situation dans laquelle se trouve le pays et cela explique, par exemple, la fronde des gilets jaunes qui s'est déclenchée en novembre 2018, et qui a fortement perturbé la vie du pays pendant plus d'une année.

Il s'agit donc que la crise actuelle ne vienne surtout pas aggraver la situation dans laquelle se trouve l'économie du pays, et le danger est réel: nous en sommes à un peu plus de 12 millions de personnes placées en «chômage partiel» et il va falloir très vite remettre la machine économique en route. Les pays du Nord repartent plus vite que nous, nous dit Philippe Varin, le président de France-Industrie: leur industrie tourne déjà à 80 % de sa capacité, et l'Allemagne n'en est pas loin, alors que dans notre cas il s'agit de 56 % seulement. Le ministre de l'Économie Bruno Le Maire a déclaré le 29 avril, devant la Commission des affaires économiques de l'Assemblée nationale, qu'il voulait attendre la rentrée pour présenter un plan de relance, un plan, a-t-il dit, qui «*doit marquer un véritable changement de modèle industriel et environnemental*». On ne peut, en attendant, demeurer sans rien faire.

Il faut s'extraire de la façon dont on fait fonctionner l'économie en temps normal

Ce plan sera certainement le bien venu, mais il faut dès à présent, agir, et au plus vite. Dans la situation dans laquelle se trouve le pays, qui est une situation d'urgence, il faut s'extraire de la façon dont on fait fonctionner l'économie en temps normal: cela nécessite que les responsables des destinées de notre pays aient l'audace de déployer tout un arsenal de mesures d'exception, ce qui ne pourra se faire que si le chef de l'État, lui-même, est à la manœuvre. Il faut donc, selon la procédure prévue constitutionnellement, qu'il décrète sans plus attendre, «l'état d'urgence économique», un cadre juridique qui permet d'adopter pour une période déterminée des manières exceptionnelles de fonctionner pour nos entreprises. Il va s'agir de revenir à des temps de travail hebdomadaires normaux, de raccourcir la durée des congés payés, et d'alléger un certain nombre de dispositions existant dans notre Code du travail. Un des points préoccupant pour les chefs d'entreprise est constitué par les dispositions de l'article 4121-1, complétées par la loi Fauchon. Et les mesures à prendre pour sauver la planète devront être repoussées de quelques années, ce qui n'est pas très grave car notre pays n'intervient que pour 1 % seulement dans les problèmes à régler.

Les organisations patronales ont adressé le 2 mai une lettre au ministère du Travail pour exiger que les tribunaux cessent de mettre en cause systématiquement la responsabilité des chefs d'entreprise dans les accidents pouvant survenir dans leur entreprise à des membres de leur personnel, d'autant que la loi Fauchon prévoit une «*responsabilité pénale pour des délits non intentionnels*». Il ne s'agirait pas, évidemment, de ne pas sanctionner les chefs d'entreprise vraiment défailants, mais de réviser les textes pour que la loi soit plus équitablement appliquée.

# Die Piste

Von DAVID KLAUBERT, Fotos: RICARDO WIESINGER

30.07.2018 · Weil Italien viele Flüchtlinge sich selbst überlässt, leben sie in wilden Barackenlagern. Das größte wächst auf dem ehemaligen Flugplatz von Borgo Mezzanone – eine Kleinstadt mit Läden, Moscheen, Bordellen und einer Mafia.



Die Stadt ohne Namen ist gut versteckt. Kein Wegweiser führt hin. Am Ausgang von Borgo Mezzanone, einem Dorf, das Mussolini einst in die Felder Apuliens pflanzen ließ, verabschieden einen stattdessen Hakenkreuzschmierereien. Nach vier Kilometern geht es rechts auf eine schmale Teerstraße, die sich schon bald auflöst, so als wolle auch sie einen nicht weiterbringen. Bei Regen ist sie Matsch, bei Sonnenschein Staub. Und dann liegt sie plötzlich vor einem, schnurgerade in Richtung Horizont: die Piste.

Im Zweiten Weltkrieg starteten hier Flugzeuge. Heute ist sie die Hauptstraße einer Stadt, die es offiziell nicht gibt. Sie hat 4000, 5000 Einwohner, vielleicht mehr. Keiner hat sie gezählt. Es sind Menschen, die der italienische Staat sich selbst überlassen hat. Sie kommen aus Senegal, Gambia, Mali, Guinea, Guinea-Bissau, Elfenbeinküste, Ghana und Nigeria. Auch ein paar Somalier und Eritreer leben hier, Sudanesen und Marokkaner. Es gibt afghanische und pakistanische Händler und eine Prostituierte aus Rumänien.

Manche von ihnen leben in den alten Militärbaracken, in Bunkern, manche in Containern, manche in selbstgebauten Ziegelhäuschen. Die meisten aber in Verschlagen aus Sperrholz und Plastikfolien. Es gibt zwei Moscheen, in einer wird Französisch gesprochen, in der anderen Englisch. Es gibt die Church of Pentecost und die Garden of Jesus Christ Church. Es gibt die nigerianische Mafia, Bordelle, Friseure,

ein Reisebüro, einen Copyshop, Mechaniker und Autohändler, Lebensmittel- und Tante-Emma-Läden. Restaurants, einen senegalesischen Bäcker und den Grill von Roman, einem ghanaischen Rasta, der jeden Tag ein Schaf schlachtet und an besonderen Tagen auch mal zwei. Vor seiner Hütte und entlang der Piste hat jemand Betonklötze verteilt und ausrangierte Kühlschränke, so dass die Autos nicht mehr ganz so schnell rasen können. Es hat schon genug Unfälle gegeben.

Auf der Piste gibt es keine Ärzte. Ab und zu schauen ein paar Freiwillige vorbei. Ansonsten kommt nicht einmal der Krankenwagen. Es gibt keine Feuerwehr, keine Polizei, keine Müllabfuhr, kein fließendes Wasser und keine Kanalisation.

Im Schatten einer Hütte wartet an diesem Julimittag Sané darauf, dass er duschen kann. Die Sonne steht fast senkrecht und glüht wie die Zigarette, mit der Sanés Kumpel Musa versucht, eine kleine eitrige Wunde an seiner Fußsohle zu veröden. Wasser hat Sané in einem Eimer am anderen Ende der Piste geholt, aus einer offenen Leitung, aus der es manchmal sprudelt und manchmal auch nicht. In einigen der Baracken gibt es Duschkabinen ohne Duschen. Und weil viele sie auch als Toiletten nutzen, stinken sie erbärmlich. Wer es sich leisten kann, baut sich ein eigenes Bad: ein drei, vier Meter tiefes Loch, der Boden darüber zementiert, einen Holzverschlag außen rum, fertig. Die anderen pissen und kacken einfach in die Wiese hinter den Hütten.



Müll türmt sich zu Haufen, Flaschen vor allem, der Rest wird immer wieder mal verbrannt. Süßlich-beißender Rauch zieht dann über die Piste.

In Gambia, sagt Sané, habe er als Bauer gearbeitet, auf der Farm seiner Familie. Sie haben Maniok angebaut, Mais und Reis. Den konnten sie in guten Jahren sogar dreimal ernten. Wenn der Regen aber ausblieb, hatten sie nichts zu essen. Und in den vergangenen Jahren blieb er immer öfter aus.

Fast alle auf der Piste haben eine ähnliche Geschichte. Manche sind vor Gewalt und

Unterdrückung geflohen, viele vor Armut. Sie haben ihre Heimat in der Hoffnung auf ein besseres Leben verlassen, oft mit der Hoffnung ihrer ganzen Familie als Gepäck. Sie sind durch die Wüste nach Libyen und in Booten übers Mittelmeer. Europa haben sie in Kalabrien, Sizilien oder auf Lampedusa erreicht.



Sané, 25, aus Gambia. Fotografieren lassen will er sich, wie so viele auf der Piste, nicht. Er hat Angst, dass seine Familie sehen könnte, wie er hier lebt.

Sané war dann ein Jahr und fünf Monate in einem Flüchtlingslager in Turin. Er bekam Taschengeld, Italienischunterricht. Und schließlich eine vorläufige Aufenthaltsgenehmigung – mit der aber zugleich sein Aufenthaltsrecht im Lager erlosch. Niemand sagte ihm, wohin er gehen sollte. Wovon leben.

Auch da gleichen sich die Geschichten der Pistenbewohner, egal ob sie eine Aufenthaltsgenehmigung haben, eine Duldung oder eine Ablehnung. Abgeschoben werden aus Italien nur wenige. Wird ein Asylantrag abgelehnt, erhält der Betroffene ein Papier, auf dem steht, dass er das Land innerhalb von 15 Tagen verlassen muss. Was natürlich kaum einer macht, schon allein, weil sich keiner den Heimflug leisten könnte. Überall in Italien wachsen deshalb wilde Lager von Flüchtlingen, in einem Park in Mailand, in besetzten Gebäuden im ehemaligen Olympiadorf in Turin und vor allem in Süditalien, wo es schon lange Zelt- und Barackensiedlungen von osteuropäischen und afrikanischen Erntehelfern gibt. Gettos, wie die Italiener sagen. Das größte Getto ist die Piste.

Ende der neunziger Jahren errichtete Italien auf dem früheren Flugplatz eine Notunterkunft für Flüchtlinge aus dem Kosovo, daher die Wohncontainer und Ziegelhäuschen. Bald wurde daraus ein permanentes Lager und es wurden neue,

große Fertigblöcke gebaut, vielleicht hundert Meter von der Landebahn entfernt. Noch heute steht das staatliche Auffanglager dort. Etwa tausend Asylbewerber sind darin untergebracht, abgetrennt von der Piste durch einen zwei Meter hohen Zaun mit Stacheldraht obendrauf.



Auf der Wiese zwischen dem offiziellen und dem inoffiziellen Lager baut Sanés Freund Musa gerade eine Hütte. Keine allzu gute Lage, vierte oder fünfte Reihe hinter der Piste, aber immerhin.



Musa, 26, aus Gambia

Wohneigentum ist auch im Getto begehrt. Auch hier muss man es sich erst einmal leisten können. 50 Euro hat Sané für das Sperrholz gezahlt: Schrankwände, Pressspanplatten, grobe Bretter. Ein bisschen hat er selbst zusammengesammelt, in den Straßen von Foggia, der nächsten großen Stadt. Aber nicht viel, die Nachfrage ist einfach zu groß. 35 Euro hat ihn die schmutzige Folie gekostet, die er aufs Dach nagelt, drei Euro das Kilogramm Nägel und acht Euro die beiden Säcke Zement, mit denen er den Boden in der Hütte befestigen will. Fünf Euro braucht er dann noch für eine Matratze, 20 für 20 Meter Kabel und 30 für den Stromanschluss. Um den kümmern sich die Bulgaren, die aus ihrem Getto in der Nähe kommen, oder die Eritreer, so genau weiß Musa das noch nicht.

Als wenig später Sané vom Duschen kommt, fläzt er sich auf einen klapprigen Stuhl und schaut seinem Freund beim Hämmern zu. Zu tun hat er heute nichts. Weil das Frühjahr so kalt und nass war, sind die Tomaten noch nicht reif, auf deren Ernte so viele hier auf der Piste und in den anderen Gettos der Gegend warten. Ein paar Mal war Sané schon zum Unkrautrupfen auf den Feldern. Und in den letzten Tagen hat er in den Weinreben gearbeitet. Ab fünf Uhr morgens hat er Blätter gezupft, damit die Trauben möglichst viel Sonne bekommen. Ein Somali, der selbst auf der Piste lebt, hatte ihm die Arbeit verschafft. Vier Euro sollte er pro Stunde bekommen, fünf verlangte der Somali für die Fahrt zu den Feldern, zusammengepfercht mit sechs, sieben anderen in dessen Auto. Macht bei zehn Stunden Arbeit 35 Euro Tageslohn. Doch nicht einmal die habe er bisher bekommen, sagt Sané. Der Somali behauptet seit Tagen, der italienische Patron, dem die Rebstöcke gehören, habe ihn noch nicht ausbezahlt. „What can I do?“



Vor allem wegen der Tomaten kommen jeden Sommer Tausende afrikanische und osteuropäische Erntehelfer nach Apulien. Danach ziehen sie weiter, zu den Melonen, den Weintrauben, den Orangen.

Fotografieren lassen will sich Sané nicht. Er hat Angst, dass das Foto ins Internet kommt. Dass seine Familie erfahren könnte, dass er mit sieben anderen in einer armseligen Hütte haust, für die er auch noch 25 Euro im Monat hinblättern muss, in einem Slum, das genauso elend ist wie die Slums daheim in Brikama. Dass er für wenig und manchmal auch für nichts schuftet, wie ein Sklave. Wenn er genug Geld hat, um mit seinen Eltern und Brüdern zu telefonieren, alle paar Wochen mal, erzählt er ihnen, wie gut es ihm geht. Wie schön Italien ist.

Die Piste ist eine Stadt der Männer. Ein paar Familien gibt es, eine Handvoll Kinder. Die meisten der wenigen Frauen aber sind Prostituierte – so wie Andrea, die von den Männern *cavallo bianco* genannt wird, weißes Pferd. Sie ist eine Romni aus Rumänien, klein und laut, am laufenden Band spuckt sie Schimpfwörter um sich, *cazzo*, *vaffanculo*, *verpiss dich!* Die anderen Prostituierten seien alle neidisch, sagt sie und zeigt auf ihre helle Haut und ihre Augen. Die sind blau – und so vernebelt wie ihre Gedanken, die sie schon zum Frühstück mit Whiskey umspült. Heute habe sie den

ganzen Morgen gekotzt, sagt Andrea. Aber nicht wegen des Alkohols. Sie hält sich den Bauch. Irgendwann nach Ramadan muss es passiert sein. Vor ungefähr anderthalb Monaten also, sagt sie. „Ich muss ins Krankenhaus.“ Ihr erstes Kind, Antonio, habe sie vor ein paar Jahren, als sie noch im Bulgaren-Getto lebte, verkaufen müssen.

Alle anderen Prostituierten auf der Piste sind Nigerianerinnen, junge Frauen, manche fast noch Mädchen, mit zu langen Wimpern und zu engen Leggings. „Food is ready“ steht als Erkennungszeichen an den Bordellbaracken. Vier oder fünf sind es, die größte kennt jeder: „La discoteca“. Sie steht direkt am Zaun des Aufnahmelagers, ein Steinbau, wahrscheinlich noch aus der Zeit des Flugbetriebs. Der schummrige Innenraum ist mit Postern von Madonna tapeziert. Das sei aber nicht immer so, sagt der Kerl hinter der Bar. Der Boss wechsle alle paar Wochen mal das Motto. Durch eine Tür in der Ecke geht es zu den Verschlügen, in denen die Prostituierten leben und anschaffen. Zehn Euro kostet der Sex. Manche machen es auch für weniger.

Nicht nur Männer, die auf der Piste leben, kommen hierher. Jedes Wochenende steigen in „La discoteca“ Partys. Dann füllt sich der Schotterplatz davor mit Autos, bis in die Wiese. Bulgaren und Rumänen kommen aus ihren Gettos, Italiener bis aus dem 20 Kilometer entfernten Foggia. Sie kaufen sich die Frauen. Und Marihuana, Haschisch, Kokain. In einem Raum hinter der Bar werden die Drogen gelagert, gewogen und portioniert.

Kontrolliert wird dieses Geschäft von der nigerianischen Mafia, einer Bande namens Black Axe, schwarze Axt. Die Drogen kaufen sie, darauf deutet jedenfalls vieles hin, von dem italienischen Mafiaclan der Romito, auf dessen Territorium die Piste liegt, und der auch den nächstgelegenen Hafen beherrscht. Für die Prostituierten, die sie an Landstraßen außerhalb des Gettos anschaffen lassen, zahlen sie den Romito Steuern. Ansonsten ist der Handel mit den Frauen komplett in ihrer Hand, angefangen in den Dörfern im Süden Nigerias, wo sie immer jüngere anwerben, auch mit falschen Versprechen. Sie schicken sie auf die gefährliche Reise nach Norden, so viele, dass es für sie kein großer Verlust ist, wenn mal ein Mädchen in der Wüste verdurstet oder im Mittelmeer ertrinkt.

In Italien ist das Netz der nigerianischen Mafia inzwischen so engmaschig, dass ihr keiner entkommt. Die Auffanglager, die eigentlich geschlossen sein sollten, sind durchlässig wie Siebe, auch das neben der Piste. Armeefahrzeuge drehen dort ihre Runden, während durch zwei Löcher im Zaun Verkehr herrscht wie auf einer Ameisenstraße. Bewohner der Piste klettern rein, zum Wasserholen, zum Kicken,

Bewohner des Lagers gehen draußen bummeln. Und die nigerianische Mafia holt sich direkt aus staatlicher Obhut junge Frauen als Nachschub für ihr Geschäft und junge Männer als Nachwuchs. Wer sich weigert mitzumachen, wird verprügelt, gequält, mit Macheten verletzt.

Auf der Piste legt sich keiner mit den Nigerianern an. Jeder, der ein Geschäft oder ein Restaurant aufmachen wolle oder eine Bleibe in guter Lage, heißt es, müsse sich mit ihnen gut stellen. Genaueres will keiner erzählen. Dass der Staat die Piste sich selbst überlassen hat, bedeutet nicht, dass dort Anarchie herrscht. Es herrscht Angst.



Am Sonntagmorgen wirkt die Piste wie ausgestorben. Viele schlafen noch, manche arbeiten schon auf den Feldern. Nur aus der Kirche (rechts) schallt schon Musik.

Das größte Gebäude neben den Bordellen ist die Garden of Jesus Christ Church im Zentrum der Piste, deren Motto, Johannes 1:5, jemand außen an die Betonmauer gesprüht hat: „Und das Licht scheint in der Finsternis, und die Finsternis hat's nicht begriffen.“ 130 Plastikstühle sind drinnen aufgereiht. Platzeinweiser in weißen Hemden kümmern sich sonntags um die Besucher. Ab sieben, halb acht spielt die Band, Keyboard, Schlagzeug, Gesang. Und dann schallen den ganzen Vormittag Gospel und Gebete über die Piste, ein Lautsprecher steht draußen vorm Fenster, in Jesus' name we pray, hallelujah! Praise the Lord.

Schräg gegenüber der Kirche hat vor ein paar Wochen ein neues Restaurant aufgemacht, das Omega, ein geräumiger Bungalow mit Klimaanlage, nigerianischem Essen und dem Angebot, allerlei Feste auszurichten. „Wir sind spezialisiert auf: Geburtstag, Taufe, Silvester, die Feier von Dokumenten und vielem mehr“, steht auf einem Plakat. Drinnen scheppert afrikanischer Pop. Im Fernsehen läuft ZDF. Die Rosenheim-Cops.

„Ich will bald nach Deutschland“, sagt der Kellner, und damit ist er auf der Piste nicht allein. Sie haben ja nicht aufgehört, von einem besseren Leben zu träumen, nur träumen sie jetzt eben nicht mehr in Afrika, sondern hier in diesem Slum mitten in

Europa. „Mein Freund in Deutschland hat erzählt, dass er in eine Schule gehen kann“, sagt Sané. „Ich würde gerne lernen, als Zimmermann zu arbeiten.“ Manche waren auch selbst schon in Deutschland, ein paar Monate oder ein paar Jahre in Stuttgart, Dortmund, Penzberg. „Servus!“ grüßt ein Senegalese. Dann wurden sie zurück nach Italien geschickt, wo sie Europa einst erreicht hatten. So wie es die Regeln der EU vorsehen.

Dass Italien nun einen Innenminister hat, Matteo Salvini, der die Hetze gegen Zuwanderer und Außenseiter pflegt, haben sie natürlich auch auf der Piste mitbekommen. Das Gerücht macht die Runde, dass er noch in diesem Sommer herkommen könnte, dass er das Getto räumen lassen will. „Soll er doch, wir wollen ja auch raus hier“, sagt Cau, genannt Papa, mit 50 einer der ältesten und die gute Seele der Piste. Keiner ist so gut darin, schrottreife Fahrräder zu reparieren, wie er. Für die Fahrten über Feldwege kleidet er die Mäntel mit kaputten Schläuchen aus. Und auch für all die anderen Widrigkeiten des Lebens hat er gute Ratschläge.

Cau erzählt: „Manche halten uns für Tiere“

*Video: F.A.Z.*

Cau lebte schon auf der Piste, als sie noch einem verschlafenen Weiler glich. Dann ließ die Regionalregierung das Gran Getto von Rignano räumen, das größte damals. Sie schaffte Wohncontainer an, doch die reichten nur für wenige, und viele stehen bis heute auf Halde. Kein Bürgermeister will sie bei sich aufstellen lassen. Willkommen scheinen die Gettobewohner nur als billige Arbeiter auf den Oliven-, Wein- und Tomatenfeldern zu sein. Und so sind die meisten einfach 30 Kilometer weiter auf die Piste gezogen. Die seither wächst und wächst.

„Es ist unmöglich, all die Gettos aufzulösen ohne einen guten Plan zu haben, wohin mit den Menschen“, sagt Cau. Dann beugt er sich wieder über das Rad vor sich und zieht die Speichen nach. Die Sonne hängt jetzt tief über den Hüttendächern, ihr Licht legt sich weich auf Caus Falten und Narben. Und auf die ganze Piste. Es sind die friedlichsten Minuten des Tages hier. Zeit um Luft zu holen. Dann wird es dunkel.



Text: David Klaubert

Foto/Video: Ricardo Wiesinger

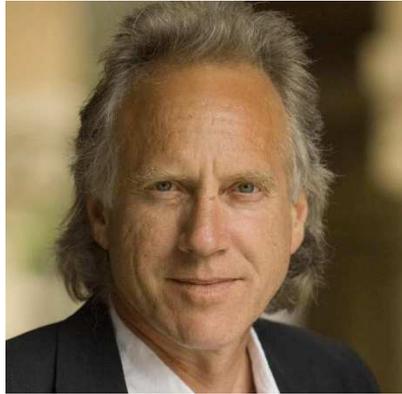
Mitarbeit Recherche: Emma Barbaro

Layout/Karte: Jens Giesel

# „Die Krankheit hat fast den Status eines Gerüchts“

Stand: 14.05.2020 | Lesedauer: 7 Minuten

Von Sarah Pines



„Wir sind letzte Menschen“: Robert P. Harrison

Quelle: Linda A. Cicero / Stanford News Service

Der amerikanische Anthropologe Robert Harrison glaubt, dass wir nicht nur für das Leben leben. Dessen Schutz um jeden Preis hält er für ein Dekadenzphänomen. Ein Gespräch über eine existenziell entfremdete Gesellschaft.

Das Gespräch mit Robert Harrison, Professor an der Stanford University und Autor von Büchern wie „Wälder: Ursprung und Spiegel der Kultur“ (1992) und „Ewige Jugend: Eine Kulturgeschichte des Alterns“ (2015), findet auf Zoom statt.

Harrison ist umgeben von Büchern – in Regalen, auf den Tischen, neben dem Computer aufgestapelt. Auf dem Boden ein weinroter Teppich mit indigenen Mustern. Von draußen helles, kalifornisches Sonnenlicht, breite Blätter ragen ans Fenster.

Professor Harrison ist dieses Semester „on leave“, fragt bei Gesprächsbeginn kurz, ob dies bei seiner Rückkehr wirklich die Zukunft sein muss, Gespräche auf Zoom, ohne Seminarraum, ohne Aura, ohne Präsenz.

**WELT:** In der Corona-Krise scheint der Tod überall zu lauern, unsichtbar, abstrakt. Was bedeutet das für unser Verhältnis zum Tod?

**Robert Harrison:** Unsichtbar und abstrakt sind hier die Schlüsselworte. Ich kenne persönlich niemanden, der an Corona gestorben ist, so geht es vielen. Die Krankheit hat fast den Status eines Gerüchts. In den

Medien, den Nachrichten wird der Corona-Tod zur Hypothese, zur Mutmaßung. Wir wachen am Morgen auf und suchen Symptome an uns. Ist es nun so weit, werde ich sterben? Das Krankwerden, der mögliche Tod – diese Art der Mutmaßung im Hinblick auf den Tod ist neu.

**WELT:** Was erstaunt, denn auch andere Viren könnten uns ergreifen, wir könnten einen Autounfall haben. Wir mutmaßen hier aber nicht. Salopp formuliert: Wenn meine Chance, an der normalen Grippe zu erkranken, bei drei Prozent liegt, gehe ich dennoch aufs Konzert...

**Harrison:** Das liegt daran, dass das Virus noch nicht vom Gesetz der Statistik domestiziert wurde. Niemand weiß ganz genau, wie die Übertragungswege verlaufen, ob man selbst nicht vielleicht doch daran stirbt. Wir ertragen die Wahrscheinlichkeiten des Sterbens nur, wenn wir die Zahlen des Todes besser kennen.

**WELT:** Sonst kommt lähmende Angst...

**Harrison:** ...der Terror, der in der menschlichen Psyche lauert und funktionierende Zivilisationen in dysfunktionale Krisen stürzt – diese Krisen entstehen aus der neuen Realität der Mutmaßung.

**WELT:** Ein Existenzialist wie Sartre, aber auch ein ontologischer Phänomenologe wie Heidegger stellte die Frage nach dem Verhältnis des Menschen zu Leben und Tod.

**Harrison:** Ja. Wann ist das Menschenleben authentisch, wann wird es „gelebt“? Für die Existenzialisten bedeutet das in der Welt sein, die eigene Sterblichkeit anzunehmen. Für Heidegger war Leben das Sein-zum-Tode. Für beide galt: Wir leben authentisch, wenn wir unserer Sterblichkeit, dem Tod Bedeutung verleihen können. Das sehe ich heute nicht mehr.

**WELT:** Wie verleihen wir dem Sterben Bedeutung und damit dem Leben?

**Harrison:** Unter anderem durch Rituale der Trauer, die den Übergang vom Leben in den Tod markieren. Dazu zähle ich öffentliche Gesten: Beerdigungsrituale, Zeremonien oder Gesten wie den Schleier oder Schwarz, eine Gemeinde, die sich um Tote und Trauernde versammelt. Und selbst diese kulturellen Praktiken sind dem Wandel unterworfen, verändern sich, verschwinden, werden durch neue ersetzt. Gegenwärtig sind sie dysfunktional geworden, neue haben wir noch nicht. Das hat das Virus nicht verursacht, sondern bloß offenbart.

**WELT:** Können Sie das erläutern?

**Harrison:** In unseren hyperindividualistischen westlichen Gesellschaften sind wir in unserer Trauer um die Toten schon länger auf uns alleine gestellt. Die Gemeinde kommt den Trauernden nicht mehr zu Hilfe. Der Tote stirbt nicht mehr „im“ Individuum, das Individuum, alleingelassen, stirbt „mit“ den Toten.

**WELT:** Es scheint, als beschleunige sich dieser Vorgang in Corona-Zeiten. Wir dürfen die Sterbenden nicht besuchen. Menschen sterben alleine zu Hause, in Krankenhäusern, in Altersheimen.

**Harrison:** Es ist grotesk. Menschen werden in Krankenwagen abtransportiert, sehen die, die sie lieben, nie wieder. Eine plötzliche, absolute Amputation. Die Deportation ist die unmenschlichste Form des Sterbens. Doch entmenschlichen wir den Tod, entmenschlichen wir das Leben.

**WELT:** Und dennoch nehmen wir die von Regierungen verordneten Einschränkungen des Lebens und gar des Sterbens hin?

**Harrison:** Die Herausbildung eines autoritären Staates, der die Rolle des Arztes oder Vaters einnimmt, ist eine der Gefahren der Krise. In Amerika verläuft dies gerade anders als in Europa. Hier sind die Gouverneure die Vaterfiguren. Aber große Teile der Gesellschaft wollen nicht, dass die Regierenden das private Leben diktieren. Es gibt ja Proteste, sogar gegen das Maskentragen.

**WELT:** Dennoch, eines funktioniert nahezu reibungslos und überall: das Social Distancing. Ist dies etwas Latentes – denken wir an unser Leben mit und im Smartphone –, das bereits da war und sich nun ebenfalls Bahn bricht?

**Harrison:** Das Social Distancing erscheint wie eine Emanation des Unbewussten des Silicon Valley. Der feuchte Traum ist hier die Ersetzung des Realen durch das Virtuelle, ein Leben in der Miniaturwelt des Touchscreen.

**WELT:** Sie leben im Silicon Valley. Wie ist es dort gerade, am Ort der Erfindung von Perfektion und Unsterblichkeit?

**Harrison:** Hier war eine gewisse Form sozialer Distanznahme ohnehin schon gang und gäbe. Das Homeoffice entstand hier. Die Wirtschaft der USA bricht zusammen, aber Tech stellt ein, anstatt zu entlassen. Die Menschen hier leiden unter der Situation nicht besonders, im Gegenteil. Sie sind reich, privilegiert, gebildet, vernünftig, wollen um jeden Preis am Leben bleiben. Schreckensszenarien wie die in New York blieben hier völlig aus.

**WELT:** Bleibt uns das Social Distancing erhalten?

**Harrison:** Ich hoffe es nicht, ertappe mich aber dabei, dass ich die Rückkehr zur Normalität ebenfalls fürchte. Normalität bedeutete Überfülle, überall. In Restaurants, auf Spazierwegen, in Flugzeugen, und wir alle litten fürchterlich darunter. In diesem Sinne ist das Social Distancing fast schon befreiend.

**WELT:** Auch für die Natur. Innerhalb weniger Wochen gewinnt sie wieder an Boden.

**Harrison:** Lassen Sie mich provokativ und politisch unkorrekt sprechen. Die Menschheit ist die schlimmste Naturkatastrophe für den Planeten Erde. Wenn das Virus auch nur die halbe Menschheit auslöschte, hätte die Natur einen Weg gefunden, Gerechtigkeit einzufordern für die Zerstörungen und den Tod, den wir ihr angetan haben. Doch nur wir Menschen können die Erde retten. Nur wir können uns zerstören. Das Virus kann das nicht.

**WELT:** Also keinen Schutz des menschlichen Lebens um jeden Preis?

**Harrison:** Der Gouverneur von Texas sagte neulich, manche Dinge seien wichtiger als das Leben und meinte damit das Land, die Wirtschaft, die junge Generation.

**WELT:** Und was denken Sie?

**Harrison:** Wir leben nicht nur für das Leben. Wir sterben für unsere Kinder, für eine Idee – wie klug oder dumm auch immer sie sein mag –, wir ziehen in den Krieg. Transzendente Werte, in deren Namen wir unser Leben geben. Es gibt Dinge, die wichtiger sind, als zu leben.

**WELT:** Fühlen wir denn heute noch so?

**Harrison:** Die meisten von uns ist nicht mehr. Wir sind, wie Nietzsche es in „Also sprach Zarathustra“ schrieb, „letzte Menschen“ geworden, eine Bourgeoisie, deren höchster Wert der Schutz des Lebens um jeden Preis ist. Dies ist, so paradox es klingt, eine dekadente Haltung, die grundlegende Werte, die uns bedeutungsvoll leben lassen, dem entleerten Leben opfert. Dass es Dinge gibt, die wichtiger sind als zu leben, muss aber für jede Zivilisation gelten, sonst endet sie.

**WELT:** Zumindest in Europa ist die Beziehung zwischen „alt“ und „jung“ angeschlagen – angefangen bei den Klimaprotesten und jungen Menschen, die den Babyboomern vorwerfen, ihre Zukunft „ruiniert“ zu haben. Wie verändert die Pandemie das Verhältnis von Jung und Alt in den USA?

**Harrison:** Die Babyboomer sind alt geworden. Amerika ist eine junge Nation, die von Menschen an der Grenze zur Altersschwäche, gar Senilität regiert wird. Donald Trump ist 75, Joe Biden 78, Nancy Pelosi 80 Jahre alt. Doch nicht nur das. Die Corona-Krise zeigt: Die Vereinigten Staaten, ihre Systeme, Gesetze, das Gesundheitswesen, versagen. Antibiotika werden im Ausland hergestellt. Die Webseiten der Arbeitsämter brechen zusammen.

**WELT:** Amerika selbst ist altersschwach?

**Harrison:** Richtig. Europas soziales, wirtschaftliches Immunsystem funktioniert in jeder Hinsicht besser.

**WELT:** Gibt es Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Verjüngung?

**Harrison:** Das Land ist zu marode, um sich eine Verjüngung überhaupt vorstellen zu können. Zwei Szenarien wären möglich. Entweder verwalten wir den Niedergang effizienter und darin läge viel Weisheit. Das Osmanische Reich war in der Verwaltung des eigenen Untergangs brillant, langsam, stetig. Die Römer waren sogar noch exzellenter: Der Verfall brauchte Jahrhunderte. Oder wir verjüngen uns tatsächlich, demokratisch oder per Revolution. Doch selbst dann müssten wir uns auch sozial und psychologisch verändern.

# Wie Lisa Eckhart ihr Publikum und Berufsempörte überfordert

Stand: 14.05.2020 | Lesedauer: 6 Minuten

Von **Henryk M. Broder**

Die Kabarettistin Lisa Eckhart schockiert sogar jene, die sonst glauben, die Satire dürfe alles. Angeblich kleide sie „antisemitische Inhalte in eine glamouröse Hülle“. Es könnte aber sein, dass den Berufsempörten etwas Entscheidendes entgeht.



Es ist gut, dass die Corona-Krise ihren tödlichen Schrecken und medialen Höhepunkt überschritten hat. Wir können uns wieder anderen Themen zuwenden.

Hat der Wendler wirklich vor, seine Laura zu heiraten? Wann wird die Lufthansa ihre Flüge nach Mallorca aufnehmen? Und: Wird es je wieder Fußballspiele vor vollen Rängen geben?

Nicht ganz so wichtig, aber auch nicht unbedeutend ist die Frage: Wohin mit dem Antisemitismus?

Nachdem viele Jahre geleugnet wurde, dass es etwas wie einen chronischen Judenhass im neuen Deutschland überhaupt gibt – außer bei ein paar Ewiggestrigen, die noch in der Waffen-SS gedient haben –, hat sich der Blick auf das Thema in den letzten Jahren geändert.

## **Keine prinzipiell dumme Idee**

Das hat zwei Gründe. Erstens die Zuwanderung aus Ländern, in denen Juden so geschätzt werden wie bei uns Ladendiebe und Schwarzfahrer. Und zweitens die Tatsache, dass es inzwischen in allen Bundesländern, Bremen ausgenommen, „Antisemitismusbeauftragte“ gibt, die zusammen mit dem „Beauftragten der

Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus“ eine Arbeitsgemeinschaft bilden.

Sogar das Auswärtige Amt hat eine eigene „Sonderbeauftragte für Beziehungen zu jüdischen Organisationen, Antisemitismus und Antiziganismus“, was angesichts der Geschichte dieser Institution keine prinzipiell dumme Idee ist.

Die flächendeckende Beschäftigung mit dem Thema hat immerhin dazu geführt, dass die Rechte ihr Privileg als Hotspot des Antisemitismus verloren hat. Es gibt ihn auch in progressiven Milieus, zum Beispiel in der Rock-Musik und der Rap-Kultur.

**„Das freut mich sehr für Sie!“**

Auftritt Lisa Eckhart, geborene Lasselberger, aus Loeben in der Steiermark. Sie hat, so erfahren wir es bei Wikipedia, in Wien und Paris Germanistik und Slawistik studiert, an der Berliner FU ihren Master mit einer Arbeit über die Figur des Teufels in der deutschen Literatur gemacht und ihre Karriere als „Comedian“ bei Poetry-Slam-Wettbewerben begonnen.

Inzwischen tritt sie bei Dieter Nuhr im Ersten und in der ZDF-Anstalt auf, eine zierliche, etwas anorektisch wirkende junge Frau mit einem adipösen Selbstbewusstsein. „Dass ich heute Abend bei Ihnen sein darf, das freut mich sehr für Sie!“

Vor anderthalb Jahren, am 14. September 2018, war Lisa Eckhart Gast bei den Mitternachtsspitzen im WDR. Ihren vier Minuten und 13 Sekunden langen Monolog begann sie mit ein paar bösartigen Bemerkungen zur MeToo-Debatte:

„Harvey Weinstein, Roman Polanski, Woody Allen: Kann man deren Filme noch guten Gewissens schauen? Wo wir doch nunmehr schmerzlich wissen, dass es sich bei diesen Dreien allesamt um ... ich mag es gar nicht sagen ... und als wäre das nicht schlimm genug, belästigen sie auch noch Frauen. Weinstein, Polanski, Allen, geborener Allan Königsberg, finden Sie dieses MeToo nicht auch antisemitisch? Es ist ja wohl nur gut und recht, wenn wir den Juden jetzt gestatten, ein paar Frauen auszugreifen. Mit Geld ist ja nichts gutzumachen. Ich meine, den Juden Reparationen zu zahlen. Das ist ja wie Didi Mateschitz einen Red Bull auszugeben ...“

**„Aber bitte nur im Schoß der Kirche“**

Dann wendet sich Eckhart Angehörigen anderer Minderheiten zu, Schwarzen, Schwulen, Behinderten, Transsexuellen, und überzieht sie mit einer Häme, die jeder deutsche Soziologe als „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ qualifizieren würde.

„Knabenliebe – schön und gut. Aber bitte nur im Schoß der Kirche. Wenn wir die Päderastie jetzt säkularisieren, dann kann niemand mehr unterscheiden, ist das jetzt der Christopher Street Day oder eine Fronleichnamsprozession ...“ Das ist übrigens eine von zwei Stellen, an denen das Publikum lacht und applaudiert.

Es versagt sich dagegen jede Reaktion, wenn Lisa Eckhart behauptet: „Die Erektion des schwarzen Glieds braucht alle sieben Liter Blut, über die ein Mensch verfügt.“

Zum Schluss wendet sie sich wieder „den Juden“ zu. „Da haben wir immer gegen den dummen Vorwurf gewettert, denen ginge es nur ums Geld. Und jetzt plötzlich kommt heraus, denen geht’s wirklich nicht ums Geld. Denen geht’s um die Weiber! Und deswegen brauchen sie das Geld. Da haben wir endlich unsere Schützlinge endlich aus den Fängen der Rechten befreit, und dann tun sie so was!“

Wer an dieser Stelle nicht zusammenzuckt, der hat den Leistungskurs „Der Holocaust in der deutschen populären Kultur nach 1945“ versäumt. So etwas sagt man doch nicht, so etwas sollte man nicht mal denken!

### **„Unmoralische Boshaftigkeit“**

Jetzt hat Lisa Eckhart ein Problem. Nicht nur, dass sie Tabus bricht, auf Kosten „der Würde der Minderheiten, denen sie in ihren Auftritten so gerne eine Herabwürdigung nach der anderen reinwürgt“ und „abgedroschene Klischees von sich gibt“, sie kleidet „antisemitische Inhalte in eine glamouröse Hülle“, in Worte, „die dem Publikum seine Bedenken nehmen, über Judenwitze zu lachen“.

Sie „geht über Leichen“ und „suhlt sich in unmoralischer Boshaftigkeit, um tagesaktuell originell zu sein“, sie trampelt „auf den Gräbern der Ermordeten und den Nerven der Lebenden“.

Anderthalb Jahre blieb diese Sauerei unbemerkt. Jetzt sind die Kritiker außer sich. Sie waren es nicht, als Günter Grass „mit letzter Tinte“ fantasierte, „die Atommacht Israel“ gefährde „den ohnehin brüchigen Weltfrieden“. Sie schrien nicht auf, weder als Jakob Augstein sich mit Grass solidarisierte – „Dieser Satz hat

einen Aufschrei ausgelöst. Weil er richtig ist. Und weil ein Deutscher ihn sagt“ –, noch als er eigenmündig nachlegte: „Israel ist eine größere Bedrohung für den Weltfrieden als Iran.“

**„Sie lernen einfach nicht dazu!“**

Jetzt aber liegen die Nerven blank. Lisa Eckhart hat sie freigelegt, mit ein paar Sätzen, die auch denjenigen zu weit gehen, die ansonsten darauf bestehen, dass Satire „alles darf“. Allerdings ist das, was die Steiermárkerin macht, keine Satire, kein „kalkulierter Tabubruch“, nicht einmal eine „Provokation“.

Es ist eine alte österreichische Tradition, für die es keinen Begriff, aber zahllose Beispiele gibt, so typisch österreichisch wie die Frittatensuppe und der Kaiserschmarrn. Der Schmäh, die Hofreitschule der kunstvollen Beleidigung, wie sie unter anderen Peter Handke mit der „Publikumsbeschimpfung“ perfektioniert hat. In Deutschland kommt es auf die „Haltung“ an, in Österreich auf „Unterhaltung“. Und wo Deutschland bereits übelnimmt, da fängt „oa Hetz“ in Österreich gerade erst an.

Wer keine Zeile von Fritz Grünbaum gelesen, „Herrn Karl“ alias Helmut Qualtinger nicht gesehen und „Die letzten Tage der Menschheit“ von Karl Kraus nur angeblättert hat, der kann vielleicht einen „kleinen Braunen“ von einem „Einspänner“ unterscheiden, aber auch nicht mehr. Hilfreich wäre die Lektüre einer Kurzgeschichte von Alexander Roda Roda („Aus dem Antisemitismus kann erst etwas werden, wenn ihn ein Jude in die Hand nimmt“) oder der „Memoiren eines Antisemiten“ von Gregor von Rezzori.

Dann könnten die Berufsempörten im deutschen Feuilleton vielleicht den Subtext eines Satzes begreifen, mit dem Lisa Eckhart ihr Publikum regelmäßig überfordert: „Sie jubeln mir zu, diese Deutschen! Einer an Kunstschulen abgelehnten, grantelnden Österreicherin. Sie lernen einfach nicht dazu!“

# „Karlsruhe ist nicht Polen“

Stand: 14.05.2020 | Lesedauer: 6 Minuten

Von Philipp Fritz



Historisches Urteil für Europa: Der zweite Senat am Bundesverfassungsgericht bei der Urteilsverkündung

Quelle: dpa

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den EZB-Anleihekäufen könnte von Populisten in Polen oder Ungarn missbraucht werden, glaubt der Verfassungsrechtler Jan Komarek. Er sieht aber auch einige positive Folgen für Europa.

Jan Komarek ist Professor für Verfassungsrecht an der Universität Kopenhagen. Er lehrte zuvor an der renommierten LSE in London und in Oxford. Zu seinen Spezialgebieten zählen EU-Recht und vergleichendes Verfassungsrecht. Entsprechend aufmerksam verfolgt er die aktuellen Entwicklungen um das Karlsruher Urteil.

**WELT:** Herr Komarek, bereits vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu EZB-Anleihekäufen haben Verfassungsgerichte in anderen europäischen Staaten sogenannte Ultra-vires-Urteile gesprochen, also Urteile, in denen die Beschränkung von Kompetenzen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) aufgezeigt wurde. Warum wird ausgerechnet dem aktuellen deutschen Urteil derart viel Aufmerksamkeit zuteil?

**Jan Komarek:** Es gab ähnliche Fälle in Dänemark und 2012 in Tschechien. Diese waren aber vor allem für Akademiker von Interesse, die sich mit EU-Recht beschäftigen. Im tschechischen Beispiel ging es im Grundsatz um einen Konflikt zwischen dem tschechischen Verfassungsgericht und dem Obersten Verwaltungsgericht, in den der EuGH hineingezogen wurde.

Zwar war der Streit seinerzeit ein Thema in der EU-Kommission, die in Erwägung zog, ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten; der Fall aber löste sich auf, denn beide Gerichte kamen zu einer Einigung. Das Ganze hätte vermieden werden können. Die Autorität des EuGH nahm zumindest in Tschechien Schaden.



Quelle: GUY JORDAN/Jan Komarek

**WELT:** Und der dänische Fall?

**Komarek:** Der betraf eine Interpretation des EuGH bezüglich Altersdiskriminierung. Sie widersprach dänischer Rechtsprechung. Hier ist es zentral, dass man es in Dänemark nicht gewohnt ist, dass Gerichte die Legislative anweisen, etwas zu tun. Das ist anders als in den meisten EU-Staaten, wo es starke Verfassungsgerichte gibt. Das beste Beispiel dafür ist Deutschland.

**WELT:** Liegt hierin die Bedeutung des aktuellen Urteils des Bundesverfassungsgerichts in Abgrenzung zu den beiden genannten Fällen?

**Komarek:** Definitiv. Sehen Sie, das Bundesverfassungsgericht ist nicht nur in Deutschland respektiert, sondern international. Seine Pressemitteilungen werden nicht umsonst auf Englisch verfasst, es zählt in der Fachwelt zu den am häufigsten zitierten Gerichten, seine Rechtsprechung hat Vorbildcharakter.

Hinzu kommt der Gegenstand des aktuellen Urteils: die EZB. Dadurch bekommt es enorme Bedeutung für die gesamte EU. Ja, es gab zuvor bereits in ihrer Systematik vergleichbare Fälle. Sie betrafen jedoch spezifische juristische Felder in einem inländischen Kontext.

**WELT:** Sie sprachen von einem „inländischen Kontext“. Aktuell wirkt das Karlsruher Urteil in supranationales Recht hinein, in EU-Recht.

**Komarek:** Es geht darum, was in akademischen Zirkeln „konstitutioneller Pluralismus“ genannt wird. Lassen Sie es mich wie folgt erklären: Ein Außerirdischer, der in Karlsruhe landet und fragt, welches Recht gilt, bekommt als Antwort zu hören: das Grundgesetz. In Luxemburg bekäme er als Antwort: europäisches Recht. Die Theorie des konstitutionellen Pluralismus erklärt, dass das kein Widerspruch ist.

**WELT:** Wie also bewerten Sie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts?

**Komarek:** Vergessen wir nicht, dass die Mitgliedstaaten Kompetenzen an die EU abgeben. Es macht aus einer inländischen Perspektive also Sinn, sein Verfassungsgericht zu befragen, ob dieser Transfer in Einklang mit der nationalen Verfassung steht. Die dem widersprechende Argumentationslinie des EuGH aber ergibt auch Sinn. Denn würden alle nationalen Verfassungsgerichte dem EuGH widersprechen, könnten wir uns die europäische Zusammenarbeit abschminken. Es ist eben ein sehr kompliziertes System.

**WELT:** Könnte also nach dem Urteilsspruch aus Karlsruhe das europäische Rechtssystem Schaden nehmen, wenn es zu Nachahmungen kommt?

**Komarek:** Wir müssen davon ausgehen, dass Länder wie Polen oder Ungarn es als Vorwand für ihre sogenannten Justizreformen ausnutzen. Aber das ist nicht gänzlich neu. Ungarn hat sich in der Vergangenheit bereits in einem Urteil zum Thema Migration auf das Bundesverfassungsgericht bezogen. Für Ungarn war das eine Rechtfertigung, europäische Standards nicht einzuhalten – dazu wurde ausgerechnet ein deutsches Gericht missbraucht, was nur wenigen bekannt ist.

**WELT:** Dabei hat das Bundesverfassungsgericht jetzt erst in dieser Form dem EuGH widersprochen.

**Komarek:** Das Grundgesetz hat in Deutschland die Oberhand. Also ist es das Bundesverfassungsgericht, das über die Implementierung von EU-Recht in Deutschland wacht. Das ist theoretisch seit dem Solange-I-Beschluss von 1974 so. Das Bundesverfassungsgericht behält sich vor, Vereinbarkeiten selbst zu prüfen. Lassen Sie es mich so sagen: Ich denke, dass Bundesverfassungsgericht hat eine notwendige Entscheidung getroffen und etwas offengelegt, das jeder weiß.

**WELT:** Nämlich?

**Komarek:** Dass es nicht haltbar ist, zwischen Wirtschafts- und Geldpolitik zu trennen. Jeder ernst zu nehmende politische Ökonom wird Ihnen sagen, dass Sie nicht in das Feld der Geldpolitik intervenieren

können, ohne mindestens die Wirtschaftspolitik zu tangieren. Die EZB verfügt lediglich über Kompetenzen im Bereich Geldpolitik.

**WELT:** Hier streift das Bundesverfassungsgericht die Kompetenz-Kompetenz, die Frage danach, wer über Kompetenzen verfügt, Recht zu sprechen?

**Komarek:** Wir haben bislang über ein theoretisches Problem gesprochen. Darauf bezogen sich andere Gerichte. Das Bundesverfassungsgericht drohte gewissermaßen zu handeln. Jetzt hat es gehandelt. Das Ganze bekommt demnach eine neue Qualität.

**WELT:** Und die politischen Konsequenzen wurden eingepreist?

**Komarek:** Polen und Ungarn werden das Urteil als Vorwand nutzen. Es gibt Leute, die sind bereit, diesen politischen Preis zu zahlen – ich zähle mich dazu. Es ist wichtig, Wirtschaftspolitik auf einem EU-Level verantwortlicher zu gestalten. Das, was die EZB tut, kann bisher nicht von einer anderen EU-Institution geprüft werden. Das System der *Checks and Balances* versagt an dieser Stelle.

Eine Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht ist die einzige Möglichkeit, die EZB verantwortlich zu machen. Es gibt Zustimmung für die Politik der EZB, aber juristisch ist das nicht erheblich. Die EZB muss Verantwortung in einem rechtlichen Rahmen übernehmen können, immerhin geht es hier um Umverteilungsprozesse, von denen einige profitieren, andere nicht.

**WELT:** Der Preis ist nicht zu hoch? Immerhin geht es in Polen um Rechtsstaatlichkeit und die Abschaffung der Gewaltenteilung. Wenn nun nach der Aufforderung des EuGH die polnische Regierung unter Berufung auf das Bundesverfassungsgericht Teile ihrer sogenannten Reform nicht zurücknimmt, dann stellt dies das europäische Rechtssystem vor eine Legitimitätskrise.

**Komarek:** Die polnische Regierung verhält sich bereits entsprechend. Deswegen kommt es darauf an, wie europäische Institutionen reagieren. Es muss verdeutlicht werden, dass das Bundesverfassungsgerichtsurteil und die Probleme in Polen einen unterschiedlichen Charakter haben. Sie können natürlich die Haltung vertreten, dass alles, was das EuGH beschließt, nicht angefochten werden kann. So würde die deutsche Entscheidung in der Tat im selben Korb landen wie das, was die polnische Regierung tut.

Aber es ist eben nicht so einfach. Es wäre klüger, sich zuzugestehen, dass es keine volle Verantwortlichkeit von Institutionen wie der EZB auf europäischer Ebene gibt. Wir leben in einer EU, die kein föderaler Staat

ist, sondern ein Staatenverbund. Das ist unser Arrangement. Dazu gehört es, im Einzelfall anzuerkennen, was Gerichte in einem Mitgliedstaat entscheiden.

Aus dieser Perspektive sind das Bundesverfassungsgerichtsurteil und die polnische Justizreform fundamental unterschiedlich. An der Oberfläche widerspricht ein nationales Gericht einem europäischen. Aber das ist eben nur ein kleiner Teil der Wahrheit.

**WELT:** Ein anderer ist, dass durch ein erst mal widersprüchliches Urteil das Bundesverfassungsgericht die europäische Integration beschleunigen kann?

**Komarek:** Ja. In dem Sinne ist das Urteil vergleichbar mit dem erwähnten Solange-I-Beschluss. Damals bekam der Vorrang des sekundären Gemeinschaftsrechts Grenzen durch die im Grundgesetz festgeschriebenen Grundrechte. Das führte zur Einführung von einem Grundrechtskatalog auf EU-Ebene. Ähnliches könnte jetzt wieder geschehen. Es geht jetzt darum, die Komplexität der Sache zu erklären. Karlsruhe ist nicht Polen.

# Coronavirus : « Le risque d'un Etat si érodé depuis des années qu'il ne peut qu'agir par défaut »

## TRIBUNE

Jean-Charles Froment

Professeur de droit public à Science Po Grenoble-Université Grenoble-Alpes

Malgré les moyens sans équivalents mobilisés face à la pandémie, l'Etat montre surtout sa grande fragilité après des années d'affaiblissement, devenant alors le principal risque pour nos libertés, analyse le juriste Jean-Charles Froment, dans une tribune au « Monde ».

Publié le 01 mai 2020 à 06h00 - Mis à jour le 01 mai 2020 à 07h31 Temps de Lecture 4 min.

**Tribune.** A l'origine, il y a un virus. Certes d'une rare contagiosité, mais peut-être pas si différent d'autres virus respiratoires. Et pourtant ce virus aboutit à la plus grande crise sanitaire que presque tous les Etats aient connue depuis un siècle. Comment en sommes-nous arrivés là, et qu'en déduire ? Crise sanitaire ou crise de l'Etat ?

Deux hypothèses diamétralement opposées peuvent être formulées.

La première, c'est que cette crise tend à démontrer l'incroyable renforcement des capacités d'agir et de s'organiser de l'Etat aujourd'hui. En quelques semaines seulement, une incroyable machine s'est mise en marche :

## Moyens coercitifs traditionnels

- Sur le plan scientifique, par l'accélération de la recherche et l'engagement immédiat de très nombreuses enquêtes expérimentales pour trouver un traitement ;
- Sur le plan de l'organisation sanitaire, par l'impressionnante capacité par exemple de la France à doubler en un temps record le nombre de lits de réanimation, à organiser des transferts interrégionaux de malades graves et à assurer une régulation de l'ensemble, évitant la saturation des hôpitaux ;
- Sur le plan du contrôle de l'épidémie, par le pouvoir aujourd'hui des Etats d'organiser un confinement généralisé de toute une population et de tout un territoire en s'appuyant et sur ses moyens coercitifs traditionnels et sur un réseau et une stratégie de communication inégalés ;
- Sur le plan économique, par la facilité trouvée en quelques jours à dégager des centaines, voire des milliers de milliards d'euros pour venir empêcher les effets les plus néfastes de la récession.

## Caution scientifique

Combien cette pandémie fera-t-elle de morts in fine ? 500 000, 1 million ou 5 millions, personne ne peut encore le savoir, mais est-ce comparable avec les 50 millions, voire les 100 millions, de morts de la grippe

espagnole ? Tout cela n'est-il pas la preuve de la transformation extraordinaire de nos Etats, du renforcement de leur puissance et de leur efficacité pour gérer de telles crises et en atténuer les effets les plus terribles ?

La seconde hypothèse conclut à l'inverse.

Si cette crise est peut-être une crise sanitaire, elle est surtout et avant tout l'expression d'une crise de l'Etat. Parce que cette extraordinaire panoplie de mesures n'est finalement que le résultat d'un pouvoir d'agir par défaut. Le confinement n'est décidé que pour éviter la saturation des hôpitaux et l'insuffisance des équipements de protection de la population. Le risque de saturation des hôpitaux n'est lui-même que la conséquence d'une politique constante de réduction du nombre de lits et des personnels depuis au moins vingt ans.

L'accélération de la recherche ne vise qu'à corriger dans l'urgence des choix qui ont diminué la place de l'épidémiologie en santé publique. Les mesures de soutien à l'économie ne sont que la conséquence d'une récession que l'Etat provoque lui-même par le confinement. Le recours à la caution scientifique du discours ne cherche qu'à pallier l'absence d'autorité et de crédibilité du discours public, etc.

## Effets contre-intuitifs

Le spectacle d'un Etat plus fragile que jamais se dévoile alors sous nos yeux, conséquence d'années d'affaiblissement sous l'effet d'un discours en permanence critique sur son « poids » excessif et d'une seule volonté publique déterminée par l'objectif de réduction de la dette. Si cela n'était pas si dramatique, on pourrait en rire en constatant les effets contre-intuitifs : des dépenses sans précédent qui vont considérablement alourdir la dette des Etats et affaiblir encore plus leur légitimité.

On voit déjà se réjouir ceux qui pensent que cette crise aura le mérite de réinterroger ces choix à l'avenir. On ne saurait être trop prudent quant à une telle interprétation. On peut légitimement penser que le secteur de la santé publique en profitera.

### Si cette crise est peut-être une crise sanitaire, elle est surtout et avant tout l'expression d'une crise de l'Etat

Il n'est pas sûr qu'il en soit de même pour les autres services publics, car la question même du financement renforcé de la santé publique se posera inéluctablement, soit par la remise en cause de l'universalité de la prise en charge des soins, soit par le retour d'un discours classique visant à distinguer les services publics essentiels des autres, les seconds étant inexorablement condamnés à être délégués voire transférés au secteur privé pour pouvoir concentrer les efforts de l'Etat sur les premiers.

Sans oublier les « efforts » qui pourraient être demandés pour corriger les effets de la crise et rembourser la dette... Ce qui ne pourrait qu'enraciner encore un peu plus le même discours sur l'Etat et ses réformes. C'est celui qui a conduit à la crise actuelle. C'est au risque d'un même Etat, celui dont les images se sont forgées dans les années 1980, c'est-à-dire un Etat « modeste », un Etat « dégraissé » au nom de la « performance publique », que cette crise pourrait paradoxalement nous exposer.

## L'illusion d'un discours martial

Que reste-t-il alors de l'Etat ? Sans doute pour pouvoir compenser sa faiblesse, l'illusion de lui-même qu'il se donne à travers un discours martial. Alors qu'il n'est ici question que du propre piège dans lequel il s'est enfermé et qui génère la gestion de la crise. Et qui dit crise dit pouvoirs de crise, recours à l'exception et effacement de la norme.

Ce que l'impuissance de l'Etat par auto-affaiblissement produit, c'est le risque renforcé d'une réduction régulière des libertés publiques. Atteinte à la liberté d'aller et venir, contrôles discriminatoires, expérimentation du traçage, etc., n'en sont que quelques expressions possibles.

Mais ici la réduction des libertés n'est plus la manifestation d'un Etat autoritaire qui chercherait à tout contrôler, non. C'est au contraire celle d'un Etat affaibli qui cherche simplement à limiter les dégâts mortifères de sa fragilité.

Ne nous trompons pas de débat sur les libertés. Ce n'est plus contre le risque de dictature qu'il s'agit de s'insurger aujourd'hui, mais bien contre celui d'un Etat si érodé depuis des années qu'il ne peut qu'agir par défaut. C'est précisément cet Etat « vulnérable » qui devient alors le principal risque pour nos libertés.

**Jean-Charles Froment**(Professeur de droit public à Science Po Grenoble-université Grenoble-Alpes)

**Le Figaro (site web)**

vendredi 15 mai 2020 - 05:15 UTC +02:00 608 mots

Vox ; Vox Monde

**Éric Zemmour:****«Le juge constitutionnel allemand porte un coup qui peut être mortel pour l'Europe»**

Zemmour, Eric

**CHRONIQUE - Les juges allemands ont défendu strictement l'État de droit, rappelant que les institutions européennes n'avaient de pouvoir que délégué par les États-nations.**

La nouvelle est passée sous les radars médiatiques obnubilés par le déconfinement. La décision de la Cour constitutionnelle de Karlsruhe, la semaine dernière, risque pourtant de faire date dans l'histoire chaotique de l'Union européenne. Les juges allemands ont en effet lancé un double pavé dans la mare des institutions européennes: à la BCE, ils ont dit que la politique conduite depuis 2015 par Mario Draghi de rachat massif des dettes des États était contraire aux traités qui avaient institué la zone euro ; à la Cour de justice européenne, qui avait absous les errements de la Banque de Francfort et sommé la Cour de Karlsruhe de s'incliner, ils ont affirmé qu'il n'existait pas un ordre juridique européen supérieur à l'ordre national, et qu'au contraire, en droit allemand (mais aussi en droit français), le droit constitutionnel national devait s'imposer. Ce faisant, les juges allemands ont défendu strictement l'État de droit, rappelant que les institutions européennes n'avaient de pouvoir que délégué par les États-nations, tout simplement parce que la démocratie s'exprime dans le cadre de ces États-nations. Cette position des juges allemands était celle de leurs homologues français sous de Gaulle.

Il est amusant d'observer la réaction hystérique des partisans de l'Europe fédérale qui n'aiment l'État de droit que lorsqu'il abaisse la souveraineté des États. Il est vrai que le coup porté par les juges allemands peut détruire la zone euro. Ni plus ni moins. Contrairement à ce qu'affirment les partisans de l'Europe fédérale, la Cour de Karlsruhe ne donne aucune injonction à la BCE. En revanche, elle donne ordre au gouvernement et à la Banque centrale allemands de ne plus participer aux opérations de la BCE si celle-ci ne prouve pas, dans un délai de trois mois, que ses décisions respectent le principe de «proportionnalité» entre la gravité de la situation et ses transgressions juridiques.

«Planche à billets»

Or, la BCE, que dirige désormais Christine Lagarde, pourra d'autant moins se justifier qu'elle va plus loin que du temps de son prédécesseur. Mario Draghi respectait en effet une clé de répartition fixe entre les différentes dettes nationales, pour faire mine de ne pas aider en priorité l'Italie. Avec la crise provoquée par le coronavirus, la BCE s'est affranchie de ses dernières pudeurs. Or, les Allemands refusent cette politique de «planche à billets» qui, si elle ne crée pas d'inflation, ruine l'épargne des retraités allemands, contraints de se contenter de taux d'intérêt ridiculement bas.

Personne ne sait comment sortir de cette impasse. Soit Angela Merkel, au nom de l'Europe, ignore les injonctions du juge et renie l'esprit des institutions allemandes, qui a été le ciment de l'Allemagne démocratique et posthitlérienne ; soit elle obéit à ses juges et refuse de participer aux opérations de refinancement de la BCE. Si celle-ci s'incline, ce sont alors l'Italie et la France qui sont étranglées par leur dette énorme qu'elles ne peuvent plus financer. Autrement dit: soit les Allemands sortent de la zone euro, soit les Français et les Italiens le font pour permettre à leurs banques nationales de les financer. Mais sans la «protection» allemande. Dans tous les cas, la zone euro serait morte. On comprend la fureur des partisans de l'Europe fédérale.

HANKS WELT:

## Die Zentrale hat immer recht!

- VON RAINER HANK

- -AKTUALISIERT AM 17.05.2020-11:43

In Latein lernt man halt doch fürs Leben. Und sei es nur, um Urteile des Verfassungsgerichtes zur EZB richtig zu deuten. Es ist ein „ultra vires“, mit dem sich Karlsruhe mit Gott und der Welt anlegte.

Dass Latein noch einmal in unserem Leben wichtig werden könnte, hätte Herrn Lenz gefreut. Denn natürlich hatten wir unseren Lateinlehrer mit seinen eigenen Sprüchen aufgezogen, damals in den sechziger Jahren am Stuttgarter Dillmann-Gymnasium, und Beweise gefordert dafür, dass hier fürs Leben („non scholae sed vitae“) gelernt werde. Jetzt brachte uns „ultra vires“ ziemlich ins Schleudern, ein Ausdruck, der sich unübersetzt bereits im ersten Absatz der Pressemitteilung zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) über das Staatsanleihen-Kaufprogramm der Europäischen Zentralbank (EZB) findet – und erkennbar ziemlich wichtig ist.

Der Kalauer, bei „vires“ an Corona zu denken, verbietet sich. Aber an „Männer“ mussten wir denken: „vir“, der Mann. Doch warum sollte es „gegen die Männer“ sein, Anleihen zu kaufen? Das klang schief. Ein Gespräch mit Freunden mit tatkräftiger Unterstützung ihrer lateinsicheren Tochter brachte schließlich Aufklärung: „ultra vires“, ein Akkusativ-Plural, kommt nicht von „vir“, sondern von „vis“, was „Kraft, Stärke, Gewalt“ bedeutet. Die Richter finden also, was die EZB da mache, überschreite die Kräfte und Kompetenzen der Geldpolitiker.

Das Ultra-vires-Argument sollte man tatsächlich verstehen, um zu sehen, welche Zäsur das Urteil der Karlsruher Richter bedeutet. Kompetenzgemäß wäre das Handeln der EZB nämlich nur, wenn der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet werde, sagen sie. Dass die Geldpolitik negative wirtschaftspolitische Folgen habe – schrumpfende Sparguthaben deutscher Bürger zum Beispiel –, hätte in einer solchen Verhältnismäßigkeitsprüfung berücksichtigt werden müssen und müsse nun nachgeholt werden. Sonst dürfe die Deutsche Bundesbank sich künftig nicht mehr an den Anleihekäufen beteiligen.

Inzwischen ist deutlich, dass Karlsruhe sich mit Gott und der Welt angelegt hat: Nicht nur mit der EZB, sondern erst recht mit den Richtern des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in Luxemburg und mit ganz Brüssel sowieso, angeführt von unserer Mustereuropäerin Ursula von der Leyen. „How dare you“, wie könnt ihr so frech sein, so schallt es seither aus den europäischen Wäldern heraus. Die Luxemburger Richter stehen auf dem Standpunkt, nur sie allein hätten das Recht, darüber zu befinden, ob eine europäische Institution wie die EZB kompetenzwidrig „ultra vires“ handle oder nicht. Und aus Sicht des EuGH ist natürlich alles okay, was die EZB tut. Von der Leyen sekundiert mit dem Argument, wo kämen wir hin, wenn jetzt auch oberste Gerichte in Ungarn, Polen oder sonst wo in Europa frech würden.

### Deutschland ist ein Rechtsstaat

Wieder einmal zeigt sich nicht nur die vermurkste Architektur des Euros, sondern auch der Fluch des europäischen Zentralismus. Der EuGH benimmt sich, als sei er das oberste Gericht eines europäischen Bundesstaates, dem gegenüber alle nationalen Verfassungsinstanzen der EU-Mitgliedsländer nachgeordnete Behörden und zum Stillschweigen verurteilt wären, nachdem das oberste europäische Gericht geurteilt hat. Wir dulden keine nationalen Extrawürste, so heißt der dahinterstehende Befehl. Karlsruhe hingegen dreht den Spieß um: Das BVerfG versteht sich als Anwalt des deutschen Volkes. Dieses ist der Souverän, dem gegenüber Brüssel lediglich eine abgeleitete Autorität hat. Die EU ist eben kein Bundesstaat wie die Vereinigten Staaten. Mag sein, dass so auch die Populisten in Osteuropa argumentieren. Aber das ist nicht das Problem des BVerfG, denn in Deutschland leben wir in einem Rechtsstaat.

Hier kommt nun noch einmal Herr Lenz, unser Lateinlehrer, ins Spiel. Denn was sich da gerade zwischen Karlsruhe und den europäischen Institutionen abspielt, kann man auch als Kampf um die Subsidiarität interpretieren. Dieser Begriff kommt von „subsidium“, meint „behelfsweise“ und bedeutet, dass in einer Gemeinschaft jeder Einzelne für sich selbst verantwortlich ist und andere nur „subsidiär“ für ihn eintreten sollen – eben dann, wenn er sich nicht selbst helfen kann. Dies besagt auch, dass Dezentralität Vorrang hat und höhere Ebenen erst gefragt sind, wenn die regionalen oder nationalen Ebenen überfordert sind. Subsidiarität spielt zwar als Begriff in den EU-Verträgen eine große Rolle, ist inzwischen aber zum rhetorischen Wieselwort von Sonntagsreden ziemlich auf den Hund gekommen. Stattdessen hat sich in Europa ein Zentralismus breitgemacht, der meint, es sei am besten, von oben nach unten durchzuregieren. Karlsruhe hat auch diesen Grundsatz der Subsidiarität in Erinnerung gerufen: Nationale Parlamente als Anwälte der Bürger eines Landes können nicht einfach von europäischen Institutionen übergangen werden.

Während der Antizentralismus hierzulande immer dann viel Unterstützung findet, wenn es gegen die Machtanmaßung aus Brüssel geht, ist der deutsche Föderalismus deutlich weniger beliebt, der doch auf demselben Prinzip von Subsidiarität und Nonzentralismus fußt. Das lässt sich gerade jetzt beobachten an den Maßnahmen zur Corona-Eindämmung, was Sache der Länder und neuerdings der Landkreise ist. Das stößt bei den Leuten schnell auf Missfallen. Dann ist – in unterschiedlicher Metaphorik – von „Flickenteppich“ und „Kleinstaaterei“ die Rede und davon, dass es keine „Extrawürste“ und keinen „Überbietungswettbewerb“ geben dürfe. Dahinter steht die Ansicht, dass es in der Not einer starken Zentrale bedürfe, die sagen müsse, wo es langgeht.

## Föderale Staaten stehen besser da

„Die Zentrale weiß alles besser“, hat Kurt Tucholsky 1925 in der „Weltbühne“ geschrieben: „Die Zentrale hat die Übersicht, den Glauben an die Übersicht und eine Kartothek. In der Zentrale klopfen dir die Männer auf die Schulter und sagen: Lieber Freund, Sie können das von Ihrem Einzelposten nicht so beurteilen! Wir in der Zentrale...“ Wenn jetzt Landräte in Sonneberg in Südthüringen beurteilen sollen, was zu tun ist, wenn eine Obergrenze von fünfzig Corona-Infizierten überschritten wird, dann wird das ein spannendes Experiment im Kampf gegen unseren habituellen Zentralismus.

Föderal verfasste Staaten (etwa die Schweiz) stehen wirtschaftlich stets besser da als Zentralstaaten. Einiges spricht dafür, dass Länder, in denen mit der Corona-Krise föderal und subsidiär umgegangen wird, bessere Ergebnisse haben als zentralistische Staaten (Frankreich). Altersstruktur, Bevölkerungsdichte, Wirtschaftskraft – das alles unterscheidet sich von Stadt zu Stadt, macht aber in der Krise einen gehörigen Unterschied. Die Stärke des Föderalismus heißt: Lernfähigkeit, Anpassungsfähigkeit, regionale Robustheit. Macht der eine Landrat einen Fehler, müssen die anderen ihn nicht mitmachen. Macht Berlin einen Fehler, sind alle betroffen. Seien wir froh, dass wir das Heft des Handelns in der Pandemie nicht an Brüssel delegiert haben. Wenn es ernst wird, rettet uns nur der föderal verfasste Nationalstaat.

Das Urteil von Karlsruhe und die Dezentralisierung der Corona-Bekämpfung haben eine entscheidende Gemeinsamkeit: Sie korrigieren den Glauben an den Zentralismus und setzen auf nationale und föderale Autonomie. Zentralismus übersteigt unsere Kräfte, er ist „ultra vires“.

EZB-URTEIL UND DIE FOLGEN:

## Jetzt war es so weit

- VON DIETER GRIMM
- -AKTUALISIERT AM 18.05.2020-07:16



Das Bundesverfassungsgericht hat sich gegenüber dem Europäischen Gerichtshof in Zurückhaltung geübt, solange es ging. Doch irgendwann musste Karlsruhe Luxemburg in die Schranken weisen. Das ist jetzt geschehen. Ein Gastbeitrag.

Liest man die Kommentare, vor allem die ausländischen, zu dem Urteil, welches das [Bundesverfassungsgericht](#) am 5. Mai über die Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank gefällt hat, gewinnt man den Eindruck, dass etwas Unvorstellbares passiert ist. Das deutsche Gericht, heißt es, verweigert dem europäischen die Gefolgschaft und legt damit eine „Bombe unter die europäische Rechtsordnung“ („Financial Times“).

Indessen ist das Risiko eines Konflikts zwischen den beiden Gerichten alt. Der [Europäische Gerichtshof](#) hat es heraufbeschworen, als er 1963 implizit annahm und 1964 explizit aussprach, dass europäisches Recht dem nationalen Recht vorgeht, selbst dem nationalen Verfassungsrecht. Alternativlos war das nicht, denn in den Römischen Verträgen sucht man den Vorrang des Gemeinschaftsrechts vergeblich. Die Mitgliedstaaten, welche sich am damaligen Rechtsstreit beteiligten, bestritten, etwas Derartiges in den Verträgen vereinbart zu haben. Selbst der Generalanwalt des EuGH vermochte in den Verträgen keine Grundlage für den Vorrang des Europarechts zu erkennen. Der EuGH leitete ihn aus dem Zweck der Wirtschaftsgemeinschaft ab. Es könne keinen gemeinsamen Markt geben, wenn jeder Mitgliedstaat europäisches Recht nach seinem Gutdünken anwende und auslege.

Das Argument lässt sich nicht von vornherein von der Hand weisen. Das Bundesverfassungsgericht hat den Vorrang des Gemeinschaftsrechts daher im Grundsatz anerkannt, übrigens als erstes nationales Höchstgericht. Es beharrt aber im Gegensatz zum EuGH darauf, dass das Gemeinschaftsrecht diese Eigenschaft nicht aus sich heraus besitzt, sondern nur, weil der deutsche Gesetzgeber seine vorrangige Geltung in Deutschland im Zustimmungsgesetz zu den Verträgen angeordnet hat.

### Das kann nur das Bundesverfassungsgericht beurteilen

Das sieht wie ein Theorienstreit aus, hat aber praktische Folgen. Der Vorrang des Gemeinschaftsrechts reicht dann nämlich nur so weit, wie die Bundesrepublik tatsächlich Kompetenzen an die [Europäische Union](#) abgegeben hat. Kompetenzlose europäische Rechtsakte entfalten keine Bindungswirkung. Ob Deutschland eine Kompetenz wirksam übertragen hat, richtet sich nach deutschem Verfassungsrecht, und das kann nur das Bundesverfassungsgericht beurteilen, kein europäischer Gerichtshof.

Dass jeder europäische Rechtsakt auf einer übertragenen Kompetenz beruhen muss, um rechtswirksam zu sein, bestreitet freilich auch der EuGH nicht. Auf der Basis seiner Annahme, das europäische Recht habe sich vom Willen der Mitgliedstaaten emanzipiert und gelte nun unabhängig davon, besteht er aber darauf,

dass nur er zu beurteilen hat, ob die EU eine Kompetenz besitzt und ob ein europäischer Rechtsakt von der Kompetenz gedeckt ist. Demgegenüber geht das Bundesverfassungsgericht davon aus, dass die Kontrollbefugnis geteilt ist.



Bürotürmen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) im Europaviertel auf dem Kirchberg in Luxemburg

Der EuGH prüft die Vertragsmäßigkeit europäischer Rechtsakte mit Wirkung für die gesamte EU. Das Bundesverfassungsgericht prüft für die Bundesrepublik, ob eine zulässige Kompetenzübertragung stattgefunden hat. Kommt es zu dem Schluss, dass ein europäischer Rechtsakt kompetenzwidrig ist, darf er in der Bundesrepublik nicht angewandt werden.

## Auf dem Boden der Verträge

Das Bundesverfassungsgericht steht mit dieser Auffassung keineswegs allein. Die meisten Verfassungsgerichte der Mitgliedstaaten sind ihm gefolgt. Einige haben sogar schon vor dem Bundesverfassungsgericht Europarecht für in ihrem Staat unanwendbar erklärt. Die Karlsruher Entscheidung zum PSPP-Programm ist also kein Novum. Sie findet nur mehr Aufmerksamkeit, zum einen weil es das deutsche Verfassungsgericht ist, ohne Zweifel das einflussreichste in der EU, zum anderen weil es um einen spektakulären Fall mit dem Risiko erheblicher wirtschaftlicher Folgen geht, vielleicht auch, weil die Entscheidung in eine Zeit dramatischer Krisen fällt, deren Bewältigung enorme finanzielle Aufwendungen erfordert, obwohl das Urteil mit den Covid-19-Hilfsmaßnahmen nichts zu tun hat.

Um die Situation zu beurteilen, muss man einen Blick hinter den nunmehr ausgebrochenen aktuellen Konflikt werfen. Warum liegt dem Bundesverfassungsgericht so viel an seiner Kontrollbefugnis? Die geläufige Antwort: weil es seine Machtposition wahren wolle, ist vorschnell und verharmlost das Problem. Im Zentrum steht für das Bundesverfassungsgericht, dass die Europäische Union ein Verbund souverän gebliebener Staaten ist, der von diesen Staaten getragen wird und deren Identität, wie sie sich vor allem in den nationalen Verfassungen ausdrückt, zu achten hat. Diese Eigenart der EU wird durch das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung gesichert. Danach hat die EU nur diejenigen Kompetenzen, welche ihr die Mitgliedstaaten übertragen haben. Umgekehrt gesagt: Kompetenzen, die sie gern hätte, kann sie den Mitgliedstaaten nicht nehmen. Und auch im Wege der Vertragsinterpretation dürfen nur die übertragenen Kompetenzen ausgelegt, nicht neue begründet werden.

Damit steht das Bundesverfassungsgericht voll und ganz auf dem Boden der Verträge. Genauso ist es dort geregelt. Das will auch der EuGH nicht bestreiten; er legt Wert darauf, dass er sich in seiner Rechtsprechung daran hält. Dessen ist sich das Bundesverfassungsgericht aber nicht so sicher. Es stellt fest, dass Verstöße gegen die Kompetenzordnung nicht nur vom Rat und von der Kommission oder dem Europäischen Parlament ausgehen können, sondern auch vom Hüter der Verträge, dem EuGH selbst. Das ist theoretisch ganz unbestreitbar, ohne dass man dahinter gleich willentliche Rechtsverletzungen wittern müsste. Aber auch praktisch hat der EuGH dieser Besorgnis viel Nahrung gegeben. In äußerst extensiver Auslegung der Verträge hat er das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung, auf dem das gesamte europäische Gebäude beruht, beträchtlich aufgeweicht und tiefe Breschen in die Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten geschlagen, meist im Interesse der vier wirtschaftlichen Grundfreiheiten, also mit einer liberalisierenden Tendenz.

## Entscheidungen in einem unpolitischen Modus

Darauf geht die Aussage des Bundesverfassungsgerichts im Lissabon-Urteil von 2009 zurück, dass die Organe der EU, auch die gerichtlichen, „eine Tendenz zu ihrer politischen Selbstverstärkung“ aufweisen. Da aber mit jeder Kompetenzzanmaßung der EU die Bedeutung der nationalen Verfassung schrumpft, müssen es die Mitgliedstaaten der EU verwehren, „sich der Kompetenz-Kompetenz zu bemächtigen“ oder die „Verfassungsidentität“ der Mitgliedstaaten zu verletzen. Der EuGH hat bei der schleichenden Kompetenzaushöhlung selbst als Motor gewirkt – deshalb bleiben insoweit als Gegengewicht nur die nationalen Verfassungsgerichte übrig. Das Bundesverfassungsgericht, so stellt es das Lissabon-Urteil fest, muss daher die Möglichkeit zur Sicherung der vertraglichen Kompetenzordnung und der Identität der nationalen Verfassung haben. „Anders können die von Art. 4 Abs. 2 Satz 1 EUV-Lissabon anerkannten grundlegenden politischen und verfassungsmäßigen Strukturen souveräner Mitgliedstaaten bei fortschreitender Integration nicht gewahrt werden.“

In vollem Umfang lässt sich die Karlsruher Sorge aber erst begreifen, wenn man sie im Licht der europäischen Demokratieproblematik betrachtet. Die EU bezieht ihre demokratische Legitimation vorwiegend von den ihrerseits demokratisch organisierten Mitgliedstaaten, die im Europäischen Rat und im Ministerrat die zentrale Position im europäischen Institutionengefüge einnehmen. Demgegenüber ist die eigene Legitimation, die der EU über die Wahl des Europäischen Parlaments zufließt, relativ schwach, zum einen, weil das Parlament an Befugnissen den nationalen Parlamenten nachsteht, vor allem aber, weil die Beteiligung der Unionsbürger an [Europawahlen](#) dürftig ist und man in dieser Wahl auch nur wenig Einfluss auf die europäische Politik nehmen kann. Das hängt wiederum damit zusammen, dass bei der Europawahl nur nationale Parteien wählbar sind, die im Parlament aber keine eigenständige Rolle spielen. Als Akteure treten dort vielmehr die europäischen Fraktionen auf, die nicht zur Wahl stehen, in keiner Gesellschaft verwurzelt sind und sich erst nach der Wahl programmatisch festlegen.

Verschärft wird das Demokratieproblem durch den oft übersehenen Umstand, dass das Legitimationsniveau der EU gerade durch den Einfluss beeinträchtigt wird, den sich der EuGH durch die Erklärung des Vorrangs von Europarecht selbst verschafft hat. Die EU ist über das anfängliche Ziel der Wirtschaftsgemeinschaft längst hinausgewachsen und zu einer politischen Union geworden, ohne dass die Entscheidungsstrukturen dem entsprechen. Der erreichte Integrationsstand ist nur zum Teil das Ergebnis von Beschlüssen der demokratisch legitimierten und verantwortlichen Organe der Mitgliedstaaten und der EU, hingegen in erheblichem Maß das Ergebnis der Rechtsprechung des EuGH. Entscheidungen von höchstem politischem Gewicht fallen auf diese Weise in der EU in einem unpolitischen Modus, der sowohl die demokratisch legitimierten und verantwortlichen Organe als auch die Öffentlichkeit von der Beteiligung ausschließt.

## Legitimationsmangel der EU

Durch den Vorrang sind die Verträge mit der Wirkung einer Verfassung versehen worden. Was auf der Verfassungsebene geregelt ist, wird damit dem demokratischen Prozess entzogen. Es bildet die Grundlage politischer Entscheidungen, ist aber nicht mehr Thema politischer Entscheidungen. Diese Bereitstellung von Entscheidungsgrundlagen, über die nicht mehr entschieden werden muss, ist der Sinn von Verfassungen. Dazu sind sie da. Wegen dieser Wirkung beschränken sie sich aber auf einige Grundprinzipien der politischen und gesellschaftlichen Ordnung sowie auf die Bestimmung der Organe des Gemeinwesens und ihrer Kompetenzen und Verfahren. Sie regeln die Herstellung politischer Entscheidungen, überlassen diese Entscheidungen selbst aber dem demokratischen Prozess. In der EU ist das anders, denn die Verträge sind, im Unterschied zu staatlichen Verfassungen, voll von Vorschriften, die in jedem Staat gewöhnliches Gesetzesrecht wären und deswegen jederzeit der demokratischen Veränderung offenstehen.

Alle diese Policy-Bestimmungen der Verträge nehmen nun aber am Vorrang der Verträge teil, also an deren verfassungsgleichen Wirkungen. Sie sind dem demokratischen Prozess entzogen. Wahlen bleiben insoweit folgenlos. Der EuGH kann hier frei schalten. Soweit die Verträge reichen, sind die demokratisch legitimierten und verantwortlichen Organe an den Entscheidungen nicht nur nicht beteiligt, sie können sie auch nicht ändern. Die Konstitutionalisierung der Verträge, die nicht als Verfassung gedacht waren, führt folglich zu einer Entpolitisierung der EU. Die Organe, welche mittelbar oder unmittelbar aus Wahlen hervorgehen und deswegen die öffentliche Meinung beachten müssen, haben in den vertraglich geregelten

Bereichen nichts zu sagen. Der Gerichtshof, der etwas zu sagen hat, ist gegen Wahlergebnisse und öffentliche Meinung immunisiert. Die europäische Integration konnte auf diese Weise auf leisen Sohlen vorangetrieben werden und einen Stand erreichen, hinter dem kein artikulierter demokratischer Wille steht. Das ist die eigentliche Demokratieproblematik der EU, und sie hat gerade mit der Rechtsprechung des EuGH zu tun.

Wie kaum bezweifelt wird, ist das demokratische Legitimationspotential der einzelnen Staaten erheblich höher als das der EU, von supranationalen Einrichtungen auf globaler Ebene ganz zu schweigen. Der Legitimationsmangel der EU lässt sich auch nicht, wie viele meinen, durch institutionelle Reformen, insbesondere die Umwandlung der Union in ein parlamentarisches System nach staatlichem Muster, ausbessern. Deswegen bleibt die EU noch auf lange Sicht auf die Legitimationszufuhr aus den Mitgliedstaaten angewiesen. Sie kann die staatlichen Legitimationsressourcen nicht einfach durch weitere Ausdehnung ihrer Befugnisse auf sich umlenken. Im Gegenteil müsste sie im eigenen Interesse auf eine starke mitgliedstaatliche Demokratie bedacht sein, statt diese immer weiter auszuzehren. Das 1992 in die Verträge eingefügte Subsidiaritätsprinzip, das die Auszehrung verhindern sollte, ist ohne jede Wirkung geblieben.

## Keine effektive Kontrolle der EZB

Die Diskussion über das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts sieht von diesen Rahmenbedingungen ab. Sie greift daher zu kurz. Die eng begrenzte Kontrollkompetenz, die das Bundesverfassungsgericht gegenüber europäischen Rechtsakten in Anspruch nimmt, kann sich auf gute Gründe stützen, ihre Notwendigkeit wird durch den stark justizlastigen Verlauf der Integration und dessen entdemokratisierende Folgen bestätigt. Fragen kann man freilich, ob das Gericht seine immer wieder bekräftigte Kontrollbefugnis gerade an diesem Gegenstand und gerade in dieser Zeit erstmals ausüben musste. Es hatte Gelegenheiten, seine Vorbehalte womöglich überzeugender zur Geltung zu bringen, insbesondere im OMT-Streit um die Ankündigung des EZB-Präsidenten [Mario Draghi](#), sein Institut werde zur Rettung des Euro tun, „whatever it takes“.

Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts sprach dazu am 21. Juni 2016 sein Urteil. Auch hier geht es jedoch nicht ohne Vorgeschichte ab. Der OMT-Fall war der erste, in dem das Bundesverfassungsgericht dem EuGH die Frage vorlegte, ob ein Rechtsakt der EU auf einer von den Mitgliedstaaten übertragenen Kompetenz beruht und vertragsgemäß vorgenommen wurde. Der EuGH hatte sich lange nach einer Vorlage aus Karlsruhe geseht. Nun war sie da, der viel berufene „Dialog der Gerichte“ hätte beginnen können. Aber die Bereitschaft zum Dialog war auf Seiten des EuGH recht gering. Wenn man seine Antwort auf die Karlsruher Vorlage liest, gewinnt man nicht den Eindruck einer ernstlichen Auseinandersetzung mit den Bedenken des Bundesverfassungsgerichts. Er hat Karlsruhe kühl beschieden, dass seine Bedenken unbegründet seien.

Das Bundesverfassungsgericht fühlte sich durch die Luxemburger Antwort nicht beruhigt. Dennoch fügte es sich, weil zumindest so viel aus der Entscheidung des EuGH hervorging, dass die [EZB](#) nicht im rechtsfreien Raum operiere, sondern rechtliche Grenzen zu respektieren habe. Im jetzigen PStP-Verfahren gab es eine erneute ausführlich begründete Vorlage, und wieder kann man nicht feststellen, dass sich der EuGH mit ihr in einer Weise auseinandersetzte, die einem Dialog entspräche. So kam das Bundesverfassungsgericht zu dem Schluss, dass der EuGH auf eine effektive Kontrolle der EZB verzichtet habe und dieser erlaube, Umfang und Reichweite ihres Mandats frei zu bestimmen.

## Eine strukturelle Gewichtsverlagerung

Gleichwohl ist der Karlsruher Einspruch in der Sache zurückhaltend ausgefallen und eröffnet Lösungswege. Das Bundesverfassungsgericht hat nicht zum großen Schlag ausgeholt und der EZB vorgeworfen, sie habe die Grenzen zwischen Währungspolitik (die ihre Aufgabe ist) und Wirtschaftspolitik (die ihr verwehrt ist) überschritten. Eine offensichtliche Umgehung des Verbots ließ sich nicht feststellen. Die EZB hat ihre Kompetenz nach der Annahme des Bundesverfassungsgerichts aber ausgeübt, ohne die Verhältnismäßigkeit ihres Ankaufsprogramms zu prüfen, wie es Artikel 5 des EU-Vertrages verlangt. Es hat der EZB Gelegenheit gegeben, diese Prüfung nachzuholen und sich je nach dem Ergebnis entweder zu rechtfertigen oder zu

korrigieren. Die Unabhängigkeit der EZB wird dadurch nicht in Frage gestellt. Das Karlsruher Urteil ist keine Anweisung, wie häufig zu lesen. Die EZB untersteht nicht dem Grundgesetz.

Gegenüber dem EuGH fällt der Karlsruher Spruch dagegen weniger moderat aus. Ihm wird der Vorwurf nicht erspart, er habe „ultra vires“ gehandelt, in Überschreitung seiner Kompetenzen, indem er die rechtlichen Grenzen, die der EZB gezogen seien, so weit zurückgenommen habe, dass die Bank frei sei, Wirtschaftspolitik zu betreiben und damit in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten einzugreifen. Dafür finden sich in dem Urteil gute Gründe. Unter anderem belegt das Bundesverfassungsgericht minutiös, dass der EuGH in Bezug auf die EZB von seinen eigenen Maßstäben zur Anwendung des Verhältnismäßigkeitsprinzips abgewichen ist. Dass das Bundesverfassungsgericht gegenüber den Luxemburger Kollegen in der Form moderat gewesen sei, kann man erst recht nicht sagen. Kein Gericht lässt sich gern vorwerfen, sein Urteil sei „schlechterdings nicht mehr nachvollziehbar“ und insofern „objektiv willkürlich“. Der Schluss folgt dann zwangsläufig: „Da es sich selbst als Ultra-vires-Akt darstellt, kommt ihm insoweit keine Bindungswirkung zu.“

Allerdings muss man auch hier noch einmal den Gründen nachspüren. Dann kommt zum Vorschein, dass sich das Bundesverfassungsgericht in einer aus bester, nämlich europafreundlicher Absicht selbst gestellten Falle gefangen hat. In einem Beschluss von 2010 hat es seine stets geäußerte Absicht, nur in extremen Ausnahmefällen einem Urteil des EuGH die Gefolgschaft zu versagen, präzisiert und dabei die Hürden für sich selbst außerordentlich hoch gelegt. Erstens werde es eine solche Entscheidung nur nach Einholung der Rechtsmeinung des EuGH fällen; zweitens reichten Meinungsverschiedenheiten über die richtige Auslegung der Verträge nicht, die Auffassung des EuGH müsse sich vielmehr als schlechterdings nicht mehr haltbar und insofern als willkürlich erweisen; drittens müsste es als Folge eines solchen EuGH-Urteils zu einer strukturellen Gewichtsverlagerung von den Mitgliedstaaten zur EU kommen. Danach blieb ihm nicht viel mehr übrig, als diese zum Schutz des EuGH gedachte Sprache irgendwann gegen ihn zu wenden. Jetzt war es so weit.

## Die fehlende Hierarchie zwingt zur Rücksichtnahme

Lässt sich der Konflikt lösen? Die Frage verlangt zwei Antworten, eine grundsätzliche zum Verhältnis der beiden Gerichte und eine fallbezogene zu den Folgen für das EZB-Programm. Was das Grundsätzliche angeht, stößt das Recht hier an Grenzen. Da beide Gerichte von ihrer jeweiligen Prämisse aus folgerichtig argumentieren, ist eine Lösung nicht in Sicht. In ein und derselben Sache gibt es zur selben Zeit zwei einander widersprechende Urteile, und da die EU kein Staat mit geschlossener Hierarchie ist, kann kein Gericht das Urteil des anderen aufheben. Es hängt dann von der Politik ab, wie sie sich verhält. Die Rechtswissenschaft gewinnt der Situation sogar positive Seiten ab: Die fehlende Hierarchie zwingt die Gerichte, aufeinander Rücksicht zu nehmen. Diese Rücksicht hat das Bundesverfassungsgericht bis zum 5. Mai unter mancher Selbstüberwindung geübt. Vom EuGH ist das nicht honoriert worden. Es wäre ein Gewinn, wenn es künftig eine wechselseitige Rücksicht gäbe.

Fallbezogen genügt eine wie immer übermittelte Erklärung der EZB, wieso ihr Programm des Ankaufs von Staatsanleihen den Anforderungen des Verhältnismäßigkeitsprinzips entspricht. Dann kann die Deutsche Bundesbank sich an diesem Programm weiter beteiligen. Als Schaden bliebe dann vor allem die ermutigende Wirkung, die das Urteil auf Mitgliedstaaten der EU haben könnte, die sich vom Rechtsstaat immer weiter entfernen. Darauf weisen fast alle Kritiker hin, und es kann als sicher gelten, dass sich Ungarn und Polen in ihrer Auseinandersetzung mit der Kommission auf das deutsche Vorbild berufen werden, auch wenn Karlsruhe den Ausnahmecharakter seiner Entscheidung so klar wie möglich gemacht hat. Aber soll man sich von Richtern, denen es doch ums Recht gehen muss, wünschen, dass sie eine nach ernsthafter Prüfung rechtlich gebotene Entscheidung unterlassen, weil sie von anderen missbraucht werden kann?

**Dieter Grimm** war von 1987 bis 1999 Richter des Bundesverfassungsgerichts im Ersten Senat, der nicht für das Europarecht zuständig ist.

## À Montcornet, Macron honore de Gaulle et célèbre «l'esprit français»

Devant une poignée d'invités dont Xavier Bertrand, le président de la République a prononcé un discours aux accents très politiques. Il a rappelé que la France n'est forte que lorsqu'elle est unie.

Par **Arthur Berdah**

Publié hier à 14:37, mis à jour hier à 19:47

### **Emmanuel Macron rend hommage au général de Gaulle et célèbre «l'esprit français»**

Ce dimanche 17 mai 2020 à Montcornet, Emmanuel Macron a honoré le général de Gaulle pour le 80ème anniversaire de la Bataille de France. Il a célébré «l'esprit français» et rappelé que la France n'est forte que lorsqu'elle est unie.

Une première pour un président sous la Ve République. Et une première pour le chef de l'État depuis le début de la crise sanitaire. Dimanche, Emmanuel Macron a fait une parenthèse dans la gestion de l'épidémie de coronavirus pour se rendre à Montcornet (Aisne). C'est depuis ce minuscule bourg d'à peine 5km<sup>2</sup>, niché sur une colline au confluent de la Serre et de l'Hurtaut, qu'il a décidé de [lancer les commémorations de «l'année de Gaulle»](#). Théâtre d'une bataille méconnue de l'histoire de France - elle s'est soldée par une défaite - mais fondatrice du destin de [Charles de Gaulle](#), cette commune était restée jusqu'à présent un angle mort de la mémoire de la Seconde Guerre mondiale. «*Souvenons-nous*», a-t-il ainsi exhorté, en énumérant les différents épisodes qui ont constitué «*l'étrange défaite*» du mois de mai 1940.

En ce 80ème anniversaire de la Bataille de France, Emmanuel Macron a ensuite rendu un hommage particulièrement appuyé aux soldats français qui ont évolué «*sous le commandement énergique et déterminé d'un colonel de 49 ans*». «*Il est exceptionnel qu'un colonel soit appelé au commandement d'une division. Mais ce colonel-là, en effet, était exceptionnel. C'était de Gaulle. Ce 17 mai 1940, il n'arborait encore ni épauvette étoilée de général, ni croix de Lorraine. Mais, déjà, celui qui emportera à Londres l'esprit de la République, l'honneur de la Nation, et le flambeau de la Résistance, était une étincelle de volonté face au brasier hitlérien. C'était de Gaulle*», s'est-il enflammé, devant le petit-fils de l'intéressé. Ce dernier s'est d'ailleurs félicité de «*la révolte du courage, de la volonté, de la lucidité et de l'énergie*» incarnée par son grand-père, qui «*a démontré que quand on veut, on peut*».

[Admirateur revendiqué de son illustre prédécesseur](#), le chef de l'État a d'ailleurs tenté de dresser un parallèle entre la France du siècle dernier et la situation actuelle du pays. Il a ainsi livré un vibrant plaidoyer en faveur de «*l'esprit français*» que seul son mentor aux multiples casquettes - «*colonel, général, chef de la France libre, président de la République*» - a su incarner durant sa carrière politique et militaire. «*Songez que de Gaulle est devenu de Gaulle en moins d'un mois ! Le 17 mai il n'est rien, et quatre semaines plus tard il sera l'homme du 18-Juin*», appuie l'Élysée.

## «La voie de la cohésion» plutôt que les discordes accessoires

*«L'esprit français, oui, farouchement libre et fier, déterminé et inébranlable, qui jamais ne meurt, même quand le pays est vaincu. L'esprit français qui, toujours, permet au peuple de France de se redresser et de reprendre la grande marche de son destin. L'esprit français, qui jamais ne se résout à la défaite, qui choisit la conquête, et embrasse l'audace. De Gaulle nous dit que la France est forte quand elle sait son destin. Quand elle se tient unie. Qu'elle cherche la voie de la cohésion au nom d'une certaine idée de la France. Qui nous rassemble par-delà les discordes alors devenues accessoires, et les désaccords souvent trop vétilleux», a loué le président.*

Difficile de ne pas voir dans cette tirade des accents très politiques. *A fortiori* lorsque l'on sait qu'Emmanuel Macron l'a prononcée devant [Xavier Bertrand, le président ex-LR de la région Hauts-de-France](#) qui, compte tenu des règles sanitaires, a fait partie des très rares invités autorisés à assister à la cérémonie.

## Encenser de Gaulle, une manière pour Bertrand de mieux critiquer Macron

Leurs relations, déjà glaciales depuis le début du quinquennat, se sont encore rafraîchies ce week-end. Le chef de l'État n'a en effet pas apprécié la tribune dont s'est fendu l'ancien ministre de Nicolas Sarkozy dans les colonnes du [Journal du dimanche](#). *«Ce serait être piètre gaulliste de se contenter de révéler le passé sans essayer d'y lire les leçons que nous devons en tirer. [...] De Gaulle nous apprend aussi en mai 1940 ce que doit être un chef. [...] Pour de Gaulle, un chef ne doit pas parler en permanence, à tort et à travers. Il doit mener son pays d'une main ferme sans se préoccuper de sa popularité et être capable d'assumer seul les bonnes décisions. Il ne doit pas avoir le besoin pathologique d'être aimé mais se doit tout entier à la France»,* écrit Xavier Bertrand. *«Le président était étonné qu'il choisisse un registre d'opposition un jour pareil»,* confirme un proche, estimant que la période ne se prêtait pas aux bisbilles politiques [dans la perspective de l'élection de 2022](#).

Encenser de Gaulle, une manière de mieux critiquer Emmanuel Macron ? C'est ainsi que l'a perçu le chef de l'État. D'autant que, pour ne rien arranger, Xavier Bertrand a été le seul élu à refuser de se plier la consigne de l'Élysée, qui avait demandé aux présents de bien vouloir retirer leur masque le temps de la cérémonie. S'en est suivi un échange extrêmement froid entre les deux hommes. Pas le premier, ni le dernier.

**Le Figaro, no. 23561**

Le Figaro, lundi 18 mai 2020 1694 mots, p. 17

**Débats**

# Henri de Castries : « Ce virus n'est ni capitaliste ni libéral ! Il est universel »

Bayart, Bertille, Martin, Jacques-Olivier

Pour le président de l'Institut Montaigne (think-tank libéral), c'est moins la mondialisation que l'État qui a montré son impéritie pendant cette crise. Il salue l'inventivité des entreprises et appelle à davantage de souplesse dans l'organisation du temps de travail pour permettre la reprise.

**LE FIGARO. - La pandémie est planétaire, le virus frappe partout, mais la crise, à la fois sanitaire et économique, n'est pas partout de la même ampleur. Comment expliquer que la France paraisse particulièrement vulnérable et que la récession soit chez nous aussi forte ?**

**Henri DE CASTRIES.** - Les chiffres sont en effet sans appel. L'économie française a plus décroché que dans la plupart des pays voisins. C'est en partie mécanique : nous avons appliqué en France un confinement plus rigoureux que partout ailleurs en Europe, à l'exception de l'Espagne et de l'Italie. Pourquoi notre pays s'est-il trouvé si démuni qu'il n'a pas eu d'autre réponse possible à apporter que ce confinement brutal, quand d'autres ont su réagir avec plus de souplesse et d'efficacité ? Le monde entier a été pris par surprise par cette épidémie. Mais nous étions moins préparés. Cette crise agit comme un catalyseur chimique qui révèle à l'acide nos faiblesses.

**Remettez-vous en cause la décision d'un confinement strict ?**

Pas du tout. Je ne vais pas verser dans la critique, facile, de ceux qui sont aux commandes et qui font preuve d'une grande abnégation - en particulier le premier ministre, qui mérite notre respect - dans ces circonstances difficiles. Il y a eu sans doute des erreurs de commises, mais il n'y avait pas d'autre choix que ce confinement brutal. Et c'est là, justement, la question : comment se fait-il qu'alors que nous dépensons tant, et depuis tant d'années, nous ayons eu si peu de choix et de marges de manoeuvre ?

**Qu'est-ce que d'autres pays, l'Allemagne pour ne pas la nommer, ont que nous n'avons pas ?**

Qu'il s'agisse de l'Allemagne, de l'Europe du Nord, de l'Irlande et de l'Asie du Sud-Est..., ce sont des sociétés qui se sont révélées dans la crise plus agiles, plus souples, plus sophistiquées aussi, car plus aptes à se saisir des opportunités technologiques. Leur point commun, c'est que tout n'y repose pas sur l'État. Nous payons des décennies d'incapacité à mener des réformes de structure de notre État centralisé et notre échec à moderniser notre gouvernance. L'Allemagne, sans être aussi dispendieuse que nous, a cinq fois plus de lits de réanimation. Et on y est capable d'un dialogue fluide et efficace entre l'État central et les élus et les régions.

**Chez nous, l'État décide de tout, mais n'est-ce pas ce que les Français attendent de lui ? Si nous croulons sous des dizaines de pages de protocoles et d'instructions pour le déconfinement, comme nous l'avons été pendant le confinement, c'est aussi parce que de nombreux acteurs ont demandé ce cadrage...**

Il faut reconnaître qu'une circulaire de déconfinement de 20 pages, complétée par des documents sectoriels encore plus volumineux, c'est une particularité française ! En réalité, cela pose une question beaucoup plus profonde. Quels seront nos choix philosophiques de long terme ? Quel chemin allons-nous suivre ? Dans quel camp serons-nous ? Voulons-nous nous lamenter et tout attendre de l'État, ou rebondir en faisant les efforts et les remises en causes nécessaires ? Les sociétés occidentales, et tout particulièrement la nôtre, ont été saisies par une peur quasi panique de la mort. Leur capacité à réagir dépend de leur appétit pour le risque. Or la France a poussé si loin la théorisation du principe de précaution qu'elle l'a transformé en une quasi-

obligation de risque zéro. Une société qui se pense ainsi se condamne à la rétractation. Une société qui articule son fonctionnement sur la pénalisation judiciaire du principe de précaution s'enferme dans l'immobilisme. Nos chefs d'entreprise, nos maires, nos responsables publics jusqu'au plus haut niveau sont tétanisés par la peur d'avoir à répondre a posteriori de décisions qu'ils auront prises non pas en toute connaissance de cause, mais en l'absence de toutes les réponses, parce qu'il était impossible de les avoir. Cela a des conséquences. Et c'est maintenant qu'il faut en prendre conscience, car nous risquons un double décrochage. Nous pourrions ajouter à la brutalité du confinement la paralysie dans le déconfinement.

### **L'appareil d'État n'a tout de même pas entièrement failli dans cette crise ?**

De la même façon qu'elle a fait apparaître des écarts entre les pays, cette crise a révélé des situations contrastées en France. Dans l'administration, une partie de la fonction publique est au front, parfois mal protégée, parfois au péril de sa vie. C'est admirable. Une autre partie, en deuxième ligne, a continué de répondre présent, à assurer la continuité du service public en utilisant au mieux les outils modernes. Mais une partie significative était en revanche aux abonnés absents, boîtes aux lettres scotchées et lignes sur répondeur ! Cela contraste avec le secteur privé où beaucoup d'entreprises étaient prêtes pour la digitalisation et le télétravail. Même si certaines ont été durement touchées par le confinement.

### **Avant cette crise, on parlait beaucoup de la raison d'être des entreprises. Ce débat est-il dépassé, puisqu'elles luttent maintenant pour leur survie ?**

Les entreprises ont évidemment une raison d'être au-delà de leur compte d'exploitation ! Et cette crise en apporte la preuve. Nous sommes passés du sermon à l'action. Les entreprises privées se sont mobilisées, elles se sont mises au service de la collectivité et se sont parfois substituées à des pouvoirs publics qui n'étaient pas toujours présents. Elles ont fait preuve d'une formidable inventivité. Cela veut dire qu'avec les collectivités et les ONG elles doivent être des partenaires à part entière de la gouvernance que nous devons réinventer. Les entreprises ont sauté le pas, dans la crise et pour l'avenir. Regardez ce qu'ont fait LVMH, Air Liquide et Total : ce groupe ne retarde pas sa transition énergétique, il décide de l'accélérer. Le capitalisme se réinvente sous nos yeux. J'espère que l'État et les organisations syndicales sauront le faire aussi, et feront preuve de la même ambition réformatrice sans poursuivre les chimères d'hier ou d'avant-hier. Certaines déclarations et actions sont très inquiétantes : bloquer la reprise serait contraire à l'intérêt national comme à celui des salariés concernés.

### **Vous ne croyez pas que cette crise provoque, comme on l'entend beaucoup, une demande de plus d'État ?**

Oh, je les entends, les vendeurs de vieilles lunes, les arracheurs de dents qui reviennent avec leur soi-disant potion magique ! Ne nous trompons pas de diagnostic ! Il n'y a pas une demande de « plus d'État » , il y a une exigence d'efficacité, incompatible avec son organisation actuelle. L'erreur à faire serait de penser que nous résoudrions les problèmes simplement en augmentant les moyens, en rajoutant de l'argent. Les vieilles recettes que certains « réformistes » nous proposent encore - alourdissement de la fiscalité, partage du travail... - ont échoué hier et échoueront demain. Ce qu'il nous faut, c'est de l'efficacité et du discernement dans la dépense publique.

### **Vous ne faites aucun cas des critiques adressées au capitalisme et au libéralisme, dont les carences sont souvent soulignées à l'occasion de cette crise ?**

Mais ce virus n'est ni capitaliste ni libéral ! Il est universel. Le comble, c'est que ce soit en France, dans la société la moins libérale qui soit dans toute l'OCDE, puisqu'elle est la plus socialisée en proportion de la dépense publique et la plus redistributive, que l'on remet en cause le libéralisme. Quelle serait l'alternative ? Il n'en est aucune. La démocratie libérale est plus que jamais le modèle qu'il faut défendre. Ce que nous n'avons pas fait en France, parce que nous avons été incapables de nous réformer. Parce que nous avons si peur du risque que nous avons peut-être trop facilement abdiqué nos libertés pendant le confinement. Soyons vigilants. Réveillons-nous ! Notre démocratie est devenue la caricature d'elle-même. Réclamons la réinvention de la gouvernance du pays, plutôt qu'un changement de système. Nous devons basculer d'une société carcan, bureaucratique, qui régule, étouffe et punit, à une société de confiance qui facilite la croissance et stimule l'initiative, la liberté et la solidarité.

### **Cette crise ne met-elle pas en danger le projet européen et l'euro ?**

Entre le totalitarisme chinois qui finira par payer son déni et son arrogance et la brutalité de la politique américaine, l'Europe doit affirmer ses propres valeurs. C'est aussi un bon moment pour redéfinir les missions de l'Union européenne, construite autour des priorités de l'époque de ses pères fondateurs : le charbon et l'acier, puis l'agriculture. Aujourd'hui, la question agricole pourrait être renvoyée aux États, tandis que les domaines technologiques ou la santé devraient faire l'objet de politiques communes renforcées. Et je ne crois pas à l'éclatement de la zone euro, même si on ne peut jamais exclure le risque d'un accident. Celui-ci est possible si

chacun s'enferme dans des positions dogmatiques. Nous avons au contraire besoin de beaucoup de pragmatisme. La mise en oeuvre de moyens supplémentaires à travers des programmes de modernisation pilotés par la Commission européenne est une bonne façon de procéder. Cela permet d'avancer plus vite qu'en menant un combat pour une mutualisation des dettes qui risque de nous mener dans une impasse.

### **À l'échelle française, quelle sera la clef d'une reprise puissante ?**

Au moment de la reprise, un risque énorme pèsera sur l'investissement privé. Si rien n'est fait, il nous manquera, d'ici 2022, 350 milliards d'euros d'investissements, selon les calculs d'Éric Chaney (*économiste conseiller à l'Institut Montaigne, NDLR*). C'est donc sur cette priorité qu'il faut cibler les mesures de relance. Pour amortir le choc de la crise, le gouvernement a mis en place un dispositif de chômage partiel très généreux, à l'évidence utile, mais qui, comme tout médicament, risque de se révéler nocif dans la durée. Il faudrait que, progressivement, une partie des ressources consacrées à cette mesure de soutien dans la crise bascule sur des incitations puissantes à l'investissement des entreprises. Et que l'on fasse preuve d'inventivité et de souplesse dans l'organisation du temps de travail. Sans quoi nous perdrons la bataille de la compétitivité et de l'emploi.

La France a poussé si loin la théorisation du principe de précaution qu'elle l'a transformé en une quasi-obligation de risque zéro. Une société qui se pense ainsi se condamne à la rétractation

## «La droite française doit faire le choix de la liberté économique»

FIGAROVOX/TRIBUNE - L'avenir de la droite ne passera pas par le socialisme et la planification, prévient le maire LR de Lèves Rémi Martial. La France doit selon lui faire davantage confiance au marché et rompre avec les dérives de l'étatisme et de la suradministration.

Par Rémi Martial

Publié le 11 mai 2020 à 15:25, mis à jour le 11 mai 2020 à 15:25

*Rémi Martial est maire (LR) de Lèves, conseiller départemental d'Eure-et-Loir et professeur d'économie.*

Depuis quelque temps, une petite musique socialisante retentit au sein du parti Les Républicains. Plusieurs de ses responsables avancent des propositions auxquelles même certains membres du Parti socialiste ne croient plus. Au nom de la supposée reconquête du politique sur l'économique, nous assistons à des idées qui décoiffent autant qu'elles posent question sur les objectifs poursuivis.

Énième plan de relance, forte augmentation du SMIC, protectionnisme fermé, etc., sont autant de propositions qui sont justifiées au nom de la résolution des crises sociales et sanitaires que nous traversons, faisant fi des réalités que ces dernières décennies ont pourtant largement confirmées, et au risque de perdre définitivement toute crédibilité auprès d'une partie restante de son électorat.

Nous assistons à des idées qui décoiffent autant qu'elles posent question sur les objectifs poursuivis.

Le jeune député Aurélien Pradié, numéro 3 de LR, s'est fait récemment remarquer [dans une interview donnée à Libération](#), en faisant part de sa «*croyance en la planification, un point d'accord avec la pensée communiste*», puis en proposant sur Twitter de «*réfléchir à fixer un prix maximal pour 100 produits alimentaires de première nécessité*».

Soit ces propositions, aussi séduisantes puissent-elles être au premier abord, sont faites dans l'ignorance des principes fondamentaux d'économie et de l'histoire récente que le XX<sup>e</sup> siècle nous a enseigné ; soit elles sont le fruit d'une opposition mécanique à la majorité actuelle, considérant que le macronisme représente un «ultralibéralisme mondialisé dérégulé», aussi fantasmé que faux. Dans les deux cas, cela relève d'une grave erreur d'appréciation dans laquelle la droite doit à tout prix éviter de tomber.

## Arrêtons de faire la confusion entre socialisme et social, et entre étatisme et État

Nous nageons dans les confusions, la première d'entre elle consistant à penser qu'un peu de socialisme nous donnerait une bonne image sociale. Mais qui peut encore prétendre que le socialisme génère de bons résultats sociaux, à part ses derniers militants shootés à la dépense publique? La droite française, qui avait intellectuellement perdu dans bien des domaines ces

dernières décennies, doit absolument abandonner ses derniers oripeaux socialistes, plutôt que de vouloir s'y rhabiller dans un anachronisme incompréhensible.

La droite française doit absolument abandonner ses derniers oripeaux socialistes.

Une autre erreur consiste à confondre État et étatismes, ou en d'autres termes l'État-régalien dont les droites occidentales sont culturellement et historiquement imprégnées, avec l'État-providence, dont nous voyons bien qu'il échoue lamentablement à l'aune de la crise du Coronavirus. À force de vouloir s'occuper de tout, l'État est partout sauf là où nous en avons besoin. Nul besoin de rajouter de nouvelles règles, contraintes et dépenses. Au contraire, nous devons nous en affranchir.

## **La liberté économique est l'un des piliers des droites occidentales**

Cadre et élu local LR (et auparavant UMP, depuis sa création), je ne peux laisser le parti politique auquel j'appartiens prendre le risque de s'éloigner de l'un des piliers fondamentaux qui est censé constituer toutes les droites occidentales, à savoir la défense des libertés économiques.

Regardons autour de nous, il n'est nul besoin d'aller très loin. Qui s'en sort le mieux, à la fois en matière de politique économique et sociale, et particulièrement dans la gestion de la crise sanitaire que nous traversons actuellement? Qui nous envie notre fameux «modèle français», le meilleur au monde claironnait-il n'y a pas si longtemps? Rapporté à son coût, il est devenu parmi les moins efficaces. Si l'on avait davantage fait confiance «aux forces du marché», nous ne serions pas arrivés dans cette situation.

Nous sommes victimes d'un État omnipotent, centralisé, suradministré, et incapable de répondre à la crise.

Nous le constatons bien à la lumière de la crise que nous traversons aujourd'hui. Notre système économique ne souffre pas de trop de libéralisme et de trop de libertés. Bien au contraire. Nous sommes victimes d'un État omnipotent, centralisé, suradministré, et incapable de répondre à la crise.

Depuis maintenant 45 ans, nous sommes en déficit public structurel, faisons face à une dette publique qui ne cesse d'augmenter, avec à la clef un chômage élevé et une richesse qui s'accroît moins vite chez nous que chez nombre de nos voisins. Nos prélèvements obligatoires battent des records, et il faudrait que le confinement se prolonge davantage pour avoir le temps de lire entièrement notre Code du travail.

Les protocoles sanitaires pour la réouverture des écoles, aussi anxigènes qu'inadaptés à la situation, que les maires et directeurs d'écoles viennent de recevoir de l'Éducation nationale, sont à l'image de cette haute administration en décalage total avec les réalités locales.

## **Faisons confiance et donnons de l'air aux initiatives privées**

Laissons les initiatives privées et locales s'exprimer. On le constate d'ailleurs bien aujourd'hui. Qui réagit avec le plus d'agilité et d'adaptation à la crise sanitaire, dans un esprit de solidarité concrète, si ce ne sont les entreprises, les associations, et les collectivités locales?

Si nous avons à défendre un patriotisme économique, celui-ci devra être offensif, et non pas défensif. Moins de règles, moins de contraintes, moins de lois, moins de dépenses publiques et moins d'impôts permettront à l'entrepreneuriat de se

libérer des chaînes dont lesquels on l'enferme, à nos entreprises de gagner en souplesse et en compétitivité, et ainsi de mieux sortir durablement de l'importante crise économique et budgétaire qui nous attend.

Nous avons besoin d'un État fort, qui retrouve ses fondamentaux et défende les Français.

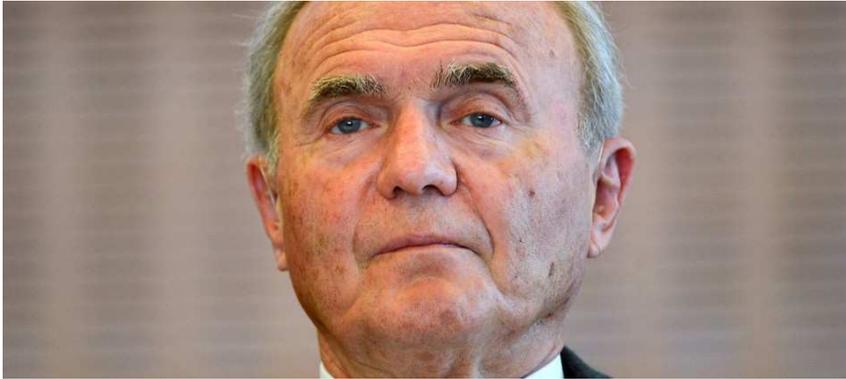
Quant aux propositions qui sentent bon le soviétisme, abandonnons-les immédiatement. Contrôler les prix ne fera qu'accroître la pénurie, comme la gestion piteuse des masques par l'Exécutif vient de nous le prouver. Et qui payera la facture in fine, si ce n'est le contribuable français, déjà le plus lourdement taxé au monde? Quant à planifier l'économie, quels qu'en soient les secteurs sélectionnés, certains s'y sont essayés, avec le succès que l'on sait.

Oui, nous avons besoin d'un État fort, qui retrouve ses fondamentaux, et défende les Français, à commencer par leur sécurité. Non, nous n'avons plus besoin de cet État énarchique, impuissant à gérer la crise sanitaire actuelle, comme il est incapable de nous sortir de nos difficultés sociales qui se sont accumulées depuis des décennies. Il y va de la reconquête de notre électorat, et surtout du redressement de la France.

EUGH VERSUS VERFASSUNGSGERICHT:

## Die EZB muss die Grenzen ihres Mandats beachten

- VON OTMAR ISSING
- -AKTUALISIERT AM 18.05.2020-11:29



Es reicht nicht, wenn die EZB einfach behauptet, eine Maßnahme im Rahmen des Mandats zu treffen. Ein Gastbeitrag des früheren Chefvolkswirts der EZB.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zur Rechtmäßigkeit der Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) hat wie eine Bombe eingeschlagen. Die Meinungen zu den Begründungen des Urteils wie zu den Konsequenzen gehen extrem weit auseinander.

Auf der einen Seite steht die „europäische Sicht“, repräsentiert durch Vertreter europäischer Institutionen wie des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), der Kommission, des Europäischen Parlaments und zahlreiche Kommentare aus der Wissenschaft und den Medien. Auf einen kurzen Nenner gebracht: Als europäische Institution unterliegt die EZB nur der Rechtsprechung des EuGH, dem BVerfG fehlt am Ende jegliche Kompetenz, ein Urteil abzugeben. Am anderen Ende des Spektrums sieht die „deutsche Sicht“ nach vergeblichen früheren Bemühungen endlich den ersehnten Erfolg, in dem sich (vorwiegend, aber nicht ausschließlich) deutsche Vorstellungen über stabilitätsorientierte Geldpolitik widerspiegeln.

Man kann mit einer lang anhaltenden Debatte der Juristen rechnen. Dies ist nicht Gegenstand dieses Beitrags. In ökonomischer Betrachtung, genauer der Sicht auf die EZB als die Institution, die für die einheitliche Geldpolitik im Euroraum Verantwortung trägt, kann es in dieser Auseinandersetzung keine Gewinner geben. Der Konflikt zwischen EuGH und BVerfG stürzt die europäische Währungsunion in eine Krise, die sich noch lange hinziehen kann und deren Ausgang offen ist.

### Die EZB ist unabhängig

Nach dem Vertrag ist es das vorrangige Ziel der EZB, die Preisstabilität zu gewährleisten und, soweit es ohne Beeinträchtigung des Zieles der Preisstabilität möglich ist, die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft zu unterstützen. Um ihren Auftrag unbeeinflusst von politischen Einflüssen durchführen zu können, verleiht der Vertrag der EZB Unabhängigkeit. In letzter Konsequenz hat eine unabhängige Notenbank ihre Politik nicht in einem juristischen Sinne zu rechtfertigen. Justiziabel kann allein die Frage sein, ob eine unabhängige Notenbank im Rahmen ihres gesetzlichen Mandats handelt oder ihr Mandat überschreitet. Transparenz, Erklärung der Geldpolitik ja – Rechtfertigung vor dem Kadi nie.

Wie erwähnt, hat die EZB unter Wahrnehmung der Preisstabilität die allgemeine Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft zu unterstützen. Ein Mandat für eine „eigene Wirtschaftspolitik“ besitzt die EZB jedoch nicht. In der Begründung seines Urteils führt das Bundesverfassungsgericht nun eine ganze Reihe von Folgen der

Geldpolitik, genauer der Anleihekäufe der EZB, auf, die nach der Auffassung des BVerfG auf die Verfolgung einer eigenen Wirtschaftspolitik hinweisen. Darunter fällt etwa auch die Beschädigung des Interesses der Sparer durch die Niedrigzinspolitik der EZB, ein in Deutschland besonders sensibles Thema.

Schon an dieser Frage zeigt sich, dass das Urteil in schwierige Auseinandersetzungen führt. Wo liegt die Ursache für die niedrigen Sparzinsen? In der demographischen Entwicklung und anderen Faktoren des realen Sektors oder in der Geldpolitik der EZB oder einer Mischung aus beidem? Es gibt gewichtige ökonomische Argumente, die expansive Geldpolitik der EZB – das Urteil betrifft die Zeit vor der Corona-Krise – zu kritisieren. Aber hat die EZB damit ihr Mandat überschritten?

„Whatever it takes“

Man kann vermuten, dass die EZB den Forderungen der Verfassungsrichter nachkommen und die „Verhältnismäßigkeit“ ihrer Maßnahmen begründen wird. Der Verfassungskonflikt ist damit aber alles andere als beendet. Im Urteil des BVerfG liegt mit dem Hinweis auf die Grenzen, die beim Ankauf von Anleihen zu beachten sind, Sprengstoff für die weiteren Aktivitäten der EZB begründet.

Am Ende lautet die fundamentale Frage: Wie weit kann die unabhängige EZB die Interpretation ihres Mandats ausdehnen? Mit einem Verständnis von demokratischer Legitimation schlichtweg unvereinbar ist die Vorstellung, es würde stets genügen, wenn die EZB einfach behauptet, eine wie immer geartete Maßnahme werde im Rahmen ihres Mandats getroffen. Als der damalige EZB-Präsident [Mario Draghi](#) am 26. Juli 2012 erklärte, die EZB werde alles in ihrer Macht Stehende tun, um den Euro zu retten, hat er betont, dies werde „im Rahmen ihres Mandats“ geschehen.

Mit seiner Ankündigung hat er de facto eine Garantie abgegeben, die EZB werde intervenieren, wenn die Anleihen eines Landes durch das – berechnete oder unberechnete – Misstrauen der Finanzmärkte unter Druck gerieten. Was legitimiert die EZB, die Mitgliedschaft eines Landes in der Währungsunion zu sichern? (Die Hilfszusage der EZB ist an ein Programm des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit strikten Auflagen gebunden, die das betreffende Land erfüllen muss.)

## Die Bedenken nicht ernst genommen

Kann man wirklich bezweifeln, dass das Ziel, die Währungsunion in der jetzigen Form zusammenzuhalten und Länder in Schwierigkeiten mit finanziellen Hilfen zu unterstützen, eine Aufgabe der Politik, der Regierungen und nicht der EZB ist? Der EuGH hat damals in einer weithin als weniger rechtlich als „integrationspolitisch“ interpretierten Entscheidung der EZB bescheinigt, sie handelte mit der Ankündigung des entsprechenden Programms – das bis dato nicht aktiviert wurde – im Rahmen ihres Mandats. Inzwischen ist es quasi selbstverständlich geworden, dass die EZB mit dem Einsatz immenser Mittel Anleihebesitzer vor Verlusten schützt, damit eine Schuldenkrise, jedenfalls fürs Erste, verhindert und den Zusammenhalt des Euroraums gewährleistet – im Übrigen ganz ohne ESM-Programm.

Als Präsidentin Christine Lagarde zum Beispiel Mitte März 2020 zunächst im Einklang mit dem Mandat erklärte, es sei nicht Aufgabe der EZB, die Spreads, also die Differenz in den Anleiherenditen hochverschuldeter Staaten, zu beeinflussen, erlitten die Besitzer solcher Anleihen umgehend deutliche Verluste. Diese Verlautbarung wurde daraufhin umgehend zurückgenommen. Also Verantwortung der EZB für Eliminierung misstrauensbedingter Zinsunterschiede und Verluste der Anleger? Kein den Regierungen und Parlamenten der nach wie vor prinzipiell souveränen Mitgliedstaaten vorbehalten Akt, keine (indirekte) der EZB verbotene monetäre Finanzierung?

Weder der EuGH noch die EZB haben die nicht nur in Deutschland herrschende Besorgnis um die interpretatorische Ausdehnung des Mandats der EZB wirklich ernst genommen. Musste man dann nicht mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts rechnen? In den Krisensituationen der vergangenen zehn Jahre wurde die EZB immer wieder als einzig handlungsfähige Institution in der europäischen Gemeinschaft gepriesen – „only game in town“. Das bedeutet nichts anderes, als dass sie für das Versagen der an sich politisch Verantwortlichen in die Bresche gesprungen ist.

## Die EU ist kein Staat

Solches Handeln ist jedoch nicht durch den Status der Unabhängigkeit gedeckt. Die EZB liefert damit den ohnehin zahlreichen Gegnern der Unabhängigkeit gewichtige Argumente. Solange die EZB aus der zunehmend politischen Rolle nicht herausfindet oder sie gar noch verstärkt, wird der Streit um die Interpretation des Mandats anhalten und sich vermutlich mit dem Pandemie-Programm zuspitzen.

Dieser Konflikt zwischen EuGH und BVerfG verkörpert ein gravierendes Problem, das nicht einfach mit dem Hinweis auf den Vorrang europäischen Rechts ausgeräumt werden kann. Die EU ist nun einmal weit davon entfernt, ein Staat zu sein. Damit verbietet sich auch gerade bei den Anleihekäufen der EZB der Vergleich etwa mit der Geldpolitik der amerikanischen Notenbank. Für die EZB bedeutet das erst recht, dass sie die Grenzen ihres Mandats strikt beachten muss. Nur die Ausübung der Geldpolitik im Rahmen ihres begrenzten Mandats schützt die Unabhängigkeit der EZB vor der Notwendigkeit gerichtlicher Rechtfertigung. Für die Ausdehnung der Interpretation des Mandats in Bereiche, die in einer Demokratie den gegenüber den Wählern politisch Verantwortlichen vorbehalten sind, fehlt der EZB die in einer Demokratie unabdingbare Legitimation.

## Über den Autor

**Otmar Issing ist Präsident des Center for Financial Studies. Er war Chefvolkswirt der EZB.**

Quelle: F.A.Z.

## On the blink

# The European Union is having a bad crisis

By failing to face up to its difficulties, the EU only makes them worse

[Leaders](#) [May 14th 2020](#)



Seventy years ago this month Robert Schuman, the French foreign minister, proposed a European “coal and steel community”. With that humble agreement governing two commodities, six war-ravaged countries created a common market that evolved into the European Union.

The journey towards integration since then has been bumpy, but it has had a sense of direction. National leaders came and went, the Berlin Wall rose and fell, economic hurricanes struck and blew themselves out. Somehow, the eu muddled through. It deepened, building the world’s largest single market, letting its people move freely across borders and creating a common currency. It broadened, as 22 states joined the original six, including 11 that had suffered for decades under communism. It cemented peace and spread prosperity. Today, Europe is a beacon of liberal values and an exemplar of a gentler type of capitalism.

Yet the eu has also lost its way. The pandemic in Europe is not just an economic crisis, as elsewhere in the world, but is fast becoming a political and constitutional crisis, too. This is solvable in principle, but the eu’s members cannot agree on what is needed to make their union more resilient, nor on how to bring about reform. Now of all times, when America and China are at loggerheads, that is a tragic missed opportunity.

Belonging to the eu is supposed to bring countries safety in a dangerous world. Instead the pandemic is testing the bonds of membership, just as the financial crisis of 2007-09 did (see [Briefing](#)). One example is the single market. This is governed by strict rules limiting subsidies, but they have been suspended as governments pour €2trn (\$2.2trn) into saving businesses from collapse. Half of this was in Germany: a problem if you are a producer based in a country that cannot afford to be so generous, but which must accept German-made goods.

Another example is the single currency. As countries cushion the effects of lockdowns, their debts are rising sharply. Because governments in the euro zone borrow in a common currency but must finance themselves, these debts could rise to unsustainable levels. The problem is severe in Italy, which was in trouble even before covid-19 struck and had gross public debts of €2.4trn, or 135% of gdp. Italy’s Eurosceptic firebrand, Matteo Salvini, is hammering the eu for doing too little to help; his party may yet ride this crisis to power, where it would thrive on creating outrage and exploiting divisions with far-off Brussels.

A third example is the status of eu law. Earlier this month Germany's constitutional court questioned whether the European Court of Justice (ecj) should have ruled that the European Central Bank could, in effect, backstop the euro by buying debt. Separately, Poland has disputed the ecj's precedence over its own supreme court. The eu is built on law. If the stresses of the pandemic weaken the ecj's foundations, the entire union will shake.

All these problems can be solved with vision, compromise and reform. Indeed, before the pandemic France's president, Emmanuel Macron, warned that the eu needed to fortify itself against a less forgiving world. But such sentiments crumble before countries' different views of what the eu should be for. The prosperous north hates the idea of a "transfer union" that subsidises the needy south—and it hates even more the prospect of mutualising any of the poorer members' debt. Members cannot agree on what to do about the erosion of democracy and the rule of law in Hungary and Poland. Even before the first death from covid-19, they struggled to forge common policies on defence, Russia, migration and much more besides.

Ominously, the mechanism of reform is also broken. Ever since Schuman's day, the eu has grown by repeatedly amending the treaties that govern it. But eu leaders have shied away from treaty change since the plan for a new constitution was thrown out by French and Dutch voters in 2005. Leaders have not dared to put through a significant amendment since 2007.

Some northern European leaders recognise that they have a problem. In the coming months they are likely to agree to a one-off increase in the eu's seven-year budget, but the terms are in dispute—the southerners are calling for as much as €1trn-1.5trn and they want grants, not loans. There is also a proposal to issue common debt as a token gesture, but that is disputed, too.

If the eu is to thrive, it will have to be a lot more ambitious than the northerners admit. For a start, if it is not to stagnate it will need to adapt, and this means overcoming the taboo against treaty change. Successful treaty change entails a broader acknowledgment that different countries want different things from the union and that such a "multi-speed Europe" can be more resilient than today's unmet aspirations. That, in turn, requires the eu to complete projects like the euro that are vulnerable to shocks because they are only half-done.

Doomsters have often predicted the break-up of the eu or the euro, only to be proved wrong. Muddling through can go on for a long time—especially now that Britain has shown how painful and expensive divorce would be. In the end, though, political systems are judged by their outcomes. The failure to reform treaties puts a burden on the ecj and the rule of law; German subsidies risk undermining the single market; and economic stagnation will poison the euro.

## **The Zoom where it happens**

So long as the eu remains a conduit for spreading crises, the risk of collapse will be high. To stiffen their resolve, its leaders should reflect on a more remote anniversary. In June it will be 230 years since the Compromise of 1790, when Alexander Hamilton persuaded Thomas Jefferson and James Madison to allow the new United States government to assume the debt of the 13 individual states. Europe does not need to go so far, and a latter-day Hamilton has no obvious carrot to offer the rich states (in 1790 the deal put America's new capital city in the South). But there is a stick: if Europe's wobbly members do not get help, the euro and the single market could eventually implode. European leaders currently negotiating by videoconference must therefore be bold. Bigger transfers and significant debt mutualisation would be hard, but as a down payment to avert catastrophe and to set the eu on the path to stability, they would be worth it.

EUROPÄISCHER GERICHTSHOF:

# Ein Integrationsmotor unter Legitimationsdruck

- VON LARS KLENK
- -AKTUALISIERT AM 21.05.2020-10:46



Das Karlsruher EZB-Urteil fordert den Europäischen Gerichtshof heraus. In der Rechtswissenschaft stehen die Urteile des höchsten europäischen Gerichts seit langem in der

Was ist nur aus dem [Europäischen Gerichtshof](#) (EuGH) geworden? Früher sahen viele in ihm anerkennend den wahren Motor der europäischen Integration. Heute muss er es sich gefallen lassen, wenn das Bundesverfassungsgericht sein Urteil zu den EZB-Anleihekäufen als „nicht mehr nachvollziehbar“ und „objektiv willkürlich“ brandmarkt.

Um die schon seit geraumer Zeit – und nicht nur vom Bundesverfassungsgericht – geäußerte Kritik am EuGH zu verstehen, müssen wir auf die Urteile zurückblicken, mit denen sich der Gerichtshof den Ruf des Integrationsmotors erworben hat. Im Wesentlichen beruht er auf seinen Entscheidungen zu den europäischen Grundfreiheiten. Diese geben den Bürgern der [EU](#) das Recht, sich mit ihren Produkten, ihrer Arbeitskraft und ihrem Kapital frei in der EU zu bewegen, um so einen Binnenmarkt zu schaffen. In den europäischen Verträgen sind die Grundfreiheiten primär als Diskriminierungsverbote konzipiert. Sie verbieten den Mitgliedstaaten, ihre eigenen Bürger zu bevorzugen und EU-Ausländer zu benachteiligen.

## Entgrenzung nicht zu rechtfertigen

Diese Ausgangslage hat den EuGH jedoch nicht davon abgehalten, die Grundfreiheiten in seinem berühmten Dassonville-Urteil 1974 weniger als Diskriminierungs-, sondern vielmehr als Regulierungsverbote zu deuten. Unter den Grundfreiheiten verboten sei jedes nationale Gesetz, urteilte der EuGH damals, das auch nur potentiell geeignet ist, den Handel in der EU zu behindern – und dies auch dann, wenn die eigenen Bürger von dem Gesetz genauso betroffen sind wie EU-Ausländer.

Damit stand plötzlich nahezu das gesamte nationale Wirtschaftsrecht unter Rechtfertigungszwang einschließlich ganz alltäglicher Regelungen wie Genehmigungspflichten für Lebensmittel oder Werbebeschränkungen für alkoholische Getränke. Retten konnten die Mitgliedstaaten ihre Gesetze nur durch den Nachweis, dass die Vorteile ihrer Normen für das gemeine Wohl die Nachteile für den Binnenmarkt überwiegen. Ob dem so ist, entschied ebenfalls der EuGH. An dieser Rechtsprechung hat sich bis heute kaum etwas geändert, auch wenn sich der Gerichtshof schon mehrfach erfolglos um eine Kurskorrektur bemühte.

Juristisch war und ist diese Entgrenzung nicht zu rechtfertigen. Keiner der Mitgliedstaaten hat die Grundfreiheiten so verstanden, dass sie bei mangelnder Rechtfertigung jede Regelung verbieten, die für Unternehmen irgendwie lästig sein könnte; und die Mitgliedstaaten haben die Grundfreiheiten über die europäischen Verträge ja selbst geschaffen.

## Politischer Akteur mit wachsenden Aufgaben

Die juristische Öffentlichkeit hat die Linie des EuGH dennoch überwiegend unterstützt. So versuchte sie zwar vergeblich, eine überzeugende rechtliche Begründung für die Urteile zu liefern. Die meisten Kommentatoren begrüßten aber vor allem das politische Ergebnis: Mit dem vom Gerichtshof erzwungenen Abbau nationaler Regelungen konnte endlich der europäische Binnenmarkt entstehen, den sowohl die Unternehmen als auch die Mitgliedstaaten mit dem europäischen Projekt anvisierten. Die Mitgliedstaaten konnten sich nur bislang nicht darauf einigen, wie genau dieser Binnenmarkt aussehen sollte. Der EuGH hat ihnen diese Entscheidung abgenommen und wurde damit selbst zum politischen Akteur.

Auch wenn die Mitgliedstaaten mit der entgrenzten Interpretation nicht einverstanden waren, vor Widerstand musste der EuGH sich nicht fürchten. Dies erstens, weil seine Entscheidungen damals kaum im Fokus der Öffentlichkeit standen. Zweitens bediente er sich bis in die neunziger Jahre eines Tricks, um möglichen Widerstand der Mitgliedstaaten schon im Keim zu ersticken. Er berücksichtigte bei seinen Urteilen unausgesprochen die Regelungstrends in der EU: Nationale Gesetze, die sich auch in der Mehrzahl der übrigen Mitgliedstaaten fanden, erklärte er trotz Beschränkung der Grundfreiheiten für ausnahmsweise gerechtfertigt. Staatliche Regeln hingegen, die so in der Mehrheit der anderen nationalen Rechtsordnungen nicht enthalten waren, hielt er für ungerechtfertigt und rechtswidrig.

Juristisch ist auch diese Linie nicht haltbar. Es ist Aufgabe des Gesetzgebers und nicht der Gerichte, Mehrheitsmeinungen zu aggregieren und in Entscheidungen umzusetzen. Als politischer Schachzug, um die Beachtung seiner Urteile sicherzustellen, war das Vorgehen des EuGH aber äußerst geschickt. Richtet er sich nach dem mehrheitlichen Trend innerhalb der Mitgliedstaaten, wird es den Staaten in der Minderheit nicht gelingen, länderübergreifend Widerstand gegen ein Urteil zu organisieren, das ihnen missfällt.

## Rechtsprechung unter Krisenbedingungen

Der Erfolg des EuGH, der ihm den Ruf des Integrationsmotors einbrachte, beruhte also weniger auf seiner juristischen Virtuosität als vielmehr auf seinen Fähigkeiten als politischer Akteur, der Entscheidungen weitgehend außerhalb des Blicks der Öffentlichkeit treffen konnte.

Wer das erkennt, dem wird klar, weshalb der Motor des Gerichtshofs ins Stottern geriet. Mit der zunehmenden europäischen Integration, die der Gerichtshof durch seine eigene Rechtsprechung befeuerte, war er mehr und mehr gezwungen, politisch hochsensible Fragen zu entscheiden. Können Arbeitnehmer Unternehmen durch einen Streik daran hindern, ihren Sitz in ein Niedriglohmland zu verlegen? Muss ein Mitgliedstaat die Versammlungsfreiheit auf seinen Straßen beschränken, um so einen ungehinderten Warentransport zu ermöglichen? Über diese und ähnliche Fragen konnte der Gerichtshof kaum urteilen, ohne nicht die eine oder andere politische Gruppierung nachhaltig zu verärgern. Damit rückte er in die öffentliche Aufmerksamkeit, was Zahl und Lautstärke der Kritiker merklich erhöhte.

Der Gerichtshof konnte sich vor den kritischen Stimmen auch nicht mehr durch die Anlehnung an den Mehrheitstrend der Mitgliedstaaten schützen. Die Mitgliedstaaten der EU sind zu zahlreich geworden, als dass der EuGH einen solchen Trend noch identifizieren konnte.

## Methodische Defizite, waghalsige Interpretationen

In den jüngsten Krisen, vor allem in der Euro- und der Staatsschulden-Krise, ist erschwerend hinzugetreten, dass die Luxemburger Richter ihr politisches Gespür nicht mehr ausspielen können. Solche Krisen verlangen eine sofortige Reaktion, die ein Gerichtsurteil nicht liefern kann. Der Gerichtshof kann daher nicht mehr selbst die politische Agenda bestimmen. Er war und ist darauf beschränkt, die Entscheidungen abzunicken, die andere Organe getroffen haben, seien es die Regierungschefs oder die [EZB](#). Indem er sie großzügig durchwinkte, wurde der EuGH für die jeweilige Politik und ihre Schwächen mitverantwortlich gemacht.

All diese Entwicklungen führten dazu, dass viele Entscheidungen des Gerichtshofs immer weniger Akzeptanz fanden. Die Rechtswissenschaft kam in der Folge nicht umhin, sich verstärkt den methodischen Defiziten der Judikate zu widmen. Offenbar wurde damit nicht nur, dass einige seiner Urteile rechtlich kaum

begründbar waren. Ebenso mehr in den Fokus der Diskussionen geriet, dass die Luxemburger Richter entweder nicht willens oder nicht in der Lage sind, ihre Urteile ausreichend zu begründen. Waghalsige juristische Interpretationen begründen sie viel zu häufig wahlweise überhaupt nicht, äußern reine Leerformeln oder beschränken sich auf vage und vieldeutige Aussagen. Das lässt einen auch als Freund der EU bestenfalls ernüchtert und schlimmstenfalls frustriert zurück, so wie es wahrscheinlich jüngst den Richtern des [Bundesverfassungsgerichts](#) erging.

## Reform durch gezielte Anfragen

Wie ist mit diesem Befund umzugehen? Manch einer mag den Ansehensverlust des EuGH in Anbetracht seiner allzu einseitig europafreundlichen Rechtsprechung begrüßen. Als Dauerzustand wäre dies aber fatal, da die EU einen zupackenden Gerichtshof mehr denn je braucht, etwa um den autoritären Regimen in Polen und Ungarn die Stirn zu bieten.

Nun ist zweifelhaft, ob der EuGH sich mit der Brechstange zu Reformen bewegen lässt, indem man ihm wie das Bundesverfassungsgericht im Einzelfall offen die Gefolgschaft verweigert. Zielführender ist es, dem Gerichtshof noch häufiger als in der Vergangenheit die richtigen Fragen zu stellen. Mit der stetigen Vorlage von Fällen können die nationalen Gerichte dem Gerichtshof vor Augen führen, welche fragwürdigen Folgen seine Urteile zuweilen haben. So können sie Druck auf ihn ausüben, seine Rechtsprechung entweder zu ändern oder besser zu erklären. Je zahlreicher diese Vorlagen, umso weniger kann der Gerichtshof sich dem entziehen.

Denn in der EU entscheiden primär die nationalen Gerichte, ob der EuGH in einer Sache überhaupt entscheiden darf, indem sie ihm Fragen zur Auslegung des Unionsrechts vorlegen. Von der Kommission eingeleitete Verfahren allein genügen nicht, um den Gerichtshof ausreichend mit Arbeit zu versorgen. Erhalten die nationalen Gerichte keine befriedigenden Antworten, muss der Gerichtshof daher befürchten, dass sie in Zukunft darauf verzichten, ihn überhaupt zu befragen, und ihm so faktisch seine Machtbasis entziehen. Dem EuGH, politisch bewandert, wie er ist, wird das bewusst sein.

Lars Klenk ist Autor der Dissertation „Die Grenzen der Grundfreiheiten“, die sich mit dem Europäischen Gerichtshof befasst.  
Quelle: F.A.Z.

RICHTER GEGEN RICHTER:

## Wenn Europa sein Schwert zieht

- VON MARLENE GRUNERT, THOMAS GUTSCHKER UND KONRAD SCHULLER
- -AKTUALISIERT AM 19.05.2020-15:21



Das EZB-Urteil aus Karlsruhe zeigt ein grundsätzliches Problem der EU auf. Wie soll es gelöst werden? Oder ist es etwa unlösbar?

Ursula von der Leyen nahm sich vier Tage Zeit. Anfang Mai hatte das Bundesverfassungsgericht ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes EuGH über die Kreditlinien der Europäischen Zentralbank verworfen. Die Worte der Karlsruher Richter klangen hart: „Schlechterdings nicht mehr nachvollziehbar“ sei, dass die Luxemburger Kollegen die Anleihenkäufe der Bank gebilligt hätten, ohne deren „Verhältnismäßigkeit“ zu prüfen. Der EuGH habe nicht dargelegt, welche Nachteile die Kreditpolitik der EZB für Sparer oder Immobilienkäufer bringe. „Ultra vires“, jenseits ihrer Befugnisse, hätten die Europa-Richter damit gehandelt.

Am 9. Mai dann reagierte die Vorsitzende der EU-Kommission mit Worten, die nicht weniger scharf waren. Das Urteil aus Karlsruhe berühre den „Kern der europäischen Souveränität“, schrieb sie. „Ich nehme diese Sache sehr ernst.“ Die Kommission prüfe nun „nächste Schritte bis hin zu einem Vertragsverletzungsverfahren“. Solche Verfahren gegen EU-Mitgliedsländer können milliardenschwere Bußgelder nach sich ziehen. Sie sind das schärfste Schwert der Kommission, und deshalb lautet ein Brüsseler Grundsatz: Sprich nie davon, wenn du es nicht wirklich ziehen willst.

Von der Leyen hat nun genau davon gesprochen, und tags darauf legte sie dar, weshalb. Gleich mehrere Prinzipien hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ihrer Ansicht nach verletzt – vor allem die Grundsätze, „dass EU-Recht Vorrang vor nationalem Recht hat und dass Urteile des Europäischen Gerichtshofs für alle nationalen Gerichte bindend sind“. Sie fügte hinzu: „Das letzte Wort über EU-Recht wird immer in Luxemburg gesprochen.“

Grundlage für diese Festlegung war eine erste Einschätzung des Juristischen Dienstes der Kommission. Die Fachleute dort arbeiten derzeit eine Expertise aus, und am Ende muss die Kommission entscheiden, ob ein Verfahren gegen Deutschland kommt. Die Brüsseler Argumente sind schon erkennbar. Demnach hat Karlsruhe es versäumt, eine europarechtliche Streitfrage – die Kreditpolitik der EZB – dem EuGH zur Vorabentscheidung vorzulegen. Zwar hatte Karlsruhe das 2017 getan, als es zum ersten Mal Zweifel formulierte. Der EuGH entschied daraufhin, die Kreditprogramme seien in Ordnung.

Das Problem entstand aus Brüssler Sicht, als die Karlsruher Richter die Entscheidung der Luxemburger Kollegen am 5. Mai für „objektiv willkürlich“ erklärten. Von der Leyens Juristen meinen: Das durfte nicht sein. „Wenn ein höchstes nationales Gericht weitere Fragen zu einer Rechtssache hat, muss es sich abermals an den EuGH wenden“, erläutert ein EU-Beamter. Mit seiner eigenmächtigen Entscheidung aber habe

Karlsruhe den Dialog abgebrochen. Deshalb stehe nun ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland im Raum.

Meist richten Vertragsverletzungsverfahren sich gegen Regierungen oder Parlamente, wenn diese wie etwa in Polen die Justiz gängeln. Bei Gerichtsurteilen dagegen war die Kommission lange zögerlich, doch seit einigen Jahren hat sich das geändert. Zuletzt wurde Frankreich 2018 wegen einer Entscheidung des Staatsrats verklagt.

## Nur ja kein Präzedenzfall

Vertragsverletzungsverfahren laufen fein abgestuft ab. Im ersten Schritt bittet die Kommission das betreffende Land um Informationen, um zu prüfen, ob sich ihr Verdacht erhärtet. Danach gibt sie eine Stellungnahme ab, in der sie den Staat auffordert, binnen einer Frist – in der Regel zwei Monate – die gestörte Übereinstimmung mit europäischem Recht wiederherzustellen. Geschieht das nicht, ruft sie den EuGH an.

Ob dieses Räderwerk nun in Gang gesetzt wird, entscheidet das Kollegium der EU-Kommissare. Denen brennt die Sache unter den Nägeln, denn wenn sie dem Bundesverfassungsgericht erlauben würden, Entscheidungen des EuGH zurückzuweisen, wäre das ein gefährlicher Präzedenzfall. Die Kommission versucht gerade, autoritäre Tendenzen in Polen und Ungarn einzudämmen, und Urteile des EuGH waren dabei bisher ihre wichtigste Waffe. Jetzt aber könnte die nationalkonservative Regierung in Warschau versuchen, Deutschland nachzuahmen. Sie hat das polnische Verfassungstribunal unter ihre Kontrolle gebracht, und die willigen Richter dort könnten Entscheidungen des EuGH ebenso aus den Angeln heben wie die Kollegen in Karlsruhe. Deshalb kann die EU-Kommission den Widerspruch des Bundesverfassungsgerichts nicht hinnehmen. Wie könnte sie gegen Polen und Ungarn vorgehen, nicht aber gegen Deutschland?

In Deutschland haben Regierung und Parlament deshalb jetzt ein doppeltes Problem. Schwierigkeit Nummer eins: Karlsruhe hat nicht nur die Luxemburger Kollegen dafür gerügt, dass sie die Anleihenprogramme der EZB trotz fehlender Verhältnismäßigkeitsprüfung gebilligt haben. Das Verfassungsgericht hat dem **Bundestag** und der Bundesregierung auch aufgetragen, der Handhabung des Europäischen Anleihenprogramms durch die Bank „entgegenzutreten“. Schwierigkeit Nummer zwei: Deutschland muss das aus Brüssel angedrohte Verfahren vermeiden und für die Zukunft Zusammenstöße verhindern.

## Durch die Wüste

Schon das erste Problem gleicht einer Mission Impossible. Die Europäische Zentralbank ist unabhängig, gerade Deutschland hat stets darauf bestanden. Als Karlsruhe 2014 in einem früheren Verfahren zu EZB-Anleihekäufen zum ersten Mal eine Anfrage nach Luxemburg schickte, formulierten zwei Richter deshalb Bedenken. Zu was solle man Bundestag oder **Bundesregierung** denn verurteilen, wo doch die EZB nicht unter Karlsruher Jurisdiktion stehe? Zu einer Debatte? Zu einem Ausdruck von Missfallen? Auf „Wüstenwanderungen, die zu keiner Quelle führen“, solle man sich keinesfalls schicken lassen, warnte die Richterin Lübke-Wolff damals.

Jetzt aber hat durch den Spruch aus Karlsruhe die Wanderung begonnen, und in der Politik suchen sie notgedrungen nach Wegen durch die Wüste. Einen davon hat der CDU-Abgeordnete Heribert Hirte im Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung gewiesen. Hirte ist Juraprofessor, im Bundestag führt er den Unterausschuss Europarecht. Er weiß, dass weder Bundesregierung noch Bundestag befugt sind, der EZB Rat oder gar Weisungen zu erteilen. Um der Forderung aus Karlsruhe trotzdem zu genügen, schlägt er deshalb vor, über Bande zu spielen: Berlin hat der Bank zwar nichts zu sagen, aber der Europäische Rat der Regierungschefs unterhält vertraglich geregelte Kommunikationslinien mit der EZB. Deren Präsidentin **Christine Lagarde** muss ihm zum Beispiel Jahresberichte vorlegen, und sie kann zu Sitzungen geladen werden. Dort aber sitzt auch Bundeskanzlerin Merkel, und die könnte die Gelegenheit nutzen, die Bankpräsidentin anzusprechen. Sie könnte dabei auch im formal korrekten Rahmen darum bitten, die Verhältnismäßigkeitsprüfung nachzuholen, welche das Bundesverfassungsgericht vermisst. Hirte glaubt, dass auf diesem Weg, ganz wie von Karlsruhe gefordert, auch der Bundestag eingebunden werden könnte.

Der nämlich könnte der Bundesregierung auftragen, „was sie der EZB im Europäischen Rat sagen soll“. Dieses „Dreieck von Zuständigkeiten“ könne Deutschland nutzen. Lagarde könnte die Gelegenheit nutzen und vor dem zuständigen Gremium en passant darlegen, dass ihre Bank die Verhältnismäßigkeit ihrer Anleihenpolitik natürlich geprüft habe. Alle hätten ihr Gesicht gewahrt.

## Was kann Deutschland tun?

Ob ein solches Verfahren den Forderungen aus Karlsruhe Genüge tun würde, ist zwar nicht sicher, aber immerhin möglich. Die Gefahr eines Brüsseler Verfahrens wäre aber noch nicht gebannt, denn immer noch hätte ein nationales Verfassungsgericht – das deutsche – sich der Autorität der Luxemburger Kammer widersetzt. Falls die Kommission allein wegen des Urteils ein Vertragsverletzungsverfahren eröffnete, stünde die Frage im Raum: Was könnte Deutschland überhaupt tun, um diese Form des Rechtsverstoßes zu heilen?

Der Europarechtler Franz Mayer hat vorgeschlagen, im Bundesverfassungsgerichtsgesetz oder im Grundgesetz klarzustellen, dass die EZB der Rechtsprechung aus Karlsruhe nicht unterworfen ist. Man könne auch die „an sich selbstverständliche Pflicht“ zur Befolgung von EuGH-Urteilen ausdrücklich im deutschen Recht verankern.

Das Problem dabei: Auch derartige Klarstellungen könnten die seit Jahrzehnten entwickelte sogenannte Ultra-vires-Kontrolle des Bundesverfassungsgerichts nicht aus der Welt schaffen. Diese soll sicherstellen, dass EU-Organe sich an die Ermächtigungen halten, die ihnen von den Mitgliedstaaten übertragen wurden. „Solange wir nicht in einem europäischen Staat leben, richtet sich die Mitgliedschaft eines Landes nach seinem Verfassungsrecht“, sagte der Verfassungsrichter Peter Huber der F.A.Z. Er hatte im EZB-Verfahren die Federführung und stellt fest, nationales Verfassungsrecht müsse zwar offen sein für den Anwendungsvorrang des Europarechts. Es könne aber auch Grenzen vorsehen. Ein Vertragsverletzungsverfahren könne Deutschland und andere Staaten deshalb „in einen schwer auflösbaren Verfassungskonflikt stürzen“. Der totale Vorrang des EU-Rechts sei mit der Ewigkeitsgarantie des Grundgesetzes und vieler anderer Verfassungen nicht vereinbar.

## Das Verfahren ist keine Plauderstunde

Der Europarechtler Mayer hält ein Vertragsverletzungsverfahren dagegen für richtig. „Ein derartiges Verfahren besteht aus ganz vielen unterschiedlichen Diskursstufen“, sagte er. Der Mehrwert liege im Dialog. Doch ein Vertragsverletzungsverfahren ist eben keine Plauderstunde. Es ist ein schwerer Konflikt. In den vergangenen Tagen war deshalb oft zu lesen, ein niederschwelliger Ansatz eigne sich besser, um Kompetenzkonflikte zwischen dem EuGH und nationalen Gerichten beizulegen. Auch der Verfassungsrichter Huber hat in der „Süddeutschen Zeitung“ einen solchen Weg vorgeschlagen. „Denkbar wäre auch, ein Vermittlungsverfahren zwischen EuGH und nationalen Gerichten zu schaffen“, sagte er da. „Ein gemeinsames Gremium der Gerichte zum Beispiel.“ In die Satzung des EuGH könne ein „Konfliktschlichtungsverfahren“ aufgenommen werden.

Neu sind solche Ideen nicht. Schon vor zwanzig Jahren hat Franz Mayer die Vorschläge zu einer institutionellen Lösung des Ultra-vires-Problems zusammengetragen. Um Kompetenzfragen zu klären, sei es denkbar, dem EuGH seinerseits die Möglichkeit einer Vorlage einzuräumen. Er könne auch dazu verpflichtet werden. Dem Charakter des Gerichtshofs als eines unabhängigen Organs, das die Kompetenzeinhaltung in der Gemeinschaft kontrollieren soll, würde das freilich zuwiderlaufen.

Vor zwanzig Jahren gab es Stimmen, die etwa dem EU-Ministerrat auftragen wollten, über Kompetenzfragen zu entscheiden. Andere sprachen sich dafür aus, das Europäische Parlament mit dieser Aufgabe zu betrauen. Auch eine unabhängige Institution, wie sie offenbar Huber vorschwebt, ist immer wieder im Gespräch. Ein paritätisch aus Angehörigen des EuGH und der nationalen Gerichte zusammengesetztes Kompetenzgericht etwa. Vor dem Vorwurf einer Kompetenzüberschreitung wäre allerdings auch eine noch so unabhängige Institution nicht gefeit. Auch von deren Einschätzungen könnten nationale Gerichte abweichen. Der Grundkonflikt zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten bleibe unauflösbar, schrieb Mayer 2010.

## Es kann auch schiefgehen

Auch heute sind führende Fachleute skeptisch. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, der Kandidat für den CDU-Vorsitz [Norbert Röttgen](#), lehnt „sowohl ein Dialogverfahren als auch eine Kompetenzkammer“ rundheraus ab. Jede Rechtsordnung, sei es eine nationale oder die europäische, brauche eine gerichtliche Instanz, „die das letzte Wort hat“. Das aber könne „für die Auslegung des europäischen Rechts innerhalb seiner Grenzen“ eben nur der EuGH sein.

Eine klare Abfuhr an das deutsche Verfassungsgericht ist das, aber keine Lösung des Konflikts. Immer noch droht das Verfahren aus Brüssel, auch wenn zum Beispiel der Abgeordnete Hirte andeutet, das Verfahren könne am Ende vielleicht weniger schlimm werden als befürchtet. Wenn nämlich Bundestag und Bundesregierung Stellung genommen hätten oder wenn die EZB klarstelle, dass sie die Verhältnismäßigkeit geprüft habe, sei der Fall schließlich „in der Hauptsache erledigt“. Die Kommission würde sich deshalb mit einem Vertragsverletzungsverfahren „keinen Gefallen tun“.

Wie Hirte denken viele in Berlin. Viele hoffen auf einen Kompromiss in letzter Minute, aber alle wissen: Das kann auch schiefgehen. Wie heißt es doch in Brüssel? Man zeigt eben nicht sein Schwert vor, wenn man es nicht auch ziehen will.

<https://www.economist.com/europe/2020/05/21/the-merkel-macron-plan-to-bail-out-europe-is-surprisingly-ambitious>

## Who will pay for the pandemic?

# The Merkel-Macron plan to bail out Europe is surprisingly ambitious

Germany is making a big concession to support weaker states

[Europe May 21st 2020 edition](#)

May 21st 2020

BERLIN AND PARIS



“In every beginning dwells a certain magic,” beamed Angela Merkel, cribbing from Herman Hesse, when a freshly inaugurated Emmanuel Macron visited Berlin three years ago. But Germany’s chancellor added an earthy caveat: “The magic lasts only when there are results.” And there have been precious few to speak of. A plan to reboot the euro area was ground down to a budget of homeopathic insignificance. A revised Franco-German treaty substituted symbols for substance. Mrs Merkel and Mr Macron fell out on everything from Brexit to the Balkans. Europe’s “locomotive” was left idle in the sidings.

So the ambition of the two leaders’ proposal for a post-covid eu recovery plan, unveiled on May 18th, came as a genuine surprise. The plan, mainly thrashed out in three videoconferences between the pair, comprises four pillars, including boosting the eu’s health-care capabilities and its economic “sovereignty”, a pet theme for Mr Macron. But at its heart is a recovery fund worth €500bn (\$546bn), or 3.6% of the eu’s gdp, to be financed by common borrowing and sitting inside the club’s seven-year budget (“multiannual financial framework”, or mff). Italy and Spain immediately signed on. Markets surged and Italian borrowing costs fell. French media, often hostile to Mr Macron, were cock-a-hoop.

Mr Macron would have preferred a larger fund, preferably operating outside the mff. But by far the bigger compromise is Mrs Merkel’s. As covid-19 ripped through Europe, the chancellor resisted calls to lend Germany’s full weight to collective efforts to support the hardest-hit countries. France led a nine-country push for joint and severally guaranteed “coronabonds”, but Peter Altmaier, Germany’s economy minister and a Merkel confidant, dismissed it as a “phantom debate”.

That has not changed. Under the new plan governments’ liabilities would be limited to guarantees equivalent to their contribution to the mff (Germany’s 27% share would leave it on the hook for €135bn). Yet German support for eu debt incurred on this scale is “an enormous shift in principle”, says Iain Begg, an eu-watcher at the London School of Economics. Mrs Merkel’s second concession is to agree that countries that receive the funds, which will be directed to regions and sectors in acute need, need not repay them. Germany, relatively

unscathed by the crisis and less exposed to its economic consequences, such as a collapse in tourism, can therefore expect to stump up a lot more than it receives.

The deal appears to have come together only in the few days preceding the announcement, after pressure on Mrs Merkel from both Mr Macron and Olaf Scholz, Germany's finance minister. Why did she budge? Officials say her first instinct was simply for a larger mff, until it became clear that cash-strapped governments could not afford it. The chancellor repeatedly described the crisis as the worst the eu has ever known, a hint she was open to more drastic steps. A recent ruling by Germany's constitutional court questioning the European Central Bank's bond-buying may also have focused her mind on the risks of over-reliance on monetary policy.

Criticism from Mrs Merkel's conservative allies has been muted. But other challenges lie ahead. The first is to plug the plan's gaps, among them the rules for allocating funds and repaying the debt. This is the job of the European Commission; its mff proposal, which may offer loans on top of the envisaged transfers, will be unveiled on May 27th. That in turn will kick off fierce negotiations among the eu's 27 governments, all of which must approve the new budget. Several have already signalled displeasure. Austria, Denmark, the Netherlands and Sweden, the self-styled "frugal four", want a smaller fund, loans rather than grants, and tight conditions.

These minnows will surely bow before the combined might of France and Germany, but may extract a price. mff disbursements are usually light on conditions. But the Franco-German deal commits governments that tap the fund to "sound economic policies and an ambitious reform agenda". German sources have hinted at a role for the annual economic-reform proposals Brussels sends to governments. But accepting structural reforms demanded by outsiders could prove hard to swallow for countries like Italy.

The frugals' greatest fear is a permanent shift to deeper fiscal integration. The new fund is supposed to be temporary, and can only hope to mitigate the harm to ravaged economies. But establishing the principle that common challenges require common debt may ensure that next time the threshold for action is lower, says Jacob Funk Kirkegaard at the Peterson Institute for International Economics. The need to repay the debt will also spur ideas for common eu revenues, such as a tax on plastic or climate-unfriendly imports. Mrs Merkel's rhetoric on eu reform has begun a curious shift; in the twilight of her chancellorship she has revived talk of revising its treaties to shift towards "political union". This week's may not be her last surprise.

170,124

<https://www.economist.com/europe/2020/05/21/russias-covid-19-outbreak-is-far-worse-than-the-kremlin-admits>

## Anatomy of lies

# Russia's covid-19 outbreak is far worse than the Kremlin admits

Like its Soviet predecessor, Vladimir Putin's system is steeped in falsehoods

[Europe May 21st 2020 edition](#)

May 21st 2020



Russia is more successful in fighting covid-19 than the West, thanks to its superior health-care system and excellent leadership. Though faced with one of the highest rates of infection, its fatality rate is a seventh of that in most countries. That is, if you believe Russian statistics.

Few independent experts do. Russia has officially recorded just over 300,000 cases of covid-19 and 2,900 deaths, which makes its fatality rate less than 1%, compared with 4.5% in Germany and 14% in Britain. Yet the fatality rate among Russia's front-line health professionals, who keep their own records, is about 16 times as high as in comparable countries, which suggests that the official figures are much too rosy.

Nonetheless, these were the figures that on May 11th led Vladimir Putin, Russia's president, to order an end to a period of "non-working days", a euphemism for a national lockdown that he never officially declared. Although he transferred responsibility for retaining restrictions to regional authorities, he signalled that Russia was through the worst. "We must give thanks to our doctors and our president, who works day and night to save lives," Vyacheslav Volodin, the speaker of the Duma, declared.

The Russian government was upset when, on the same day, the *Financial Times* reported that the real death toll could be 70% higher; the *New York Times* quoted an expert as saying it could be nearly three times the official tally. These estimates were derived by calculating excess deaths. One member of the Duma demanded that the journalists' accreditation be revoked. Kremlin mouthpieces denounced what they called an orchestrated attack on Russia by the West.

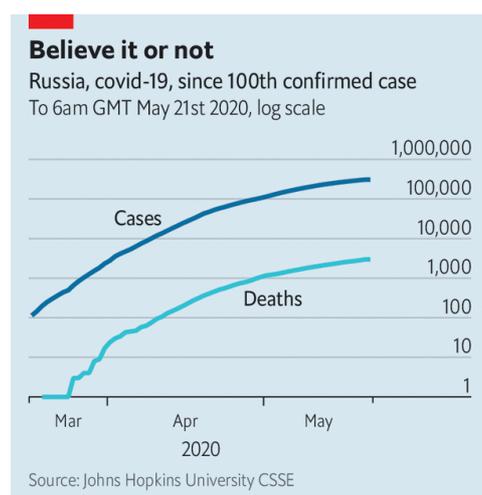
Meanwhile, some Russian doctors on social media say they were told to keep numbers low by including in the covid statistics only those who died directly of the disease, not those who had underlying conditions that might have contributed to their demise. Victims' relatives are furious.

Adding weight to the suspicion are the improbable figures posted by some regions. For example, in Krasnodar, a region with 5.2m people, the number of reported infections has fluctuated only minutely, between 96 cases and 99 cases a day for the past two weeks. Statistically speaking, that is extremely unlikely.

Several other regions have produced odd statistics. They show the number of infections recorded in regional centres and those recorded in adjacent territories fluctuating in opposite directions, thus balancing each other out and producing a straight line of cases across the region.

The official numbers reveal less about covid-19 than they do about Russia's political system, which, like its Soviet predecessor, is saturated with lies. Russian elections throw up similarly strange graphics. Many Russian athletes during the Sochi winter Olympics in 2014 took performance-enhancing drugs, and their cheating was covered up by secretly swapping urine samples with official connivance.

Konstantin Sonin of the University of Chicago says the problem is not that the Kremlin hides or distorts figures, but that it often does not have them in the first place. Most regional bigwigs are not accountable to voters but are entirely dependent on the Kremlin for status and money. They file rosy reports so as to appear to be meeting official targets. The aim is to please the president, not the people. "The Kremlin does not even need to tell them what figures to report; they know to report what the Kremlin likes to hear," he says.



The Economist

Over the past few weeks Russian state television has provided a perfect illustration of this system. In the West officials have at least tried to communicate with their electorates and the media. On Russian television people see their officials reporting to the self-isolated Mr Putin via a videoconference screen. The screen resembles a Russian Orthodox icon: Mr Putin is displayed in a large central box, surrounded by 12 "apostles" in smaller boxes.

Yet this manufactured image is starting to crack. Mr Putin's ratings have dropped to historic lows in recent weeks. On May 17th the health minister in Dagestan, a Russian territory of 3m people in the North Caucasus, told a local blogger that the true number of infections on his patch was four times that reported, and that outbreaks of pneumonia had killed 657 people, not the officially recorded 27. Fully 40 medics had died of it. Mr Putin blamed citizens for trying to treat themselves at home.

Some big cities have been more open than the Kremlin. Moscow admitted that the real number of cases could be significantly higher than officially reported, and retained a lockdown.

The Kremlin's handling of the crisis reminds some of the cover-up of the Chernobyl nuclear disaster, which prompted Mikhail Gorbachev, the Soviet leader, to launch *glasnost*, a campaign for more openness. "The whole system is penetrated by the spirit of bootlicking, persecution of dissidents, clannishness, window-dressing. We will put an end to all this," Mr Gorbachev told his politburo at the time. Mr Putin, who began his presidency 20 years ago by covering up the sinking of the *Kursk* submarine, is determined not to repeat the *glasnost* experiment, which helped to bring the whole system crashing down.

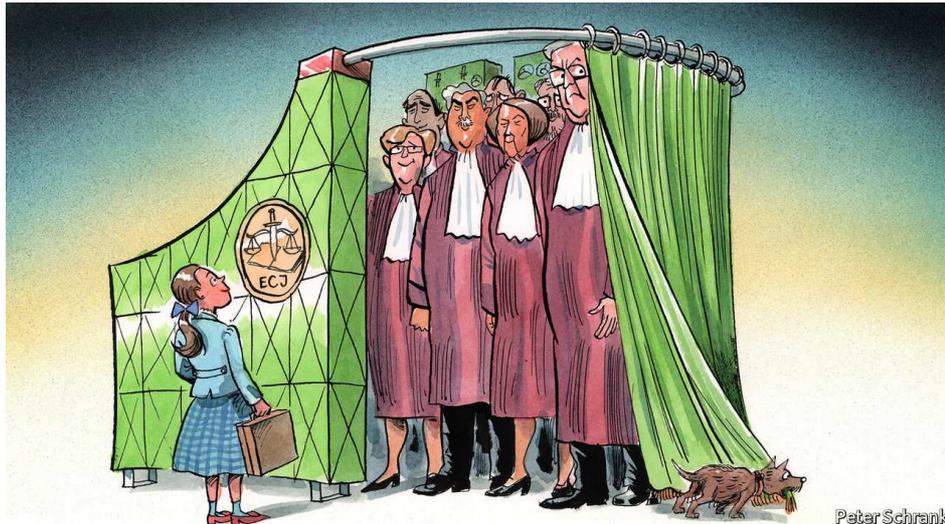
## Charlemagne

# The wizards of Luxembourg

The EU's top court gets used to life in the spotlight

[Europe May 23rd 2020 edition](#)

May 23rd 2020



In the attention-starved world of eu politics, officials and politicians like to vaunt themselves. Folks in the European Commission refer to themselves as the “guardians of the treaties”, which sounds like a tagline from a superhero movie starring polyglot bureaucrats. More enthusiastic meps label the European Parliament “the heart of European democracy”. The woeful turnout at European elections—51% in 2019—suggests otherwise.

Only the inhabitants of the European Court of Justice, the eu’s top court, play down their importance. The court is a mere “umpire”, says its president, Koen Lenaerts, a Belgian jurist who has sat on it for three decades. It simply clears up any confusions left over in the bloc’s treaties, steering clear of politics. The Luxembourg-based court often resembles the Wizard of Oz in reverse: a mighty institution determined to portray itself as a puny one.

The court found itself unwillingly thrust into the public gaze this month after Germany’s constitutional court declared that the ecj had acted *ultra vires*—beyond its mandate—in giving its blessing to a European Central Bank programme of bond-buying. The ecj’s decision, which is supposed to be final, was “incomprehensible”, said the German judges. They provoked a terse response from the ecj, which reminded its German peers that it had the final say on matters of eu law.

This was a very public scrap for a remarkably private institution. For most of its 68-year existence, the ecj has been in the shadows, acting as a quiet but powerful motor of European integration. Rights associated with the eu, such as the ability to trade across borders or to seek work in another eu member state, owe as much to its judges as to its politicians. As the eu’s responsibilities have deepened, so have the court’s. Whereas once it ruled only on dry economic issues, such as the import of blackcurrant liqueur, today its remit includes everything from asylum to gay marriage.

Where European treaties are vague, it is the court’s job to bring clarity. Such a mandate gives the eu’s judges scope to roam. When negotiations involve 27 countries, hundreds of meps and legions of officials, the result is often unclear. Better to have a blurred text than no text at all, is the mantra of politicians working on a

continental level. In Mr Lenaerts' view, the ecj has "no choice but to complete the constitutional lacunae" left by lawmakers.

But one man's lacuna-filling is another man's power grab. Critics portray the court as a power-hungry institution, hellbent on federalising Europe. Roman Herzog, a former German president, diagnosed the court as having a "centralising fever". Its early years were marked by judicial radicalism, which shaped the constitutional foundations of the bloc. It was a case in 1964 over an electricity bill worth 1,925 lire—about €22 in today's money—in which the court determined that eu law trumped national law.

Such judgments have been "tolerated, acquiesced [to] or encouraged" by national governments, says Takis Tridimas, a professor of European law at King's College, London. If legislators did not like the court's actions, they could always change the law. That they hardly ever do suggests that they do not object strongly to the court's rulings. In this sense the ecj resembles an s&m dungeon. National governments are happy to be tied up and slapped around in a dimly lit room by people in odd outfits. However, they would prefer not to mention this fact to their jealous spouses back home: domestic courts and domestic voters.

Such furtive consent has lurked at the heart of the ecj's success. Governments may grumble about decisions, but they obey them. Increasingly, however, judges in national courts have chafed at rulings from their European peers. The top courts of smaller countries, including Denmark and the Czech Republic, have rejected the ecj's judgments in the past. But size matters. In both the Czech and Danish cases, each country eventually tweaked its own legislation, stitching the tear in the eu's legal fabric. German judges, by contrast, questioned far more fundamental principles. That rip is not so easily fixed.

## Courting public opinion

A public struggle for supremacy will draw attention to an institution as peculiar as it is powerful. Based in Luxembourg, it is a two-hour drive—or an interminable three-hour train ride—from Brussels, where most eu business is done. It is the only eu institution to operate solely in French, which creates both a translation bottleneck and a tricky learning curve for arriving judges. As is often the case at eu institutions, its staff are a mix of the *crème de la crème* and dregs sent by national capitals as a reward for good behaviour or to be kept out of the way. "Some are very brilliant; some are tourists," is the verdict of one former judge. Now a panel vets potential candidates. Last year, 8 of 29 candidates were quietly rejected, including two who were suggested for the court's highest chamber, which deals with the thorniest constitutional cases.

The ecj is slowly growing used to the glare of public attention. An older judicial doctrine that the court communicates only through its judgments has been abandoned. Although proceedings are still not televised, the idea has been discussed internally. The court's president does more interviews than his predecessor, treating journalists to thorough lectures in European law that drop out of his mouth in fully formed chapters.

European voters have yet to realise how powerful the court has become. Any American who reads a newspaper can name a couple of Supreme Court judges, but even the biggest eu nerd would struggle to name their European peers. Few wish to replicate America's politicisation of judicial appointments. But the court's increasing impact on the lives of eu citizens should be accompanied by greater scrutiny. Walter Bagehot once argued that the monarchy's defenders "must not let daylight in on the magic". Courts require less mystery. The wizards of Luxembourg have nothing to fear from letting in more light.

170,128

<https://www.lefigaro.fr/conjoncture/bruno-le-maire-au-figaro-notre-objectif-est-la-souverainete-economique-de-la-france-20200521>

## **Le Figaro (site web)**

jeudi 21 mai 2020 - 20:26 UTC +02:00 1655 mots

Économie ; Conjoncture

### **Bruno Le Maire au Figaro:**

# «Notre objectif est la souveraineté économique de la France»

Collomp, Florentin, de Guigné, Anne, Malhère, Manon, Visot, Marie

## **INTERVIEW EXCLUSIVE - Le ministre de l'Économie justifie ses choix de soutien et de relance de l'activité.**

Bruno Le Maire est ministre de l'Économie depuis mai 2017. Il est chargé de bâtir le plan de relance programmé à la rentrée.

### **LE FIGARO. - L'économie redémarre très doucement depuis la sortie du confinement. Êtes-vous inquiets?**

**Bruno LE MAIRE.** - Non, je suis confiant. L'industrie repart, les entreprises de construction devraient tourner à 60 % de leur activité normale fin mai. La sidérurgie redémarre. La consommation rebondit: la semaine du 11 au 15 mai, les paiements par carte bancaire étaient supérieurs de 8 % à la même période en 2019. Notre objectif maintenant est d'encourager cette reprise du travail.

### **À court terme, cela passera par des plans de soutien sectoriels...**

Notre réponse à la crise a été immédiate et massive: 450 milliards d'euros d'aides et de garanties de l'État, soit 20 % du PIB français, ont été mobilisés pour soutenir l'économie. Au total, 80 milliards d'euros de prêts ont été garantis par l'État pour un demi-million d'entreprises ; 3 milliards d'euros d'aides ont déjà été versés via le fonds de solidarité aux TPE. Nous entrons maintenant dans un deuxième temps: le soutien aux secteurs les plus touchés par la crise. Après le plan tourisme présenté par le premier ministre, le président de la République annoncera la semaine prochaine un plan de soutien pour le secteur automobile.

L'industrie aéronautique suivra début juin. Nous accompagnons également les secteurs de la tech et du bâtiment. Pour le bâtiment, l'urgence est de traiter la question des surcoûts liés aux règles de sécurité sanitaire. Pour la tech, nous voulons permettre à nos start-up de se financer et les protéger contre les risques de rachat par les géants du numérique. L'ensemble de ces mesures immédiates de soutien sectoriel, dont dépend la survie de centaines de milliers d'emplois, fera l'objet d'un troisième projet de loi de finances rectificative, présenté en Conseil des ministres le 10 juin. Viendra ensuite le temps de la relance à la rentrée 2020.

### **Le très généreux dispositif de chômage partiel n'a-t-il pas précipité la chute de l'activité en France?**

Nous avons évité un drame social en faisant le choix de protéger nos salariés et leurs compétences. Quand on voit les millions de licenciements aux États-Unis, je suis fier de notre modèle. Maintenant, ce dispositif doit évoluer. Avec Muriel Pénicaud, nous présenterons des ajustements d'ici le début du mois de juin. Nous voulons accompagner les apprentis et les centaines de milliers de jeunes qui sortiront de leurs formations à la rentrée et qui risquent de se retrouver sans emploi. Nous ne les laisserons pas tomber.

### **Pouvez-vous accepter que des entreprises soutenues par l'État ferment des sites en France, comme Renault l'envisage?**

Sur la gravité de la crise, comme sur la situation des entreprises, je continuerai de tenir un discours de vérité: Renault joue sa survie. Le groupe a demandé un prêt garanti par l'État de 5 milliards d'euros. Ce prêt, je ne l'ai pas encore signé. Nous poursuivons nos discussions dans le cadre du plan de soutien à l'industrie automobile. Nous demandons aux constructeurs de prendre des engagements dans trois directions: le véhicule électrique, le respect de leurs sous-traitants et la localisation en France de leurs

activité technologiquement les plus avancées. Toutes les aides que nous apportons aux entreprises doivent être orientées dans ces deux directions: la décarbonation de l'économie française et l'amélioration de sa compétitivité.

### **Pourquoi attendre la rentrée pour annoncer un plan de relance français que les entreprises réclament maintenant?**

Une bonne gestion de la crise demande du sang-froid pour choisir les mesures les plus efficaces et pour qu'elles arrivent au bon moment. Le plan de relance est un véritable plan de transformation. Il demande une méthode. Nous voulons consulter largement: les collectivités locales, les formations politiques, les parlementaires, les partenaires sociaux, les économistes. Il demande aussi de définir des lignes directrices: la compétitivité et la décarbonation de notre économie. Par ailleurs, pour que notre relance soit efficace, elle doit aussi être cohérente avec les choix économiques de nos partenaires européens. Nous avons besoin de deux mois pour faire ce travail.

### **Mais vous avez certainement une idée du point d'arrivée...**

Avec le président de la République et le premier ministre, nous avons un objectif stratégique: la souveraineté économique de la France. Cela demande une très grande détermination. C'est en cohérence avec ce que nous avons fait dans les trois premières années du quinquennat: valoriser le travail, renforcer la compétitivité, soutenir l'innovation. Notre plan de relance s'inscrit dans cette continuité et c'est ce qui fera son efficacité et sa légitimité. C'est une stratégie payante: avant la crise, le taux de chômage était tombé à moins de 8 %, le taux d'investissement des entreprises était au plus haut. Et notre pays était devenu le plus attractif de la zone euro, avec 1 469 décisions d'investissements étrangers en 2019, représentant 40.000 emplois.

### **Vous dites que la défense du travail est votre priorité. Que pensez-vous du débat sur la hausse du temps de travail?**

La question des prochains mois sera de travailler tous. Ce sera un défi considérable.

### **Excluez-vous toute hausse de la fiscalité pour financer la relance?**

Oui. Nous ne relancerons pas l'économie par des augmentations de taxes et d'impôts. Je souhaite au contraire que nous poursuivions les baisses d'impôts. Pour rester attractif et relocaliser des productions sur le territoire français, la diminution des impôts de production reste à mes yeux une priorité. Sur la fiscalité, ne reprenons pas les idées du XXe siècle, bâtissons la fiscalité du XXIe siècle, plus juste et plus efficace: au lieu de rétablir l'ISF ou de décider une baisse généralisée de la TVA qui aurait un coût prohibitif pour les finances publiques sans aucun résultat sur l'emploi et sur la puissance de notre industrie, continuons à avancer dans des directions nouvelles. Il est urgent de trouver un accord international sur la taxation des géants du numérique, qui sortent renforcés de la crise, de mettre en place une taxation minimale à l'impôt sur les sociétés pour lutter contre l'optimisation fiscale et d'instaurer une taxe carbone aux frontières de l'Union européenne. Cette fiscalité sera rentable et défendra nos intérêts économiques nationaux et européens.

### **N'avez-vous aucun scrupule à endetter la France comme jamais, et laisser son financement aux générations futures?**

Je n'ai aucun scrupule à sauver nos entreprises. Quelle autre solution? Se résigner à des centaines de milliers de licenciements et de faillites? Ce choix aurait été suicidaire pour notre économie. Sur la dette, nous avons une stratégie claire et cohérente. Nous refusons l'idée de la dette perpétuelle qui ne serait jamais remboursée. C'est une fiction. La seule voie raisonnable pour rembourser notre dette est la relance de l'activité, le retour de la croissance et la prospérité de tous les Français.

### **LE FIGARO. - Vous avez appelé à la création d'un fonds de relance européen d'au moins 1 000 milliards d'euros. Les 500 milliards annoncés par Emmanuel Macron et Angela Merkel sont une déception?**

**Bruno LE MAIRE.** - Au contraire. L'accord trouvé par le président de la République et la chancelière est une percée décisive. Sur le plan politique, pour la première fois, l'Allemagne et la France acceptent que l'Union européenne lève de la dette en commun pour financer des investissements par de la dépense budgétaire. C'est aussi une percée économique majeure car ces 500 milliards d'euros s'ajouteront au plan d'urgence économique de 540 milliards adopté le 9 avril par les ministres des Finances de la zone euro. Cela fait donc bien plus de 1 000 milliards d'euros. Nous sommes à la hauteur du défi économique.

### **Comment pensez-vous pouvoir convaincre les Vingt-Sept, en particulier les pays «frugaux», comme les Pays-Bas, d'approuver le fonds de relance franco-allemand?**

L'Autriche, les Pays-Bas, la Suède, le Danemark ont exprimé leurs réserves. Pourtant, les économies de ces États bénéficient du marché unique: c'est donc leur intérêt que l'économie redémarre chez tous leurs partenaires en Europe. Ce redémarrage dépendra de la puissance du plan de relance. Lever de la dette en commun est l'instrument le moins cher, parce que les taux sont faibles et que nous rembourserons la dette sur une longue durée, supérieure à dix ans. C'est donc bien la solution la plus frugale. Est-ce juste de donner plus d'argent à ceux qui ont été les plus touchés par le coronavirus? Évidemment. Est-ce normal que ces États remboursent en fonction de leur capacité? Évidemment aussi. Il y aura donc des transferts budgétaires, parce que l'Europe ne peut pas être construite sur les seuls intérêts nationaux, elle ne peut être construite que sur la solidarité. Ce plan de relance est aussi la condition pour que l'Union européenne reste dans la course technologique entre la Chine et les États-Unis. Si l'Europe ne finance pas les investissements dans les nouvelles technologies, ces investissements seront les premiers sacrifiés.

### **Le pacte de stabilité sur les critères de Maastricht doit-il être définitivement enterré?**

Nous souhaitons que les règles du pacte de stabilité, suspendues pour 2020, le soient également pour 2021. La gestion du calendrier est vitale. Rien ne serait pire que de relancer la machine économique tout en appuyant sur le frein des dépenses publiques. C'est une erreur qui a été commise en 2009 et que nous ne commettrons pas à nouveau.

# « Au bord du gouffre, Angela Merkel fait ce qu'il y a à faire »

## CHRONIQUE

Sylvie Kauffmann [Editorialiste au « Monde »](#)

Encouragé par Paris, le revirement de Berlin sur le fonds de reconstruction européen est à replacer dans la tradition de l'Allemagne de l'après-guerre, celle du besoin d'Europe, relève Sylvie Kauffmann, éditorialiste au « Monde ».

Publié le 20 mai 2020 à 09h40 - Mis à jour le 20 mai 2020 à 18h38 Temps de Lecture 4 min.



Angela Merkel lors de la conférence de presse qui a suivi la vidéo-conférence avec Emmanuel Macron, le 18 mai, à Berlin. Kay Nietfeld / AP

**Chronique.** C'était il y a à peine neuf ans, en décembre 2011. A près de 93 ans, l'ancien chancelier allemand Helmut Schmidt prononçait son dernier discours au congrès du Parti social-démocrate, son parti, à Berlin, et il y était évidemment question d'Europe. D'Europe et d'Allemagne. D'Allemagne dans l'Europe.

Né en 1918, Helmut Schmidt avait vu de trop près le XX<sup>e</sup> siècle, ses horreurs et sa renaissance, pour ne pas rappeler à ses compatriotes du SPD la part particulière qu'y avait prise leur pays. « *Quand l'Allemagne sera-t-elle enfin un pays normal ?* », lui avait demandé un député ami. « *L'Allemagne ne deviendra pas "normale" dans un avenir proche* », répondit l'ancien chancelier en se remémorant leur conversation. Du long plaidoyer pour l'intégration européenne qu'il prononça ce jour-là, une préoccupation émergeait, plusieurs fois réitérée : celle d'une Allemagne dont la puissance économique inquiète les autres Européens. Or, cette puissance, souligna-t-il, n'aurait pas été possible sans le plan Marshall, sans la communauté européenne, sans l'OTAN, « *sans l'aide de nos voisins ni sans l'effondrement du bloc de l'Est* ». Cette « *solidarité reçue* », l'Allemagne en était donc redevable, lorsque à leur tour, ses « *voisins* » frapperait à la porte de la solidarité.

Ce chancelier qui, par dérision, conseillait aux hommes politiques se vantant d'avoir une vision d'aller voir un médecin, pouvait évidemment se montrer visionnaire lui-même : l'Allemagne, résuma-t-il ce jour-là, « *a besoin de l'intégration européenne – ne serait-ce que pour nous protéger de nous-mêmes* ».

**« Le moment est venu de se battre »**

Helmut Schmidt est mort en 2015 mais son discours n'a pas pris une ride. Lundi 18 mai, c'est une chancelière chrétienne-démocrate, enfant de la guerre froide et non plus, comme Schmidt, des deux guerres mondiales, qui a pris le relais. Gestionnaire bien plus que visionnaire, peu encline aux envolées lyriques, Angela Merkel a su trouver les mots simples pour expliquer le virage à 180 degrés qu'elle venait d'opérer sur l'orthodoxie budgétaire européenne, en brisant le tabou d'un endettement commun à l'Union européenne pour aider les pays les plus touchés par la pandémie à se relever : « *Le moment est venu de se battre, et l'on se bat pour des idées*, a dit la chancelière. *L'Allemagne et la France se battent pour l'idée européenne.* »

Pour Jean-Louis Bourlanges, député centriste qui connaît si bien l'Europe qu'il en parle comme de sa famille, Angela Merkel s'est montrée là, à la fois pragmatique et dépositaire de cette identité allemande d'après-guerre. Les crimes perpétrés à Auschwitz, déclarait-elle en décembre 2019 au cours d'une visite dans le camp d'extermination, « *sont une partie intégrante de notre identité et le seront à jamais* ». Sur l'Europe, nous dit Jean-Louis Bourlanges, « *c'est par conservatisme qu'elle accepte cette grosse distorsion* » à sa position sur la dette commune : « *Fidèle au pacte européen, elle est attachée à la zone euro et là, elle a pris la mesure de la gravité de la situation.* »

### **« L'Allemagne ne s'en sortira bien que si l'UE s'en sort bien », Angela Merkel**

Pragmatique donc, la chancelière a fait du chemin depuis les premiers sommets européens convoqués en urgence et en visioconférence lorsque le Covid-19 a attaqué l'Europe par le sud. En mars, sa froideur, face à l'émotion exprimée par les premiers ministres italien et espagnol, avait frappé. Depuis, elle a compris que cette crise, qu'elle a qualifiée lundi 18 mai de « *plus grave crise de l'histoire* » de l'Union européenne (UE), menaçait l'Europe, et donc menaçait l'Allemagne. « *L'Allemagne ne s'en sortira bien que si l'UE s'en sort bien* », a-t-elle jugé lundi, avec une remarquable franchise. Là où Emmanuel Macron perçoit l'occasion d'un dépassement du projet européen, elle voit simplement, elle, l'impossibilité de laisser la pandémie engloutir ce bien commun qu'est l'UE. Et, au dernier moment, au bord du gouffre, elle fait ce qu'il y a à faire.

Car elle est aussi tacticienne. L'arrêt de la Cour constitutionnelle de Karlsruhe, le 5 mai, mettant en cause les fondements mêmes de la zone euro, a fait l'effet d'une bombe dans les milieux pro-européens, y compris en Allemagne. Angela Merkel s'en est servie, elle, pour rebondir sur le débat ainsi ouvert, s'appuyant sur l'évolution favorable de son opinion publique et sur les judicieuses interventions de deux importantes alliées, Ursula von der Leyen, la présidente de la Commission européenne, et Christine Lagarde, présidente de la Banque centrale européenne. Le 13 mai, la chancelière énonçait calmement que l'arrêt qui avait mis le feu aux poudres inciterait en fait l'Allemagne « *à œuvrer davantage pour faire avancer l'intégration politique de l'Union monétaire* ». Ce qu'il faut, ajoutait-elle, c'est « *une orientation politique claire* ».

Cela tombait bien : à l'Élysée aussi, on voyait dans la ruade des juges de Karlsruhe une leçon sur la nécessité d'un engagement politique, indispensable complément aux règles et aux institutions. Entre Paris et Berlin, le dialogue avait enfin repris, le débat, intense, progressait et les planètes commençaient à s'aligner. « *On ne change pas Berlin en un jour* », soulignait patiemment début avril un conseiller du président Macron, pariant qu'avec le temps, l'effondrement des économies et le décrochage entre le sud et le nord qui menaçait la zone euro, la chancelière et le président finiraient par s'accorder sur un compromis. Pari gagné.

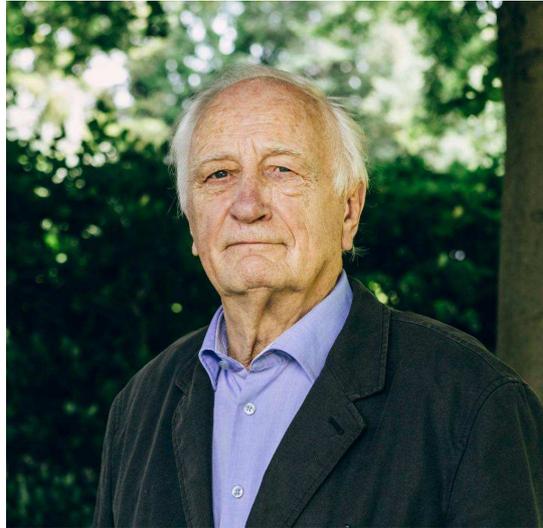
Le 1<sup>er</sup> juillet, l'Allemagne prendra la présidence tournante de l'UE pour six mois. Ce sera la dernière mission européenne de la chancelière Merkel, qui doit quitter la scène politique l'an prochain, après quinze ans au pouvoir. Il lui reste quelques semaines pour convaincre les pays « frugaux » du nord, ceux qui restent opposés à une dette commune et à des subventions pour financer la reconstruction des pays les plus touchés par la crise. A elle, une dernière fois, de jouer.

**Sylvie Kauffmann**(Editorialiste au « Monde »)

# Mehr Europa darf nicht weniger Demokratie bedeuten

Stand: 07:29 Uhr | Lesedauer: 7 Minuten

Von Heinrich August Winkler



Der Historiker Heinrich August Winkler lehrte als Professor für Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin.

Quelle: [ausblenden.de](https://www.ausblenden.de/)/Marlene Gawrisch

Im EZB-Urteil hat das Verfassungsgericht nicht generell den Vorrang des EU-Rechts bestritten. Aber es darf nicht den Prinzipien der Demokratie und dem Grundgesetz widersprechen. Unmittelbar demokratisch legitimiert sind nur die Mitgliedstaaten, nicht die EU selbst.

Von einer „Revolte der Richter“ war die Rede, von „Rechthabern“ in Karlsruhe, ja sogar von einem „Attentat auf Europa“: Selten hat ein Urteil des höchsten deutschen Gerichts in der Presse so lauten und anhaltenden Widerspruch gefunden wie das vom 5. Mai 2020 zum Staatsanleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank. Dass ausgerechnet der Regierungschef einer der neuen „illiberalen Demokratien“ Ostmitteleuropas, der polnische Ministerpräsident Morawiecki, das Urteil in den höchsten Tönen lobte, erhöhte noch die Empörung.

Tatsächlich ist das Urteil vom 5. Mai eine Absage an den Anspruch des Europäischen Gerichtshofs, bei der Auslegung des europäischen Rechts unbedingt, das heißt ohne jede Ausnahme, das für alle Mitgliedstaaten verbindliche letzte Wort zu behalten. Auf die europäischen Verträge, die zusammen die Rechtsgrundlage des Staatenverbundes EU bilden, können sich die Luxemburger Richter dabei aber nicht berufen. Der Grundsatz, dass das Recht der Europäischen Union in jedem Fall und unter allen Umständen Vorrang vor dem Recht, und zwar auch dem Verfassungsrecht, der Mitgliedstaaten, hat, entstammt vielmehr einer fortschreitenden Selbstermächtigung des Europäischen Gerichtshofs, die mit zwei in der breiteren Öffentlichkeit kaum

beachteten Urteilen aus den 1960er-Jahren, dem Gend-&-Loos-Urteil von 1963 und dem Costa-v.-Enel-Urteil von 1964, begann.

Die Karlsruher Richter haben die Vorrangigkeit des EU-Rechts zu keiner Zeit pauschal bestritten, wohl aber schon im Urteil zum Maastricht-Vertrag vom Oktober 1993 eine unüberschreitbare Grenze markiert: Das Gemeinschaftsrecht darf nicht den Grundprinzipien der Demokratie, wie sie im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland niedergelegt sind, obenan dem Prinzip der Volkssouveränität und mit ihm der demokratischen Legitimation aller staatlichen Gewalt, widersprechen. In diesem Sinn sind nur die Mitgliedstaaten der EU unmittelbar demokratisch legitimiert, nicht aber die Europäische Union selbst.

Nur die Mitgliedstaaten kennen das allgemeine, gleiche, freie, direkte und geheime Wahlrecht: Die Wahlen zum Europäischen Parlament sind allgemein, frei, geheim und direkt, aber nicht gleich. Sie können es auch gar nicht sein. Würde bei den Wahlen zum Straßburger Parlament der Grundsatz „eine Person, eine Stimme“ gelten, wären kleine Staaten wie Malta, Luxemburg oder Zypern dort gar nicht vertreten – es sei denn, dem Hohen Haus gehörten einige Tausend Abgeordnete an. Die Privilegierung der kleinen und die Diskriminierung der größeren Staaten ist gewollt, und sie ist gerechtfertigt, solange die Aufgaben des Europäischen Parlaments begrenzt sind.

Das Europaparlament nimmt wichtige Aufgaben wahr. Dass es nach einer Ausweitung seiner Kompetenzen, ja letztlich nach der Parlamentarisierung der Europäischen Union strebt, ist leicht nachvollziehbar. Über ein demokratisches Mandat aber verfügen seine Abgeordneten, anders als die der nationalen Parlamente, nicht. Nach einer Vollparlamentarisierung würden sich deshalb nach dem Urteil des früheren Verfassungsrichters Dieter Grimm die Legitimationsprobleme der EU verstärken, statt sich aufzulösen; die Demokratiebilanz des Staatenverbundes sähe schlechter aus als vorher. Eine demokratische Legitimation und Kontrolle der Macht setzt demokratische, also gleiche Wahlen voraus. Im vollen Sinn demokratisch legitimiert sind deshalb nur die Parlamente und die von ihnen getragenen Regierungen der Mitgliedstaaten. Die EU verfügt nur über eine von ihnen, den Herrn der Verträge, abgeleitete demokratische Legitimation.

### **Es gelten Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit**

Eben darauf beharrt das Bundesverfassungsgericht, und es tut dies im Namen der Demokratie. Es verweist darauf, dass Deutschland den Verträgen von Maastricht (1993) und Lissabon (2009) unter der Bedingung beigetreten ist, dass die Kernsubstanz des Grundgesetzes durch die Zugehörigkeit zur Europäischen Union nicht angetastet wird. Der Vertrag von Lissabon stellt ausdrücklich klar, dass die Zuständigkeiten der EU

durch den „Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung“ definiert sind und für die Ausübung dieser Zuständigkeiten die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gelten.

Der Vorrang der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs vor der der nationalen Gerichte reicht weit, aber er ist nicht grenzenlos. Er gilt innerhalb der Grenzen, die ihm durch die europäischen Verträge gezogen sind. Wenn er diese Grenzen einmal überschreitet, darf und muss ihm widersprochen werden. Das hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil vom 5. Mai getan, in dem es dem Europäischen Gerichtshof vorhält, er habe den Kauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank vorschnell als europarechtskonform bewertet, ohne zuvor hinreichend auf die Frage nach der „Verhältnismäßigkeit“, das heißt der wirtschaftspolitischen Angemessenheit dieser Maßnahmen, einzugehen.

Dass das Karlsruher Urteil seinerseits Widerspruch aus Brüssel und Luxemburg auslösen würde, war zu erwarten. Aber was meint Ursula von der Leyen, die deutsche Präsidentin der Europäischen Kommission, wenn sie in einem Brief an den deutschen Europaabgeordneten der Grünen, Sven Giegold, erklärt, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts werfe „Fragen auf, die den Kern der europäischen Souveränität berühren“? Worauf gründet sich die von ihr behauptete „europäische Souveränität“?

Auf eine europäische Volkssouveränität jedenfalls nicht, denn es gibt kein europäisches Staatsvolk, so wenig wie es einen europäischen Staat gibt. Solange die Europäische Union ein Staatenverbund ist, sind ihre Rechte die, die ihr von den Mitgliedstaaten unter bestimmten Bedingungen übertragen worden sind. Ihre Souveränität aber haben die Mitgliedstaaten der EU nicht übertragen.

Doch der Streit zwischen Karlsruhe auf der einen und Brüssel und Luxemburg auf der anderen Seite ist nur vordergründig einer zwischen „Souveränisten“ und „Integrationisten“. In Wirklichkeit geht es um ein viel grundsätzlicheres, von den meisten Kritikern des Bundesverfassungsgerichts ausgeblendetes oder mit leichter Hand beiseitegeschobenes Problem: die Reichweite des Demokratieprinzips.

### **Wenn die Exekutivgewalt sich verselbständigt**

Der europäische Einigungsprozess ist spätestens seit dem Maastricht-Vertrag durch die Tendenz zu einer „verselbständigten Exekutivgewalt“ in Gestalt des Brüsseler Bürokratieapparates gekennzeichnet. (Der Begriff „verselbständigte Exekutivgewalt“ stammt von Karl Marx, der damit 1852 das bonapartistische Regierungssystem des Prinzen Louis Napoleon Bonaparte, des späteren Kaisers Napoleon III., charakterisieren wollte.)

Dieser Prozess ist gewiss nicht die einzige, aber doch eine wichtige Ursache des Erstarkens populistischer Proteste in vielen europäischen Ländern. Wenn das Bundesverfassungsgericht seit Langem die Integrationsverantwortung der nationalen Parlamente, in Deutschland also des Bundestags, betont, stärkt es die Sache der Demokratie. Mehr Europa um den Preis von weniger Demokratie: Wer das will oder diese Konsequenz billigend in Kauf nimmt, fügt dem Projekt der europäischen Einigung nachhaltigen Schaden zu – vom Schaden für die Sache der Demokratie ganz zu schweigen.

Es gibt tiefere, historische Gründe, weshalb die Idee eines „souveränen“, „postnationalen“ Europa gerade von deutschen Politikern, von der Union über die Sozialdemokraten bis zu den Grünen, und von den Letzteren besonders vehement vertreten wird. Die Deutschen haben ihren ersten Nationalstaat, das von Bismarck geschaffene und von Hitler in den Abgrund gestürzte Deutsche Reich, ruiniert. Aber daraus folgt nicht, dass der Nationalstaat schlechthin gescheitert ist, und schon gar nicht, dass die Deutschen berufen sind, im Namen Europas anderen Nationen ihr Recht auf eine eigene nationale Identität und einen eigenen Nationalstaat abzusprechen.

### **Zeitalter der postklassischen Nationalstaaten**

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind keine unumschränkt souveränen, klassischen Nationalstaaten mehr. Sie sind postklassische Nationalstaaten, die einige ihrer Hoheitsrechte gemeinsam ausüben und andere auf supranationale Einrichtungen übertragen haben. Eine demokratische Legitimation der Macht gibt es einstweilen nur in den Mitgliedstaaten der EU. Da diese Staaten in der Welt von heute allein nicht mehr viel bewirken können und als isolierte Akteure von vielen Problemen hoffnungslos überfordert wären, sind sie existenziell auf ihren Staatenverbund, die EU, und auf eine immer engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten dieser Gemeinschaft angewiesen.

Das Karlsruher Urteil sei, so liest und hört man dieser Tage immer wieder, zum falschen Zeitpunkt ergangen – wobei unterstellt wird, dass ein Gericht sich den Zeitpunkt seiner Urteilsverkündungen frei aussuchen könne oder dürfe. Die Verfassungsrichter hätten, so lautet der Vorwurf, vorhersehen müssen, dass sich die „illiberalen Demokratien“ Ostmitteleuropas, also Ungarn unter Viktor Orbán und Polen unter Jaroslav Kaczynski, das Urteil vom 5. Mai in ihrem Sinn ausdeuten und sich in ihrer Auflehnung gegen Urteilssprüche aus Luxemburg bestärkt fühlen würden. Das tun sie in der Tat, aber zu Unrecht.

Wenn der Europäische Gerichtshof darauf besteht, dass Budapest und Warschau die Grundsätze der Unabhängigkeit der Justiz und damit der Gewaltenteilung respektieren müssen, tut er seine Pflicht als Hüter der Verträge, die die Rechtsstaatlichkeit als Fundament der europäischen Rechtsgemeinschaft voraussetzen.

Wenn das Bundesverfassungsgericht aus plausibel dargelegten Gründen zu dem Schluss kommt, dass der Europäische Gerichtshof in einem konkreten Einzelfall ausnahmsweise seine Kontrollpflichten nicht hinreichend erfüllt und eben dadurch seine Zuständigkeiten überschritten und europäisches Recht verletzt hat, geht es ihm ebenfalls um die Einhaltung der europäischen Verträge.

Es ist an der Zeit, dass die Debatte über das Urteil vom 5. Mai sich endlich dem Kern des Problems zuwendet: der seit Jahrzehnten vernachlässigten, ja verdrängten Frage, wie im Staatenverbund der EU ein hinreichendes Maß an demokratischer Kontrolle der europäischen Institutionen gewährleistet werden kann. Ohne eine überzeugende Antwort auf diese Frage ist eine Fortsetzung des bisherigen Integrationsprozesses, also eine Abtretung weiterer Hoheitsrechte an die Europäische Union, nicht zu rechtfertigen.

EUROPA IN DER CORONA-KRISE:

## Solidarität bis zur Schuldenunion?

- EIN KOMMENTAR VON BERTHOLD KOHLER
- -AKTUALISIERT AM 22.05.2020-08:36



Manche sehen in dem Vorschlag Merkels und Macrons den Grundstein für ein neues Europa. Dessen Völker leben freilich noch immer gerne in ihren nationalstaatlichen Altbauten.

Die Reaktionen auf den Vorschlag der Bundeskanzlerin und des französischen Staatspräsidenten zur Errichtung eines kreditfinanzierten Wiederaufbaufonds fielen typisch europäisch aus: Sie reichten von Lobliedern auf die Solidarität, die sich in dieser Initiative zeige, bis zur Verurteilung als Verstoß gegen die Verträge und Prinzipien, die in der EU gälten.

Für die schärfsten Kritiker des Macron-Merkel-Papiers ist es ein weiterer Beleg für die Absicht, aus der ungeliebten Währungsunion eine Transfer- und Schuldenunion zu machen – eine ohne Boden. Die Sorge ist alt, die Dimension neu: Würden die zu einer halben Billion aufgetürmten Zuschüsse wirklich zur Stärkung der staatlichen Strukturen und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit verwendet werden? Deutschland verfügt dank einer soliden Haushaltspolitik über erhebliche Mittel, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise abzumildern. Unerschöpflich ist aber auch die deutsche Staatskasse nicht. Die jetzt aufgenommenen Schulden belasten die künftigen Generationen. Warum sollten wir also mit jenen teilen, die in der Vergangenheit vielleicht besser gefeiert, aber schlechter gewirtschaftet haben?

Die Unterstützung, die den weniger gutsituierten Staaten in der EU schon jetzt in unterschiedlichen Formen zuteilwird, ist allerdings nicht nur ein Zeichen der Selbstlosigkeit der Geberländer und Nettozahler. Die Volkswirtschaften der EU-Mitgliedstaaten sind so eng miteinander verwoben, dass es selbst der größten von ihnen nicht gutgehen kann, wenn die anderen in schwere See gerieten. Gingen gar Frankreich oder Italien in die Knie, hätte das für den Euro, die EU und damit auch für Deutschland schwerwiegende Folgen, und das nicht nur im Handel.

### Die alten Ressentiments sind schnell zur Hand

Stürzte Europa in eine wirtschaftliche und politische Rezession wie etwa durch das Zerschlagen der Währungsunion, dann hätten wechselseitige Schuldvorwürfe Hochkonjunktur. Wie schnell die alten Ressentiments zur Hand sind, zeigt die Corona-Krise. Es ist bedauerlich, dass die Volksverhetzer aller Länder so leicht die Schicht der Versöhnung durchbohren können, an der Generationen von überzeugten Europäern gearbeitet haben. Doch sollte das erst recht ein Grund dafür sein, die Errungenschaften der europäischen Einigung nicht fahrlässig aufs Spiel zu setzen.

Das gilt für die Kritiker einer fortschreitenden Integration wie für die glühenden Integrationisten. Denn auch wer den Eindruck vermittelt, er würde lieber heute als morgen die Nationalstaaten aushöhlen und ihre Organe bis hin zu ihren höchsten Gerichten entmachten, schadet der europäischen Idee. Man mag davon

schwärmen, dass mit dem Macron-Merkel-Plan der „Grundstein für ein neues Europa“ gelegt worden sei – die europäischen Völker leben nach wie vor gerne in ihren schönen Altbauwohnungen, den Nationalstaaten. Sie sind auch die Heimat der Demokratie. Dort hat der Souverän noch immer größeren und direkteren Einfluss auf politische Entscheidungen als in Brüssel. In den Nationalstaaten ist auch das Gefühl am stärksten, einer Schicksalsgemeinschaft anzugehören, für die man Opfer bringt, wenn es nötig erscheint.

## Das größte Manko des Einigungsprozesses

Ein solches Zusammengehörigkeitsgefühl gibt es auf europäischer Ebene noch nicht. Das ist das größte Manko des Einigungsprozesses. Seit der Wiedervereinigung zahlten die Deutschen zwar nicht durchgehend fröhlich, aber doch brav ihren „Soli“. Ein deutscher Politiker, der forderte, einen ähnlichen Solidaritätsbeitrag für Spanien oder Italien aufzubringen, würde den perfekten Shitstorm erleben – obwohl mancher Deutscher sich eher nach einem Leben in der Toskana sehnt als in Sachsen-Anhalt.

Doch mit dem in den Nationalstaaten existierenden Gemeinschaftsgefühl, das nicht erst im Zeitalter des Nationalismus entstand, damals aber unter scharfer Abgrenzung zu den anderen Völkern, kann die europäische Identität noch nicht mithalten. Deshalb muss jeder Akt der finanziellen Hilfe, der in einer Welt der begrenzten Mittel auf Seiten des Gebenden mit einem Verzicht verbunden ist, noch besser begründet werden als etwa der Finanzausgleich zwischen den deutschen Ländern.

Denn sogar in einem integrationsfreundlichen Staat wie Deutschland kann die Stimmung drehen, wenn die Bürger das Gefühl bekommen, auf die Rolle des ewigen Zahlmeisters festgelegt zu werden. Es wäre töricht, darauf zu setzen, dass die Deutschen wegen der ökonomischen und politischen Vorteile, die ihnen die europäische Einigung bietet, gar nicht anders könnten, als sich immerzu in Milliardenhöhe „solidarisch“ zu erklären. Selbst wenn man den Wert des Friedens in Zahlen fassen könnte wie den Wohlstand, den ein grenzenloses Europa ermöglicht: Solidarität ist nicht das Ergebnis einer kühlen Gewinn-und-Verlust-Rechnung, sondern eine Frage der Haltung, des Gefühls. Und Gefühle, das sollte man in Italien, Frankreich, Spanien und anderen europäischen Ländern insbesondere dann nicht vergessen, wenn dort wieder einmal die Empörung über die angeblich unsolidarischen Teutonen auflodert, haben sogar die Deutschen.

[https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/hoersaal/creditpoints-fuer-die-gute-tat-so-engagieren-sich-studenten-16770337.html?printPageArticle=true#pageIndex\\_2](https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/hoersaal/creditpoints-fuer-die-gute-tat-so-engagieren-sich-studenten-16770337.html?printPageArticle=true#pageIndex_2)

SOZIAL ENGAGIERTE STUDENTEN:

## Creditpoints für die gute Tat

- VON MARILENA PIESKER, JESSICA VON BLAZEKOVIC
- -AKTUALISIERT AM 22.05.2020-11:10



Im sogenannten Service Learning engagieren sich Studenten sozial und erhalten im Austausch Leistungspunkte für ihr Studium. In der Corona-Krise tun sich neue Möglichkeiten auf. Nicht alle finden das gut.

„An meiner Fakultät können sich Studierende nun für soziales Engagement zur Bewältigung von #COVID19 bis zu 6 Credits anrechnen lassen. Das ist kein Aprilscherz und klingt super sinnvoll. Machen das andere Unis auch?“ Mit diesem Tweet löste die Klimaaktivistin Luisa Neubauer unlängst eine Diskussion über Sinn und Unsinn von sozialem Engagement als Studienleistung aus. Während sich viele Nutzer positiv äußerten, gab es auch Kritik: So hieß es mehrfach, dass Hilfe in der Krise eine Selbstverständlichkeit sei, die nicht mit Creditpoints belohnt werden sollte. Andere bemängelten, dass die universitäre Ausbildung mit der leichtfertigen Vergabe solcher Leistungspunkte aufgeweicht würde.

Das Prinzip, Leistungspunkte für die gute Tat zu erhalten, gibt es nicht erst seit Ausbruch des Coronavirus. Unter dem Begriff „Service Learning“, der in den neunziger Jahren aus Amerika herüberschwappte, verfolgen mehr als 40 Hochschulen in Deutschland die Idee, Studierenden durch soziales Engagement Kompetenzen über die Wissenschaft hinaus zu vermitteln.

In der Praxis sieht das so aus: Soziale Initiativen wenden sich mit ihrem Anliegen an die Hochschulen. Die wiederum erarbeiten daraus eine Projektidee und eine Lehrveranstaltung. Die Studierenden lernen dort die Theorie und vertiefen ihr Wissen dann in der Praxis. Alle Projekte sollen einen gesellschaftlichen Mehrwert haben, etwa Nachhilfe für sozial benachteiligte Schüler oder Yoga mit Inhaftierten.

### Yoga mit Inhaftierten

Das Angebot steht Studierenden aller Fachrichtungen offen. „Der Erfahrungsaustausch ist dadurch sehr viel größer“, sagt Meike Bredendiek. Sie begleitet das Service-Learning-Programm an der Universität zu Köln. Junge Menschen, die sich in ihrem Studium bis dato vor allem mit Physik, Germanistik oder Betriebswirtschaftslehre auseinandergesetzt haben, überwinden so fachliche und persönliche Grenzen. Gerade wegen dieser persönlichen Komponente stellte der Ausbruch der Corona-Krise Bredendiek und ihr Team vor große Herausforderungen: „Eigentlich ist Service Learning ein Projekt, das von Kontakt und Erlebnissen lebt. Weil das in der aktuellen Situation schwer umsetzbar ist, mussten wir umdenken.“ Das Modul im Sommersemester nicht stattfinden zu lassen, stand aber außer Frage: „Gerade jetzt sollte die Gesellschaft doch engagiert bleiben.“

Gemeinsam mit den beteiligten Dozenten und Einrichtungen lotete Bredendiek aus, welche schon geplanten Projekte sich trotz Corona umsetzen ließen. Seit Ende April finden nun acht Kurse statt – komplett digital.

Darunter zum Beispiel ein Filmprojekt mit der Kölner Freiwilligenagentur und Kampagnenarbeit für Menschenrechte in der Modeindustrie. Bei diesem Projekt macht auch die 23 Jahre alte Ethnologie-Studentin Chiara Gärtner mit. Sie ist fast fertig mit ihrem Bachelorstudium und braucht die drei ECTS-Punkte, die es für die Teilnahme an dem Service-Learning-Kurs gibt, eigentlich gar nicht.

„Weil mein Pflichtpraktikum wegen Corona aber verschoben wurde, wollte ich das Semester sinnvoll nutzen und mich für etwas einsetzen, das mir am Herzen liegt.“ Ihre sechs Studienkollegen hat sie bislang nur im Videochat kennengelernt, trotzdem klappte die Zusammenarbeit gut. „Die Veranstaltungen sind super angelaufen und es ist erstaunlich, zu sehen, was digital alles möglich ist“, sagt auch Organisatorin Bredendiek. Am Ende des Semesters präsentieren die Studierenden ihre Projekte normalerweise auf einer feierlichen Veranstaltung. Ob sie dieses Jahr stattfinden kann, ist noch offen. „Es wäre schon schön, die Projektteilnehmer wenigstens einmal persönlich zu treffen“, sagt Gärtner.

## Viel Aufwand für wenig Punkte

Seit dem Jahr 2009 sind die Universitäten, die Service Learning anbieten, in dem Netzwerk „Bildung durch Verantwortung“ organisiert. Am Anfang machten nur fünf Hochschulen mit, heute sind es insgesamt 45. Thomas Sporer ist einer der Netzwerkgründer. Er hatte während seines Studiums positive Erfahrungen mit selbstorganisierten Projekten gemacht und wollte auch anderen Studenten diese Chance ermöglichen. „Im Service Learning lernen sie, sich selbst zu organisieren und Verantwortung zu tragen“, sagt der Gründer.

Die Hochschule Neu-Ulm und die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt sind Paradebeispiele: Hier engagieren sich im Schnitt 40 Prozent der Studierenden in sozialen Projekten. Das liegt auch daran, dass an den Hochschulen Mitglieder des Netzwerks Service Learning lehren und aktiv bewerben. So auch Sporer. Er sieht den Schlüssel in der Kommunikation: „Universitäten müssen gesellschaftliche Themen ernster nehmen und öffentlich über unseren Umgang mit gesellschaftlichen Herausforderungen sprechen.“ An vielen Hochschulen ist das Konzept jedoch noch ein Randthema. An der Kölner Uni etwa engagierten sich im Wintersemester 34 Studierende im Service Learning – von insgesamt rund 50.000 Hörern.

## Rückenwind durch Corona

Dass Universitäten Service Learning nicht aktiv fördern, zeigt sich auch in der überschaubaren Belohnung mit Leistungspunkten. Durchschnittlich drei Creditpoints erhalten die Studierenden im Austausch gegen ihr soziales Engagement. Eine Klausur in Betriebswirtschaftslehre bringt dagegen bis zu zwölf Punkte. Der Arbeitsaufwand für die „Service Learner“ ist also verhältnismäßig hoch. „Es mag sein, dass man die drei Creditpoints woanders einfacher bekommt“, sagt Bredendiek. „Auch wenn die Studierenden, die sich am Service Learning beteiligen, eine hohe intrinsische Motivation haben, muss die Universität hier unterstützen.“ Dass die Hochschulen das nicht stärker tun, dürfte auch daran liegen, dass die theoretische Lehrlandschaft die Praxis nicht ausreichend würdigt. Hochschulen legen in der Regel viel Wert auf wissenschaftliche Veröffentlichungen. Und auch das eng getaktete Bachelor-Master-System lässt immer weniger Freiräume zu. Dabei zeigt eine Umfrage unter 116 Studenten, dass der Anteil derer, die ihre Studienziele stärker verfolgten und erreichten, unter den Service-Learning-Studierenden um 10 Prozent höher ist als bei Studenten, die nur klassische Vorlesungen besuchten.

Auch das Lernklima schätzten die Service Learner angenehmer ein. Die Studentin Chiara Gärtner ist nach drei Wochen Service Learning ebenfalls schon von dem Konzept überzeugt: „In dem Kurs trifft man Menschen, mit denen man vorher sonst nie zusammengekommen wäre. Und was spricht dagegen, Wissenschaft mit Praxis zu verbinden?“ Für die Organisatoren steht der positive Effekt sozialer Arbeit auf den Entwicklungsprozess der Studierenden im Vordergrund: Zielstrebigkeit, Eigenverantwortung und Selbstorganisation – in der Arbeitswelt seien es genau diese Kompetenzen, die erwartet würden. Und auch so manches Vorurteil werde überwunden. Das kann der 21 Jahre alte Kölner Psychologie-Student Hendrik Paetsch bestätigen, der im vergangenen Wintersemester ein Service-Learning-Modul absolvierte. Einmal in der Woche gab er sozial benachteiligten Realschülern Nachhilfe in Mathematik. „Ich hatte Respekt vor der Aufgabe“, sagt der Student. „Eine Lehrerin der Schule hat mir von ein paar schwierigen Situationen mit ihren Schülern erzählt. Ich wusste also nicht, was mich erwartet.“ Mit den Kindern ins Gespräch zu kommen, habe seine Ansichten aber verändert.

Auch wenn viele Projekte im Sommersemester 2020 nicht wie geplant durchgeführt werden können, könnte ausgerechnet die Corona-Krise dem Service Learning nun Rückenwind geben. So hat die Universität Freiburg ihr Angebot auf Studierende ausgeweitet, die sich gegen die Ausbreitung von Covid-19 engagieren. Wer in den vergangenen Wochen schon Hilfe geleistet hat, etwa in Form von Einkaufen für Senioren, kann sich seinen Einsatz anrechnen lassen. Kommende Woche starten zudem neue Kurse mit Corona-Schwerpunkt. An der Uni in Göttingen, die auch Klimaaktivistin Neubauer besucht, können sich Studierende Punkte anrechnen lassen, wenn sie bei Hilfsorganisationen mitarbeiten. Und in Tübingen gibt es sogar ECTS fürs Spargelstechen.

500-MILLIARDEN-FONDS:

# Der Hamilton-Moment

- **VON HANS-WERNER SINN**
- -AKTUALISIERT AM 22.05.2020-14:47



Finanzminister Scholz vergleicht die hohe Kreditaufnahme der EU mit Amerikas Gründung. Das hätte er besser nicht getan. Ein Gastbeitrag.

Die seit 2008 schwelende Euro-Krise, die im Kern eine Wettbewerbskrise der überteuerten Länder Südeuropas ist, wird in stetem Rhythmus durch immer teurer werdende Bail-out-Aktionen der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Eurostaaten zugedeckt. Mit den Summen wächst das Pathos. Diesmal bemühte der deutsche Finanzminister [Olaf Scholz](#) (SPD) sogar den Vergleich mit der Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika.

In einem Interview mit der „Zeit“ zitierte er Alexander Hamilton, um eine Kreditaufnahme der [EU](#) im Umfang von zunächst 500 Milliarden Euro zu begründen, mit Hilfe deren Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der französische Präsident Emmanuel Macron nun die aufgrund der Corona-Epidemie erhöhte Gefahr von Staatskonkursen und entsprechenden Gläubigerverlusten in Südeuropa abwenden wollen. Das Pathos ist notwendig, um den Umstand zu überdecken, dass der EU-Kommission nach Artikel 310 und 311 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union eine Kreditfinanzierung ihrer Ausgaben verboten ist.

Alexander Hamilton, der noch immer die 10-Dollar-Note der Vereinigten Staaten schmückt, war der erste Finanzminister der Vereinigten Staaten. Er hatte 1790 kurz nach der Gründung Amerikas die Schulden der Einzelstaaten zu Bundesschulden gemacht. Die Schulden sollten durch gemeinsame Importzölle bedient werden. Hamilton argumentierte, diese Schulden seien im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg gegen die Briten (1775 bis 1783) entstanden und müssten nun auch gemeinsam getragen werden.

## Ein schiefer Vergleich

Den Vergleich von Olaf Scholz kann man insofern nachvollziehen, als der Kampf der europäischen Staaten gegen das Virus an den Kampf der amerikanischen Staaten gegen die Briten erinnert. Dennoch hätte der Finanzminister besser daran getan, diesen Vergleich zu unterlassen. Er ist schief, weil Europa anders als seinerzeit die Vereinigten Staaten noch keinen gemeinsamen Staat gegründet hat – ja, wie das Urteil des Verfassungsgerichts von vergangener Woche noch einmal unmissverständlich klargemacht hat, noch meilenweit davon entfernt ist. Gerade Frankreich hatte sich erfolgreich gegen die gemeinsame europäische Verfassung gestemmt, weil es zwar eine Fiskalunion, nicht aber eine politische Union wollte. Außerdem ist zu bedenken, dass der amerikanische Bundesstaat die Schulden der Einzelstaaten nicht umsonst übernahm, sondern im Gegenzug die Abtretung von Gebieten verlangte.

Vor allem aber ist der Vergleich wegen der schlechten Erfahrungen, die Amerika hernach mit der Schuldenunion machte, äußerst beunruhigend. Hamilton meinte, dass die Vergemeinschaftung der Schulden

„Zement“ für den neuen amerikanischen Staat sei. Da irrte er jedoch. Die Vergemeinschaftung, die in den Jahren 1814 bis 1816 während des zweiten Krieges gegen die Briten nochmals wiederholt wurde, änderte das Verhalten der Einzelstaaten in einer Art und Weise, die alles nur noch schlimmer machte.

Da nun Gläubiger und Schuldner davon ausgingen, dass man auch in Zukunft die Schulden der Einzelstaaten vergemeinschaften und nach Washington schieben würde, wurden in wachsendem Umfang Kredite aufgenommen und zur Finanzierung von Investitionen verwendet. Überall wurden Straßen, Brücken, Kanäle und öffentliche Gebäude errichtet. Das ließ sich zunächst prächtig an. Die Bauarbeiter fanden Jobs, und für die Zeit nach der Bauphase freute man sich schon auf eine bessere Infrastruktur, die weiteres Wirtschaftswachstum hervorbringen würde. Die Gläubiger, die sich in der Sicherheit wähnten, dass der Zentralstaat sie schützen werde, begnügten sich mit niedrigen Zinsen, und die Schuldner waren gerne bereit, Kredit aufzunehmen, da sie nicht davon ausgingen, dass sie ihn selbst würden zurückzahlen müssen.

Der Bauboom führte jedoch zu einer Bonanza-Stimmung, die insbesondere in der zweiten Hälfte der 1820er Jahre immer mehr Kreditwachstum induzierte und zu einer Wirtschaftsblase führte, die schließlich Mitte der 1830er Jahre platzte. Das lag auch daran, dass sich die extrem aufwendigen Investitionen in die Wasserstraßen wegen der aufkommenden Eisenbahnen als Fehlinvestitionen erwiesen. Die Finanzmärkte gerieten 1837 in Panik, und es begann eine Rezession, von der sogar die europäischen Handelspartner erfasst wurden, allen voran Großbritannien. Die Finanznöte zwangen manche Staaten, die Zahlungen an Bedienstete und Lieferanten einzustellen. 1839 kam die Kreditvergabe auf dem offenen Markt zum Erliegen, und die amerikanische Volkswirtschaft rutschte in eine tiefe Depression.

In dieser Situation versuchte der Zentralstaat zu helfen, indem er den Einzelstaaten mit eigenen Krediten unter die Arme griff, doch waren seine Möglichkeiten alsbald erschöpft. Im Jahr 1841 mussten Florida, Mississippi, Arkansas und Indiana ihre Zahlungsunfähigkeit erklären und stellten die Bedienung ihrer ausstehenden Anleihen ein. Andere Staaten wie Alabama, New York, Ohio und Tennessee hatten ebenfalls Zahlungsschwierigkeiten, konnten aber den formellen Konkurs gerade noch vermeiden. Insgesamt gingen neun der im Jahr 1842 existierenden 29 Staaten und Territorien der Vereinigten Staaten in Konkurs. Nichts als Streit und Unfrieden waren durch die Sozialisierung der Staatsschulden entstanden.

Der Historiker Harold James aus Princeton hat dazu lakonisch bemerkt, Hamilton habe dem neuen Staat nicht Zement, sondern Sprengstoff geliefert. In der Tat kann man eine direkte Linie vom Jahr 1842 zu dem neunzehn Jahre später einsetzenden Sezessionskrieg ziehen. Dieser Krieg ist zwar durch die ungelöste Sklavenfrage und Zollstreitigkeiten ausgelöst worden, doch die unlösbare Schuldenproblematik, so James, hat zu den Spannungen beigetragen, die sich in diesem Krieg entluden.

## Strikte Schuldengrenzen

Die Amerikaner sind aus ihrem Schaden klug geworden, denn sie reagierten darauf, indem sie strikte Schuldengrenzen für die Einzelstaaten verabredeten und der Schuldensozialisierung ein Ende bereiteten. Da ein jeder Schuldner wusste, dass er für seine Schulden selbst würde einstehen müssen, und die Gläubiger aus Angst vor dem Konkurs der Schuldner bei wachsenden Schulden höhere Zinsen verlangten, blieben Amerika weitere Schuldenexzesse auf der Ebene der Einzelstaaten fortan erspart.

Auch später, als die Vereinigten Staaten Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts ihre Zentralbank gründeten, blieb die Schuldendisziplin erhalten, denn im Gegensatz zum Eurosystem kaufte das amerikanische System der Zentralbanken keine Anleihen der Einzelstaaten. Als Kalifornien vor einigen Jahren am Rande des Konkurses stand und eine eigene Ersatzwährung ausgab, die IOUs, kam die Federal Reserve Bank diesem Staat nicht mit dem Kauf seiner Anleihen zu Hilfe. Ebenso wenig half sie Staaten wie Illinois oder Minnesota, die arge Finanznöte hatten und öffentliche Einrichtungen schließen mussten, weil sie sie nicht mehr bezahlen konnten. Das Ganze spielte sich ab bei Schuldenquoten, die um eine Zehnerpotenz unter den Quoten der hochverschuldeten Staaten Südeuropas lagen. Nur auf der Ebene des Bundesstaates gab es in den vergangenen Jahren ebenfalls Entwicklungen, die Anlass zur Sorge geben, aber das lag vermutlich auch an der Vergemeinschaftung, die mit solchen Schulden automatisch verbunden ist.

Europa hat jetzt die Wahl, ob es, dem Druck des Augenblicks nachgebend, weiterhin die Fehler der ersten Jahrzehnte Amerikas wiederholen möchte oder ob es sich auf ein System der Schuldendisziplin zurückbesinnen möchte, um die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten nach dem Sezessionskrieg zu imitieren. Es hat die Möglichkeit, aus den amerikanischen Fehlern zu lernen. Dafür ist es trotz der gewaltigen Schulden, die schon aufgelaufen sind, nicht zu spät, denn es gibt Reformoptionen, die das Zerstörungswerk der Schuldensozialisierung vermeiden. Sie ähneln dem Drücken des Reset-Knopfes am Computer und reichen von Schuldenschnitten mit Kapitalverkehrskontrollen bis hin zu temporären Euroaustritten zum Zwecke der Währungsabwertung, wie sie in der Griechenland-Krise erwogen wurden.

**Hans-Werner Sinn** ist emeritierter Präsident am Münchener Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-gruppe-der-jungen-maenner-ist-in-gefahr-16777414.html?premium>

AHMET TOPRAK IM GESPRÄCH:

## „Die Gruppe der jungen Männer ist in Gefahr“

- VON TIMO STEPPAT
- -AKTUALISIERT AM 23.05.2020-14:05



Muslimische junge Männer sind häufiger arbeitslos, und die Wahrscheinlichkeit, dass sie kriminell werden, ist höher. Warum ist das so? Erziehungswissenschaftler Ahmet Toprak sagt: Das liegt an ihren Eltern. Aber nicht nur.

Herr Toprak, warum sind so viele junge muslimische Männer desintegriert?

Lassen Sie uns auf die Zahlen schauen. Junge Männer, die aus muslimisch geprägten Ländern stammen, machen seltener das Abitur, sie brechen häufiger die Schule ab, sie sind häufiger arbeitslos, und die Wahrscheinlichkeit, dass sie kriminell werden, ist deutlich höher. Das alles kann man messen. Die Pisa-Studie 2016 hat schon festgestellt, dass junge Männer mit Migrationshintergrund in Städten die Verlierer des deutschen Bildungssystems sind. Männlich, muslimisch, aus einer westlichen Großstadt.

Welche Faktoren sind dafür verantwortlich, dass die Jungen so schlecht abschneiden?

Wenn man gängige Erklärungsmuster zugrunde legt, dass Migranten benachteiligt werden, dann müsste das auch für Mädchen gelten, denn die jungen Frauen werden, wenn sie ein Kopftuch tragen, noch stärker benachteiligt als junge Männer. Aber die Pisa-Studie benannte explizit nur die Jungen, nicht die Mädchen als Bildungsverlierer. Benachteiligung allein reicht als Erklärung nicht aus, es heißt aber auch nicht, dass sie nicht stattfindet. Meine These ist, dass Erziehung der wichtigste Ausgangspunkt ist. Ich arbeite seit 21 Jahren mit jungen muslimischen Männern zusammen. Erst als Sozialarbeiter, dann wissenschaftlich als Erziehungswissenschaftler. Die Jungen werden so erzogen, dass die Eltern Jungen unwillentlich falsch auf die deutsche Gesellschaft vorbereiten.



Ahmet Toprak lehrt Erziehungswissenschaften an der Fachhochschule Dortmund. :Bild: dpa

Wieso falsch?

Der Junge soll aus muslimisch-konservativer Sicht heraus später für die Familie sorgen. Er soll der Ernährer der Familie werden, Vater und Oberhaupt der Familie. Er soll einen anerkannten Beruf haben, er soll die Familie ernähren, zur Not seine Familie auch nach außen schützen. Diese Anforderungen kann der Junge, darüber ist man sich schon bewusst, nicht sofort lernen, er bekommt Zeit dafür. Er darf auch Fehler machen, es wird ihm verziehen, wenn er sich nach außen orientiert, wenn er über die Stränge schlägt. Er wird auch nicht sofort bei jeder Kleinigkeit reglementiert. Das trägt dazu bei, dass viele Jungs zu kleinen Machos werden, die sich nicht an Regeln halten und teilweise nur auf eine autoritäre Ansprache reagieren.

Was läuft bei den Mädchen anders?

Das Mädchen soll nach der traditionellen Rolle eine gute Mutter und Hausfrau sein. Die Mutter muss also ihrer Tochter beibringen, dass sie später eine gute Hausfrau und eine disziplinierte Mutter ist – ist sie das nicht, wird das ihrer Mutter angelastet. Wenn das Mädchen Fehler macht, wird es sofort reglementiert. Wenn es etwas aufgetragen bekommt, soll es das schnell erledigen – zielgerichtet, termingerecht, ohne Widerspruch soll sie das tun. Diese Attribute kommen den Mädchen in der Schule sehr zugute, weil genau das vom Bildungssystem verlangt wird. Hinzu kommt, dass junge Frauen merken, dass Bildung für sie eine Chance ist: Wenn ich das Abitur mache und studiere, erkämpfe ich mir damit mehr Freiheiten.

Dass junge Frauen aufgrund eines Kopftuchs diskriminiert werden, wirkt sich nicht negativ aus?

Es wirkt sich aus, aber die Mädchen profilieren sich trotz der Diskriminierung, während sich viele Jungen auf die Opferrolle beschränken. Man kann es sich auch in der Diskriminierung gemütlich machen. Was Mädchen gerade nicht tun.

Seit wann gibt es das Problem, dass gerade junge Männer solche Schwierigkeiten haben, sich in der Gesellschaft zurechtzufinden?

Wir müssen früher ansetzen: Ein Teil der Migranten, wir reden ja nicht von allen, wird immer konservativ bleiben. Das bezieht sich nicht nur auf Muslime, sondern auf alle Einwanderer. Wenn ich einen Teil meiner Identität beibehalten will, kann ich das nur an Werten und Normen festmachen. Und diese Werte und Normen werden von Eltern übertragen. In den Ländern, aus denen die Vorfahren als Gastarbeiter gekommen sind, hat längst eine Modernisierung stattgefunden. Unter Migranten werden über Generationen die Werte konserviert, die in den sechziger Jahren etwa in der Türkei oder in arabischen Ländern üblich waren.

Wie sollen sich die Werte von damals noch auf die dritte oder vierte Generation auswirken?

Wir merken sogar, dass Teile der dritten Generation konservativer sind als die erste Generation der Einwanderer. Es wird an Werten und Normen festgehalten, die nie gelebt wurden oder die es längst nicht mehr gibt. Eine vermeintliche Veränderung wird als Verrat an der eigenen Identität wahrgenommen. Vieles, was wir heute diskutieren, hat damit zu tun, welche Gastarbeiter in den sechziger Jahren angeworben wurden.

Die Gastarbeiter sollten zum Arbeiten kommen und dann wieder in die Heimat zurückgehen, war die falsche Annahme.

Es handelte sich, zumindest bei den muslimisch geprägten Einwanderern, um ein bildungsfernes Milieu. Wir haben einerseits nicht eine Bildungselite angeworben, was Länder wie Kanada gemacht haben, hinzu kam, dass man lange glaubte, dass die Migranten wieder in die Heimat zurückkehren. Es war ein beidseitiges Versprechen: Wir gehen wieder, haben die Einwanderer signalisiert, die Deutschen haben sich aber auch nicht eingestanden, dass sie längst ein Einwanderungsland sind. Fast 40 Jahre ist in der Integrationspolitik nichts passiert.

Die Integration in Deutschland ist besser als ihr Ruf.

Ja, das ist sie. Wir dürfen uns aber nicht zurücklehnen. Besonders die Gruppe der jungen Männer ist in Gefahr, wir müssen um sie werben und sie für uns gewinnen. Sie neigen laut empirischen Daten eher zum

türkischen Präsident Recep Tayyip Erdogan, und viele sympathisieren mit dem radikalen Islam. Die Salafisten wissen zum Beispiel sehr genau um die Identitätsproblematik und wie sie die jungen Männer für sich gewinnen können. Hinzu kommt, dass viele junge Männer keine Perspektive haben. Wenn ich keine gute Bildung habe, keinen Halt bekomme, keine Chance auf ein gutes Leben, dann bin ich offener für Salafismus, für Gewalt. Verstärkt wird das durch negative Netzwerke – wer etwa in einer problematischen Wohngegend lebt, gerät leichter auf die schiefe Bahn.

Wie wollen Sie die jungen Männer gewinnen?

Die Schule ist der entscheidende Punkt. Wir müssen sie anders denken. Wenn wir in Deutschland ein Kind in der Schule anmelden, beginnt die Arbeit der Eltern. In Skandinavien gibt es diese Frühtrennung nicht, in Schweden kann man bis zur achten Klasse nicht sitzenbleiben. Es gibt bis zur achten Klasse keine Noten, das heißt, die Kinder haben den Druck nicht. Vor allem gibt es dort eine echte Ganztagschule. Wenn Kinder in Skandinavien nach Hause gehen, sind sie in der Schule individuell gefördert worden und haben alle Hausaufgaben gemacht. Die Eltern sind also nicht mehr entscheidend für den Schulerfolg.

Kann man das bestehende System in Deutschland überhaupt anpassen?

Bislang ist das Verhältnis zwischen Lehrern und Eltern vor allem von Schuldzuweisungen geprägt. Die Eltern glauben, dass die Schule ihr Kind nicht genügend fördert. Lehrer sagen, die Eltern kommen nicht in die Sprechstunde und helfen nicht bei Hausaufgaben. Tatsächlich kommen Migranten seltener. Manche sprechen die Sprache nicht besonders gut – und viele Eltern, das zeigen Studien, schätzen auch in der dritten oder vierten Generation die Schule falsch ein, auch wenn sie selbst zur Schule gegangen sind. Die Vorwürfe bringen nichts. Es geht aber auch um die Kommunikation der Lehrer mit den Schülern. Wir sagen den Lehrkräften und Sozialarbeitern in den Fortbildungen immer: Niemals mit der Kulturkeule kommen! Formulierungen wie „Bei euch Türken“ oder „Bei euch Arabern“ sind falsch. Immer mit dem Fehlverhalten argumentieren, nie damit, woher es womöglich kommt.

Die Eltern sind entscheidend. Wie erreichen Sie die?

Die Schulen sollten die Art und Weise ändern, wie sie Elternabende und Sprechstunden stattfinden lassen. In der sozialen Arbeit unterscheiden wir zwischen Komm- und Geh-Strukturen. In Deutschland haben wir fast ausschließlich eine Komm-Struktur, das heißt, die Eltern sollen zu den Sozialarbeitern und Lehrern in die Schule gehen. Zu einem Elternabend kommen all jene, die sowieso bildungsaffin sind. Um es vereinfacht zu sagen: Salafisten sind erfolgreich, weil sie die Orte aufsuchen, wo Migranten sind, und wissen, wie sie ticken. Nur wenn wir Ressourcen schaffen für aufsuchende Elternarbeit, können Lehrer und Sozialarbeiter in einen Dialog mit den Eltern treten.

Was genau ändert sich denn, wenn der Lehrer nun im Wohnzimmer sitzt?

Alle Eltern wollen das Beste für ihre Kinder, egal welche Herkunft sie haben. Sie wissen nur manchmal nicht, was das Beste ist. Wenn man sie aufsucht und dann mit ihnen auf Augenhöhe spricht, auf Belehrung verzichtet, sagt, dass es um ihr Kind geht – dann bekommt man fast alle Eltern. Wenn man die Eltern einmal geknackt hat, sind sie auch bereit, ihren Erziehungsstil zu ändern. Das ist die beste Chance, die muslimischstämmigen Jungen zu gewinnen.

*Ahmet Toprak wurde 1970 in der Türkei geboren, kam in Deutschland auf die Hauptschule – und kehrte in die Türkei zurück, um Abitur zu machen, das ihm seine Lehrer in Deutschland nicht zutrauten. Heute ist der Erziehungswissenschaftler Professor an der Fachhochschule Dortmund. Im Frühjahr ist sein Buch „Muslimisch, männlich, desintegriert“ erschienen.*

PRÄSENZLEHRE AN HOCHSCHULEN:

## Wer nicht da ist, kann auch nicht stören

- VON THOMAS THIEL
- -AKTUALISIERT AM 23.05.2020-19:50



In manchen Bundesländern ist den Hochschulen die Präsenzlehre wieder erlaubt. Doch sie zögern. Wird die Pandemie für die Aushöhlung der Präsenzuniversität genutzt?

Am schönsten ist es doch zu Hause. Für eine Lebensperiode, die für Aufbruch, Entdeckung und Unabhängigkeit steht, ist das eigentlich eine kuriose Formel. Wer wird später von einer Zeit schwärmen, die er im Wohnheimzimmer verbracht hat? Derzeit sieht es danach aus, als müssten sich Studenten noch eine Weile gedulden, bis sie wieder in die Seminare dürfen. In einigen wenigen Bundesländern ist Präsenzlehre wieder erlaubt. Doch die Hochschulen zögern. Die Universität Münster hat den Präsenzbetrieb gerade bis zum Ende des Sommersemesters ausgesetzt. Die einsame Entscheidung des Rektorats wurde dem Vernehmen nach einer „Dekanerrunde“ vorgestellt, die sie noch abnicken durfte. Auch die hessischen Hochschulen, die wieder Präsenz zeigen dürfen, geben sich zurückhaltend. Während die Flexibilität beim spontanen Aufbau der Digitallehre allenthalben gelobt wird, scheint die Flexibilität der Präsidien und Rektorate beim Wiedereinstieg in die Präsenzlehre begrenzt.

Auch wenn sich die Stimmen mehren, die gegen alle Vernunft auf schrankenlose Selbstbestimmung pochen, irritieren die Entscheidungen: Traut man Studenten und Dozenten anders als Schülern nicht zu, den angemessenen Abstand einzuhalten? Lassen sich Seminare nicht ebenso krisengerecht organisieren wie Gottesdienste oder Restaurantbesuche? Bieten die großen Hörsäle nicht ideale Ausweichmöglichkeiten für Seminare? Der Eindruck drängt sich auf: Man darf, aber will nicht.

Das nährt die mit dem Digitalsemester aufgekommene Befürchtung, das Vakuum der Pandemie werde für die schleichende Auszehrung der Präsenzuniversität genutzt. Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat sie mit der Warnung vor der schnellen Rückkehr zum Präsenzbetrieb befeuert. Die digitale Lehre solle auch Früchte tragen, schreibt HRK-Präsident Alt. Was Notprogramm war, soll jetzt Selbstzweck sein.

Dafür bietet die Pandemie eine Gelegenheit. Schließlich braucht die Politik immer ein Zeitfenster, das sich gerade schließt, um Reformen durchzusetzen, besonders wenn sie wenig durchdacht sind. Gerade haben sich die sechzehn Landesminister auf ein fünfhundert Millionen Euro schweres Digitalprogramm für die Hochschulen geeinigt, nach der aktuellen Losung der Hochschulpolitik, dass nach den Schulen die Hochschulen dran seien mit der Digitalisierung. Der Digitalisierung der Schulen und Hochschulen ist gemeinsam, dass der Reformwille der pädagogischen Begründung vorausgeht. Studien beurteilen den Effekt der digitalen Lehre überwiegend negativ. Es ist nicht das erste Mal, dass die Politik an wissenschaftlicher Erkenntnis vorbei entscheidet, aber es irritiert, dass sie jetzt auch von den Hochschulen souverän ignoriert wird.

Privatsphäre im Warenverkehr

Trotz der allgemein bekundeten Aufbruchstimmung macht die Digitalisierung der Hochschulen bislang wenig Fortschritte. Die Konzepte lassen die nötige Unterscheidung zwischen Fächern und Lehrveranstaltungen vermissen, in denen Digitalisierung sinnvoll, überflüssig oder gar kontraproduktiv ist. Das gilt auch für die Forschung. Die Linguistik profitiert beispielsweise von digitalen Methoden bei der Ermittlung von Sprachverwandtschaften, die digitale Literaturwissenschaft beschränkt sich trotz großzügiger Förderung seit Jahren weitgehend auf die Ankündigung einer Methodenrevolution, die nicht kommen will. Auch das Digitalprogramm für die Lehre der Landesministerien meint erst einmal alles: Verwaltung, Hardware, Lehrprogramme.

Im Hintergrund formieren sich wirtschaftliche Interessen. Die Bertelsmann Stiftung, ein mächtiger Akteur der Bildungspolitik, macht sich seit langem für den Umbau der Hochschule in eine Art Bildungsfabrik stark. Der Bertelsmann-Konzern selbst, der in das Geschäft mit der Online-Lehre eingestiegen ist, hat ein materielles Interesse an der digitalen Verwandlung der Universität. Das mit der Bertelsmann Stiftung verbundene Centrum für Hochschulforschung arbeitet wiederum mit der HRK im Hochschulforum Digitalisierung zusammen. Wie sich Interessen und Visionen hier gegenseitig beflügeln, darüber mag man spekulieren. Klar ist: Es geht um viel Geld.

Klar ist auch, dass die Entscheidung über off- und online nicht allein bei den Hochschulen liegen wird. Die Wissenschaftsetats werden durch die Corona-Schulden nicht steigen, Finanzminister werden nach Sparmöglichkeiten suchen, und man wird bald entdecken, dass das digitale Einheitsprodukt billiger ist als das physische Seminar vor Ort.

Davon profitieren bislang Unternehmen wie Zoom oder die Microsoft-Tochter Skype, deren Aktienkurse hochgeschnellt sind. Datenschützer haben auf den fahrlässigen Umgang dieser Unternehmen mit Datenschutzvorschriften aufmerksam gemacht und wurden dafür von Kommentatoren verspottet, denen die Einspeisung der Privatsphäre in den Warenverkehr nicht schnell genug gehen kann. Die gerade aufgedeckten Datenlecks in der Schul-Cloud des Hasso-Plattner-Instituts legt jetzt offen, wie leicht sich die Privatsphäre von Schülern ausspionieren lässt. Es ist an der Zeit, dass das kritische Bewusstsein, das Hochschulen für sich reklamieren, auch auf das Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung bezogen wird.

Bislang sind die Revolutionen, die mit dem Anspruch auftraten, die Hochschule physisch zu überwinden, vorübergezogen. Die Abschlussquoten der Onlinekurse Moocs, denen das einmal zugetraut wurde, liegen bei weniger als fünf Prozent, was weitere Erörterungen über die Vorteile der Präsenzlehre erspart. Als neue Hoffnung gilt das Blended Learning, die Kombination von analoger Lehre und virtueller Vor- und Nacharbeit, wobei nicht immer klar ist, was sie vom traditionellen „zu Hause studieren, im Seminar diskutieren“ unterscheidet. Die dafür verwendete Bezeichnung Flipped Classroom lässt jedenfalls nicht erkennen, dass die Autoren zwischen Schule und Hochschule unterscheiden.

## Mit einem Monitor sprechen

Eigentlich ist seit langem klar: Digitale Kommunikation schafft keine belastbaren Bindungen, wie die Twitter-Revolution in Iran, die Facebook-Revolution in den arabischen Ländern oder die Occupy-Proteste gezeigt haben, die alle einmal als neue digitale Sammlungsbewegungen galten, denen kein Mächtiger mehr standhalten würde. Auch die Liquid Democracy der Piratenpartei hatte ein kurzes Leben. Videokonferenzen mögen den Kommunikationsstil versachlichen, wie der Soziologe Stefan Kühl dargelegt hat, aber Seminare sind keine Vorstandssitzungen, und mittlerweile klagen sogar Diplomaten darüber, dass der Druck zur Entscheidung im Videoportal nicht aufkommen will.

Die offenste Lagebeschreibung stammt derzeit vom Präsidenten der nach einem Hacker-Angriff doppelt virenbefallenen Universität Bochum: „Es ist sehr anstrengend, den ganzen Tag mit einem Monitor zu sprechen und mit der Technik zu kämpfen. Nichts fehlt uns mehr als das Erlebnis, unter Menschen zu sein. Wir machen es so digital wie nötig. Und so nah und menschlich wie möglich.“ In Bochum denkt man voraus.